

Register '89

**blätter
des iz3w**

informationszentrum dritte welt



und Dritte Welt

Sambia Brasilien Kambodscha
Simbabwe Rohstoffe Südafrika



Impressum

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. — Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus), D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/7 4003, Bürozeiten: Mo., Di., Do.-Fr. 10-13 u. 15-18 Uhr, mittwochs geschlossen

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Frank Ballot, Iris Bauer, Andreas Beil, Andrea Borchers, Horst Breit, Konrad Fisch, Uwe Hartwig, Claudia Heid, Daniela Heuberger, Uwe Jungfer, Inge Kamolz, Christa Kernbichl, Michael Knüfer, Barbara Kupfer, Tilman Lampert, Susanne Neymeyer, Mechthild Maurer, Gunhild Rauch, Bernd Riegraf, Klaus Schreiner, Jörg Später, Ulrike Steckkönig, Detlev Vogel, Regine Wlasietschau, Udo Wolter

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:

Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.

Druck und Satz:

SOAK Hannover, Tel.: (0511) 3261 87

Vertrieb für Buchhandel:

prolit buchvertrieb gmbh, Siemensstraße 18a, Postfach 111008, 6300 Gießen 11, Telefon: (0641) 77053

Copyright bei der Redaktion und den Autoren.

Vervielfältigungen für Unterrichtszwecke erlaubt und erwünscht.

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 48,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 38,- DM).

Kündigung zum Jahresende (schriftlich) ermäßigtes ABO nicht über den Buchhandel erhältlich

Schweiz: SFR 50,- (bzw. 40,-)

Österreich: 55,- DM

übriges europäisches Ausland:

DM 55,- (bzw. 45,-)

Luftpostabonnements:

Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 71,90 (bzw. 61,90)

Südamerika, Südostasien, Fernost: 78,50 (bzw. 68,50)

Australien, Südpazifik: 85,10 (bzw. 75,10)

Einzelpreis: DM 6,-/SFR 6,50,- (zuzügl. Porto)

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):

Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755

Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß für Nr. 165:
10.04.1990

Anzeigenschluß für Nr. 165:
(Druckfertige Vorlagen) 17.04.1990

Eigentumsvorbehalt:

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Inhaltsverzeichnis

Nicaragua	
Ende einer Utopie	Seite 3
Südafrika	
De Klerks Sprung in den Rubikon	Seite 4
Sambia	
Der unaufhaltsame Niedergang	Seite 7
Simbabwe	
10 Jahre Unabhängigkeit	Seite 11
Ausländer	
Islamische Republik Frankreich?	Seite 16
Irak	
Aufrüstung mit deutscher Hilfe	Seite 18
Rohstoffe	
Internationale Rohstoffabkommen	Seite 21
Brasilien	
Kleine Geschichte der Partido dos Trabalhadores	Seite 26
Kambodscha	
Noch immer keine Lösung	Seite 30
Jahresregister 1989	
(zum Herausnehmen)	Seite 33
Themenschwerpunkt EG und Dritte Welt	
Vorwort	Seite 37
Von den kommenden Segnungen	
der Europäischen Gemeinschaft - Eine Ketzer-geschichte	Seite 38
Ost-West Kooperation auf Kosten des Südens	Seite 44
Der Binnenmarkt aus der Sicht der Entwicklungsländer	47
EG und AKP-Staaten: Lomé IV unter Dach und Fach	Seite 48
Der Binnenmarkt und die „Drittausländer“	Seite 51
Malaysia - Ein malaysischer Ökonom	
wirft einen Blick nach Europa	Seite 52
Die letzten Kolonien der EG - Ein Kolloquium in Brüssel	Seite 54
Politische Justiz	
Der Prozess gegen die PKK	Seite 56
Rezensionen	
„Warten, bis die Züge wieder fahren“	
- Türkenghetto in Deutschland	Seite 58
Frauenhandel in Deutschland	Seite 59
Neue Afrika-Zeitschrift aus Österreich	Seite 60
Kinder des Sturms (Philippinen)	Seite 61
Kurz belichtet	
Osttimor	Seite 62
Libanon	Seite 62
Frauenhandel in Südbaden	Seite 63
Liberia	Seite 63
Collor de Mello in Berlin	Seite 64
Leserbriefe	Seite 65
Neue Bücher	Seite 66
Tagungshinweise	Seite 66
Zeitschriftenschau	Seite 67

Woran niemand zu denken wagte in der bundesdeutschen Solidaritätsbewegung, und offensichtlich stand es auch für die Sandinisten außerhalb jeglichen Kalküls, ist eingetreten: der revolutionäre Prozeß in Nicaragua ist zumindest vorläufig beendet. Mehr als 54 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung gaben ihre Stimmen dem politisch und ideologisch heterogenen Wahlbündnis UNO. Und dies, obwohl sich innerhalb dieser für das nicaraguanische Volk wahrscheinlich unglückseligen Allianz viele Ex-Somozisten und Contras zusammengefunden haben. Personen, die dem nicaraguanischen Volk in der Vergangenheit soviel Leid zufügten, befinden sich jetzt plötzlich wieder in politischen Machtpositionen. Der Schock sitzt tief in der Nicaragua Solidarität. Deshalb so tief, weil wir uns in Ignoranz der verheerenden wirtschaftlichen und sozialen Situation der Mehrheit der Nicaraguaner von der Sieges euphorie der Sandinisten haben anstecken lassen. Dieses Vertrauen in einen Sieg der Sandinisten wurde durch die Meinungsumfragen der Wahlforschungsinstitute erhärtet. Selbst die Regierung der Vereinigten Staaten hatte sich wohl kurz vor der Wahl mit der Niederlage ihres Marionettenbündnisses UNO abgefunden. Anders konnte man die Äußerung von US-Außenminister Baker, daß reguläre Wahlen für eine Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Staaten nicht ausreichen, nicht interpretieren. Die USA hatten offensichtlich selbst nicht mehr damit gerechnet.

Die Frage aber ist, in welchem Sinn die USA den Krieg gewonnen haben. Das von der UNO proklamierte neoliberale Wirtschaftsmodell wird die Masse der Nicaraguaner, wie man an den anderen lateinamerikanischen Ländern sehen kann, noch weiter in die Armut führen. Die gesellschaftlichen Widersprüche werden im Zuge der sich entwickelnden sozialen Auseinandersetzungen offener zutage treten. Das zukünftig in der Regierungsverantwortung stehende und bereits vor den Wahlen von Korruption und internen Zerwürfnissen gekennzeichnete UNO-Bündnis wird sich mit einer von den Sandinisten in den letzten zehn Jahren gesellschaftlich organisierten Macht konfrontiert sehen. Einer Macht, der sie mit der ihr von der Bevölkerung verliehenen „Wahlmacht“ nur schwerlich entgegenzutreten können. Die Kosten für die USA, Nicaragua sozial zu befrieden, werden hoch sein, weitaus höher, als die US-Strategen mo-

Das Ende einer Utopie

mentan wahrscheinlich glauben mögen. Eine organisierte Arbeiter- oder Bauernschaft, die fortan nicht mehr die Interessen einer mit ihr verbündeten sandinistischen Regierung berücksichtigen muß, die endlich von dem Druck der Regierungsmitverantwortung befreit ist, wird radikaler für ihre Forderungen eintreten. Sie wird wesentlich schärfere Formen des sozialen Kampfes entwickeln können.

Der FSLN bietet sich die Chance, fern jeglicher Last des Regierens mit all ihrer in den letzten zehn Jahren entwickelten Kunst des innen- und außenpolitischen Taktierens, sich wieder stärker in den Dienst der Massenorganisationen zu stellen. Der in den letzten beiden Jahren initiierte Prozeß der innerorganisatorischen Demokratisierung kann mit einer FSLN als Oppositionspartei viel schneller und effizienter vorangetrieben werden. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß sich die FSLN nicht weiter sozialdemokratisiert und damit parlamentariert. In diesem Fall könnte man mit Sicherheit von der Utopie einer partizipatorischen Demokratie endgültig Abschied nehmen. Deshalb besteht für die Solidaritätsbewegung, sobald sie sich von dem ersten Schock dieses für viele sicherlich traumatischen Wahlausgangs erholt hat, der absolute Imperativ, die Entwicklung der FSLN in der Opposition genauestens zu beobachten. Gleichzeitig muß sie mit den Sandinisten eine Perspektivdiskussion über die weitere gemeinsame antiimperialistische Arbeit beginnen.

Abseits jeglicher politischer und ideologischer Stoßrichtung steht vor allem für die Städtepartnerschaftsgruppen, in deren Partnerkommunen sich die UNO bei den Kommunalwahlen eine Mehrheit verschaffen konnte, in der prakti-

schen Projektarbeit eine Neuorientierung an. Die kommunale Zusammenarbeit muß auch da, wo offizielle Städtepartnerschaften und somit „Sachzwänge“ bestehen, aufgekündigt werden. Sicherlich werden die Gruppen auf starken Widerstand der SPD-Gemeinderierungen stoßen, die problemlos die kommunale Unterstützung unter das Deckmäntelchen der humanitären Hilfe stecken werden. Da die bisherige Mittelzuwendung mit dem gleichen Argument gewährt wurde, können sich die Städte sogar auf eine gewisse Kontinuität berufen. An dieser Stelle nun wird es Aufgabe der Solidaritäts-Gruppen sein, zu polarisieren und deutlich zu machen, daß „wir keine Schulen mit der UNO bauen“.

Die zentrale und vordringlichste Frage bis zum Regierungswechsel im April muß für alle Gruppen sein, inwiefern die Projekte aus dem staatlichen Zusammenhang heraus gelöst werden können. Dadurch könnte die Projektarbeit auch einen Schub in Richtung Kooperation auf der Basisebene bekommen, die auf jeden Fall vor unerwarteten politischen Konjunkturverläufen geschützt wäre. Daß natürlich in einem solchen Fall der Kooperation die finanzielle Unterstützung seitens der Städte noch spärlicher als ohnehin schon ausfallen wird, ist zu erwarten. Aber es würde auch die Chance beinhalten, das Verhältnis von entwicklungspolitischer Aufklärungsarbeit und Geldbeschaffungsmaßnahmen, die in den letzten Jahren in einem krassen Mißverhältnis standen, zu korrigieren.

Bei aller momentanen Depression gibt es noch genügend Ansatzpunkte, die die Utopie einer gerechteren Gesellschaft in Nicaragua nicht völlig verschwinden läßt. Schließlich haben fast 42 Prozent der Wahlberechtigten der FSLN ihre Stimme gegeben. Und das trotz der schlimmen Wirtschaftskrise und des ungeheuren Propagandakrieges der USA. Eine Basis, die offensichtlich über einen hohen Grad an politischem Bewußtsein verfügt und mit der eine revolutionäre Zukunft denkbar ist.

Stefan Flaig,
Informationsbüro Nicaragua e.V.

De Klerks Sprung in den Rubikon

Neue Reformtöne aus Südafrika

„De Klerk ist weiter gegangen als irgendein anderer Präsident der Nationalisten“. Das sagte Nelson Mandela, Symbolfigur des Widerstands gegen Apartheid und seit dem 11. Februar nach 27 Jahren Haft ein freier Mann, in seiner ersten öffentlichen Rede. De Klerk hatte Anfang Februar spektakuläre Maßnahmen vor dem weißen Parlament angekündigt, die die Gesichter der ultrarechten Abgeordneten erstarren ließen: Aufhebung des Verbots von ANC und PAC und der Kommunistischen Partei, Legalisierung der schwarzen Opposition, Entlassung politischer Gefangener, Lockerung des Ausnahmezustandes. Nur wenige Tage später entließ das Regime dann seine prominentesten politischen Gefangenen, den inzwischen 71jährigen Nelson Mandela. De Klerk hat die Initiative übernommen, die Opposition muß reagieren. Sind Verhandlungen die „revolutionärste politische Option“ für Südafrika, wie ein UDF-Sprecher kürzlich in Bonn meinte?

Seit der weltweiten Ernüchterung über die groß angekündigte „Rubikon-Rede“ von Südafrikas Ex-Präsident P.W. Botha 1986, der dann nicht einmal verbal zur Überquerung des „historischen Flusses“ zwischen den Rassen ansetzte, ist keine Rede eines südafrikanischen Staatsoberhauptes mehr mit so viel gespannter Erwartung verfolgt worden wie die Eröffnungsrede zum weißen Parlament von Präsident F.W. de Klerk am 2. Februar 1990 in Kapstadt. De Klerks Vorgänger Botha hatte damals, statt Reformen anzukündigen, wieder einmal seinen burischen Starrsinn mit drohend erhobenem Finger und trotztender Stirn präsentiert. Einige westliche Länder reagierten mit Kredit-

stopp und der Verhängung von Sanktionen, die das Land in eine wirtschaftliche Krise stürzten.

Auch unter der neuen Führung von de Klerk fand Pretoria keinen Ausweg aus der schweren, das Machtmonopol der Weißen bedrohenden Krise. Deswegen hat de Klerk nun die Flucht nach vorne angetreten. Die von ihm eingeleiteten Maßnahmen lassen zum ersten Mal seit der Machtergreifung der Nationalen Partei in Südafrika 1948 und der Zementierung der Apartheid eine Wende in der Politik des Burenstaates erkennen.

„Die Zeit für Gewalttätigkeit ist vorbei, die Zeit für Wiederaufbau und Versöhnung ist gekommen“, sagte de Klerk in seiner langen Ansprache vor dem Parlament in Kapstadt, in der das Wort Apartheid nicht einmal mehr vorkam. Die angekündigten Maßnahmen im einzelnen, die unmittelbar nach der Präsidentenrede in Kraft traten:

■ Aufhebung des seit 1960 gültigen Verbots des Afrikanischen National-Kongresses (ANC) des Pan-Afrikanischen Kongresses (PAC) und der Südafrikanischen Kommunistischen Partei (SACP), die seit 40 Jahren verboten war,

■ Aufhebung der Restriktionen unter dem Ausnahmerecht gegen 33 Organisationen, darunter die Vereinte Demokratische Front (UDF), der Gewerkschaftsbund Cosatu und das National Education Crisis Committee (NECC), aber auch die „Blankete Bevrydingsbeweging van Suid-Afrika“, eine militante rechtsradikale Gruppe,

■ Freilassung von Gefangenen, die wegen ihrer Mitgliedschaft in bisher verbotenen Gruppen in Haft waren; ausgenommen sind wegen Gewaltverbrechen, „Terrorismus“ und Brandstiftung verurteilte politische Gefangene,

■ ein Moratorium für Exekutionen, bis das Parlament eine Reform der Gesetze über die Todesstrafe gebilligt hat, wonach die Todesstrafe nicht mehr automatisch bei bestimmten Delikten verhängt werden soll, sondern dem Richter ein Ermessensspielraum zugebilligt wird,

■ Aufhebung von Bestimmungen des Ausnahmerechts, die die Medien und den Erziehungssektor betreffen,

■ Aufhebung von Beschränkungen, die gegen 374 früher freigelassene Regierungsgegner verhängt wurden,

■ Beschränkung der bisher unbefristeten Polizeihaft nach den Ausnahmebestimmungen auf sechs Monate und Anspruch der Festgenommenen auf einen Anwalt und Arzt ihrer Wahl.

So spektakulär und für den Chef der Konservativen Partei (KP), Andries Treurnicht, geradezu brüskierend de Klerks Konzessionen an die schwarze Opposition sind, für Beobachter der politischen Szene Südafrikas kamen sie nicht unbedingt überraschend. De Klerk steht seit Monaten unter starkem inneren und äußeren Druck. Als verglichen mit Vorgänger Botha - gewiefter Diplomat genießt de Klerk zwar eine Menge Vorschußlorbeeren in Washington, Bonn und London, gleichzeitig drängt der Westen Pretoria aber auf baldige Verhandlungen mit der schwarzen Opposition. Die westlichen Regierungen erwarten, daß bei einem frühzeitigen Verhandlungsbeginn die Verhandlungsparameter eher zugunsten des derzeitigen politisch-wirtschaftlichen Establishments ausgestaltet werden können als bei einer weiteren Eskalation des Befreiungskampfes.

Nach seiner Amtsübernahme im August letzten Jahres hatte de Klerk zunächst die Politik seines Vorgängers fortgesetzt. Eine der ersten Amtshandlungen des neuen Präsidenten war seine Unterschrift unter das neue Gesetz zur „Aufdeckung der Finanzierung aus dem Ausland“, nach dem Organisationen, die, wie etwa der aus EG-Mitteln finanzierte Kagiso Trust, Gelder aus dem Ausland erhalten, zur Aufdeckung ihrer Bücher und Journale gezwungen werden können. Und noch als kommissarischer Präsident war de Klerk verantwortlich für brutale Polizeieinsätze gegen die Opposition, deren Widerstandskampagne

am Abend vor den Parlamentswahlen im September ihren Höhepunkt erreichte.

Nach den Wahlen, deren Ausgang de Klerk als ein Mandat der Mehrheit der Weißen für Reformen wertete, überraschte der Präsident mit der Zulassung friedlicher Demonstrationen und der Bereitschaft, mit Vertretern der Opposition zu sprechen. Vor Beginn der Badesaison im Dezember schaffte er die Rassentrennung an den Stränden ab und kündigte vergleichbare Maßnahmen auch für andere öffentliche Einrichtungen an. Nachdem seit Beginn des Jahres Dutzende von Menschen bei Streiks und Protestaktionen dem Einsatz scharfer Munition durch die Sicherheitskräfte zum Opfer gefallen waren, wies de Klerk die Polizei an, sich aus der Politik herauszuhalten.

Mit solchen Schritten bereiteten die Verantwortlichen in Pretoria eine Situation vor, in der sie ohne großen Gesichtsverlust das Verbot des ANC aufheben und die Freilassung Mandelas anordnen konnten. Ein Indiz dafür und geeigneter Testfall war die Freilassung von Mandelas langjährigem Kampfgefährten Walter Sisulu zusammen mit sieben anderen prominenten politischen Gefangenen, darunter einer vom PAC, im Oktober letzten Jahres.

Lückenhafte Maßnahmen

De Klerk ist mit seinen Reformschritten vielen Forderungen der Opposition nachgekommen. Die erste euphorische Stimmung unter der schwarzen Bevölkerung ist jedoch rasch einer von Oppositionssprechern geäußerten Skepsis über die wirklichen Absichten eines Regimes gewichen, das jahrzehntelang mit nahezu identischem Kabinet (neben Botha hat nur Chris Heunis abgedankt) Versprechen gebrochen hat und Kosmetik an der Apartheid als Reformen verkauft hat.

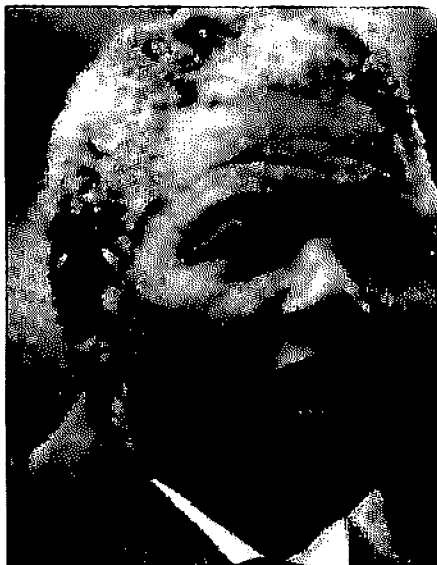
Während PAC-Präsident Zeph Mothopeng de Klerks Rede als „bedeutungslos“ abtat und in alter PAC-Tradition wirkliche Freiheit von der „Rückgabe des Landes an die rechtmäßigen Besitzer, die einheimische Bevölkerung“ abhängig machte, differenzierte UDF-Sprecher Murphy Morobe: „De Klerk hat einen bedeutenden Sprung in den Rubikon gemacht. Doch in der Mitte des Stromes ist er hängengeblieben. All die Lücken in seiner Erklärung zeigen sich langsam.“ (Weekly Mail, 15.2.90) Aus der Harare-Erklärung, die im August letzten Jahres von der Organisation für Afrikanische Einheit angenommen wurde, habe de Klerk sich lediglich die Rosinen herausgepickt, wie Morobe an anderer Stelle (SouthScan, 9.2.90) betont. In dem Dokument, das von ANC, UDF und einigen Gewerkschaften und Kirchenvertretern unterstützt wird, werden Reformen gefordert, die freie politische Betätigung in Südafrika als Voraussetzung zur Schaffung eines Verhandlungsklimas garantieren.⁽¹⁾ Dazu gehört die vollständige Aufhebung des Ausnahmezustandes und die Abschaffung aller

repressiven Gesetze, die Freilassung aller politischen Gefangenen und der Rückzug der Militärs aus den Townships.

Vor allem die Sicherheitsgesetze bleiben jedoch von den neuen Maßnahmen unberührt. Selbst bei einer wahrscheinlich erscheinenden baldigen Aufhebung der drakonischen Ausnahmebestimmungen garantieren die bestehenden Sicherheitsgesetze der weißen Regierung und ihren äußerst konservativen Sicherheitskräften jeglichen Freiraum, die politischen Geschicke des Landes nach ihrem Belieben zu lenken. Brutale Einsätze schwer bewaffneter Einheiten gegen Demonstranten auf Protestveranstaltungen in der Woche unmittelbar nach de Klerks Reformankündigungen und die Weigerung lokaler Behörden, öffentli-



Dazwischen liegen ...



25 Jahre Haft

che Oppositionsversammlungen zu genehmigen, bestätigen dies. Aussagen von Polizeichef Johan van der Merwe, daß nach Südafrika zurückkehrende Exilanten unter der bestehenden Gesetzgebung verfolgt würden, zeigen, wie widerwillig die ausführenden Organe des Staates eine mögliche

Generalamnestie für politische Häftlinge und Exilführer akzeptieren würden.

De Klerk setzt auf Mandela

Die „Tauben“ innerhalb der Regierung, zu denen neben de Klerk auch Außenminister Pik Botha und der Minister für Verfassungsangelegenheiten Gerrit Viljoen gehören, setzen freilich bei ihren „atemberaubenden“ (Erzbischof Tutu) Schritten ganz auf Nelson Mandela: „Wenn F.W. de Klerk und sein Kabinet durch die Freilassung Nelson Mandelas einen politischen Wirbel in Südafrika ausgelöst haben, so gibt es Anzeichen dafür, daß sie den ANC-Führer als Bollwerk sehen, das verhindert, daß sie von den Ereignissen überrollt werden“, kommentiert die Weekly Mail (22.2.90).

Die Freilassung Mandelas nach 27 Jahren Haft traf die Weißen, die den heute 71-jährigen nach jahrzehntelanger Propaganda nur als Staatsfeind Nummer eins kannten, wie ein Schock. Nach all den Jahren des Verbots, ANC-Vertreter zu zitieren, werden sie von den Medien des Landes plötzlich täglich mit Nachrichten über und Aussagen von Mandela überflutet. Die Regierung hofft, daß Mandelas legendäre Führungsrolle nicht nur mäbigend auf die radikale Townshipjugend wirkt, sondern auch den Weißen die Ängste nehmen kann, die viele von ihnen in die rechte Rebellion getrieben haben.

Pretoria hat die Schlüsselrolle, die Mandela für die politische Entwicklung in Südafrika spielt, akzeptieren müssen. Es gibt Hinweise darauf, daß Mandela de Klerk zur Ankündigung der Reformschritte vom 2. Februar ermutigte und de Klerk am Abend vor dessen Parlamentsansprache erst in seiner Gefängniswohnung empfing, als dieser seinen ursprünglichen Redeentwurf, der weniger Reformen vorsah, überarbeitet hatte.

Mandela „dankte“ de Klerk auf seine Weise, indem er den Präsidenten in seiner ersten öffentlichen Rede nach seiner Freilassung als eine „integre Person“ bezeichnete. Mandela sprach sich aber auch für eine Fortsetzung des bewaffneten Kampfes aus, plädierte für die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien in einem nicht-rassistischen Südafrika und die Verschärfung von Sanktionen zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Während KP-Chef Treurnicht solche Aussagen zum Anlaß nahm, gegen Mandela Anzeige wegen Hochverrats zu erstatten, reagierte das Kabinet de Klerk gelassen. Minister Viljoen drückte sogar Verständnis für Mandelas Insistieren auf dem bewaffneten Kampf aus, solange Vorbedingungen für Verhandlungen noch nicht erfüllt seien schließlich operiere er ja „in den Grenzen und der Disziplin der ANC-Politik“. Für ihn ist klar, daß Mande-

la „seine Unterstützung für eine friedliche Lösung ausdrückt“, und er hofft, „daß eine Normalisierung des politischen Lebens ausreicht, die Notwendigkeit für den bewaffneten Kampf zu reduzieren.“ (Weekly Mail, 22.2.90)

Mandela hat schon angekündigt, daß es bei Verhandlungen keine heiligen Kühe geben werde und auch über Verstaatlichungen gesprochen werden könne. Auf seiner ersten Pressekonferenz äußerte er Verständnis für die Sorge der Weißen bei der Forderung nach 'eine Person, eine Stimme'. Die Weißen bestünden auf strukturellen Garantien, die sicherstellten, „daß die Einlösung dieser Forderung nicht zu der Vorherrschaft von Schwarzen über Weiße führen wird. Wir verstehen solche Gefühle, und der ANC ist bestrebt, dieses Problem anzusprechen und eine Lösung zu finden, die sowohl die Weißen als auch die Schwarzen des Landes zufriedenstellen wird.“ (FR, 23.2.90).

Opposition: Initiative zurückgewinnen

Das Nationale Exekutiv-Komitee des ANC hat auf einer Sitzung am 16. Februar in Lusaka beschlossen, so bald als möglich eine Gruppe leitender Mitglieder aus dem Exil, sowie aus Südafrika zu Gesprächen mit de Klerk zu entsenden. Die ANC-Delegation soll außerdem Führer der „Demokratischen Massenbewegung und anderer Anti-Apartheid-Kräfte“ treffen. Nach dreißig Jahren erzwungener Untergrundtätigkeit beginnt der ANC jetzt, wieder eine of-

fene Organisation im Lande aufzubauen. Die nächste Nationalkonferenz soll am 16. Dezember in Südafrika statt wie bisher geplant im Juni im Exil stattfinden.

Der ANC und seine Verbündeten stehen nach de Klerks Reformschritten, deren Geschwindigkeit große Teile des schwarzen Widerstands unvorbereitet traf, unter Zeitdruck, wenn sie die Initiative von de Klerk zurückgewinnen wollen. Die UDF befindet sich noch in einer Phase der Erholung von den Folgen eines fast vierjährigen Ausnahmezustandes, der die Organisation mit sehr ungleichen Strukturen zurückgelassen hat. Die größte Mitgliedsorganisation der UDF, der Südafrikanische Jugendkongreß Sayco, hat bereits das Aufgehen seiner Mitgliedschaft in den ANC beschlossen, ein Schritt, der als übereilt kritisiert wurde. Der Führung des ANC scheint nicht daran gelegen zu sein, daß sich einzelne politische Organisationen noch vor seiner Reorganisation in Südafrika ohne förmlichen Beschluß der bisherigen „Befreiungsbewegung“ anschließen. In seiner Erklärung vom 16. Februar ermutigt das ANC-Exekutiv-Komitee daher die UDF und ihre Aliierten, weiterzubestehen und ihre jeweilige Gemeinde zu mobilisieren. Dennoch wird das Verhältnis der UDF zum ANC neu ausgestaltet werden müssen.

Nicht nur die Regierung, auch die Townshipbevölkerung und die Aktivisten an der Basis bauen auf Mandela. Zigttausende sind in Alexandria, Atteridgeville, Garankuwa und anderen Townships auf die Straße gegangen, um bessere Wohnbedingungen und niedrigere Mieten und Dienstleistungen zu fordern. Wenn es dem ANC und Mandela nicht gelingt, in die Vorgespräche mit der Regierung auch die konkreten For-

derungen der Gemeindeführer miteinzubringen und bald auch bessere soziale Bedingungen durchzusetzen, könnten sie an Einfluß verlieren. Viele der militanten Jugendlichen in den Townships glauben nicht an die Verhandlungsbereitschaft der Regierung. Sie würden die Einstellung des bewaffneten Kampfes durch die ANC-Führung als Verrat sehen und sich möglicherweise zum Teil Organisationen anschließen, die ihnen, wie etwa der PAC, einfachere Lösungen anbieten.

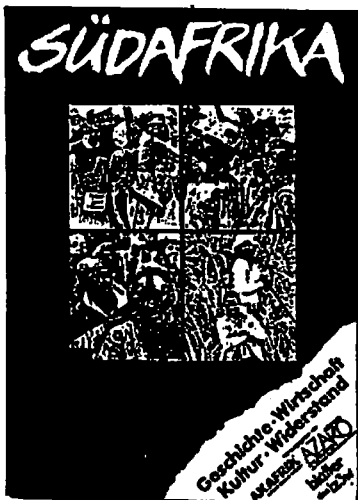
Skepsis über den möglichen Ausgang zukünftiger Verhandlungen dürfte auch beim größten Teil der schwarzen Gewerkschaftsbewegung überwiegen, weil am System des „rassischen Kapitalismus“ in Südafrika nicht grundlegend gerüttelt wurde. Zu gewinnen hat in erster Linie die schwarze Mittelklasse. Der prominente UDF-Politiker Mawlal Ramgobin, Vizepräsident des Natal Indian Congress, meinte kürzlich gegenüber Solidaritätsorganisationen in Bonn, daß „Verhandlungen im gegenwärtigen historischen Stadium die revolutionärste Option sind“. Eine als persönlich gekennzeichnete Meinung, die innerhalb der UDF nicht nur Zustimmung finden wird. In der Phase der Vorverhandlungen werden die verschiedenen Klasseninteressen innerhalb der Opposition deutlicher als bisher zu Tage treten, und die sozialen Kämpfe könnten an Schärfe zunehmen. Die sich dramatisch zuspitzenden ethnischen und sozialen Konflikte in Natal, bei denen zum ersten Mal auch indische Gemeinden angegriffen wurden, müssen auch vor diesem Hintergrund gesehen werden.

Die Regierung und Mandela gehen übereinstimmend davon aus, daß Südafrika in vier bis fünf Jahren eine neue Verfassung haben wird, die allen Südafrikanern gleiche Rechte garantiert. Werden dann auch die Millionen von Schwarzen, die nicht nur unter den politischen, sondern auch unter den sozialen Folgen jahrzehntelanger Apartheidherrschaft gelitten haben, ihr Gewicht mit in die Waagschale werfen können? De Klerk hat sich mit der Freilassung Mandelas und seiner Einbindung in einen Dialog zunächst Luft verschafft. Der politische Kampf der schwarzen Bevölkerung findet aber keineswegs sein Ende, er ist in eine neue und sicherlich kompliziertere Phase getreten.

Lothar Berger

Anmerkungen:

1. Wortlaut der Harare-Erklärung in AIB/Dritte Welt Zeitschrift, Nr.11, Nov.89; vgl. auch „Schritte zur Einheit?“ in: Informationsdienst Südliches Afrika 1'90, S.14



AKAFRIK-AZAKO-IZ3W

Völlig überarbeitete Neuauflage der Broschüre von 1986

Diese Broschüre bietet Materialien, die in der Öffentlichkeit hier nicht so bekannt sind. Sie machen deutlich, daß hinter der Fassade von Reformen, Liberalisierung und regionaler Zusammenarbeit Strategien der Aufrechterhaltung der weißen Vorherrschaft zu finden sind.

Zu bestellen bei:

iz3w, Postfach 53 28, 7800 Freiburg

AKAFRIK, Lingener Str. 9, 4400 Münster

DIN A4 Format,
Juni 1989, 68 Seiten
Einzelpreis: DM 4,-
ab 10 Expl. DM 2,50 + Porto

ZAMBIA und ZIMBABWE

... zwei heute sehr unterschiedliche Länder, die jedoch durch ihre gemeinsame Geschichte eine besondere Beziehung haben. 1953 — 63 waren sie als Nord- und Südrhodesien mit dem heutigen Malawi zur 'Zentralafrikanischen Föderation' zusammengeschlossen. Auch in Zambia gab — und gibt — es viele weiße Siedler, jedoch machte insbesondere die Ausbeutung der reichhaltigen Kupfervorkommen Nordrhodesien zu einer lukrativen britischen Kolonie. Südrhodesien dagegen war eine klassische Siedlerkolonie mit erheblich größerem landwirtschaftlichen Anteil. Die politisch starken Siedler nutzten die Föderation, um die in Nordrhodesien durch die Kupferausfuhr erzielten Überschüsse in die Entwicklung Südrhodesiens einzusetzen.

Die internationalen Konzerne, die die Kupferminen Nordrhodesiens betrieben, sträubten sich kaum gegen die Unabhängigkeit, weil sie davon ausgingen, ihre Geschäfte auch danach gewinnträchtig betreiben zu können. Für die südrhodesischen Siedler dagegen war eine schwarze Regierung ein Alptraum, dem sie sich fünfzehn Jahre lang militärisch widersetzen.

Zambia — es feierte bereits im Oktober letzten Jahres das 25-jährige Jubiläum seiner Unabhängigkeit — hatte von Anfang an schlechtere Ausgangsbedingungen als Zimbabwe. So gab es zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit gerade 100 Akademiker im Land, Zimbabwe verfügte 1980 dagegen über eine verhältnismäßig breit gestreute Industrie. Der von Wolfgang Frommlet beschriebene ökonomische Niedergang Zambias ruft dort vielfach auch Neid gegenüber den Brüdern und Schwestern im 'Süden' wach. Häufig ist auch die vom Neid nicht ungetrübte Einschätzung zu hören, daß Zimbabwe in 15 Jahren ebenso vom Weltmarkt in die Knie gezwungen sein werde, wie Zambia schon heute.

Wer beide Länder bereist, fühlt sich nicht selten an den Unterschied BRD — DDR erinnert. Hier politische Freiheit und blühende Wirtschaft, dort eine Partei die immer Recht hat und staatlich gelenkte vor sich hin welkende Wirtschaft. Aber — keine Angst, eine Wiedervereinigungsdiskussion wird es dort sicher nicht geben.

dv

Der unaufhaltsame Niedergang

Zambia - 25 Jahre nach der Unabhängigkeit

„Stand and sing of Zambia,
proud and free / Land of work
and joy in unity.“

Nicht viele der gut 6,5 Millionen Einwohner werden den Anfang der Nationalhymne am 24. Oktober 89, als Zambia sein 25. Jahr nach der Unabhängigkeit feierte, mit Begeisterung gesungen haben. Zu feiern gibt es für die Mehrheit heute weniger Anlaß als vor 25 Jahren. Vor fünf Jahren schloß die Universität in Lusaka eine vergleichende ökonomische Studie ab: 20 Jahre nach der Unabhängigkeit ging es der Mehrheit der Bevölkerung, städtischer wie ländlicher, schlechter als in den letzten Jahren der Kolonialzeit.

Die Bundesregierung hatte sich ein angenehmes Geburtstagsgeschenk für das aufgrund seiner politisch-strategischen Lage entwicklungspolitisch immer gehegte Land ausgedacht: Schulden in Höhe von 558 Millionen DM wurden für insgesamt 25 Entwicklungsprojekte erlassen. In Anerkennung „für die mutigen Reformen von Präsident Kaunda“, wie Staatssekretär Siegfried Lengel das nennt, was das Leben für die Armen vor allem in den Städten zum Alptraum gemacht hat: die Freigabe der Preise auf alles, ausgenommen das Hauptnahrungsmittel mealie meal, Maismehl.

Die Geschäfte zwischen Cha-Cha-Cha-Market und Cairo Road in Lusakas Zentrum sind, verglichen mit dem über zehnjährigen Dauerzustand, seit Mitte 89 nicht mehr wiederzuerkennen. Da gibt es Tennisschläger und Golfaustrüstungen, Campingzelte und Carrera-Bahnen, Cognac aus Frankreich und Whisky aus Irland.

Früher ging, wer über Kreditkarte oder hard-cash verfügte, in den duty-free-shop für die „uppa-mwamba“, die Elite. Heute, im Zeichen der Reformen, gibt es deren zwei. Akzeptiert werden, neben den übli-

chen Währungen in diesen Gefilden, neuerdings auch südafrikanische Rand. Es gehen auffallend viele Rands in die Kassen, es sind erstaunlich viele Zambianer in der Schlange von UN-Experten, Botschaftspersonal und einheimischer Businessclass. Hier steht man Schlange.

Die Einzelhandelsgeschäfte der Inder aber sind ebenso leer wie die staatlichen Supermärkte. Das Angebot kann sich die Mehrheit nicht leisten. Und die, die es können, fahren inzwischen in das noch besser bestückte Harare — unter der aufstrebenden Bourgeoisie gehört dies zum guten Ton.

Alle sozialen Errungenschaften sind gefährdet

1978, als ich zum ersten Mal nach „Zambia in the sun“, wie es sich touristisch wenig einfallsreich anpreist, kam, war ein Kwacha etwa 2,50 DM wert. Ende 89 sind es noch 12 Pfennig. Offiziell. Der Schwarzmarktkurs entsteht gerade erst neu, weil im August innerhalb von zwei Wochen alle alten Geldscheine für ungültig erklärt wurden. Gegen die neuen Konterfeis eines erstaunlich jun-

gen „Geldschein-Kaunda“ durften nur Beträge bis zu ein paar Hundert DM umgetauscht werden. Wer mehr hatte, mußte nachweisen, wo sie herkamen. Damit sollten jene ausländischen Experten, Geschäftsleute und Diplomaten getroffen werden, die gegen harte Währungen kofferweise Schwarzgeld von jenen tauschen, die es im Überfluß besitzen: die indische Händlerklasse, die Weißen, die bereits vor der Unabhängigkeit ins Land gekommen waren und bis heute an den ökonomischen Schaltstellen sitzen (kommerzielle Farmer, Fachbetriebe im Kfz- und Elektronikbereich), sagenhafte Profite machen, sie diese aber aufgrund der chronischen Devisenknappheit Zambias nicht ins Ausland transferieren dürfen.

Seit Jahren spielte sich ein Teil des zambischen Geldflusses nur noch auf dem Schwarzmarkt ab.

Bevor die neuen Kwacha-Noten in Umlauf kamen, nutzte die Regierung die Chance einer neuerlichen gewaltigen Abwertung, in der Hoffnung, mit den neuen Scheinen falle der Trick nicht auf. Aber er fällt auf, denn bei neuen Scheinen und Abwertung blieb es nicht.

Vor zehn Jahren verdiente ein Angestellter Handwerker, ein Facharbeiter, um die 100 Kwacha. Ein Kwacha hat 100 Ngwee. Vor zehn Jahren kostete ein Liter Milch 40 Ngwee. Heute verdient derselbe Zambianer 1000 Kwacha — ein Liter Milch aber kostet 12 — 15 Kwacha. Die Löhne stiegen bei permanentem Währungsverfall auf das Zehnfache. Die Preise für Grundnahrungsmittel, für Alltagsgüter, um das 30 — 40fache.

Ein Paar Schuhe kostet nun, nach der Aufhebung von Preiskontrollen, einen halben, eine Hose den ganzen Monatslohn eines städtischen Facharbeiters. Weit extremer sind die Dimensionen für die einkommensarme Landbevölkerung. Während sie sich aber, teilweise zumindest noch, durch Subsistenzwirtschaft mit dem Nötigsten selbst versorgen kann, ist die Stadtbevölkerung den „Reformen“ hilflos ausgeliefert. Ein 25 kg-Sack mit Maismehl zum Preis von 98 Kwacha reicht einer mehrköpfigen Familie eine Woche. Ein Huhn für 100 Kwacha wird zum unerschwinglichen Luxus. Holzkohle zum Kochen, für heißes Wasser, Maismehl, die gestiegenen Mieten für die städtischen Compound-Häuschen, das von den Briten eingeführte Weißbrot, ein wenig Speiseöl — das frisst den Monatslohn jener Mehrheit auf, die als Gärtner, Fahrer, Boten oder Arbeiter über maximal 1000 — 1200 Kwacha pro Monat verfügen. Was als Zutaten zum Essen in den städtischen Massensiedlungen noch auf den Teller kommt, sind Kürbisblätter, „rape“, eine Art bitterer Mangold und am Wochenende eine Handvoll Kapenta, Trockenfisch. Am meisten sind Kinder betroffen: die Kindersterblichkeit liegt inzwischen bei 13,22 %. Mehrheitlich, so das christliche Blatt „National Mirror“, ist Unterernährung die Ursache.

Wenn es nur die Nahrungsmittelpreise wären, die die Mütter vor unlösbare Probleme

stellen! Im Rahmen der „Reformen“ wurden auch die staatlichen Buspreise erhöht, die Benzinpreise und damit die Fahrten in den privaten Minibussen. Kaum lohnt es sich mehr, ein paar Hühner, Eier, ein wenig Gemüse aus den Vororten zu den innerstädtischen Märkten zu bringen. Wie überall in Afrika weiß man auch in Zambia die kolonialen Vorbilder zu schätzen. Schuluniform ist Pflicht. Wer keine Schuhe trägt, bleibt draußen. Prinzip geht vor Chancengleichheit. Ein Kind auszustatten, kostet einen normalen Monatslohn. Und wer hat in den Compounds, auf dem Lande, nur ein Kind! Die „Reformen“ stammen nicht aus dem State House, sondern aus Washington. Zambia ist das am fünflichsten verschuldete Land Schwarzafrikas — 6 Mrd. \$ 1987. Zwei Jahre hatten IMF und Weltbank weitere Kredite eingefroren, weil Präsident Kaunda („KK“) sich weigerte, die üblichen Pillen zu schlucken. Und wo Washington Nein sagt, machen westliche Banken keinen Alleingang. Juni 89 ging Kaunda in die Knie: Strukturanpassungen. Reformen. Abwertung, um Exporte zu verbilligen, Luxusimporte zu drosseln. Preisfreigabe, um Wettbewerb zwischen staatlichem und privatem Sektor anzuheizen, um die Nachfrage nach Gütern zu bedienen, das private Kapital in einer darniederliegenden Ökonomie zu Investitionen zu motivieren. Und wie immer: Entschlackung des Staatshaushaltes.

Zur unerschwinglichen Schuluniform kommt nun ein Elternanteil an den Schulbüchern, an Schulmöbeln. Was ohnehin nur wenige schaffen — einen Haupt- oder gar Sekundarschulabschluß — weil die Lehrinhalte in Englisch unterrichtet werden, von zu wenig Lehrern in zu großen Klassen, mit Stoffen, die der Erfahrung der meisten Kinder fremd sind, was über 100 000 Jugendliche jährlich zu „drop-outs“ macht, das wird nun für viele auch noch aus ökonomischen Gründen zur Pein: schulische Prüfungen sind neuerdings kostenpflichtig. 50 Kwacha pro Fach. Sieben bis acht Fächer hat ein Schüler zu absolvieren. Die Zahl der Eltern nimmt rapide zu, die ihre Kinder nicht mehr zur Schule, sondern lieber gleich als Schuh- und Autoputzer, als Schwarzmarkthändler auf die Straße schicken.

Ende September. Das neue Semester beginnt. Der Universitäts-Campus jedoch wirkt eher verwaist. Mindestens 3000 Studenten sind aus den Ferien erst gar nicht zurück gekommen. Aus dem Radio haben sie erfahren, daß die Universitätsgebühren, die Kosten für Unterkunft und Verpflegung gleich um ein paar hundert Prozent erhöht worden sind.

Erst waren Verträge mit Dozenten nicht erneuert, Bibliotheksetats für ganze Fakultäten in den letzten Jahren gestrichen worden. Nun bleibt auch noch die Klientel weg. Der Vice-Chancellor appelliert an die Regierung. Partei-Generalsekretär und Finanzminister stellen Darlehen und „studentship-funds“ für die Mittellosen in Aussicht. Die Nachricht verbreitet sich — die

Studenten kommen an den Campus von Lusaka und Ndola zurück. Auf über 5000 Kwacha beläuft sich, je nach Studiengang, die Rechnung, die zu begleichen ist. Die Studenten fragen nach den Darlehen, den „Hilfsfonds“ — aber der „Registrar“ der Universität weiß so wenig wie die anderen Verwaltungsbeamten, wo, wann und unter welchen Voraussetzungen die Gelder zu erhalten sind. Hunderte (von Tausenden redet ein Dozent im privaten Gespräch) versuchen vorübergehend bei Freunden, Verwandten, Kommilitonen unterzukommen ...

Die „mobile clinic“ der „Helper's Society“, die mehrere Dörfer im ländlichen Umfeld der Hauptstadt versorgt hatte, ist zusammengebrochen. Keine Ersatzteile für die Fahrzeuge, keine Medikamente. Ganze Gegenden auf dem Land sind ohne medizinische Versorgung, sagt Cathy, die Krankenschwester, weil alle Mittel radikal zusammengestrichen worden sind. Nur wo ausländisches Personal, wo Missionen und Hilfswerke Gesundheitszentren und Krankenhäuser unterhalten, ist die Versorgung halbwegs gesichert.

Den Staatshaushalt entschlacken, heißt auch bei der Gesundheit: Kosten abwälzen. Doch nicht auf den Geldbeutel der Reichen, die ohnehin zu den in Lusaka wie in den Kupfergürtelstädten bestens ausgestatteten Privatärzten und -kliniken gehen, sondern auf die Armen. Nur aufgenommen zu werden, in ein staatliches Gesundheitszentrum kostet nun 100 Kwacha. Und dann jeder Tag Aufenthalt extra, und die Medikamente, die Behandlung. „Selbst ein kurzer Klinikaufenthalt stürzt eine Familie heute in den Ruin. Da bleiben viele lieber gleich zu Hause.“, erzählt Cathy.

Politikphrasen und schleichende Militarisierung

1986 hatte die Regierung der Einheitspartei UNIP (United National Independence Party) den ersten Versuch gemacht, ein wenig nach IMF-Rezeptur zu kochen: die Subventionen für das Maismehl wurden aufgehoben. Läden im Kupfergürtel wurden gestürmt, UNIP- und Polizeifahrzeuge in Brand gesteckt und, obwohl sich die Armee, ansonsten für ihre Brutalität bekannt, erstaunlich zurückhielt, Tote lagen auf den Straßen. Kaunda selbst nahm in einer Fernsehansprache die Preiserhöhung zurück.

1989 sollte derselbe Fehler nicht wiederholt werden. Zwar stiegen auch die Preise für mealie meal, doch der neue Preis ist staatlich festgelegt und für die Einkommensschwachen gibt es „coupons“. Eine Farce, wie ich in den Compounds erfahre. Ein Coupon ist rund 20 Kwacha wert; für einen 25kg-Sack braucht man also vier Stück. Eigentlich sind sie gebunden an die Höhe des Einkommens und die Zahl der vom Bezugsberechtigten abhängigen Familienmitglieder. Aber wer hat schon eine Gehaltsabrechnung, Meldebestätigungen, und was definiert man in Afrika als „Fami-

lie"? Also steht um Coupons an, wer Beine hat, zählt so viele Familienangehörige auf, wie glaubhaft erscheinen ...und dann passiert es, daß nicht genug Coupons für die Schlange da sind. Und was nutzen Coupons, wenn die privaten Händler sie nicht annehmen, sondern nur die staatlichen Supermärkte? Da aber ist Maismehl, seit nun über zehn Jahren, Mangelware. Wie Öl und Salz, Reis und Zucker. Also wieder Schlange stehen.

Ruhe vor dem nächsten Sturm? Nie habe ich so viel „Verachtung“, so viel Wut gegen die Regierung gehört, selbst von Menschen, denen ich nie vorher begegnet war. „The old man has to go“, oder einfach „he must go“ wurde zum geflügelten Wort. Aber er denkt nicht daran, das Symbol für „unity“ und „humanism“. Bis '93 ist seine nächste Präsidentschaft wieder gesichert. Wie bei den vorangegangenen Wahlen, hat er auch 1988 jeden Hauch von Opposition als „Versuch des Feindes, Frieden und Prosperität Zambias zu unterwandern“ abgekanzelt. Hinter allem steht der Feind — und Kaunda betet die Liste unermüdlich runter: Imperialismus, Neo-Kolonialismus, Kolonialismus, Apartheid.

Der Feind, bezahlte Agenten, indoktriniert

die Gewerkschaften im Kupfergürtel. Die TUC-Bosse Fredrick Chiluba und Newstead Zimba warnten schon Ende der Siebziger Jahre, als Kaunda die ersten IMF-Kredite zeichnete, vor den Konsequenzen. Damals versprach Kaunda mit seiner „operation food production“ ein Ende aller Versorgungslücken, landwirtschaftliche Exporte und, wie immer, ländliche Entwicklung. Die Gewerkschafter wußten, daß die gigantomanen agro-business Projekte, zehn an der Zahl und jedes bis zu 20 000 Hektar groß, nur mit ausländischer Technologie und mit Schulden, die die Arbeiterklasse würde abbezahlen müssen, zu realisieren sein würde. Das war der Anfang ständig kochender Diffamierungen gegen die einzige organisierte Opposition — die Gewerkschaften. Gefängnis, Entzug von Pässen und Ausschluß aus der UNIP gegen die Führung in lockerer Folge. Rechtsanwältin, die ohne Anklage inhaftierte Intellektuelle und Politiker verteidigten, lernten die Gefängnisse ebenso kennen wie Militärs und Politiker. Vor der letzten Wahl durchkämmte der Geheimdienst in einer Säuberungsaktion das Land. Ein Gegenkandidat gegen Kaunda ist längst so wenig möglich wie im Nachbarstaat Malawi.



Sambias Kupferminen sind leer

Unter dem Slogan „participatory democracy“, die angeblich Machtverkürstungen verhindern und jeden fähigen Kopf an jede geeignete Stelle bringen soll, stellt Kaunda seit mehr als zehn Jahren selbst fundamentalistischste Rotationsprinzipien in den Schatten. Mit dem Erfolg, daß es weder in Ministerien noch in „parastatal companies“ Kontinuität und Planung gibt. Politik ist zunehmend zur Alleinherrschaft eines an Verfolgungswahn und patriarchalischer Selbstbeweihräucherung leidenden Präsidenten geworden. Was liegt nach afrikanischen Erfahrungen näher als ein Militärcoup! Kaunda baut vor: im Mai '89 entließ er Premierminister Kebby Musokotwane, einen der wenigen Politiker mit Fachkenntnissen, und holte sich General Malimba Masheke, einen Mann ohne die geringste politische Qualifikation. Der bislang letzte in einer langen Reihe von Top-Militärs, die „der Alte“ auf diplomatischen Posten, auf Ministersessel und in Staatsfirmen gehoben hat.

Im Luxus-Hotel „Intercontinental“ kostet eine Nacht 200 DM. Wer sich am Abendbuffet bedient, verzehrt den Wochenverdienst eines Minenarbeiters. An den Buffets stehen Offiziere mit schmuckbehangenen Gattinnen an. Nur vom Feinsten, vom Teuersten. Ein politisches Treffen? Das ist jede Woche so, mit wechselnder Besetzung, klärt mich ein Regierungsbeamter aus der Provinz auf, der sich „hier nur ein Bier leisten kann“. An allen Ecken gärt es, sagt er, und der Alte hält sich die Armee bei Laune, indem er die oberen Ränge ein paar Tage samt Familie hier übernachten läßt. „Ich schäme mich für mein Volk, wenn ich das sehe.“

Stephen, ein junger Handwerker, jahrelang aktiv in der „UNIP Youth League“ hat die Partei verlassen, wie Tausende, die sich das leisten können. Nur wer es sich nicht leisten kann, kauft noch „UNIP membership cards“.

Schuld haben immer die anderen. Auf der „Youth League Conference“ in der Kupfergürtelstadt Kabwe, im September '89, züchtigt der Vater der Nation die Parteijugend, sie zeige kein Engagement, wenn es um die Beendigung der Jugendarbeitslosigkeit gehe. Dann folgen die obligatorischen Fensterreden gegen die Apartheid. Und die herrschende Klasse bedient sich in den duty-free-Läden an südafrikanischen Luxusgütern.

Paramilitärische „vigilantes“ der Partei tauchen mit Militärlastwagen auf den städtischen Märkten, in den Compounds auf, greifen sich ein paar Dutzend „mishanga-boys“, Straßenhändler ohne Schulabschluß, und laden sie in „re-education camps“ irgendwo im Busch wieder ab. Nicht einmal Decken waren da, erzählt mir einer aus Lusakas Compound Chilenje. Unter militärischem Training roden sie Land, bekommen ein paar landwirtschaftliche Geräte in die Hand gedrückt. „Aber keinen Lohn, kein Kleindarlehen, kein Saatgut, keinen Ochsen. Mit was sollen wir, ohne richtige landwirtschaftliche Ausbildung, dann zurück aufs Land?“ „Go back to

the land", angesichts einer Urbanisierungsrate von über 50 %, ist eine von Kaundas Lieblingsphrasen.

Wo liegen die Fehler?

Alles war von Anfang an auf die Mono-Ökonomie Kupfer ausgerichtet. Verständlich in der vielversprechenden Anfangszeit der Unabhängigkeit. Aber schon da wurden die grundlegenden Fehler gelegt: die Gewinne blieben in den Städten, statt zum Teil wenigstens in die Landwirtschaft, in Kleinbetriebe investiert zu werden, die Land und Kleinstädte hätten attraktiv werden lassen. Die Landwirtschaft glaubte die junge Regierung für die städtischen (und bekanntlicherweise immer gefährlichen, weil gewerkschaftlich organisierten) Arbeitermassen gesichert durch das koloniale Modell: die britischen Großfarmer, entlang der „line of rail“, die mit der importierten Monokultur Mais und Rinderzucht die Städte versorgten. Dabei blieb es aber bis heute. Noch immer produzieren die weißen Farmer die Hälfte aller zambischen Nahrungsmittel.

Landwirtschaft wurde der Nebeneffekt von Kaundas Jonglierkünsten: Zambia zwischen den Blöcken in einer „heißen“ Region zum Darling aller zu machen. So gibt es LPG-Modelle der DDR, Agrobusiness-Technologien, aufgemotzt, nie zu managen noch zu finanzieren durch Einheimische („Canadian Wheat Schemes“), Rumänen und Chinesen, alternative DEDler und nie endende „integrated rural development projects“, IRDP, der gtz, mit unersetzlichen Scharen von Experten. Weil ständig Minister und Staatssekretäre ausgewechselt werden, weil Kaunda von Besuchen in den USA so begeistert zurückkam wie von sozialistischen Staaten, änderte sich ständig der Kurs. Mal „operation food production“, mit geplanter Beteiligung des indischen Konzerns Tata, mal die forcierte Entwicklung von Kooperativen, mal Exportwirtschaft, mal Selbstversorgung. Und nichts wurde jemals systematisch evaluiert auf seine Relevanz für Zambias Zukunft. In den ländlichen „farmer training centres“ funktioniert keine Wasserpumpe und kein Generator, fehlt es an jeglichem Lehrmaterial für Bauern. Aber in Beton gegossen, von künstlich bewässertem Grün durchsetzt, wurde in der Hauptstadt ein Campus-Monument erstellt, samt landwirtschaftlicher Fakultät, in dem der Wirklichkeit entfremdete Eliten herangebildet werden.

Die Krise wurde schon in den Siebziger Jahren deutlich: immer mehr wanderten ab vom Land, immer höher die Zahl der Jugendlichen „school drop-outs“, immer bedrohlicher die Versorgungslücken, weil die Produkte der weißen Farmer für die proletarisierten Massen weder ausreichen noch erschwinglich sind.

Kaunda erinnert sich '79 an seinen alten Freund René Dumont, einen der brillantesten Agrarwissenschaftler. Im Auftrag des State House erarbeitet der eine Studie über den ländlichen Raum. Eine vernichtende Studie — radikale Umkehr fordernd zu-

gunsten der Kleinbauern, Dezentralisierung und Diversifizierung als dringendste Aufgaben. Und: er weist nach, daß eine winzige städtische Elite seit der Unabhängigkeit fast den gesamten Devisenreichtum aus dem Kupfer auffrißt. Die Veröffentlichung der Studie wurde auf Befehl des damaligen UNIP-Generalsekretärs Mainza Chona verboten.

Gleiches gilt für den Erziehungssektor: mit ausländischen Mitteln finanziert, wurde unter dem Erziehungswissenschaftler Trevor Coombe eine „educational reform“ an der Universität Lusakas aus allen weltweit relevanten pädagogischen Alternativen zusammengebaut. Eine Reform, mit der nicht länger entweder Arbeitslose oder untere Verwaltungsbeamte, untere Chargen für ausländische Firmen oder „accountants“ produziert werden sollen, sondern eine breite Vielfalt an Berufsbildern und Qualifikationen. Coombe hat, wie Dutzende anderer qualifizierter Wissenschaftler, Zambia längst verlassen, weil, wie im Fall Dumont, zwischen State House und Parteizentrale auch diese Alternative versandet ist.

Zwar gibt es „offiziell“ eine staatliche Organisation SEP, „small scale enterprise promotion“, aber kein Bildungssystem, das Handwerker und Techniker für Angewandte und Angepaßte Technologien ausbildet, keine Bankkredite für Kleinbauern und Kleinbetriebe.

In 25 Jahren ist es nicht einmal gelungen, die Verarbeitung von Mais zu mealie meal zu dezentralisieren. So machen private Transportunternehmer mit der Ernte der Bauern ein Vermögen, weil der Großteil in die Natio Milling Company nach Lusaka gefahren werden muß. Und als Maismehl wieder zurück in die Provinz. Beides aber ist beim gegenwärtigen Straßenzustand kaum mehr möglich.

Schuld sind immer die anderen. Südafrika. Die Imperialisten. Sicher, Zambia bestimmt nicht die Kupferpreise auf dem Weltmarkt, und trotz der 49:51 Anteile an den Minen, auch nicht die Technologien, die Gehälter der Experten. Sicher, das weiße Herrenrassenregime trifft mit seiner Destabilisierungspolitik auch ein Land wie Zambia. Nur — im Nachbarstaat Zimbabwe produzieren die Kleinbauern inzwischen, aufgrund einer motivierenden Preispolitik, Mais nicht nur zur Selbstversorgung, sondern auch für den Export.

An Geld fehlt es, ist die alte Litanei der Regierung. Weshalb die Armen nun zur Kasse gebeten werden. An der Independence Avenue jedoch verstaubt der monströse Neubau des neuen Partei-Hauptquartiers, für das die restlichen Kwacha-Millionen irgendwo in den neuen Krediten abgezweigt werden dürften.

In einer ganzseitigen Anzeige der „Times of Zambia“ gibt Präsidentensohn F.H. Kaunda, Chairman der Zambia Consolidated Copper Mines seiner Freude Ausdruck, daß im Geschäftsjahr 88/89 ein nie dagewesener Nettogewinn von 1,8 Milliarden Kwacha zu verzeichnen sei.

Die Wahrheit ist komplex ...

Kaunda ist nicht Arap Moi, nicht Mobutu, nicht Omar Bongo. Keiner, der sich millionenschwere Plantagen angeeignet hat, keiner, der am Genfer See und in London Villen besitzt. Zambia beherbergt im besten Sinne die Zentrale des ANC und hat dafür schrecklich unter südafrikanischem Terror gelitten. Als am 14. Oktober 1964 die zambische Flagge gehißt wurde, hatte das Land knapp 50 Intellektuelle mit höherer Bildung; und die waren nach britisch-christlichem Vorbild erzogen. Wie können da Fehler ausbleiben. Der zambische Humanismus in den frühen Büchern Kaundas („Letter to my children“ 1973, „A humanist in Africa“ 1966, „Independence and beyond. Speeches“ 1966) ist ohne Zweifel von tiefer Wärme für den Menschen, (nicht nur für Afrikaner!), von Liebe, von einem sensiblen Kulturbegriff geprägt. Da sind sozialistische Ideale, Vorstellungen einer autonomen afrikanischen Kultur ebenso zu finden, wie ethische Normen, die in eine Befreiungspädagogik wie -theologie passen. Dies nehme ich diesem Mann bis heute ab. Einer der wenigen, der nicht jede Stätte der Kindheit zu Kathedralen und Vorzeigeprojekten umbaute. Kein Macchiavelli, wie Houphouets-Boigny, in seinem Purismus Nyerere verwandt. Bewundernswert. Zugleich jedoch abgehoben, mit den Jahren immer mehr. Aus Verzweiflung über die gierige, schmarotzende schwarze Herrschaftsclique, die dieses Land ausblutet, durch Korruption und Tribalismus in den Ruin getrieben hat? Hat Kaunda, sicher selbst den afrikanischen Tribalismus widerlich findend, in seinen Appellen an das Volk nie bemerkt, daß die zambische Herrschaftsclique die einzig tribalistische im Lande ist? Tonga gegen Lozi, Bempa gegen Luvale, um jeden Manager-, jeden Ministerposten. Kaundas Idee, daß, beim offensichtlichen Mangel an excellent ausgebildeten Führungskräften, so viele wie möglich durch Rotation so allround-kompetent wie möglich werden sollten, ist ja nicht ohne Sinn. Nur zählte am Schluß oft gar keine Fachkompetenz mehr, sondern nur noch das Prinzip und die Angst, sich tribalistischer Unausgeglichenheit auszuliefern.

Kaundas Balanceakte zwischen großen und kleinen „Freunden“, zwischen Ost und West, waren nicht nur kluge Schachzüge für ein Land ohne Zugang zum Meer, abhängig von Südafrika. Seine Balanceakte sind auch eine Mischung aus Naivität, Opportunismus und Poker um harten cash. Denn schließlich gab es Zeiten (und kein zambischer Journalist könnte es wagen, dies zu schreiben), in denen er die angolanischen Reaktionsäre Holden Roberto und Jonas Savimbi unterstützt hatte.

Er hat auch gewußt, was die Reformen á la IMF/WB bedeuten. Deshalb sein Zögern. Daß nun aber die Regale voll sind mit Luxus, daß es dafür Importlizenzen gibt, eine

kleine Clique, die sich den Tinnel leisten kann, das ist nicht nur den Bankern anzulasten, sondern einer grundsätzlich falschen Entwicklung.

... und die Lösung schwierig

Staatliche wie halbstaatliche Firmen wurden für das Land zur Pleite: aus Mangel an Konkurrenz miserable Qualität; Mißwirtschaft und Korruption; Fehlplanung, keine Ausrichtung an wirklichem Bedarf der Mehrheit (die sich, beispielsweise, nicht leisten kann, einen Tagesverdienst für zwei Gabeln corned-beef in der Dose auszugeben). Hat Washington nicht recht, mit der Forderung nach Privatisierung? Privaten Handel, privates Handwerk gibt es ja. In der, Europäer und eine Handvoll schwarzer Zambianer, die ihre Korruptionsgelder anlegen. Das ist just jene Klasse, die Geld gleich tonnenweise auf dem Schwarzmarkt bewegte (und bald wieder bewegen wird). Sie versuchen nun, nach der Preisfreigabe nicht 100, sondern gleich 200 % Profit zu machen. Was also bleibt?

Nur radikale und sofortige Reformen. Ein Volk, das jeden Glauben an die Einheitspartei, an die Herrschenden, und lange schon auch an den einst verehrten Kenneth Kaunda, verloren hat. Ein Volk, das in den Städten sich inzwischen selbst ausraubt, eine verratene und ausgeblutete Landbevölkerung, eine verlorene Jugend. Wenn sie über UNIP reden, klingt das wie SED. Gewerkschaften, Bauernvertretungen, völlig neu zu schaffende Basisgruppen in den Massen-Compounds, eine authentische Jugendbewegung, ermutigte Kooperativen — das zusammen könnte eine neue Kraft sein.

Der Aufbau eines dualen Bildungssystems, berufsbildende Prioritäten, „rural banking“ mit Kleinstdarlehen, Investitionen in „village industries“, verbunden mit totalem Investitionsstopp in Lusaka könnte ein anderer Ansatz sein. Theatergruppen müßten dauerhaft auf das Land, Kinos, Fußball, all das, was die Städte, trotz allen Elends so attraktiv macht.

Die SADCC-Staaten müßten ihre Währungen im Alleingang untereinander konvertibel machen. Müßten endlich und wirklich (Papiere gibt es en masse) gemeinsame Technikzentren, gemeinsame Produktions- und Forschungszentren aufbauen, das angehen, was mittelfristig an Importsubstituten möglich ist. Müßten alternative Bildungssysteme (wie die botswanisch-zimbabweanischen Modelle „education with production“) weiterentwickeln, und ... Während Zimbabwe keine zehn Jahre gebraucht hat, eine blühende Literatur-, Schul- und Kinderbuchlandschaft zu schaffen, gibt es in Zambia, im Jahre 25 nach der Unabhängigkeit, Lady Di zum Anmalen und amerikanisch-fundamentalistische Pamphlete zu kaufen.

Was Zambia braucht, ist nicht nur eine Kulturrevolution, sondern einen Sankara, einen Rawlings. Und — fünf Jahre absolutes Alkoholverbot für alle Zambianer (Betonung auf der männlichen Form).

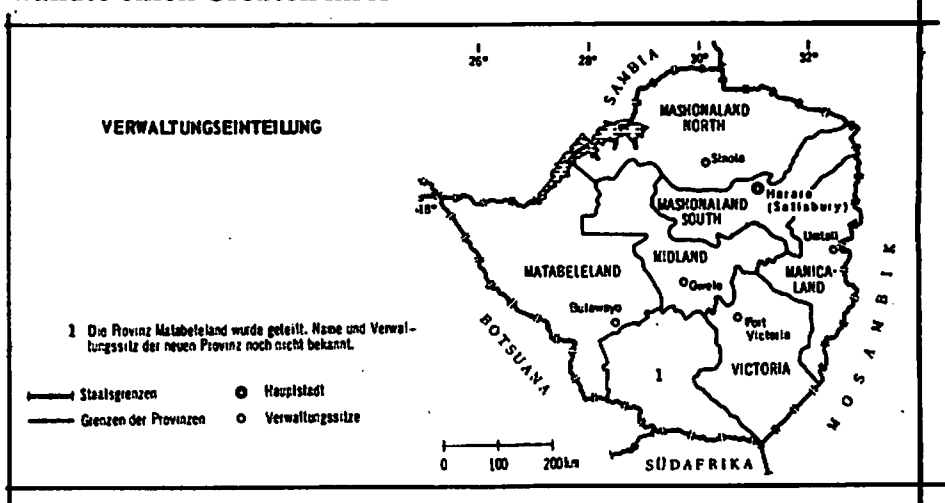
Wolfram Frommlet

Noch nicht am Ziel

„Vier Landrover für den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe“ lauteten die Ausrufe der Büchensammler in bundesrepublikanischen Fußgängerzonen in den 70er Jahren. Die vor allem durch die Geschäftigkeit der damaligen K-Gruppen ins Leben gerufene Zimbabwe-Solidarität verwandelte einen Großteil ihrer

Energie auf das Aufspüren der 'richtigen Linie' im zimbabweischen Buschkrieg.

Ein Rückblick auf zehn Jahre Unabhängigkeit Zimbabwes und fünf Jahre intensiven Befreiungskampf erlaubt auch einen Rückblick auf die bundesrepublikanische Solidaritätsbewegung.



Am 18. April werden in Harare Hunderttausende den 10. Geburtstag der Republik Zimbabwe feiern. Jenseits der großen Festtagsreden dürfte die Bilanz aber eher nüchtern ausfallen: Die Landreform ist steckengeblieben, die Arbeitslosigkeit wächst in rasender Geschwindigkeit und auch innenpolitisch haben die Korruptionsskandale des letzten Jahres einigen Schaden angerichtet. 1979 machten nach einem 15 Jahre dauernden, zunehmend blutigen Befreiungskrieg Verhandlungen den Weg frei für demokratische Wahlen. Der in internationalen Regierungskreisen bis dahin 'Terrorist' gescholtene Führer der Befreiungsorganisation ZANU, Robert Mugabe, gewann haushoch die Wahl. Sein Gegenspieler Nkomo mit

seiner gemäßigten ZAPU mußte sich mit der Rolle des Juniorpartners zufriedengeben.

Wie ein Fisch im Wasser

So wie in den mosambikanischen Flüchtlingslagern und Guerilla-Camps neben den praktischen Vorbereitungen für das befreite Zimbabwe Schriften von Mao Tse-tung über das Bewegen des Kommunisten im Volke „wie ein Fisch im Wasser“ die Runde machten, so bestimmten entsprechende Theorien von Imperialismus und der weltweiten Front dagegen in westdeutschen Solidaritätskomitees die Aktivitäten zur Unterstützung der zimbabweischen 'Genossen'. Es gibt keinen Grund, die Unterstützung eines unterdrückten Volkes



Arbeitslosigkeit — haben sie eine Zukunft?

lächerlich zu machen, nur waren diese Aktivitäten umrankenden Theorien die eine der Ursachen für die unrealistischen Erwartungen in diesen Kreisen. Alle zimbabwischen Befreiungsorganisationen waren im Kern nationalistisch und keinesfalls sozialistisch. Die Gleichsetzung geschah hier zur Anpassung an weltrevolutionäre Konzepte und dort, wie mancherorts aus ZANU-Kreisen zu hören ist, wohl auch mit Rücksicht auf die sowjetischen und chinesischen Geldgeber und Waffenlieferanten. Sicherlich haben sich viele Anhänger für die sozialistischen Ideale begeistern können, der Mehrheit der Bevölkerung ging es um die Beseitigung der weißen Vorherrschaft und 'das Land der Ahnen', das die Weißen ihnen geraubt hatten.

Mit der Regierungsübernahme 1980 wurden sozusagen über Nacht aus Buschkämpfern und umstürzlerischen Agitatoren Minister und Regierungsbeamte, der neue schwarze Teil der High-society des Landes. Aber nicht nur deshalb machte Mugabe eine, keinesfalls plötzliche Wende: Er bot den bisherigen Unterdrückern und Ausbeutern, der weißen Minderheit, die Versöhnung an. Er forderte sie auf, im Land zu bleiben, an dem Aufbau einer neuen, demokratischen Gesellschaft mitzuwirken. Voraussetzung hierfür war eine weitere Wende. Trotz anhaltender sozialistischer Rhetorik sicherte Mugabe den Weißen die Gewährleistung ihres Privateigentums zu. Dies war nicht nur die bittere Pille des 'Lancaster-House Abkommens', sondern auch seine Überzeugung. Er hielt es für richtiger, das ökonomische und technische Potential der Weißen für die Umwandlung in eine freiere und gerechtere Gesellschaft zu nutzen, anstatt es zu zerstören, bzw. zu vertreiben. Dementsprechend legte er ein lupenreines sozialdemokratisches Regierungsprogramm vor, das große Anstrengungen im Bildungs- und Gesundheitsbereich vorsah und die Landproblematik in erster Linie über infrastrukturelle Unterstützung der Kleinbauern lösen wollte.

Wenn auch nicht über Nacht, so mäßigten sich zur gleichen Zeit auch hierzulande die

Forderungen und Aussagen der Unterstützer. Die Aktivisten der inzwischen zum großen Teil aufgelösten K-Gruppen hatten sich entweder zur grünen Bewegung geschlagen oder ganz aus dem politischen Geschäft zurückgezogen. So blieb von der, in die 'weltweite antiimperialistische Front' eingebetteten Zimbabwe-Solidarität nur wenig übrig. Das Zimbabwe-Netzwerk versuchte nun praktische Unterstützungsarbeit für Ausbildungskooperativen und Schulprojekte zu betreiben und eine begrenzte interessierte Öffentlichkeit mit Informationen zu versorgen.

Zumindest soviel ist vorwegnehmend zu resümieren: Dort wie hier sind die Ziele nicht mehr so hochgesteckt, die politische Kleinarbeit hat die 'Großen Würfe' verdrängt und — es hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß die Umsetzung von Ideen einen langen Atem erfordert.

Dramatische Arbeitslosigkeit

Aber wenden wir den Blick nochmal ins ehemalige Rhodesien, nach Zimbabwe. Inwieweit haben die Reformen gefruchtet, wie ist die Stimmung im Land, und konkret, wie ist die Situation in der Landfrage, der Frage, die im Befreiungskampf für die Mobilisierung der Menschen eine entscheidende Rolle spielte?

Mr. Cashiri im Bumba-Resettlement im Osten des Landes bringt seine Enttäuschung klar auf den Punkt: „Im Befreiungskrieg habe ich meine Knochen hingehalten, nach dem Sieg habe ich wie die meisten meiner Kampfgefährten 100 ZIM \$ Abfindung erhalten, die gefeuerten Offiziere der weißen Smith-Armee bekommen heute noch ihre monatliche Pension ausgezahlt, z.T. sogar nach Südafrika.“ Sein Kollege Mr. Chitepo zieht ein anderes Resümee: „Wir sind jetzt frei, auch wir können jetzt unsere Kinder in die Schule schicken und können wohnen und arbeiten, wo wir wollen.“ Mr. Chitepo hat recht, es gibt keine rassistischen Beschränkungen mehr für Arbeit oder Landbesitz, nur — es gibt weder genug Land noch genug Arbeit. Die Arbeitslosigkeit in Zimbabwe nimmt zunehmend dramatische Formen an. Gerade die Anstren-

gungen der Regierung im Bildungsbereich tragen ihre Früchte, nur war das eine vergleichsweise leichte Aufgabe gegenüber der Schaffung von entsprechenden Arbeitsplätzen.

Der Kontakt mit den Ideen und verheißungsvollen Möglichkeiten der Moderne durch die Schule weckte bei vielen Anhängern den Wunsch, ihr Geld lieber im Blaumann oder sogar im weißen Kragen zu verdienen, als mit der Hacke auf dem Feld. Außerdem sind unter den gegebenen Umständen die Aufnahmekapazitäten der Landwirtschaft weitestgehend erschöpft. Zimbabwe hat eine kapitalistische Wirtschaft, da erschöpfen sich die Möglichkeiten der Politik auf die Schaffung eines 'investitionsfreundigen Klimas'. Gerade das versuchte Mugabe durch den neuen 'Investment-Code' vom April letzten Jahres zu erreichen. Gleichwohl kann das nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein, angesichts folgender Zahlen: Im formellen Sektor gibt es eine Million Beschäftigte. 1990 wird mit ebenfalls einer Million Beschäftigungslosen gerechnet. Dazu kommen jährlich 250 000 Schulabgänger. Demgegenüber war die Industrie in den letzten Jahren, lediglich in der Lage, jährlich 7000 Arbeitsplätze zu schaffen.¹

Auch die Versuche, Jugendlichen in 'Youth Training Centers' handwerkliche Grundkenntnisse zu vermitteln, um sie in die Lage zu versetzen, einzeln oder in Kooperativen im Bereich des ländlichen Kleingewerbes Fuß zu fassen sind, wenn auch hin und wieder erfolgreich, keine nennenswerte Antwort. Die jüngsten Investitionserleichterungen sollen nun vor allem ausländisches Kapital ins Land locken, was die Dominanz ausländisch kontrollierter Industrie (nach Schätzungen 75%) noch verstärken wird.² Auch Zimbabwe leidet unter dem Diktat des Weltmarkts. Die erwirtschafteten Devisen der steigenden Exporte an Bodenschätzen und landwirtschaftlichen Produkten reichen nicht aus, um den Bedarf an Investitionsgütern zu decken. So wird eine eigenständige Entwicklung gebremst und als Ersatz ausländisches Kapital ins Land geholt.

4000 Farmer verfügen über 40% des Landes

Die weißen Siedler verdrängten die Afrikaner im Zuge der Kolonisierung immer mehr und zwangen sie schließlich in viel zu kleinen und mit schlechten Böden ausgestatteten 'Stammesreservaten' zu leben. An dieser Situation hat sich seit 1980 grundsätzlich nichts geändert. Das 'Lancaster-House Abkommen', das 1979 die Unabhängigkeit einleitete, legte fest, daß bis 1990 keine Enteignungen möglich sind. Dieses Zugeständnis machten die ZANU-Führer aufgrund einer Zusage der Briten und Amerikaner. Sie sagten zu, den staatlichen Ankauf ungenutzten Landes finanziell großzügig zu unterstützen, um es dann für die Wiederansiedlung schwarzer Bauern zu nutzen.

Diese Unterstützung blieb jedoch weitestgehend aus, und der zimbabwische Staatshaushalt war mit der alleinigen Finanzierung überfordert.

'Weltfrieden'

Von der Hauptstraße ab einige Kilometer über schmale Wege und durch hohes Gras erreichen wir das Camp der Vertriebenen. 280 Menschen leben hier dichtgedrängt in Rotkreuz-Zelten. In den Zwischenräumen brennen kleine Feuer, darauf hier und da ein Topf mit dem traditionellen Sadsa, umringt von sich in der Dämmerung wärmenden Menschen. Darunter auch Herr

Murido. Wie die anderen Camp-Bewohner ist er seit sechs Wochen hier, seine größte Angst ist die Kälte, in einigen Wochen kommt der Winter. Der bringt es hier, im bergigen Hochland im Osten des Landes, nachts auf gute Minus-Temperaturen. Die Zelte sind dünn, es mangelt an Decken, die sieben Kinder von Herrn Murido sind alle barfuß. Die Decken, wie auch das übrige bescheidene Hab und Gut der Familie Murido wurde bei ihrer Vertreibung beschlagnahmt. Es sollte bei einer Auktion verkauft werden, um damit die Gerichtskosten des Mannes zu decken, der sie und 82 weitere Familien ins Verderben gestürzt hat. Dieser Mann heißt Johannes Heyns, ist Besitzer von neun Farmen, deren gesamte Fläche an die zigtausend Hektar zählt. Ein Großteil des Distrikts Chimanimani nennt er sein eigen, ein burischer Landlord.

Das ist Realität zehn Jahre nach einem Befreiungskampf, der in erster Linie um das von den Weißen besiedelte Land der Afrikaner geführt wurde. Zur Vorgeschichte dieses keineswegs untypischen Falls: 1986 kaufte Heyns zwei weitere schon 1980 von ihren Besitzern in Richtung Südafrika verlassene Farmen zu seinem Imperium dazu. Einer der ehemaligen Besitzer erlaubte Herrn Murido und seinen Leuten sogar auf dem Land zu bleiben und es zu bewirtschaften — sie gründeten eine Kooperative. Die zweite Farm wurde nach der Unabhängigkeit von sogenannten Sqatters — formal illegale Siedler aus den überfüllten ehemaligen 'Stammesreservaten' —

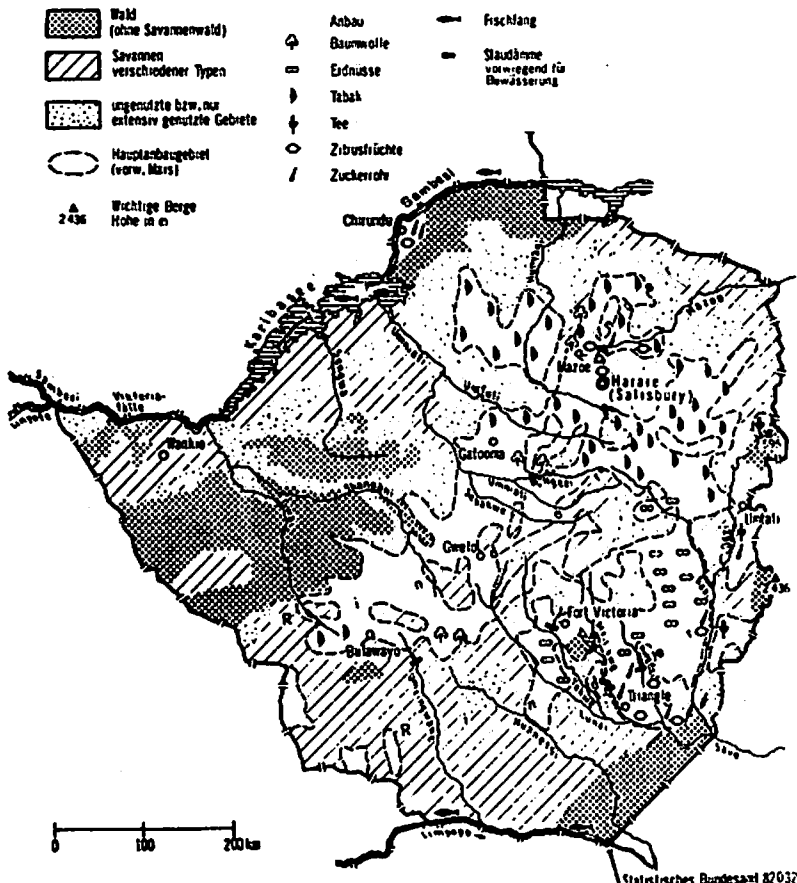
unter die Hacke genommen. Die Politik der ZANU ist in solchen Fällen, das ehemals weiße Land aufzukaufen und aus der geduldeten Nutzung ein rechtlich abgesichertes Resettlement — also Wiederansiedlungsgebiet — zu machen. Das entsprechende, rechtlich fixierte Vorkaufsrecht des Staates konnte Heyns auf dubiose Art umgehen, augenzwinkernd sagt er: „Mit Geld läßt sich schließlich alles lösen ...“. Formal lief das offenbar einwandfrei, ein Gericht gab seiner Räumungsklage recht, es befugte ihn, wie erwähnt, sogar dazu, Vieh und sonstiges Eigentum der Bauern zu konfiszieren. Mit LKW's vom District-Council wurden die Menschen mit ihren Rindern abtransportiert. Ofenrohre, klapprige Holzstühle, Matratzen und Decken wurden einkassiert, selbst Wellblechdächer und Stacheldraht wurde demontiert und mitgenommen.

Es dauert Stunden, die Ländereien von Mr. Heyns mit dem Auto auf holprigen Straßen zu durchqueren. Eine weitläufige, unberührt wirkende bergige Landschaft an der Grenze zu Mosambik. Wald wechselt sich ab mit Busch und schier endlosen Viehweiden, die Bodenqualität ist z.T. hervorragend. Es ist nicht verwunderlich, daß sich weiße Siedler hier, zumal bei fast europäischem Klima, niedergelassen haben. Bei dem Wegweiser 'Weltfrieden' — Weltfrieden —, so nannte der frühere weiße Rhodesier seinen Besitz, geht der Weg ab zum ehemaligen Farmhaus, vorbei an dem Dorf, das nun keins mehr ist. Heyns Leute ließen keinen Stein auf dem anderen. Die neunjährige Arbeit der Kooperative wurde mit einem Schlag zunichte gemacht. Selbst die kurz bevorstehende Ernte und die Saatgutinvestitionen von 3000 ZIM \$ müssen die Bauern abschreiben. So haben die Menschen im Camp nur das, was sie am Leibe tragen und sind auf Almosen der Wohlfahrt angewiesen.

Die Versuche, durch Aktivierung der 'Öffentlichkeit' Druck auszuüben, haben bisher kaum gefruchtet, immerhin hat die örtliche ZANU die beschlagnahmten Habseligkeiten — z.T. beschädigt — zurückgekauft. Mittlerweile gibt es auch das Angebot, auf einem nahegelegenen, schon als Resettlement-Gebiet projektierten Stück Land zu siedeln. Mr. Murido: „Die Gegend wird häufig von RENAMO-Banden bedroht und außerdem sind die Bodenverhältnisse schlechter als auf unserer Kooperative.“ Für die traditionell sehr mit ihrem Land verbundenen Bauern ist auch von großer Bedeutung, daß ihre Vorfahren auf dem geräumten Land lebten, als sie von dem dort siedelnden Europäer als Farmarbeiter übernommen wurden.

Der Fall Heyns — kein Einzelfall in einem Land, dessen schwarze Bevölkerung so einmütig wie kaum sonstwo für Land und Demokratie gekämpft hat, so wurden im April '89 im Metabeleland über tausend Menschen von einer Farm geräumt, die der internationale Konzern 'Lonrho' gekauft hatte.³

LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT, FISCHEREI



Die Frage bleibt, wieviel der radikalen Rhetorik der ZANU gutgemeinte Absicht war, die an harten ökonomischen Realitäten gescheitert ist, und ob der Preis für die wirtschaftliche Stabilität für die Masse der Bevölkerung nicht zu hoch ist.

Im Bumba — Resettlement

Es ist Sonnabend, man sitzt im Schatten der Rundhütten aus Lehm und trinkt Chibuko, das selbstgebraute Hirsebier. Mr. Nema-konde ist auf diesem Land geboren. Er war noch ein Kind, als 1941 die Siedler kamen und seiner Familie, bis auf ein kleines Stück, das Land wegnahmen. Er arbeitete in der Küche der englischen Familie, später als Fahrer. Er verdiente damals 25 Cent im Monat plus Kleider, plus Essen. Heute

men in dieser Gegend bringen es vielleicht auf 75 Sack.

Dies gute Ergebnis ist zurückzuführen auf die besonderen staatlichen Fördermaßnahmen für diese Projekte. So wurde ein großes Lagerhaus ebenso finanziert wie Maschinen und Traktoren, inklusive Mechaniker. Die Verkehrsverbindungen sind außergewöhnlich gut, so daß die Ernte rasch verkauft werden kann. Eine Genossenschaft übernimmt die Organisation von Transport und Vermarktung. Die staatliche Landwirtschaftspolitik ist auf Ertragssteigerungen ausgerichtet, was auch den Einsatz von chemischem Dünger und 'Hohertragssaatgut' bedeutet. Trotz der in manchen Jahren enormen Überproduktion von Mais spielen ökologische Gesichtspunkte kaum eine Rolle. Die Verwendung des ein-

wird, all die Kleinstbauern, die vor einigen Jahren fast ausschließlich Subsistenzproduktion betrieben, mit Beratung, besserer Vermarktung und vor allem Krediten zu unterstützen. Auf nationaler Ebene haben diese Bemühungen auch durchaus gefruchtet. 1988 produzierten die Kleinbauern 60% der zimbabwischen Maisernte, 50% der Baumwolle.⁴

Die Getreidelager quollen 1988 förmlich über, so daß beträchtliche Mengen Mais exportiert werden konnten, und ein Teil — von der EG finanziert — als Nothilfe nach Mosambik geliefert wurde. Ein Zeichen für das insgesamt enorme Potential der zimbabwischen Landwirtschaft.

Nur hat das gerade in den südwestlichen trockenen Regionen mit schlechter Bodenqualität Grenzen. Vor allem dann, wenn die zu hohe Bevölkerungsdichte zu ökologisch dramatischen Folgen von Überweidung und ausgelaugtem Boden führt. Die Unterschiede sind bei einer Fahrt von Bulawayo nach Harare besonders augenfällig. Hier harter, fast grasloser Boden mit mageren Rindern, dort die endlosen, von hohem Gras bestandenen Weiden der Großfarmen.

Tabakernte

Im Laufschrift holen die Arbeiter die Tabakblätter auf langen Stangen vom Feld. Die Ladungen sind schwer, der Mann auf dem Lastwagen treibt sie an. Sie rufen bei jeder Ladung dem Vorarbeiter ihre Nummer zu, der notiert sie für die Lohnabrechnung. Akkordarbeit im Chipinge-District, ebenfalls im östlichen Hochland. Die Leute sind barfuß und mit Ölzeug bekleidet, weil der Morgen kalt und die Tabakblätter noch naß vom Tau sind. Der Verdienst der Pflücker beträgt entsprechend dem gesetzlichen Mindestlohn etwa 140 Z S.

Wir sind auf einer der hochproduktiven weißen 'Exportfarmen'. Der Eigentümer, Mr. Jahme, beschäftigt etwa dreihundert Leute, die in einer Siedlung auf seinem Land wohnen. In der Saison stellt er zusätzlich etwa 500 Wanderarbeiter ein, die Jahr für Jahr von Ernte zu Ernte ziehen. Ein großer Teil kommt auch aus Mosambik. Mr. Jahme ist stolz auf die Häuser für seine Arbeiter: 30 gleichförmige Minihäuser aus Betonfertigteilen und Wellblech. Jede Familie hat ein kleines Gemüsebeet für den eigenen Bedarf. Der Patron Jahme unterhält auch die Grundschule und einen kleinen Laden auf seinem Land. Frauen sind in den Trockenhallen mit dem Sortieren und Verpacken der getrockneten Blätter beschäftigt. Zu dem Gut gehören neben den Tabakfeldern auch noch Kaffee-, Tee- und Pfirsichplantagen.

Versteckt liegt das Haus von Mr. Jahme inmitten der Felder, es könnte auch ein Landsitz in den britischen Midlands sein. Schwimmbad, Gästehaus, Personal für Kinder, Haus und Garten und ein Privatflugzeug gehören dazu. Er ist in dieser Region geboren und betreibt diese Farm seit einigen Jahren. Mr. Jahme, der auch Vorsitzender des Ost-Districts des Verbandes



Weltfrieden — exklusiv für weiße Farmer

wären das etwa 25 DM. Die Siedler verließen schon 1978 die Farm, so nahmen sie sich ihr Land wieder

. Er zog vorübergehend in das ehemalige Farmhaus.

Hier ist aus der 'illegalen' Besetzung ein reguläres Wiederansiedlungsprojekt geworden. 40 000 Familien partizipieren in ganz Zimbabwe an solchen Projekten. Das ist gegenüber dem allein bis 1985 gesteckten Ziel von 160 000 Familien eine bescheidene Zahl. Vor allem angesichts der 800 000 Familien — das sind in Zimbabwe mindestens vier Millionen Menschen — die nach wie vor in überfüllten und deshalb ökologisch bedrohten ehemaligen 'Stammesreservaten' leben, die heute Communal Lands genannt werden.

Mr. Nema-konde und die anderen 300 Familien, die hier seit 1984 in sieben Dörfern leben, haben dagegen eine Perspektive. Jede Familie, so erläutert er, hat fünf Hektar Land zum Pflügen, darüberhinaus gibt es gemeinsam genutztes Weideland. Der Ertrag lag im letzten, allerdings gut mit Regen bedachten Jahr, bei 70 Sack Mais pro Hektar, die großen kommerziellen Far-

heitlichen Saatgutes macht die Pflanzen anfälliger für den Befall mit Krankheiten und Schädlingen. Vielfältige, lokal angepaßte Pflanzen sind zudem meist auch dürrerbeständiger.

In gemessenem Abstand zu der Chibukurunde sitzt Frau Sunguro. Sie ist zufrieden und nennt die Gründe dafür: „Wir haben jetzt Land, machen etwas Überschuß und können problemlos das Schulgeld bezahlen. Es gibt jetzt eine Krankenstation und einen Brunnen, früher mußten wir eine Stunde zum Fluß laufen. Mein Mann arbeitet jetzt mit mir in der Landwirtschaft, früher mußte er in der Stadt Geld verdienen.“ Das Bumba-Resettlement ist sicher eher untypisch. Der Boden gehört zur 'natürlichen Region II', ist also von recht guter Qualität, gute Planung vermied offenbar größere Fehlschläge. Neben diesen gut ausgestatteten Projekten gibt es auch Resettlement-Gebiete, in denen die Siedler nur den Boden zur Verfügung gestellt bekommen, aber keinerlei weitere Inputs.

Die Situation für die Bauern hat sich jedoch nicht überall in dem Maße verbessert, wenn auch möglichst flächendeckend versucht

der kommerziellen Farmer ist, denkt positiv über die neue Regierung. Er ist nicht einer der Weißen, die heute noch von den 'good old days' schwärmen. Das Wichtigste für ihn ist, daß der Krieg vorbei ist und daß es Aufbau gibt und nicht Zerstörung. Er denkt ökonomisch: „Allein diese Region exportiert für 100 Mill. Z S, auf diese Einnahmen kann der Staat nicht verzichten, und die Unproduktivität von Staatsfarmen ist ja in den Nachbarländern hinlänglich bewiesen.“ Er fürchtet deshalb auch nach dem Ablauf des 'Lancaster-Haus Abkommen' keine Enteignungen. Trotzdem müsse in der Landfrage etwas passieren: „... 30 — 40 % der kommerziellen Farmer nutzen ihr Land nicht voll, andererseits warten Hunderttausende Afrikaner auf Land.“ Er schimpft auf die Buren, die ihr bestes Land

ordnung steht.“⁵ Doch in welcher Richtung die Lösung zu suchen sei, darüber besteht weitgehend Ratlosigkeit. Es wird auch die Machtlosigkeit der Regierung gegenüber der ökonomischen Macht der Großfarmer deutlich. So spricht Mr. Brown, Vorsitzender des Verbandes der kommerziellen Farmer, in seinem Hochhausbüro in Harare selbstbewußt davon, daß seine Leute schließlich das Land ernähren, was zumindest hinsichtlich der Deviseneinnahmen kaum zu bestreiten ist. Er sagt, die Land - problematik sei gar nicht zu lösen, nur eine rasche Industrialisierung Zimbabwes könne die Arbeitslosigkeit beseitigen. Zu dieser Erkenntnis ist wohl auch die Regierung gelangt, als sie im vergangenen Jahr durch einen neuen 'Investment Code' mehr Anreiz für in- und ausländische Investition

Land zu schaffen.⁶ Dies ist auch die Position der 'National Farmers Association', dem Zusammenschluß der 850 000 Kleinbauern Zimbabwes. Doch wäre das nur ein kleiner Schritt. Abgesehen davon ist die Praktikabilität einer solchen Regelung sehr fraglich, denn das wenigste Land ist völlig ungenutzt. Nur bewirtschaften viele weiße Farmer Teile ihres Landes nicht so effektiv, wie es möglich wäre. Zu beweisen, daß ein Farmer sein Land nur zu 70 % nutzt, dürfte schwierig sein.

Auch wenn ein Patentrezept nicht in Sicht ist, die sozialen Folgen von Tatenlosigkeit wären nicht abschbar. Auch der politischen Sprengkraft sollte sich die ZANU-Führung bewußt sein. Die Geduld der Bauern könnte nach hundert Jahren Ausbeutung bald am Ende sein.

Noch lange nicht am Ziel

Jedoch braucht sich die frühere Solidarisbewegung ihrer Arbeit nicht zu schämen, auch wenn deren Protagonisten sich ein anderes, als das heutige Zimbabwe vorstellten.

Trotz noch vielfach bestehender krasser Ungerechtigkeit ist die Stimmung im Land überwiegend positiv. Es gibt Fortschritt und für alle spürbare Veränderungen, hier sei nur das Bildungs- und Gesundheitswesen genannt. Auch volkswirtschaftlich sind die Tendenzen positiv, die Wachstumsrate betrug 1988 5,3 %.⁷ Die in allen Nachbar - ländern dramatische Auslandsverschuldung ist von 1987 \$ 2.5 Milliarden auf \$ 500 Millionen 1989 gefallen, und damit der für den Schuldendienst benötigte Anteil des Exporterlöses um 8 %.⁸

Trotz der im letzten Jahr vollzogenen Vereinigung von ZANU und ZAPU ist das frühere Rhodesien eines der demokratischsten Länder Afrikas, mit einer lebendigen politischen Kultur. Auch wirtschaftlich hat das Land die Funktion eines Hoffnungsträgers. Außenpolitisch stellt es einen stabilisierenden Faktor für das gesamte südliche Afrika dar, der Einfluß des relativ erfolgreichen 'Modell Zimbabwe' auf Südafrika ist nicht zu unterschätzen.

Happy Emvula, Fahrer, wohnhaft im Township Highfield, Harare, resümiert 10 Jahre Zimbabwe folgendermaßen: „Wir haben lang gekämpft für unsere Freiheit, die ersten Früchte sind gepflückt, aber am Ziel sind wir noch lange nicht.“

Detlev Vogel



Tabakernte im Hochland Simbabwe

nur für Viehwirtschaft nutzen. Allerdings steht er mit solchen Einsichten eher allein unter seinen Kollegen.

Stürmische Zeiten

... stehen Zimbabwe ins Haus. Es ist offensichtlich, daß in der Landfrage etwas passieren muß. Mugabe selbst stellte kürzlich fest: „Es führt den Befreiungskampf ad absurdum, wenn die Mehrheit unserer Bauern nach wie vor außerhalb unserer Land-

nen gab. Studenten und Gewerkschaften allerdings sehen diese Politik als Abkehr von den sozialistischen Zielen der Regierung.

Aber die Diskussion hat gerade erst begonnen. Schon im vergangenen Jahr brachte der Minister und ZAPU-Führer Nkomo den Vorschlag in die öffentliche Diskussion, eine gesetzliche Handhabe zum zwangsweisen Verkauf von ungenutztem und für Wiederansiedlung geeigneten

Anmerkungen:

1. Confederation of Zimbabwe Industries, Harare
2. Peter Ripken, Frankfurt, 1986, S.73
3. The Herald, Harare, 28.4.89
4. National Farmers Association of Zimbabwe, Harare
5. Afrika Event, London, Nov.89
6. The Herald, 28.4.89
7. Financial Times, 4.6.89
8. Telex Afrique, Belgium, 28.4.89

Islamische Republik Frankreich?

Wer im vergangenen November die französische Presse verfolgt hat, hätte meinen können, Frankreich stünde unmittelbar vor der Ausrufung einer „Islamischen Republik“. Fast täglich war da vom Vormarsch islamischer Fundamentalisten die Rede und von religiösen Fanatikern, die zur Eroberung der laizistischen Schule ansetzten. Lehrer wurden aufgefordert, nicht zu „kapitulieren“ und sogar das Schreckgespenst einer „Libanisierung“ wurde an die Wand gemalt.

Dabei hatte alles vergleichsweise harmlos angefangen. In Creil, einer Kleinstadt nördlich von Paris, hatten sich drei Mädchen nordafrikanischer Herkunft geweigert, in der Schule ihren „Hidjab“ abzulegen, jenes das Gesicht eng umschließende Kopftuch, das in streng islamischen Kreisen vom späten Kindesalter an von allen Frauen getragen wird. Als der Direktor die Schülerinnen daraufhin des Unterrichts verwies, veranlaßte das Erziehungsminister Lionel Jospin zu der umstrittenen Äußerung, auch

die laizistische — also konfessionsneutrale — Schule müsse für alle Kinder offen bleiben.

Schon daß ein lokaler Schulkonflikt innerhalb kürzester Zeit zu einer nationalen Streitfrage eskalieren konnte, ist erstaunlich. Noch erstaunlicher ist aber, daß die schrillen Töne, die dabei zu hören waren, nicht nur von rechts kamen, sondern auch aus Jospins eigener sozialistischer Partei. Etwa vom Präsidentenberater Regis Debray oder von der bekannten Historikerin Elisabeth Badinter, die beide von einem „München der republikanischen Schule“ sprachen. Alles das zeigt jedoch nur, wie emotionsgeladen das Thema „Islam“ in Frankreich mittlerweile geworden ist.

Die „Front National“: Front gegen Muslime

Profitiert hat von der ganzen Aufregung bislang freilich allein die rechtsradikale „Front National“ des Jean-Marie Le Pen, die ja schon von jeher hinter allem, was

auch nur entfernt mit dem Islam zusammenhängt, das Wirken finsterner Mächte sieht. Bei den Nachwahlen zur Nationalversammlung Ende November im westfranzösischen Dreux und in Marseille machte sie das — von ihr hartnäckig „Tschador“ genannte — Kopftuch prompt zum Mittelpunkt ihres Wahlkampfes. Das Ergebnis: 61,3 Prozent der Stimmen in Dreux und 47,2 in Marseille.

Da nutzte es auch nichts, daß der von Premierminister Michel Rocard angerufene „Conseil d'Etat“, Frankreichs höchstes Verwaltungsgericht, kurz vor dem zweiten Wahlgang noch festgestellt hatte, das Kopftuch verstoße zumindest nicht prinzipiell gegen das Verfassungsgebot der Konfessionsneutralität. Denn letztendlich geht es den Franzosen natürlich nicht um die Kopftücher einiger halbwüchsiger Schulmädchen. Das eigentliche Problem, das sich hinter dem „Schleier“-Streit verbirgt, sind die „immigrés“, die ausländischen Arbeitsimmigranten. Womit heute in Frankreich aber nicht Italiener oder Portugiesen gemeint sind, sondern ausschließlich die drei Millionen Muslime, die inzwischen im Land leben. Je klarer es nämlich wird, daß all die Algerier, Marokkaner und Tunesier, die einst als billige und disponible Arbeitskräfte angeworben wurden, mitsamt ihren Familien und ihrer islamischen Kultur für immer in Frankreich bleiben werden, macht sich bei vielen „Einheimischen“ eine aggressive Abwehrhaltung breit, nach dem Motto: jeder Muslim ein Fundamentalist und damit eine Bedrohung. Einer unlängst in der Tageszeitung „Le Monde“ veröffentlichten Umfrage zufolge halten gut zwei Drittel der befragten Franzosen den Islam für „gewalttätig“, „rückschrittlich“ und „fanatisch“. Besonders ausgeprägt ist diese negative Haltung dort, wo ein niedriges Bildungsniveau, hohe Arbeitslosigkeit und ein

Anti-Rushdie Demonstration in Paris

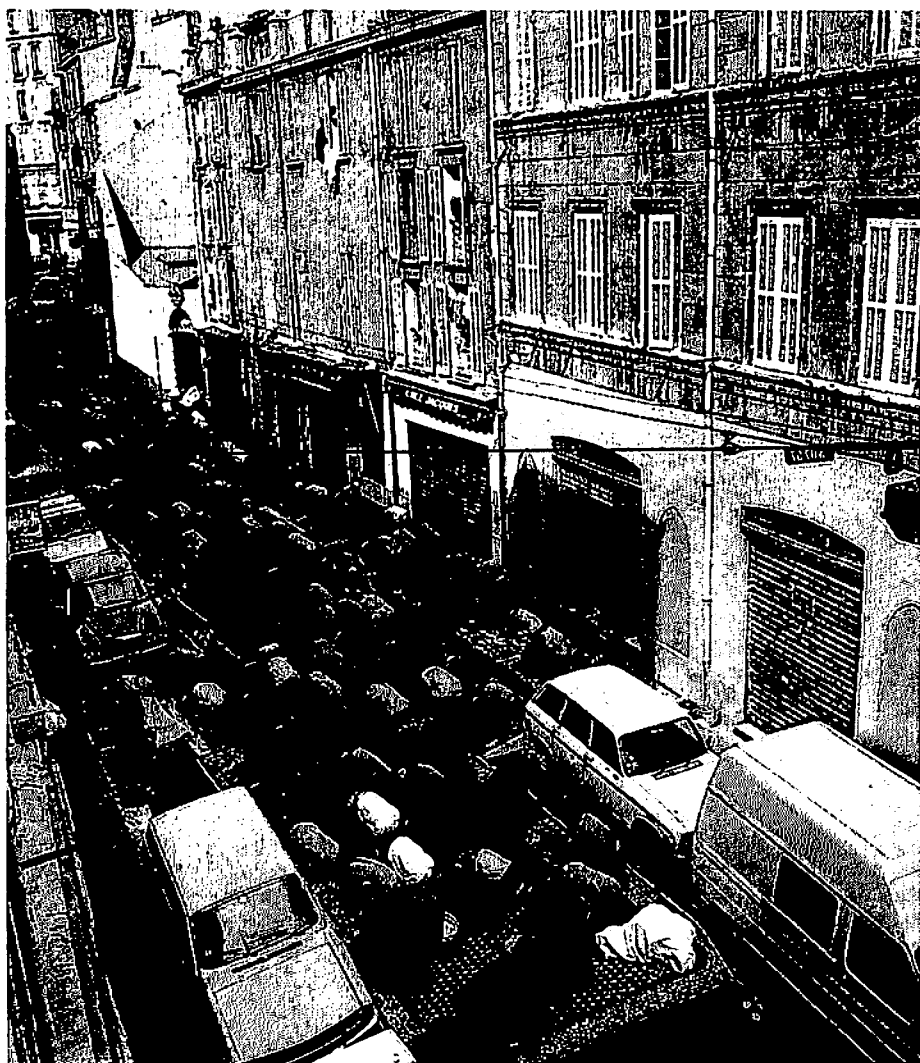


hoher Ausländeranteil zusammentreffen, wie eben in den „Front National“-Hochburgen Dreux und Marseille.

In Marseille erhielten die Rechtsradikalen noch zusätzliche Wahlkampfmunition in Form eines von Bürgermeister Robert Vigoroux vorgelegten, aber von der eingesessenen Bevölkerung vehement bekämpften Plans, den Muslimen der Stadt die Errichtung einer zentralen Moschee zu gestatten. In der Tat scheint der Bau von Moscheen — jedenfalls sobald sie in den Innenstädten liegen und eine gewisse Größe überschreiten — die Gemüter vieler Franzosen ebenso zu erregen wie der islamische „Schleier“. Zumindest gab es bisher nirgendwo ein Vorhaben dieser Art, gegen das nicht von Anfang an massive Proteste laut geworden wären. Im sonst so gutbürgerlich-vornehmen Lyon gingen aus diesem Grund erst unlängst mehr als 10 000 Menschen auf die Straße und in Lille, Nancy und Toulouse waren es sogar die Stadtverwaltungen selbst, die solche Baupläne schon im Vorfeld abgeblockt hatten. Die dabei vorgebrachten Argumente sind stets die gleichen: Angst vor Lärm, „fanatisierten“ Massen und Gewalttätigkeiten, vor allem aber die Befürchtung, die umliegenden Wohnviertel könnten sozial „umkippen“ und die Grundstücke an Wert verlieren. Wenn die Zahl der Moscheen in den letzten Jahren dennoch relativ stark zugenommen hat und heute bei insgesamt etwa tausend liegt, dann einzig und allein deswegen, weil die meisten eben nichts weiter sind als unscheinbare Zweckbauten, die nur wenigen Gläubigen Platz bieten. Nicht selten handelt es sich um ehemalige, weit draußen am Stadtrand gelegene Garagen oder Lagerhallen. Letztlich spiegelt sich in der Frage der „Moscheen“ nur die grundsätzliche Einstellung vieler Franzosen gegenüber ihren muslimischen Mitbürgern wider: Solange diese unauffällig an der Peripherie bleiben — im übertragenen wie im tatsächlichen Sinn — werden sie halbwegs noch geduldet. Treten sie aber als das auf, was sie in Wirklichkeit längst sind, nämlich Frankreichs zweitgrößte Religionsgemeinschaft, und versuchen sie, sich einen entsprechenden Platz im Zentrum zu erobern, empfindet man sie als Bedrohung.

„La France profonde“: Fremden gegenüber von jeher mißtrauisch

In einem Land, das das revolutionäre Gebot der Brüderlichkeit im Staatswappen führt und dessen Bevölkerung zu einem Drittel aus den Nachkommen früherer Einwanderer besteht, mag eine solche Haltung verwundern. Doch tatsächlich ist Frankreich nie das kosmopolitische Land gewesen, als das es in der offiziellen Rhetorik gepriesen wird. Vor allem „La France profonde“ war im Kern stets bäuerlich-konservativ geprägt gewesen, Fremden gegenüber mißtrauisch. Dieses Mißtrauen wurde umso stärker, je mehr das Land aus demographischen Gründen auf die Fremden ange-



wiesen war. So galten die um die Jahrhundertwende massenhaft einwandernden Italiener als „Barbaren“ und „Heuschrecken“, und die Polen, die in den zwanziger Jahren in das lothringische Bergbauggebiet kamen, wurden als „Polacken“ und „Weihrauchfresser“ beschimpft. Auch die Weißrussen und Armenier, die Spanier und Portugiesen, sie alle mußten eine lange Durststrecke der Ablehnung durchstehen, bis sie — meist ihre Kinder — als „richtige“ Franzosen anerkannt wurden. Hatten sie es aber einmal geschafft, waren es häufig sie, die am lautesten riefen: „La France aux Français!“. In Frankreich sagt man: „Le dernier qui entre ferme la porte“. Frei übersetzt: wer es als jeweils letzter geschafft hat, ins Haus zu kommen, hält die Türe zu — und sperrt die von draußen Nachrückenden aus.

Die Muslime: Tausend Jahre Bedrohung für Frankreich?

Die Situation, in der sich die Muslime heute in Frankreich befinden, ist also keineswegs neu. Nur: die Türe wird dieses Mal von innen ganz besonders fest gehalten. Die Gründe dafür sind vielfältig. Einmal gibt es da die alten, im nationalen Kollektiv-Unterbewußtsein tief verankerten anti-islamischen Ressentiments. Ihnen

zufolge stellten die Muslime von jeher eine Bedrohung für Frankreich dar — von den maurischen Invasoren, die 735 im letzten Augenblick von Karl Martell bei Poitiers zurückgeschlagen wurden, über die nordafrikanischen Korsaren, die im Mittelalter die Küsten der Provence unsicher machten, bis hin zu den algerischen Freiheitskämpfern der FLN, den „Ölscheichs“ von 1973 und den libanesischen Terroristen von 1986.

Zum anderen halten viele Franzosen die Muslime wegen ihrer spezifischen Kultur für integrationsunfähig, wenn nicht gar-unwillig. Dabei verweisen sie vor allem auf die untergeordnete Stellung der Frau in der islamischen Gesellschaft, die im eklatanten Widerspruch zur französischen Auffassung von der Gleichberechtigung der Geschlechter stünde. In der Tat läßt es sich nicht bestreiten, daß es in muslimischen Familien immer wieder zu heftigen Spannungen kommt, weil die überkommenen Moralvorstellungen der Väter mit den erwachenden Emanzipationsbestrebungen der — oft schon in Frankreich aufgewachsenen Töchter — in Konflikt geraten. Mitunter sind es sogar regelrechte Tragödien, die sich dabei abspielen. Etwa wenn eine junge Franko-Marokkanerin, die kaum noch Arabisch spricht, von den eigenen Brüdern in die „Heimat“ entführt und dort gegen ih-

ren Willen verheiratet wird, oder wenn eine ledige Algerierin ihr heimlich zur Welt gebrachtes Kind tötet, weil sie fürchtet, sonst von der Familie verstoßen zu werden. Doch ganz abgesehen davon, daß auch in Frankreich die volle Gleichberechtigung der Frau eher jüngeren Datums ist (so wurde ihr das Wahlrecht erst 1945 zuerkannt), handelt es sich bei derartigen Dramen um Einzelfälle, die keinesfalls repräsentativ sind für das Verhalten der Muslime insgesamt.

Denn betrachtet man dieses näher, wird man feststellen, daß die Zahl der praktizierenden Gläubigen überraschend gering ist: Auf nur etwa zehn Prozent wird die Zahl derer geschätzt, die jeden Freitag in die Moschee gehen, sich konsequent an die Fasten- und Speisevorschriften halten und ihren Kindern die Grundbegriffe des Islam vermitteln. Für die überwiegende Mehrheit hingegen hat der Islam seinen bestimmenden Einfluß auf die Gestaltung des Alltagslebens verloren. Ähnlich wie das Christentum ist er zu einer privaten Feiertagsreligion geworden. D.h. die Moschee wird allenfalls an hohen Festtagen aufgesucht, die Beachtung der Fasten- und Speisegebote reduziert sich auf ein symbolisches Mindestmaß (kein Schweinefleisch und in der Gegenwart älterer Familienangehöriger kein Alkohol) und eine religiöse Unterweisung der Kinder findet überhaupt nicht mehr statt.

Am weitesten fortgeschritten ist diese Entwicklung bei den bereits in Frankreich geborenen oder aufgewachsenen Jugendlichen, den „beurs“, wie sie sich in einer ironisch gemeinten Silbenvertauschung des Wortes „Arab“ selbst bezeichnen. Insbesondere gilt das für die jungen Frauen, die in ihrer Mehrheit die Integration in die französische Gesellschaft als eine Chance begreifen, sich aus dem engen Normenkorsett des traditionellen Islam zu befreien.

Angesichts dieses schnell voranschreitenden Säkularisierungsprozesses kann es nicht überraschen, daß sich in der letzten Zeit auch Gruppierungen zu Wort gemeldet haben, die eine „Rückkehr“ zum Islam propagieren. Die aktivste unter ihnen ist zweifellos die „Jama'at al Tabligh“ („Glaube und Praxis“), eine ursprünglich aus Indien stammende religiöse Bruderschaft, deren Mitglieder sich als Verkünder eines unverfälschten Islam verstehen. Durch geduldige Überzeugungsarbeit von Tür zu Tür, mehr aber noch durch das eigene Beispiel, versuchen die stets in weiße Gewänder gekleideten „Tablighis“ ihre vom rechten Weg abgekommenen Glaubensbrüder und –schwestern von der Notwendigkeit einer Lebensführung zu überzeugen, die strikt an den Geboten des Koran ausgerichtet ist. Ähnliche Ziele verfolgen auch die „Union des Organisations Islamiques en France“ (UOIF) oder die „Association des étudiants islamiques“, doch bedienen sie sich dabei im Unterschied zu den „Tablighis“ moderner Methoden, etwa einer gezielten Öffentlichkeitsarbeit oder der

Durchführung von Tagungen und Sommerlagern für Jugendliche.

Die starke islamische Orientierung dieser Gruppen bedeutet jedoch nicht, daß sie damit auch schon dem Fundamentalismus zugerechnet werden können. Jedenfalls dann nicht, wenn man unter Fundamentalismus eine politische Haltung versteht, die darauf abzielt, den Islam auf revolutionärem Weg als allein gültiges gesellschaftliches Ordnungssystem zu installieren. Fundamentalistisch in diesem Sinne ist eigentlich nur „La Voix d'Islam“ („Die Stimme des Islam“), eine kleine, aber sehr militante Gruppe, die sich vor allem bei den Protesten gegen Salman Rushdie und der Debatte um den islamischen „Schleier“ lautstark hervorgetan hat.

Die Resonanz auf alle diese Reislamisierungsbemühungen ist indessen eher begrenzt. Zwar hatten die „Tablighis“ zeitweise einen gewissen Erfolg unter arbeitslosen Jugendlichen, doch scheint die Zahl der „Bekehrten“ inzwischen wieder zusammengeschmolzen zu sein: Vielen der längst an Flipper, Bier und Zigaretten Gewöhnten war das asketische Leben eines überzeugten Muslim auf Dauer einfach zu anstrengend ... Neuesten Schätzungen zufolge haben alle Gruppen kaum mehr als einige tausend Sympathisanten — bei drei Millionen Muslimen insgesamt — während die Zahl der eigentlichen Aktivisten über zwei- bis dreihundert nicht hinausgeht. Die radikale „Voix d'Islam“ bildet dabei sogar nur eine Minderheit innerhalb der Minderheit.

Die islamische Gefahr, von der Frankreich angeblich bedroht ist, erweist sich also als eine Schimäre. Dies umso mehr, als der Islam in Frankreich ohnehin keine einheitliche Größe darstellt. Die muslimische Gemeinschaft zerfällt im wesentlichen vielmehr in etwa 800.000 Algerier, 500.000 Marokkaner, 200.000 Tunesier, 170.000 Türken, 70.000 Afrikaner und fast eine Million „muslimische Franzosen“, wie sie offiziell heißen — Nordafrikaner, die auf die eine oder die andere Art die französische Staatsangehörigkeit erworben haben. Zieht man dazu noch die Unterschiede hinsichtlich Bildung und sozialer Situation in Betracht, ergibt sich eine derartige Vielzahl unterschiedlicher Lebenslagen, daß man von den Muslimen ohnehin nicht mehr sprechen kann. Was hat ein tunesischer Restaurantbesitzer mit einem Straßenkehrer aus Mali zu tun, was ein Peugeot-Mechaniker, der nach Marokko zurückkehren will, mit einem jungen „beur“, der sich zum ersten Mal in die französische Wahlkarte ein-schreibt?

Statt in die Mottenkiste der Geschichte zu greifen und einen laizistischen Kreuzzug zu führen, wäre es für die politische Klasse Frankreichs — und die Sozialisten im besonderen — daher sinnvoller, endlich ein umfassendes gesellschaftspolitisches Programm zu entwerfen, das auf die Integration der Einwanderer ebenso abzielt wie auf den Abbau von Vorurteilen bei den „Einheimischen“.

Frank Ballot

Seit fast zwei Jahren verhandeln Iran und Irak um die Bedingungen eines Friedensvertrages. Vorbedingung für die Verhandlungen war die Ausrufung eines Waffenstillstandes. Von einer Waffenruhe allerdings kann überhaupt keine Rede sein: Allein bis Ende 1989 registrierte die UNO mehr als 3000 Verletzungen der Waffenruhe. Grenzverletzungen und Übergriffe beider Parteien sind an der Tagesordnung.

Und es gibt auch keinen Frieden in den Ländern. Aus dem Iran wie aus dem Irak häufen sich Nachrichten über Massenhinrichtungen, Säuberungen, Folter in den Gefängnissen. Menschenrechtsorganisationen und oppositionelle Gruppen berichten immer wieder darüber. Im Irak — so behaupten kurdische Gruppen im Exil — seien sogar nach Kriegsende auch in den Sümpfen im Süden des Landes Giftgaseinsätze gegen die dortige und z.T. dorthin umgesiedelte Zivilbevölkerung durchgeführt worden.¹ Das ist nicht ausgeschlossen: Immerhin gelten Informationen, nach denen im Norden schon wenige Tage nach dem Waffenstillstandsabkommen Giftgaseinsätze gegen die kurdische Bevölkerung geflogen wurden, als gesichert. Die Umsiedlung der Kurden im strategisch wichtigen und ölfreien Nordirak/Kurdistan wird von der Baathregierung in Bagdad mit aller Kraft mit solchen und anderen militärischen Mitteln bis heute fortgesetzt.

Es herrscht alles andere als Frieden zwischen den beiden Ländern. Und es sieht auch nicht so aus, als würden sich Iran und Irak intensiv auf einen zukünftigen Frieden vorbereiten. Allein der Irak gibt nach Schätzungen zur Zeit ca. 20 Mrd. DM für Industrieanlagen für die Rüstungsproduktion aus. Weitere große Beschaffungsprogramme z.B. für Kampfpfänger sind angelaufen. Während des Golfkrieges war der Irak weltweit der größte Markt für Rüstungsexporte. Allein zwischen 1982-86, so die US-amerikanische Abrüstungsbehörde ACDA², kauften die Militärs Waffen im Wert von 31,7 Mrd. US\$: Bomben, Granaten, Hubschrauber, Gewehre, Militär-LKWs. Heute kann, dank dem Export von Schwerindustrieanlagen besonders aus westeuropäischen Ländern, das Militär um den Staatsschef und obersten General Saddam Hussein in eigenen Anlagen Munition, Bomben und Granaten in jeder beliebigen Menge selbst herstellen.

Der Irak ist heute vermutlich einer der größten Märkte für Industrieanlagen für die Rüstungsproduktion. Ein riesiger Markt: Die Fabrikgebäude müssen entworfen und gebaut, hochmoderne computer-gestützte Produktionsmittel sowie Ausrüstung für Laboratorien oder Spezialstähle müßengeliefert und know-how durch Ingenieure vermittelt werden. An vorderster Front bei einer Aufrüstung solcher Art dabei: Bundesdeutsche Firmen wie Klöckner (Anlagen, Stähle), Preussag (Anlagen), MBB (Laboratorien), Gildemeister (Bau), Rheinmetall (Windkanäle).

Aufrüstung im Irak

Europäische Firmen liefern die Technologie

Geliefert wird alles, immer mit der gewohnten freundlichen Genehmigung der Bundesregierung: Die Bundesrepublik ist dabei, wenn es um die Produktion von C-Waffen geht, um die Erforschung von B-Waffen, um die Entwicklung von Raketen oder den Bau von militärischen Forschungseinrichtungen.

"The technology itself has become a very important weapon itself", begründete General Amar, damals verantwortlich für die Auswahl ausländischer Rüstungsprodukte, die Entscheidung der Militärs, statt fertiger Rüstungsprodukte zunehmend technisches Know-how und Anlagen für eine eigene Rüstungsindustrie einzukaufen.³ Die Militärs versprachen sich davon eine größere Unabhängigkeit von ausländischen Lieferungen, doch noch wichtiger für die Entscheidung zugunsten des kostspieligen Aufbaus einer eigenen Rüstungsindustrie dürfte die Absicht gewesen sein, in der Region eine Rolle als starke Militärmacht zu spielen.

Als etwas später dann führende irakische Militärs mehrfach ankündigten, sie würden innerhalb aller kürzester Zeit eine hochmoderne Rüstungsindustrie aufbauen, blieben Beobachter ungläubig. Entsprechend groß war die Überraschung, als auf der Militärmesse in Bagdad im Mai 1989 der Irak neben dort ausgestellten Artilleriegeschossen und gepanzerten Fahrzeugen technologisch weit fortgeschrittene Angriffs- und Abwehr raketen zeigte.

Raketenproduktion ...

Mit der Hilfe von Frankreich, der UdSSR und besonders der Bundesrepublik kann der Irak in eigenen Anlagen heute nicht "nur" Bomben und Granaten, sondern eben auch weitreichende Raketen herstellen. Ebenfalls in eigenen Anlagen werden für einen Einsatz auf solchen Trägersystemen chemische und möglicherweise demnächst auch atomare Gefechtsköpfe produziert. An mindestens acht militärisch vollständig abgeschirmten Orten werden Raketen und ihre Bewaffnung entwickelt, getestet und hergestellt. Anfang Januar meldete das Militär stolz, eine Trägerrakete, diesmal mit angeblich 2000 km Reich-

weite, sei erfolgreich gezündet worden.⁴ Daß solche Versuche nicht der militärischen Imagepflege dienen, zeigt ein Blick auf die nahe Vergangenheit:

Im sogenannten "Städtekrieg" wurden von deutschen MBB-Technikern modifizierte Raketen sowjetischer Bauart u.a. gegen Teheran eingesetzt - mit fürchterlichen Konsequenzen für die Zivilbevölkerung. Ländern wie Israel - natürlich ebenfalls im Besitz dieser Technologie - droht Saddam Hussein mit dem Einsatz von solchen Raketen mit chemischer Bewaffnung. Die Folgen eines möglichen Einsatzes von C-Waffen gegen Städte wie Jerusalem wären unvorstellbar. Auch bei dem Bau der Anlagen zur Produktion von C-Waffen in Samarra hatte die Bundesrepublik eine Schlüsselrolle gespielt.⁵

... und Wettrüsten ...

Die Umstände, unter denen sich im August 1989 eine schwere Explosion in der Raketenversuchsanlage nahe Al Iskanderiah südlich von Bagdad ereignete, sind bis heute vollständig ungeklärt. In dieser Anlage, in der auch chemische Waffen hergestellt werden sollen⁶, arbeiten ägyptische, irakische und möglicherweise argentinische Techniker an dem geheimen Raketenprojekt BADR 2000/Condor 2, einer Mittelstreckenrakete, die besonders aufgrund ihrer großen Zielgenauigkeit von den Militärs favorisiert wird. Israel behauptet, Frankreich, Italien und die Bundesrepublik seien in dieses Projekt verwickelt.

Bei der Explosion, für die verschiedene Seiten eine Verantwortung Israels für möglich halten, starben 700 Menschen⁷. Israel hatte schon 1981 mit einem Luftwaffenangriff einen im Bau befindlichen Atomreaktor in der Nähe von Bagdad zerstört.

Der Nahe Osten ist ein Pulverfaß. Die derzeitige systematische Aufrüstung des Irak stellt eine zusätzliche Bedrohung für die ohnehin von Kriegen und Krisen geschüttelte Region dar: Mittlerweile sind die Anzeichen für ein Wettrüsten nicht mehr zu übersehen. Während Israel, vermutlich in enger Kooperation mit Südafrika, Raketenversuche unternimmt, arbeiten Ägypten und der Irak in der Entwicklung und Produktion ihrer Geschosse eng zusammen.

... trotz Zahlungsunfähigkeit

Doch es gibt Hindernisse für Bagdad bei dem Aufbau einer eigenen Rüstungsindustrie. Gespräche mit Frankreich z.B. über den Aufbau einer Produktionsanlage für den französischen Kampfbomber Mirage 2000 gerieten ins Stocken, denn der Irak ist bei den Franzosen hoch verschuldet. Auf 4 Mrd. US\$ sollen sich insgesamt die Rechnungen dort allein für das Militär belaufen.⁸ Erst ein Spitzengespräch unter der Führung des Bruders von Mitterrand brachte das Geschäft endlich voran. Auch Brasilien ist skeptisch, wenn es um die Zahlungsfähigkeit Bagdads geht: Bei einer neuen Bestellung von Rüstungsgütern im Werte von mehr als 1 Mrd. US\$ wollten die Brasilianer zunächst alte Schulden in Höhe von 120 Mio. US\$ beglichen sehen.⁹

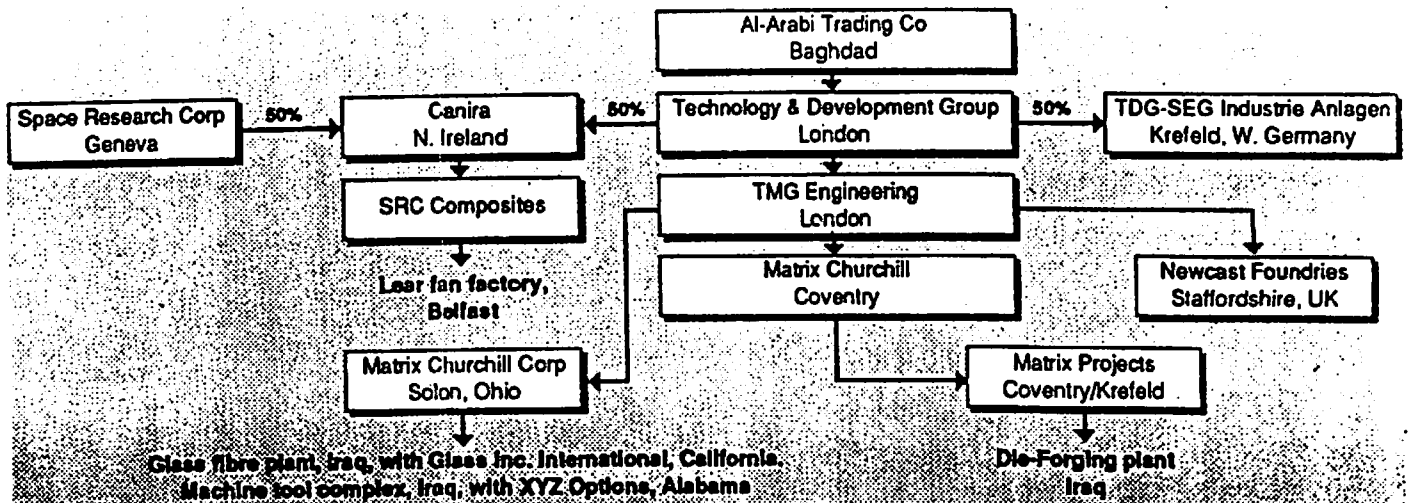
Daß solche Rüstungsgeschäfte dennoch zum Abschluß kommen, verdanken die Iraker dem Ölreichtum "ihres" Landes. (In Wirklichkeit gehört ein großer Anteil des exportierten Öls den irakischen Kurden aus Kurdistan im Norden des Landes.) Mit Öl lassen sich Länder wie Brasilien die Rüstungsgeschäfte bezahlen, Devisen sind im total verschuldeten Irak Mangelware.

Betrügerische Bankgeschäfte

Andere hingegen sind mit einer Bezahlung in Öl nicht zufrieden. Sie bestehen auf Bezahlung in harter Währung. Offene Rechnungen bestehen für den Irak nicht nur gegenüber Brasilien und Frankreich: Firmen aus Großbritannien (Ferranti) oder Italien warten mehr oder weniger geduldig auf die Bezahlung ihrer Lieferungen.

Manchmal jedoch lohnt sich geduldiges Warten. Seit 1988 werden Kredite der italienischen Banca Nazionale del Lavoro (BNL) für den "Einkauf jener Investitionsgüter verwandt, die der Irak bei seinem derzeit laufenden massiven Aufbauprogramm einer autonomen Rüstungsindustrie braucht. Anzeichen vor Ort sprechen dafür, daß dazu auch die Entwicklung einer Rakete mit großer Reichweite (Condor 2) gehört."¹⁰ Die BNL hatte europäischen Firmen zugesichert, daß deren Lieferungen für das irakische Aufrüstungsprogramm von ihr finanziert werden, falls der Irak seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen kann.

Der Irak konnte nicht. Die Bank zahlte also entsprechend den Irak zugesicherten Kreditzusagen 2,1 Mrd. US\$ an die Lieferfirmen. Auch deutsche Firmen wie etwa Mannesmann oder Thyssen¹¹ lassen sich für die gelieferten Anlagenteile solche ungedeckten Kreditgelder überweisen. Ob die BNL-Bank sich am Ende die verauslagten 2,1 Mrd. US\$ vom Irak in Öl auszahlen läßt, ist noch offen. Aber wie sonst? Immerhin war der Mangel an harter Währung der Grund für das Bankenmanöver.



Mittlerweile ist gegen die direkt Verantwortlichen der BNL für diese Kreditzusagen ein rechtliches Verfahren anhängig, nicht jedoch gegen die Mitglieder der italienischen Regierung, die im Aufsichtsrat der BNL sitzen.

NASSR — die irakische Aufrüstungsbehörde

Eine Schlüsselrolle beim Aufbau der irakischen Rüstungsindustrie spielt die staatliche Behörde NASSR, State Enterprise for Mechanical Industries. NASSR untersteht seit 1988 dem "Ministerium für Industrielle und Militärische Produktion" und ist nahezu durchgehend der Empfänger aller Lieferungen, die mit BNL-Krediten bezahlt werden. NASSR hat seinen Sitz in Taji, nördlich von Bagdad, "at the heart of a major military industrial complex".¹² Diese machtvolle ministerielle Behörde koordiniert nicht nur die Bestellungen bei den Firmen aus ganz Westeuropa, die die Industrieanlagen liefern, NASSR-Offizielle sind zudem Besitzer der Londoner Technology & Development Group (TDG). Der TDG gehört die große englische Werkzeugmaschinenfabrik Matrix & Churchill, die wiederum über einen direkten Einfluß auf die SEG Schaltelektronik in Krefeld verfügt. Darüber hinaus hat die TDG sich einen Einfluß auf die Belfast Flugzeugfirma Lear Fan gesichert. Lear Fan ist weniger interessant als Flugzeugherstellerin sondern dient den Irakern als know-how-Lieferantin: Ursprünglich sollten in Belfast leichte Flugzeuge aus Materialien hergestellt werden, die in der militärischen Luft- und Raumfahrtindustrie Verwendung finden. Über den Einstieg der Iraker in Irland wurden ehemalige Ingenieure verpflichtet, entscheidend war aber wohl der Know-how-Erwerb zur Entwicklung und Produktion von Fiberglastechnologien (Carbon Carbon). Diese Technologien sind insbesondere in der Raketenproduktion von größter Bedeutung.

Aber die NASSR-Leute scheuen auch nicht das diplomatische Parkett. Sie sitzen, so der Spiegel¹³, ebenfalls mit am Tisch, wenn es z.B. in der Bonner Botschaft des Irak um "Geheimverhandlungen mit sechs europäischen Werkzeugmaschinen-Herstellern" geht. Alle Firmen hatten zuvor NASSR ihre Angebote unterbreitet. Die deutsche Firma Index blieb im Rennen auf der Strecke.¹⁴

Bundesregierung: Mein Name ist Hase

Auch wenn der militärische Nutzen gelieferter Anlagentechnologie von den Sprechern der in Frage kommenden Firmen nicht ausgeschlossen wird, verweisen sie darauf, daß die Lieferungen für den Irak allesamt Anlagen für die Zivilproduktion sind. Von Bonn abgesegnet sind sie allemal. Wer sich den Spaß macht und bei der Genehmigungsbehörde der Bundesregierung anruft, muß den Pressesprechern — der Name sei Hase — zunächst einmal erläutern, wo der Irak überhaupt liegt. Und trotz der vielfachen internationalen Hinweise auf die militärischen Beschaffungsprogramme des Irak, trotz der scharfen Ablehnung sogar der Thatcherregierung gegenüber Krediten für die irakischen Strohmänner beim Kauf der genannten Belfast Fabrik kann sich hierzulande niemand so recht dafür erwärmen, diesen Geschäften nachzugehen.

Auch die Zollbehörden nicht. Die wissen zwar, daß im Januar gerade über Bremen riesige Kisten von Matrix & Churchill für NASSR, Irak verschifft wurden. Aber: In Bremen ist der Name eben auch Hase. Und deshalb will auch niemand nachprüfen, ob z. B. die 2500 Tonnen Wasseraufbereitungsanlage für den Irak, die gerade in diesen Tagen den Neustädter Hafen in Bremen verließen, auch Anlagen für militärische Zwecke sein könnten. Immerhin benötigen die Giftgasfabriken sowohl in Samarra als auch in Rabta "Wasseraufbereitungsanlagen."

Dabei könnte mit der Anwendung des Außenwirtschaftsgesetzes zumindest die Bundesregierung zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Sie könnte ihr international etwas ramponiertes Ansehen nach dem U-Boot-Skandal mit Südafrika oder der Lieferung der C-Waffenfabrik für Libyen wieder ein wenig aufpolieren und gleichzeitig den Aufbau der Rüstungsindustrie im Irak empfindlich stören: Denn der Irak ist nach wie vor in hohem Maße auf die Technologiezulieferungen bundesrepublikanischer Firmen angewiesen. Doch so weit wird es wohl kaum kommen. **Rainer Kahrs**

Anmerkungen:

- 1 vgl. Halabja Komitee/Irak Information Göttingen, November 1989. Dem Komitee liegen Artikel verschiedener Zeitschriften der irakischen Oppositionsbewegung vor, in denen über die Giftgaseinsätze berichtet wird.
- 2 vgl. Janes Defence Weekly, 22.4.89. ACDA: Arms Control Disarmament Agency
- 3 Military Technology 7/1986
- 4 Spiegel 3/1990
- 5 vgl. Rundbrief 19 BUKO Kampagne "Stoppt den Rüstungsexport"
- 6 upi 6.9.89
- 7 Times, 6.9.89
- 8 JDW 16.12.89
- 9 JDW 22.4.89
- 10 FAZ 26.10.89
- 11 Financial Times 20.9.89, Observer 1.10.89
- 12 Defence, Dezember 1989
- 13 Spiegel 3/90
- 14 Defence, Dezember 1989

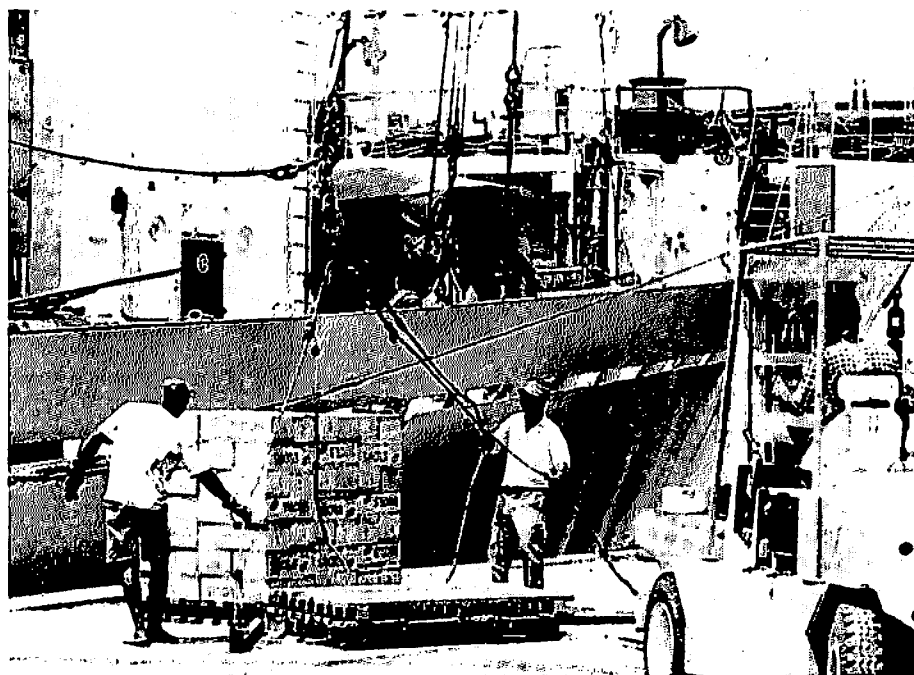
Auf den Rohstoffmärkten für nicht-energetische Rohstoffe vollziehen sich dramatische Veränderungen.⁽¹⁾ Insbesondere bei vielen nicht-metallischen Rohstoffen ist seit letztem Jahr ein beschleunigter Preisverfall zu beobachten, der den Produzentenländern erhebliche Erlöseinbußen bescherte. Afrika südlich der Sahara erlitt in den Jahren 1981 – 1986 Verluste von 93 Mrd. \$, während zum Vergleich die gesamte Entwicklungshilfe sich jährlich auf lediglich 7 Mrd. \$ belief.⁽²⁾ Die durch die Verschuldungskrise ohnehin schon prekäre ökonomische Lage wird dadurch noch weiter verschärft. Von IWF und Weltbank im Rahmen der Strukturanpassungspolitik geforderte Exportorientierung treibt die Länder in einen außenwirtschaftlichen Teufelskreis. Gegen die u.a. aufgrund sinkender Rohstoffpreise ausgelöste Verschuldung, wird eine Steigerung der Exporte empfohlen, die letztlich bei Rohstoffen den Preisverfall nur beschleunigt.

Rohstoffabkommen – Am Ende?

Bei zwei der ältesten Rohstoffabkommen (RA) für Kaffee und Kakao kam es im letzten Jahr zu keiner Einigung. Seitdem befinden sich die Preise auf einer ungebremsten Talfahrt. Die Kaffeepreise haben sich bei weiter fallender Tendenz seitdem halbiert. Bei Kakao sind sie auf das niedrigste Niveau seit 1975 abgerutscht. Das Aussetzen dieser Abkommen markiert den vorläufigen Tiefpunkt für alle Versuche, mittels multilateraler Rohstoffübereinkommen der tendenziellen Verschlechterung der Austauschbedingungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern entgegenzuwirken. Das letzte RA für Metalle – das Zinnabkommen – brach schon Jahre vorher, am 24.10.1985, zusammen. Abkommen mit preisstabilisierender Zielsetzung gibt es z.Z. nur noch für Kautschuk (seit 1979). Außerdem existieren noch Abkommen, die primär der Markttransparenz und dem Informationsaustausch dienen sollen: für Olivenöl (seit 1963), Rindfleisch (seit 1980), Weizen (seit 1949), Jute (1984), Tropenholz (1985) und Zucker (seit 1984). Die Rohstoffproblematik war in den 70er Jahren eines der Kernelemente der von den Entwicklungsländern geforderten „Neuen Weltwirtschaftsordnung“ und gehörte während der 70er Jahre zu den Hauptstreitpunkten im globalen Süd-Nord-Dialog. Meinungsverschiedenheiten entzündeten sich v.a. an der Ausgestaltung und Umsetzung des Gemeinsamen Fonds (GF) im Rahmen eines Integrierten Rohstoffprogramms (IRP). Drei Ziele sollten nach Vorstellung der UNCTAD durch ein IRP erreicht werden:

- Stabilisierung der Rohstoffpreise
- Erhöhung der Exporterlöse
- Verbesserung des Marktzugangs der Entwicklungsländer verbunden mit Maßnahmen, die zu einer Diversifizierung der Produktionsstruktur führen.

Internationale Rohstoffabkommen



Mittels zweier unterschiedlicher Schalter sollten diese Ziele erreicht werden. Aufgabe des ersten Schalters ist die Finanzierung von Ausgleichslagern (Buffer-Stocks) zum Zwecke der Marktregulierung und Preisstabilisierung. Durch gezielte Aufkäufe bei fallenden Preisen und Verkäufe bei steigenden Preisen sollten die Buffer-Stocks zu einer Stabilisierung der Exporterlöse beitragen.

Aus dem zweiten Schalter, ausgestattet mit einem Finanzvolumen von 350 Mio \$, davon 280 Mio \$ freiwillige und 70 Mio. \$ Pflichtbeiträge, sollten Maßnahmen finanziert werden zur Strukturverbesserung (Produktivitätssteigerungen, Prospektionsmaßnahmen, Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit) und zur Diversifikation der Produktionsstruktur (u.a. Weiterverarbeitung der Rohstoffe im Anbaugebiet), um die bestehende einseitige Abhängigkeit vom Rohstoffexport abzubauen (3). Das IRP führte in den 80er Jahren lediglich noch zu inhaltlichen Auseinandersetzungen bei internationalen Tagungen. Seine ökonomische Bedeutung war gleich null, da erst 1988, ausgelöst durch den über-

schenden Beitritt der Sowjetunion, die notwendige Zahl von Beitritten und das erforderliche Quorum von 2/3 der Pflichtbeiträge erreicht wurde. Die Fondsmittel belaufen sich insgesamt auf 545 Mio \$; davon sind 230 Mio. \$ freiwillige Beiträge.

Die zunächst angestrebte Einbeziehung von 18 Rohstoffen wurde während der Verhandlungen auf zehn Kernrohstoffe reduziert (Baumwolle, Jute, Kaffee, Kakao, Kupfer, Naturkautschuk, Sisal, Tee, Zinn, Zucker). Die Realisierungsaussichten sind heute allerdings schlechter als 1976, da die Zahl der RA sich im Laufe der Jahre reduziert hat, ohne diese aber der erste Schalter des Gemeinsamen Fonds nicht funktionsfähig ist.

Zur Funktionsweise von Rohstoffabkommen

Generell existieren drei unterschiedliche Systeme:

- Buffer-Stocks
- Exportquotenregelungen
- langfristige Kauf- und Lieferverpflichtungen.

Die Abkommen über Kakao (seit 1972), Kautschuk (seit 1979) und Zinn (bis 1985) basieren oder basierten auf einer Buffer-Stock-Regelung als primärem Marktregulierungsinstrument. Indem ein oberer und unterer Interventionspunkt festgelegt werden, wird die Preisspanne (inactive zone) bestimmt, innerhalb derer die Preise sich bewegen sollen. Fällt der Preis unter den Interventionspreis, wird der Buffer-Stock soviel der angebotenen Menge aufkaufen und in einem Ausgleichslager deponieren, bis der Preis wieder in die inactive Zone zurückklettert. Bei Überschreiten des oberen Interventionspunktes wird entsprechend umgekehrt verfahren: Das Weltmarktangebot wird durch Verkäufe des Ausgleichslagers entsprechend vergrößert.

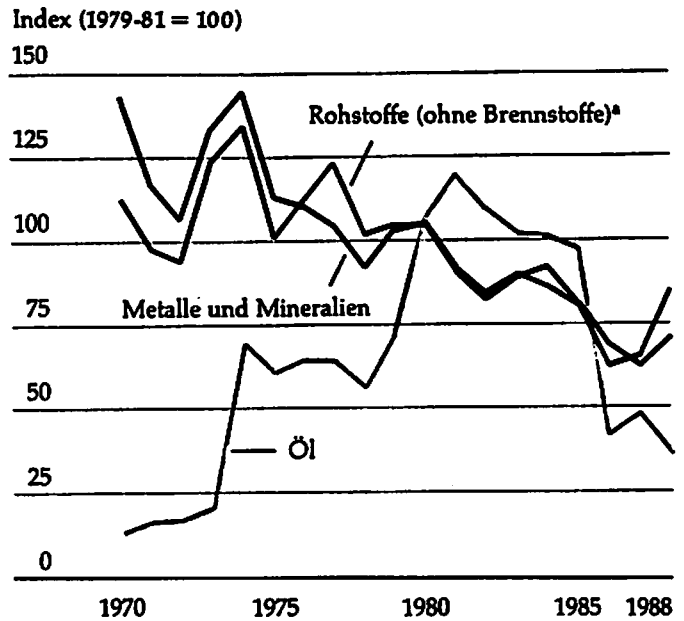
Beispiele für Exportquotenregelungen sind die Abkommen für Kaffee (1. Abschluß 1962, Quoten seit 1980), Zucker (von 1953-1968 reine Quotenregelung; danach Mischsystem aus Quote und Buffer-Stock, 1984 gescheitert) und das Multifaserabkommen (seit 1979).

Produzenten- und Verbraucherländer vereinbaren entsprechend der weltweiten Nachfrage, welche Quoten den einzelnen Produzenten im Rahmen des Abkommens zugestanden werden oder zustehen. Die Quoten werden jährlich entsprechend den allgemeinen Marktbedingungen angepaßt. Diese Anpassung kann auch über Ausgleichslager geschehen, was aber bei Kaffee nicht möglich ist, da die Lagerhaltung vielfältige technische Probleme (Lagerungsfähigkeit) aufwirft. Exportquotenregelungen weisen zwei problematische Aspekte auf. Zum einen wird durch sie eine bestimmte Handelsstruktur zementiert, die Newcomern den Beitritt erschwert, da dies nur über eine Kürzung der Quoten der Mitglieder, insbesondere der Großproduzenten, möglich wäre, wozu diese in der Regel kaum bereit sind. Zum anderen ist die Stabilität solcher Abkommen permanent gefährdet, wenn nicht alle Länder (Produzenten- wie Verbraucherländer) daran beteiligt sind. Die Trennung in einen Mitglieder- und Nichtmitgliedermarkt führt sowohl bei höheren (Druck der Produzenten) wie bei niedrigeren (Druck der Verbraucher) Preisen auf dem Nichtmitgliedermarkt zu einem latenten Anreiz, das Abkommen zu verlassen.

Bei multilateralen Kontrakten wird i.d.R. eine fixierte Preisspanne festgelegt, an deren Grenzen gegenseitige Kauf- und Lieferverpflichtungen wirksam werden. Fällt der Marktpreis unter den Mindestpreis, garantieren die Importländer den Kauf einer bestimmten Menge zum Mindestpreis. Umgekehrt verpflichten sich die Exportländer zur Lieferung einer bestimmten Menge zum Höchstpreis, falls die obere Preisgrenze überschritten werden sollte. Das 1949 zum erstenmal ratifizierte Internationale Weizenabkommen war zeitweise so strukturiert, enthält aber seit 1971 keine wirtschaftlichen Vereinbarungen mehr und soll lediglich noch einen verbesserten Informationsaustausch gewährleisten.

Quelle: Weltbank (Hg.):
Weltentwicklungsbericht 1989, Washington
D.C., 1989, S. 74

Schaubild 1.5 Reale Rohstoffpreise, 1970 bis 1988



Anmerkung: Reale Preise sind Jahresdurchschnittspreise in Dollar, deflationiert mit den jährlichen Veränderungen des Index der Durchschnittswerte für Industrieprodukte; dies ist ein Preisindikator für die Exporte der Industrieländer in die Entwicklungsländer.

a. Basiert auf einem Korb von dreißig Rohstoffen

Determinanten der Rohstoffpreisbildung

Die Preisbildung auf den Rohstoffmärkten unterliegt verschiedenen Angebots- und Nachfragefaktoren und ist unterschiedlichen politischen Einflüssen ausgesetzt.

Das Angebot an agrarischen Rohstoffen ist u.a. abhängig von den natürlichen Gegebenheiten, wie Umfang und Zeitpunkt der Regenfälle, Sonnenscheindauer, Frost, Schädlingsbefall, usw. Die im Vergleich zu Fertigwaren stärkeren Preisschwankungen basieren häufig auf diesen Angebotsbedingten Schwankungen. Zweitens ist die Preiselastizität des Angebotes (die relative Änderung der angebotenen Menge auf die relative Veränderung der Preise) bei agrarischen Rohstoffen kurzfristig relativ gering, eine Angebotsausweitung aufgrund der Erweiterung der Anbauflächen und zusätzlicher Investitionen findet erst mit zeitlicher Verzögerung statt. Dies bedeutet, daß die Produzentenländer kurzfristig auf das Ansteigen der Nachfrage nur unzureichend mit einem erweiterten Angebot reagieren können, da die Produktionszyklen in der Regel bei einem Jahr liegen. Bei Baumfrüchten liegt die Ausreifungszeit bei mehreren Jahren, bei Kaffeesträuchern z.B. bei fünf Jahren. Aufgrund dieses time-lags kann es passieren, daß ein steigendes Angebot genau dann zum Tragen kommt, wenn die Weltmarktpreise schon wieder gesunken sind. Der Zwang, einen Teil der Investitionskosten über eine Ausweitung der Absatzmenge hereinzuholen, verstärkt den Preisdruck.

Strukturelle Überangebote entstehen insbesondere, wenn Industrieländer mit ihren subventionierten Agrarmärkten als übermächtige Konkurrenten mitwirken, wie der Weltzuckermarkt zeigt. Die Preise lagen zeitweise sogar unter den Produktionskosten der günstigsten Anbieter (4). Ursache dafür ist die Exportoffensive der EG, die vom Nettoimporteur zum größten Zuckerexporteur aufgestiegen ist und ein Viertel des Weltmarktes erobert hat. Die Verhandlungen des Internationalen Zuckerabkommens (ISA) scheiterten 1983/84 u.a. daran, daß die EG zwecks Abbau ihrer Überschüsse eine höhere Quote verlangte. Durch eine widersinnige Subventionspolitik geschaffene Agrarprobleme werden mittels des Konkurrenzkampfes um Weltmarktanteile und Exportmöglichkeiten durch die Industrieländer auf Kosten der Zuckerproduzenten in der Dritten Welt externalisiert.

Der Handel mit agrarischen und mineralischen Rohstoffen weist seit den 60er Jahren rückläufige Bedeutung aus. Der Anteil des Agrarhandels am gesamten Außenhandel ging bei den Importen von 25,9% für das Jahr 1966 auf 14,4% 1984 zurück. Bei den Exporten betragen die Werte 13,5% (1984) gegenüber 24,3% (1966) (5). Die Ursachen dafür sind vielschichtig. Bei steigenden Einkommen nimmt die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten unterproportional zu. Nachdem die Grundbedürfnisse nach Nahrung erfüllt sind, werden steigende Einkommen primär zum Kauf von Konsumgütern verwendet, so daß bezogen auf die Gesamtausgaben

die relativen Ausgabenanteile für landwirtschaftliche Produkte zurückgehen (6). Zweitens reagiert die Nachfrage nach Agrarprodukten auf Preisänderungen nur gering; die Preiselastizität der Nachfrage verläuft relativ starr. Die Halbierung der Kaffeepreise wird sicherlich zu einem leicht steigendem Konsum, nicht aber zu einer Verdoppelung führen, da dem schon rein physiologische Barrieren, selbst bei hartgesottene Kaffee-trinkern, im Wege stehen. Die Nachfrage nach metallischen Rohstoffen unterliegt Sonderfaktoren. Aufgrund technischer Innovationen geht der Rohstoffverbrauch in der Produktion relativ zurück. Außerdem erfolgte in vielen Fällen eine Substitution bestimmter Rohstoffe durch andere Materialien. Aber auch agrarische Güter sind u.a. durch die Bio- und Gentechnologie von Substitution bedroht. Künstliche Süßstoffe und andere Zuckersatzstoffe (z.B. Isoglucose, welches durch bio-chemische Umwandlungen aus Getreide gewonnen wird) verdrängen wegen niedriger Herstellkosten und wegen der Bevorzugung kalorienarmer Süßmittel zunehmend den Zucker. Auswirkungen auf das Nachfrageverhalten gehen ebenso von Wechselkursschwankungen des US-Dollars aus, da fast alle Rohstoffe auf Dollarbasis gehandelt werden. Es ist möglich, daß trotz sinkender Rohstoffpreise bei gleichzeitiger Aufwertung des Dollars, die Nachfrage zurückgeht, da in Ländern mit 'schwacher' Währung die Rohstoffpreise in Landeswährung steigen und die Verbraucher darauf mit einer Einschränkung ihrer Nachfrage reagieren können (7).

Ferner werden die Preise durch außerökonomische Faktoren, wie Spekulation oder die Marktmacht transnationaler Konzerne (TNK), beeinflußt. Der Handel mit Rohstoffen liegt in den Händen einiger weniger sogenannter 'Multi-Waren-Händler' (8). Ebenso werden Verarbeitung und Vermarktung von einigen wenigen TNK dominiert. Bei Kaffee kontrollieren 10 Gesellschaften ca. zwei Drittel des Marktes. Entsprechendes gilt z.B. für den Kakao-sektor, auf dem vier Fünftel der Gesamtproduktion von Schokolade, Kakaotränken und anderen Süßigkeiten von neun Gesellschaften kontrolliert werden. Insgesamt ist ein unverminderter Trend zur Konzentration in den Händen einiger Finanzkonglomerate (Nestlé, Cargill, Jacobs-Suchard, usw.) sowohl im Handel als auch in der Verarbeitung zu beobachten. Die Macht dieser Konzerne basiert neben ihren großen Marktanteilen vor allem auf der Effizienz ihrer Informations- und Datennetzwerke. Der Anteil der Anbauländer am Transport, an Warentermingeschäften, an Vermarktung, Verarbeitung und Einzelhandel ist dagegen gering. Jeder Versuch, dies zu ändern, wäre der geballten oligopolistischen Marktmacht dieser Konzerne ausgesetzt. Rohstoffspekulation findet auf den Waren-termenbörsen (v.a. London oder New York) statt. Zum Verkauf ihrer Waren be-

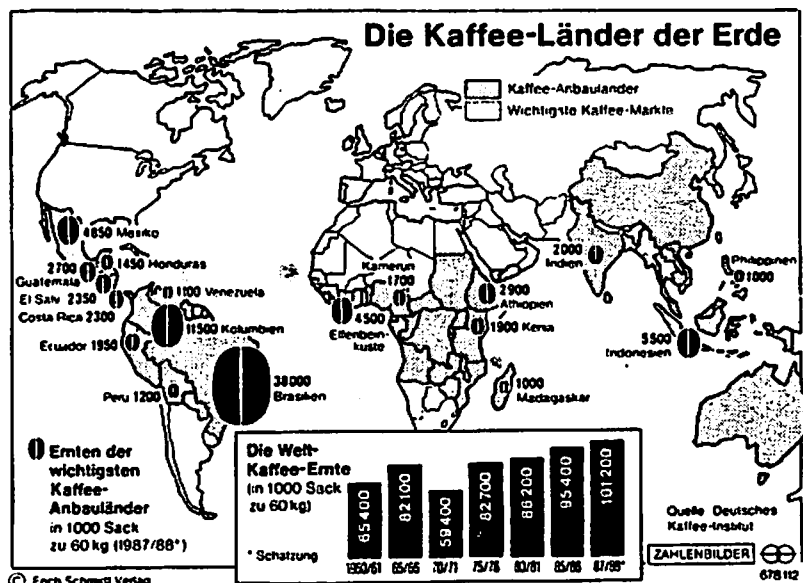
auftragen die Produzentenländer einen Makler, eine festgelegte Menge, die erst zu einem späteren Zeitpunkt geliefert wird, an der Warentermenbörse zu einem bestimmten Preis zu verkaufen. Börsenspekulationen werden genau dann interessant, wenn die zukünftige Preisentwicklung unsicher ist. Bei steigenden Preisen kann der Händler vor dem vereinbarten Abnahmetermin den Kontrakt zu einem höheren Preis mit entsprechender Gewinnspanne weiterverkaufen. Die Produzentenländer erhalten davon nichts, da sie ihr Produkt zu Beginn schon an den Händler übertragen haben. Der Einfluß der Spekulation mit Warentermingeschäften auf die langfristige Preisentwicklung sollte allerdings nicht überbewertet werden, denn langfristig wird diese durch die Angebots- und Nachfragefaktoren determiniert. Ihre Bedeutung muß aber über RA oder die Einführung einer Steuer auf jeden Kontraktabschluß eingedämmt werden, denn weder Produzenten noch Verbraucher profitieren von diesen Geschäften, sondern lediglich einige wenige Handelshäuser. Daß RA dazu in der Lage sind, zeigt das Kaffeeabkommen (9). Nach Auslaufen des Kaffeeabkommens 1972 stiegen die Börsenumsätze beträchtlich an, jeder Sack wechselte quasi viermal den Besitzer, während in den Jahren zuvor die Börsenumsätze nur ein bis zehn Prozent der Gesamtumsätze ausmachten. Der Einfluß der unterschiedlichen Faktoren läßt sich am Beispiel des Kaffeeabkommens veranschaulichen.

Das Internationale Kaffeeabkommen

Das 1963 in Kraft getretene Internationale Kaffeeabkommen (ICA) ist seit 1980 mit einer Exportquotenregelung ausgestattet. Zuletzt waren 50 Staaten, die Kaffee produzierten und ca. 99% des Weltangebotes repräsentierten, sowie 26 Kaffee-konsumländer mit ca. 90% der Welt-nachfrage beteiligt. Kaffee ist nach Erdöl der weltweit am meisten gehandelte Rohstoff mit einem Handelsvolumen von ca. 12 – 14 Mrd. S.

Das ICA verfügte über ein relativ flexibles Quotensystem, aufgeteilt in eine Globalquote, die vierteljährlich zugeteilt und der jährlichen Nachfrage angepaßt wird. Wenn der Indikatorpreis über eine bestimmte Schwelle anstieg, gab die Internationale Kaffeeorganisation (ICO) in London den Markt teilweise frei. Die Mitgliedsländer durften dann eine vorher vereinbarte Menge zusätzlich exportieren. Lag der täglich berechnete Indikatorpreis für 15 Tage unter dem Mindestwert, wurden die Quoten entsprechend gekürzt.

Die seit langem in den Verbraucherländern zu beobachtende Verschiebung der Trinkgewohnheiten zu teureren, milden Arabica-Sorten wurden dem ICA letztlich zum Verhängnis. Arabica-Sorten, die ca. 44% der Quoten ausmachen, wachsen nur in einigen Ländern – u.a. in Kolumbien, den mittelamerikanischen Staaten, Peru, Papua-Neuguinea und Indien. Die restlichen 56% bestehen aus billigeren Robusta-Sorten oder ungewaschenen Arabicas. Sie werden überwiegend in den afrikanischen Staaten und in Brasilien angebaut, welches mit ca. 30% weltweit der größte Kaffeeanbieter ist. Eine Quotenerhöhung hätte somit gegen das mächtigste Mitglied auf Produzentenseite durchgesetzt werden müssen, wogegen sich Brasilien heftig zur Wehr setzte. Die Ausgangslage der Produzentenländer bei den Verhandlungen im letzten Jahr war insgesamt ungünstig, denn ökonomisch steht allen Ländern das Wasser bis zum Hals und sie müssen alle Chancen nutzen, um Devisen zu erzielen. Die Verschuldungssituation und das hartnäckige Beharren der Industrieländer, Banken und des IWF auf Rückzahlung der Zinsen, die Verweigerung globaler Schuldenstreichungen, haben diesen Devisenmobilisierungszwang verfestigt. Eine aufeinander abgestimmte Strategie war unter diesen Voraussetzungen nur schwer möglich, zumal die Arabica-Produzenten auf eine Verbesserung ihrer Quoten spekulieren konnten. Zusätzlich verschärft wurden die Spannungen, weil immer mehr Kaffee – 1988 ca.



1/6 des gesamten Kaffeexports – in Nichtmitgliedsländer exportiert wurde, zu Preisen, die um bis zu 50% unter denen des Abkommens lagen, was den Unmut der Kaffeehändler und Kaffeeröster hervorrief. Das Scheitern des Kaffeeabkommens wird von den Kaffeeröstern zwar durchaus begrüßt, es bringt allerdings auch den Nachteil mit sich, daß sich ihre Gewinnspannen bei sinkenden Verkaufspreisen reduzieren. Im Vorfeld der Verhandlungen forderten die USA, unterstützt durch die EG und alle anderen Verbraucherländer, erstens die Abschaffung des gespaltenen Marktes und zweitens eine Erhöhung der Ausfuhrquoten für Arabica-Sorten um vier Prozentpunkte. Der Regierung der USA gingen die Markteingriffe durch das ICA sowieso schon zu weit, da sie über den Zweck der reinen Preisstabilisierungen hinausreichten, wie dies ein amerikanischer Experte formulierte. „... Wir sind aber ganz entschieden der Meinung, daß RA kein geeigneter Weg zum Ressourcentransfer in die Dritte Welt sind. Das Beste für Produzenten und Konsumenten ist, wie überall der freie Markt.“ (10)

Mittlerweile scheint aber auch den amerikanischen Vertretern im Zusammenhang mit ihrem Anti-Drogenfeldzug zu dämmern, daß ein funktionaler Zusammenhang besteht zwischen Kokainanbau und der ökonomischen Sinnlosigkeit des Kaffeeanbaus bei weiter sinkenden Preisen. (11)

Bei den letztjährigen Verhandlungen und den Versuchen, doch noch einen Kompromiß zu finden, kam es zu interessanten Abstimmungskonstellationen. Der Vorschlag der USA, die Arabica-Sorten sofort auf 48% zu erhöhen, wurde u.a. von Indien, Schweden, Costa Rica, Panama und Nicaragua unterstützt. Der von Kolumbien, Brasilien, den Philippinen und den afrika-

nischen Erzeugern eingebrachte Vorschlag, eine Verlängerung des Abkommens zu beschließen, einen stufenweisen Übergang über mindestens 2 Jahre zur Beseitigung des gespaltenen Marktes anzustreben und die Quotenregelung später zu klären, fand dagegen die Zustimmung der EG.

Da keines der Konzepte die erforderliche Mehrheit fand, wurde das gesamte Quotensystem am 4. Juli ausgesetzt, der Sturzflug der Kaffeepreise nahm seinen Lauf. Wie zu erwarten entbrannte ein Kampf der Produzentenländer um steigende Anteile, um die Preisreduktionen über steigende Absatzmengen teilweise zu kompensieren und um gleichzeitig die eigene Verhandlungsposition für später zu verbessern. So strichen z.B. Brasilien, Indien und Indonesien alle Ausfuhrbeschränkungen und senkten die Exportsteuern (13).

In diesem gnadenlosen Wettbewerb des 'survival of the fittest' werden die Hauptverlierer die afrikanischen Staaten sein, da sie überwiegend Robusta-Sorten anbauen und gegenüber den Großproduzenten Brasilien und Kolumbien kaum wettbewerbsfähig sind.

Expertenschätzungen gehen davon aus, daß die Anbauländer insgesamt für den Jahreszeitraum Juli 1989 bis Juli 1990 mit einem Rückgang der Erlöse von über 4 Mrd. \$ zu rechnen haben. Dies entspräche ca. einem Drittel des bisherigen Handelsvolumens.

Reaktivierungsaussichten für Rohstoffabkommen

Wie die Erfahrungen der OPEC zeigen, ist eine dauerhafte Erhöhung der Rohstoffpreise mittels Kartellbildung nicht möglich, denn „die Rohstoffmärkte zeichnen sich dadurch aus, daß sie ganz eindeutig Nachfragermärkte sind, auf denen die Konsumenten die Preis- und Mengenpolitik bestimmen“ (14). Kartellfähigkeit ist bei anderen Produkten wegen der Zahl der Produzentenländer, der Heterogenität ihrer Interessen und wegen des Devisenmobilitätsweges der einzelnen Staaten nicht gegeben. Außerdem sind die Industrieländer in der Lage, mittels Lagerhaltung – wie dies bei strategischen Rohstoffen allgemein angewandt wird – Versorgungsschwierigkeiten zu überbrücken.

Die Industrieländer favorisieren aus ordnungspolitischen Gesichtspunkten kompensatorische Finanzierungssysteme (export-Stabilisierung), wie die kompensatorische Finanzierungsfazilität des IWF oder die STABEX- und SYSMIN-Systeme im Lomé-Abkommen. Erleidet ein Entwicklungsland Exporteinbußen, werden diese auf Antrag durch Zuweisung von Finanzmitteln teilweise kompensiert. Diese Systeme haben gegenüber einer Buffer-Stock-Regelung zwar den Vorteil, daß sie einfacher zu handhaben sind, keine kostspielige Lagerhaltung erfordern und das Prognoseproblem bei der Festsetzung der Interventionspreise entfällt. Ihr Nachteil liegt darin, daß sie die Verluste nur teilweise kompen-

sieren. Berechnungen für die Jahre 1984-1986 kommen zu dem Ergebnis, daß lediglich 15% der Erlöseinbußen damit kompensiert wurden. Die Finanzmittel in Lomé III waren so niedrig angesetzt, daß sie schon Mitte der Laufzeit aufgebraucht waren. Aufgrund ihres dominierenden Einflusses im IWF können die Industrieländer Forderungen der Entwicklungsländer nach größerer Kompensation erfolgreich abwehren. Ebenso erlaubt die starke Verhandlungsposition der EG gegenüber den AKP-Staaten bei Lomé, daß die Ausstattung der Stabilisierungsfonds im Rahmen der EG-Vorstellungen bleibt; ein Ressourcentransfer über die Erlöseinbußen hinaus findet in beiden Systemen nicht statt, ist auch nicht beabsichtigt. Eine Umkehrung der Kapitalströme ist aber notwendiger denn je, da die Entwicklungsländer seit Jahren über sinkende Rohstoffpreise, Zins- und Tilgungszahlungen den Norden alimentieren. RA können dabei ein Instrument sein, um diese Tendenz umzukehren. Selbst unter Berücksichtigung der Schwierigkeiten, die eine ex-ante-Stabilisierung mit sich bringt, besitzen die Forderungen nach RA eine wichtige politische Legitimation, denn damit würde der Ressourcentransfer über den Warenaustausch vollzogen und nicht auf die mehr oder minder ausgeprägte Bereitschaft zur Entwicklungshilfe reduziert. RA sind umso eher erfolgreicher: (15)

- je höher der Grad der Beteiligung auf Seiten der Verbraucher- und Erzeugerländer ist

- je größer die Disziplin der Mitglieder ist, sich den Verpflichtungen des Abkommens zu unterwerfen und

- je besser der Preisstabilisierungsmechanismus funktioniert, d.h. von der richtigen Wahl der Interventionspunkte, ihrer rechtzeitigen und ausreichenden Anpassung sowie vom Finanzvolumen und Fassungsvermögen der Buffer-Stocks.

Primäres Ziel der Entwicklungsländer muß zunächst sein, möglichst viele Abkommen wieder zu revitalisieren, um damit die Stabilisierung der Exporterlöse wieder zu erreichen, die für eine langfristig abgesicherte Wirtschaftsplanung nötig ist. Die Ratifizierung des GF bietet dafür durchaus eine Plattform und die Möglichkeit der Ausweitung auf andere bisher nicht erfasste Rohstoffe.

Insgesamt sollte die Rohstoffproblematik allerdings entwicklungspolitisch nicht überfrachtet werden, da der Rohstoffsektor nur einen Teilbereich der Wirtschaft darstellt.

Ebenso müßte die Diskussion um ökologische Aspekte, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll, erweitert und deren Bedeutung bei der Suche nach Alternativen integrativ berücksichtigt werden.

RA sind ein durchaus 'zweischneidiges Schwert', da durch sie eine auf den Export weniger Produkte basierende Wirtschaftsstruktur und damit die führende Rolle des Rohstoffsektors im nationalen Akkumulationsprozeß festgeschrieben wird, eine Stärkung der entsprechenden Bourgeoisie-

Zölle und Steuern

Mit Importzöllen schützt die EG die einheimische Industrie, obwohl doch insbesondere die bundesdeutschen Politiker/innen so vehement für den freien Welthandel sind. Z.B. Röstkaffee aus Brasilien, vakuumverpackt, hätte schon allein wegen des Zollanteiles geringe Wettbewerbschancen gegen die Marktmacht der Kaffeekonzerne.

In der BRD und der EG werden folgende Importzölle erhoben:

	Dritt-länder	Präferenz-länder
Rohkaffee, nicht entkoffiniert	5%	frei
Rohkaffee, entkoffiniert	13%	9%
Röstkaffee, nicht entkoffiniert	18%	12%
Röstkaffee, entkoffiniert	18%	13%
Pulverkaffee	18%	9%

fraktionen eintritt und somit Transformationsprozesse verhindert werden können (16). Ob dies so sein wird, hängt nicht zuletzt von der Stärke der politischen und sozialen Bewegungen in den Entwicklungsländern selbst ab, inwieweit sie die nationale Politik und den internen Verteilungskampf zu ihren Gunsten beeinflussen können. Wenn die Überschüsse aus dem Rohstoffexport zur Transformation der wirtschaftlichen Strukturen, zur vertikalen Diversifizierung (Weiterverarbeitung der Rohstoffe in den Entwicklungsländern) und zur horizontalen Diversifizierung (Stärkung und Integration binnenmarktorientierter Produktionszweige, aber auch Erweiterung der Exportpalette auf verarbeitete Produkte) verwendet werden, können sie durchaus entwicklungsfördernde Impulse auslösen. Höhere Rohstoffeinnahmen könnten die Spielräume für eine binnenmarktorientierte Entwicklung und für Umverteilungsprozesse zugunsten der Marginalisierten erweitern (17). Diese Bemühungen könnten unterstützt werden durch eine bessere finanzielle Ausstattung des zweiten Schalters, indem z.B. die auf bestimmte Rohstoffe erhobenen Verbrauchssteuern zur Finanzierung des Fonds herangezogen werden (18). Ohne eine in den Industrieländern selbst stattfindende durchgreifende Strukturanpassungspolitik, Abbau der Subventionen sowie aller tarifären und nicht-tarifären Handelshemmnisse, die zum Schutz der eigenen Industrie etabliert wurden, sind die oben angestrebten Umstrukturierungen in den Entwicklungsländer allerdings wenig sinnvoll. Wie ausgeprägt der Protektionismus ist, zeigt das Beispiel der ansteigenden Zollbelastung beim Kaffee je höher der Verarbeitungsgrad ist (siehe Kasten)(19).

Wege zu einer solidarischen Weltwirtschaft

Die Grünen weisen in einem Reader für eine internationale Fachtagung darauf hin, daß handelspolitische Verbesserungen, trotz ihrer Notwendigkeit, nicht mehr als defensive Maßnahmen sein können, da sie die 'herrschenden Macht- und Aneignungsstrukturen weder international noch innergesellschaftlich aufbrechen'. Der Weg zu einer solidarischen Weltwirtschaft führt letztendlich nur über eine strukturelle Transformation des Welthandels, des Finanz- und Währungssystems auf Grundlage eines ökologischen und sozialen Umbaus vor allem in den industrialisierten Ländern (20).

Als konkrete handelspolitische Schritte auf dem Weg dorthin schlagen sie vor:

- 1) Das Recht der schwächeren Staaten auf einseitige Schutz- und Abschottungsrechte, d.h. Nichtanwendung der im GATT vereinbarte Reziprozitätsklausel.
- 2) Wirtschaftliche und politische Stärkung der Süd-Süd-Kooperation und regionaler Wirtschaftszusammenschlüsse.
- 3) monetäre Zurechnung aller Folgekosten in die Verbraucherpreise.

4) Einführung einer Ökoklausel, die von einem unabhängigen Rechtsorgan zu überwachen wäre, sowie ein Totalverbot für alle Produkte, die zur Zerstörung von Ökosystemen führen.

5) Abschaffung aller handelspolitischen Sondersysteme und die Globalisierung der RA, mit dem Ziel die Preise anzuheben und Absatzquoten zu garantieren, wobei dies unter besonderer Berücksichtigung des Abhängigkeitsgrades und des Entwicklungsstandes der Länder erfolgen soll.

6) Besteuerung aller Vertragsabschlüsse auf den Rohstoffbörsen zur Verhinderung spekulativer Transaktionen.

7) Weiterentwicklung des GATT in eine reguläre Unterorganisation der UNO, in der alle Ländergruppen gleichberechtigt mitwirken.

8) Einrichtung eines UNO-Weltwirtschaftsrates mit Entscheidungskompetenzen, dessen Grundsatzentscheidungen sich alle anderen multilateralen Institutionen zu unterwerfen hätten.

Die Realisierung dieser Maßnahmen wird dabei auf erhebliche Kritik stoßen. Der damit intendierte Strukturwandel wird einer intensiven gesellschaftspolitischen Aufklärung bedürfen. Der Vorwurf von konservativer Seite, daß dies zu einem weltweiten Dirigismus und zur Einschränkung des Freihandelskonzeptes führen wird, welches als Legitimation der realkapitalistischen Strukturen fungiert, ist allerdings wenig stichhaltig, da im nationalen Rahmen Einschränkungen des Marktes und Einkommensverteilungsmechanismen prinzipiell nicht in Frage gestellt werden. Es ist daher logisch nicht zwingend, warum dies auf internationaler Ebene nicht praktiziert werden soll, denn „der Markt erhält erst durch seine Einbettung in ein normatives Gesamtsystem seine Funktion als Instrument zur Verbesserung von Leistungsvergleichen (Preise) bzw. zur automatischen Kontrolle individuellen und nationalen Machtstrebens ...“ (21).

Kritik wird sich außerdem dagegen richten, daß der Markt in der Konzeption der 'Solidarischen Weltwirtschaft' als Lenkungsinstrument und damit die kapitalistische Grundstruktur prinzipiell anerkannt wird. In Anbetracht des Zusammenbruchs der planwirtschaftlichen Systeme und der ungebrochenen Stärke der realkapitalistischen Strukturen ist es allerdings notwendig, zur liberalistischen Weltmarktideologie ein 'realutopisches Gegenbild' aufzubauen, welches über partikuläre Abwehrstrategien hinausgeht, gleichzeitig aber auch eine Plattform für diese bietet.

Richard Brand

Anmerkungen:

- (1) Die nicht-energetische Rohstoffgruppe wird unterteilt in Agrarrohstoffe, Ernährungsgüter, Genußmittel und Metalle.
- (2) Vgl. Gabler (1989), S. 62
- (3) Der Rohstoffanteil am Gesamtexport der afr. Staaten betrug 1977 92% und stieg 1985 sogar auf 94%. In vielen afr. Ländern werden 70% und mehr der Exporterlöse durch max. drei Rohstoffe erzielt. Vgl. dazu Gabler (1989), S.57ff

- (4) Vgl. dazu Windfuhr (1988)
- (5) Vgl. Engels (1988), S. 96
- (6) Die Einkommenselastizität nach Nahrungsmitteln liegt zwischen null und eins (Engel'sches Gesetz). Steigt das Einkommen um 1%, nimmt die Nachfrage nach Nahrungsmitteln um weniger als 1% zu.
- (7) Vgl. Lantin (1985), S. 82
- (8) Vgl. epd-Entwicklungspolitik (1990), S. 12f
- (9) Vgl. Hadwiger, u.a. (1989), S. 68
- (10) zit. nach Piper (1989)
- (11) Die kolumbianische Kaffeebehörde zahlt noch den alten Abnahmepreis. Der Nationale Fonds, der in den Hochpreisjahren 1985 und 1986 angelegt wurde, verfügt z.Z. noch über ausreichende finanzielle Reserven. Vgl. Bunzenthall (1989)
- (12) Vgl. Adelante (1989), S. 6
- (13) Mutter (1988), S. 459
- (14) Lantin (1985), S. 82
- (15) Mutter (1984), S. 98
- (16) Wie dies erreicht werden kann, welche Gruppen, Träger einer solchen Transformation sein sollen/können, würde den Rahmen des Artikels sprengen. Ob RA funktionieren oder nicht, ändert aber im Prinzip nichts an der Problematik.
- (17) Vgl. Die Grünen (1990), S. 12
- (18) Der effektive Zollsatz liegt sogar weit über den Nominalzollsätzen, da nicht nur die zusätzliche Wertschöpfung besteuert wird, sondern auch der im verarbeiteten Produkt enthaltene Rohkaffee, während die Röster in der BRD den Rohkaffee zollfrei einführen.
- (19) Vgl. dazu Die Grünen (1990), insb. Kap. 3. Ähnliche Forderungen finden sich auch im Hamburger Manifest 'Handlungsfreiheit statt Freihandel'
- (20) Die Grünen (1990), S. 6

Literatur:

- Adelante e.V. Informationsblatt Nr. 14, Dez. 1989
- Bunzenthall, Roland: Preisverfall bei Kaffee läßt Bauern auf Kokain umsteigen, in: FR vom 3.10.1989
- Engels, Benno: Zur Position der Entwicklungsländer im Welthandel mit Agrarerzeugnissen, in: Nord-Süd aktuell 1/1988; S. 95-98
- epd-entwicklungspolitik, aktueller Beitrag 1/90, Lomé-Briefing Nr. 11
- Gabler, Peter: Die Bedeutung des Rohstoffexports für die Volkswirtschaften Schwarzafrikas, in: Internationales Afrikaforum 1/1989, S. 57-70
- GEPA (Hg.): Dokumentation Kaffee, Schwelm 1987
- Die GRÜNEN im Bundestag (Hg.): Vom kapitalistischen Weltmarkt zu einer Solidarischen Weltwirtschaft, Reader für eine Internationale Fachtagung vom 8.-10. März 1990, Bonn 1990
- Hadwiger, Peter, u.a.: Kaffee - Gewohnheit und Konsequenz, St. Gallen 1989
- Lantin, Theo C.: Die Verbraucher bestimmen die Preise, in: der überblick 4/85, S. 79-82
- Massarat, Mohssen: Rohstoffpreise und monostrukturelle Ökonomien, in: Nord-Süd aktuell 4/1988, S. 463-477
- Mutter, Theo: Rohstoffabkommen - ein zweiseitiges Schwert, in: Peripherie 15/16 (1984), S. 89-105
- Mutter, Theo: Rohstofffonds - Utopie und Realität, in: Nord-Süd aktuell 4/1988, S. 455-462
- Piper, Nikolaus: Bis zur letzten Bohne, in: Die Zeit, 14.7.1989
- Windfuhr, Michael: Der Weltmarkt für Zucker, in: epd - Materialien IV/88, S. 45-63

Kleine Geschichte der Partido dos Trabalhadores

“In Wirklichkeit haben sie keine Angst vor mir. Sie fürchten sich aber vor dem politischen Bewußtsein, das ein Teil der Gesellschaft inzwischen erworben hat. Das Problem heute ist nicht Lula. Das Problem sind die Millionen Lulas, die es jetzt schon gibt, verteilt über ganz Brasilien. Und wir werden immer mehr.“ (Lula in einem Interview des “Spiegel”, 17.Dez.89)

Mit etwa 2% Stimmenunterschied unterlag der Gewerkschaftsführer Lula bei den Präsidentschaftswahlen im Dezember '89 als Kandidat des linken Wahlkampfbündnisses “Frente Brasil”, an dessen Spitze die erst vor 10 Jahren gegründete “Partido dos Trabalhadores” (PT) stand. Um die zukünftige Rolle und Bedeutung dieser Partei im politischen Gefüge Brasiliens einschätzen zu können, soll auf ihre Entstehungsgeschichte zurückverwiesen werden - auf die Erfolgsstory der PT, mit der das ein Jahrhundert andauernde Bemühen der brasilianischen Arbeiterklasse, eine eigene Organisation zu gründen, innerhalb von nur 10 Jahren Erfolg hatte.

Vor dem Hintergrund der täglichen Kapitulationsmeldungen realsozialistischer Regime und kommunistischer Parteien in Osteuropa ist der knappe Wahlverlust einer Partei mit eindeutig sozialistischem Parteiprogramm schon bemerkenswert. Die PT hat allerdings auch keinen Grund, sich mit stalinistischen Regimes in Osteuropa vergleichen zu lassen. Die Partei hat sich von Anfang an solidarisch erklärt mit dem Kampf der Solidarnosc in Polen und mit dem der Sandinisten in Nicaragua. Das Massaker auf dem “Platz des himmlischen Friedens” in Peking wurde von der PT einhellig verurteilt. “Aber sich von den Verbrechen der Heiligen Inquisition zu distanzieren, heißt nicht, Gott leugnen”¹⁾ Ideologische Direktiven und Rezepte anderer sozialistischer Länder hat die PT weder akzeptiert noch angefordert. Innerparteiliche Demokratie gehörte schon zu ihrer Gründungsgeschichte. Anders als bei den übrigen Parteien Brasiliens ist das Parteiprogramm der PT die vorläufige Kompromißformel einer gesellschaftli-

chen Utopie - deshalb auch nicht sehr konkret. Die Partei kämpft für eine radikale Demokratie, für gewerkschaftliche Organisationsfreiheit ohne staatliche Bevormundung, sowie für Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern und Rassen. Sie will die Macht der multinationalen Konzerne in Brasilien brechen. Wie die sozialistischen Grundbekenntnisse zu einer “Gesellschaft, in der es weder Ausgebeutete noch Ausbeuter gibt,” in einer kapitalistisch organisierten Wirtschaft durchgesetzt werden sollen “entscheidet die politische Praxis”²⁾. Die weit fortgeschrittene Integration in den Weltmarkt und die Dominanz multinationaler Konzerne sind nur einige Aspekte, die der unmittelbaren Umsetzung dieser Utopien im Weg stehen. Vor diesem Hintergrund hat die PT im zweiten Durchgang des Wahlkampfes bereits Kompromißfähigkeit bewiesen. Das Wirtschaftsprogramm der PT liest sich stellenweise kaum anders als das ihres schließlich siegreichen Kontrahenten Collor. 31 Millionen WählerInnen haben sich in Brasilien für die PT entschieden. Das sind mehr Menschen, als in Argentinien oder Kanada leben. Der große Wahlerfolg der PT bei den Präsidentschaftswahlen ist um so erstaunlicher, wenn man bedenkt, daß in Brasilien bislang nahezu alle Demokratisierungsfortschritte, die es nach dem Abdanken (1984) der über 20 Jahre dauernden Militärdiktatur zu verzeichnen gab, Ergebnis obskurer Übereinkommen zwischen Eliten und Militärs waren.

Das Scheitern der traditionellen brasilianischen Linken, die Subordinationspolitik der kommunistischen Partei Brasiliens (PCB) gegenüber Moskau, der Zickzack-Kurs des ZK der PCB gegenüber den bürgerlichen Parteien und ihre basisfernen und undemokratischen Entscheidungsstrukturen führten vor allem unter den Bedingungen der Illegalität während der Militärdiktatur zu zahlreichen Abspaltungen. Die Gründung der PT, von Arbeitern initiiert und von einigen Intellektuellen unterstützt, stellte den Versuch dar, mit diesen Traditionen zu brechen. Zahlreiche, “grupelhos” genannte Restbestände und Abspaltungen der albanienorientierten PCdoB und der moskauorientierten PCB

existieren seit der Gründung der PT unter ihrem Dach fort. Sie lehnen es bisher ab, die eigenen Strukturen aufzulösen.

Opposition unter der Militärdiktatur

Dem brasilianischen Militärputsch von 1964 war eine Phase intensiver Mobilisierung des sogenannten “Movimento Popular” vorausgegangen. Auf dem Lande forderte eine gut organisierte und teilweise sehr kämpferische Gewerkschafts- und Bauernligabewegung die Durchführung einer Agrarreform. In den Städten ließ Präsident Goulart den eng an den Staat angebondenen korporativistischen Gewerkschaften viel Freiraum und glaubte so - gestützt auf die Massen - ,genügend gewappnet zu sein gegen die antikommunistische Propaganda von Militärs, Großgrundbesitzern, Teilen der Kirche und den verängstigten Mittelschichten. Mit “Märschen der Familie mit Gott für das Vaterland” und aktiver Unterstützung der USA wurde das Putschklima von diesen hergestellt.

Die Militärs widmeten sich nach der “Säuberung” des Kongresses besonders den Gewerkschaften. Die alten Führer wurden verfolgt, getötet, ins Gefängnis gesteckt oder ins Exil getrieben und durch korrupte Gewerkschaftsvorstände ersetzt. Auf der wirtschaftspolitischen Ebene verfolgten die Generäle einen Kurs der nachholenden Industrialisierung. Die Knebelung der Gewerkschaften und die Kontrolle der Löhne waren integraler Bestandteil dieses Entwicklungskonzepts. Nur so ließ sich das “Investitionsklima” herstellen, das notwendig war, um ausländische multinationale Konzerne ins Land zu holen, die als Motor der Industrialisierung vorgesehen waren. Stützen konnten sich die Militärs auf eine kleine Mittelschicht, die nationale Unternehmerschaft und Großgrundbesitzer, solange das ins Werk gesetzte “Brasilianische Wirtschaftswunder” sie zu Nutznießern machte. Die Katholische Kirche, deren höherer Klerus einen nicht geringen Anteil an der “Putschkoalition” von 1964 hatte, stellte sich auf die Seite des Volkes und fand dort - getrieben von den Priestern “vor Ort”

- ihre Basis und auf diesem Wege später auch wieder zu mehr Einfluß im politischen Gefüge zurück.

Zwischen 1966 und 1968 eroberte die Studentenbewegung die Straßen mit Forderungen nach Demokratie und gegen Unterdrückung. Die „Metallarbeiter von Contagem (Minas Gerais) und Osasco (Sao Paulo)“ gingen im April 1968 in einen Lohnstreik und besetzten ihre Fabriken. Mit Panzern und Maschinengewehren wurden die Arbeiter aus den Fabriken getrieben. An der Streikfront trat für die nächsten 10 Jahre „Friedhofsruhe“ ein.

Als weitere Reaktion dekretierte der Militärstaat ein „Ermächtigungsgesetz.“ Der AI-5 (Institutioneller Akt Nr. 5) verlieh dem Präsidenten diktatorische Vollmachten. Der Kongreß wurde erneut zeitweilig geschlossen, die Mandate von 89 Abgeordneten kassiert. Die „Aussperrung“ und Repression erstreckte sich nunmehr auf alle gesellschaftlichen Bereiche: Parteien, Kirche, Presse und Universität. Was in der Gesellschaft vor sich ging, konnten die Generale nunmehr nur noch über die intensiv operierenden Geheimdienste erfahren.

Zwei Hauptlinien lassen sich innerhalb der linken Opposition aufzeigen. Die Unzufriedenheit mit dem ZK der PCB unter der Leitung von Luis Carlos Prestes führte zu verschiedenen Abspaltungen. Mehrere davon setzten auf den bewaffneten Kampf gegen die Militärdiktatur. Was zunächst wie eine erfolgreiche „Spaßguerilla“ aussah, als die Botschafter der USA, der Bundesrepublik und der Schweiz entführt und gegen politische Gefangene ausgetauscht wurden, endete für die meisten Aktivisten tödlich.

Die andere Linie setzte auf die Bewußtseinsbildung an der Basis. Vielfach unter dem schützenden Dach der Kirche wurde über Probleme des Alltags und über die Ursachen der politischen Situation von Armut und Unterdrückung debattiert. Einpunktbewegungen schlossen sich zusammen, um Verbesserungen in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld zu fordern. Diskussionen über Polizeigewalt, öffentliche Verkehrsmittel, fehlenden Wasser- und Stromanschluß führten zur Politisierung. Zunehmend interessierten sich die Gruppen auch für größere politische Zusammenhänge. Schwarzenbewegung, Frauenbewegung, Landarbeitergewerkschaften, Einwohnerassoziationen und Stadtteilbewegungen kamen über die Katholische Kirche in sogenannten Basisgemeinden zusammen und diskutierten gemeinsam über Verschuldung, IWF, Verfassungsgebung u.a.

Die Opposition erhält neuen Schwung

Die zunehmenden wirtschaftspolitischen Schwierigkeiten brachten die Militärs auch um ihre einstige Basis. Als Ende der 70er Jahre, vor dem Hintergrund von Ölkrise, Rezession und ansteigender Verschuldung die ökonomischen Wohltaten für die bis dahin gehätschelte Mittelschicht dürrtiger

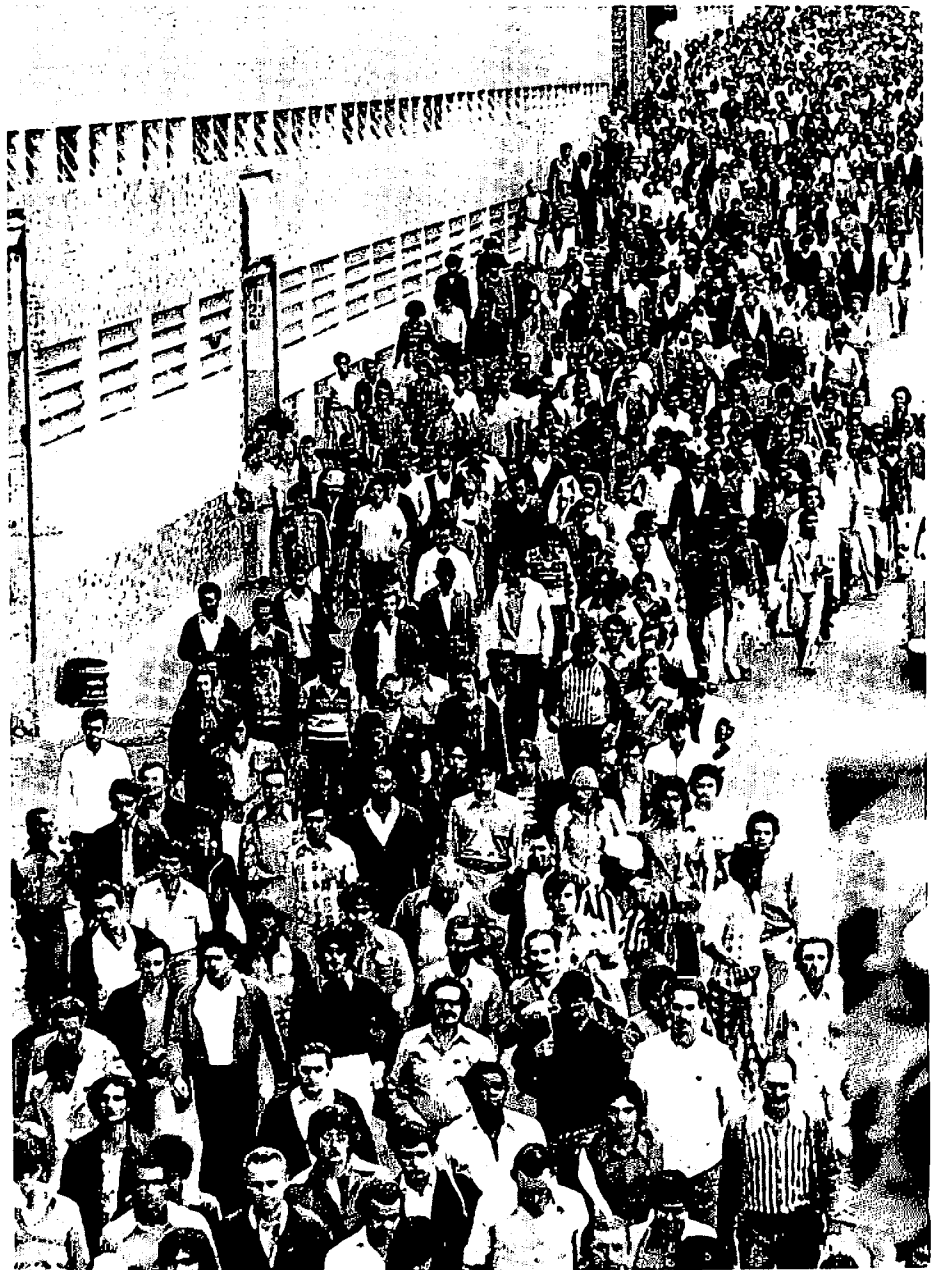
wurden, erhielt die Opposition noch einmal deutlichen Zulauf. Bereits 1974 hatte der führende Militärtheoretiker Golbery vorausgedacht, daß eine allmähliche „Öffnung“ und Liberalisierung des politischen Systems durch die Militärs selbst erfolgen müßte, wenn sie nicht die Regie verlieren wollten.

Schließlich meldeten sich 1977-78 die Arbeiter im ABCD³⁾ genannten Industriegürtel São Paulos wieder zu Wort. Ausgangspunkt war ein Streik bei der schwedischen LKW-Fabrik Saab-Scania in São Bernardo, der sich aber schnell zu einer Streikbewegung mit mehreren hunderttausend Beteiligten ausweitete. Organisiert hatte ihn eine Gewerkschaftsbewegung, die sich außerhalb des korruptierten offiziellen Gewerkschaftssystems gebildet hatte. Bereits während dieser Streiks wurde in den Fabriken von den Arbeitern diskutiert, ob über die authentischen Gewerkschaften hinaus

ein „eigener“ parteipolitischer Zusammenschluß gegründet werden sollte.

Die Gelegenheit bot sich mit dem von den Militärs im Dez. 1979 geänderten Parteiengesetz (Nr. 6767), das die Neubildung von Parteien wieder erlaubte. Die Militärs etikettierten nach ihrem Putsch 1964 nicht nur ihre Verfassungsbrüche als „Institutionelle Akte“ - sie ließen auch „demokratische“ Wahlen abhalten. Mit dem Parteiengesetz von 1979 wurden die Auswirkungen der „Institutionellen Akte“ 2 und 4 rückgängig gemacht, die 1965 zunächst alle bestehenden Parteien verboten. Darauf war mit ARENA und MDB ein Zweiparteiensystem eingesetzt worden. Im Volksmund wurden die Parteien „SIM“ und „SIM, SENHOR“ getauft. Beide Parteien waren von den Generälen als Akklamationsorgane der Regierung vorgesehen. Der kleineren MDB wurde die Rolle der „Opposition“ zugeteilt. Fast ohne eigenes Zutun wurde die MDB in den folgenden Jahren zu einer echten Regimeopposition. Denn als

Schichtwechsel bei VW/São Paulo





Wahlkampf
der PT
in Porto Alegre

einzigste legale Möglichkeit, gegen die Diktatur zu protestieren, wählte die Bevölkerung die "Opposition".

Indem sie einer alten Forderung der MDB nachgaben, glaubten die Militärs zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Die durch immer größere Wahlerfolge zu einer immer ausgeprägteren Oppositionshaltung ermunterte MDB sollte nicht weiterhinkünstlich zusammengehalten, sondern in ihre ideologischen Bestandteile zersplittert werden. Damit dieser weitere "abertur-Schritt" nicht in die falsche Richtung ging, schnürten die Militärs ein Parteiengesetz mit zahlreichen Restriktionen: Parteiprogramme "alter Parteien" und solche, die Religions-, Rassen- und Klassenzugehörigkeit zur Bedingung machten, waren verboten. Die Restriktionen im Parteistatut richteten sich gezielt gegen die (P)MDB und die Bestrebungen im Spektrum der unabhängigen Gewerkschaften, eine linke Arbeiterpartei zu gründen. Deshalb gewährte die Wahlkommission (TSE) einen Zeitraum von nur 12 Monaten, innerhalb dessen die neue (provisorische) Partei weitere Bedingungen erfüllen mußte: in mindestens 1/5 aller Munizipien von mindestens 9 Bundesstaaten waren Parteinitrierungen vorzuweisen, und auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene mußten Parteiversammlungen abgehalten werden.

Die Rechnung der Militärs ging nicht auf. Als die MDB sich in die PMDB umbenannte, spalteten sich zwar einige kleine Parteien ab, erklärten jedoch, als Oppositionsblock weiter gemeinsam im Kongreß abstimmen zu wollen. Deshalb wurde dem ursprünglichen Parteiengesetz noch ein Koalitionsverbot hinzugefügt. Die ARENA wurde in die PDS überführt und diese erbt

die Infrastrukturausstattung der Vorgängerpartei. Ende der 70er Jahre war es innerhalb der Linken durchaus nicht unumstritten, ob es klug sei, aus dem - mindestens in Wahlen - sehr erfolgreichen Oppositionsbündnis der PMDB auszuscheren. Vor allem die Gewerkschaftsopposition beharrte jedoch auf einen eigenen parteipolitischen Zusammenschluß. Der durch die Streiks in São Paulo berühmt gewordene Gewerkschaftsführer Luís Inácio Lula da Silva, konnte sich mit der Forderung durchsetzen, die Partei auch für andere Bereiche der Gesellschaft zu öffnen. Gemeint waren die Basisbewegungen, ohne deren Hilfe es eine nationale Verankerung, über São Paulo hinaus, kaum hätte geben können.

Die Entwicklung der PT

"Es ist eine Ironie der Geschichte, daß ausgerechnet das Kalkül der Militärs, mit dem Parteistatut die Hürden für die Legalisierung und Anerkennung kleiner und neuer Parteien zu verhindern, letztlich eine der wesentlichen Ursachen für die wachsende Stärke der PT ist. So konnte die Partei "von unten" wachsen, und es entstand das, was die PT bis heute prägt und von den anderen Parteien unterscheidet - die enge Bindung an die Parteibasis⁽⁴⁾ Als schließlich 1980 die "Partido dos Trabalhadores" offiziell registriert wurde, war aus der PT eine Partei geworden, deren Entstehung aus den Arbeitskämpfen sich auch im Parteiprogramm widerspiegelte. Unter den schwierigen Bedingungen des restriktiven Parteiengesetzes schaffte es die kleine Gruppe von Aktivist/inn/en, die von den Militärs aufgebauten Hürden für die offizielle Registrierung als Partei zu überwinden. Prak-

tisch ohne finanzielle Mittel reisten die Parteimitglieder kreuz und quer durch das Land, um eine Parteistruktur aufzubauen und neue Mitglieder zu werben; sie nutzten zumeist persönliche Kontakte, die sie aus der eigenen Arbeit in Basisorganisationen hatten. So zum Beispiel Irma Passoni, die als Gründerin der "Lebenshaltungskostenbewegung" intensive Kontakte mit kirchlichen Basisgemeinden in Süd-São Paulo unterhielt. In Cubatao, angeblich die dreikrigste Stadt der Welt, waren es Gruppen aus der Ökologiebewegung, die den Kern der Partei bildeten. Die neugeworbenen Mitglieder gründeten "Nucleos" genannte Ortsverbände. Als 1984 die "Diretas Já-Bewegung" für eine Verfassungsänderung in Richtung auf die Direktwahl des Präsidenten mobilisierte, wurde erstmals sichtbar, wieviel organisiertes Protestpotential in den Basisbewegungen gewachsen war. Trotz der größten Demonstrationen in der brasilianischen Geschichte konnten die Militärs ihr Übergangsszenario retten. Der erste zivile Präsident wurde in einem Wahlmännergremium gewählt, das die Militärs zusammengesetzt hatten. Dem vorausliegenden Opportunismus der dort vertretenen Abgeordneten war es zuzuschreiben, daß sie das sinkende Militärschiff verließen und Tancredo Neves wählten - einen Liberalen; der frei von dem Verdacht war, mit den Militärs kollaboriert zu haben. Daß dieser noch vor Amtsantritt verstarb, paßte so gut ins "Übergangsszenario" der Militärs, daß sich noch heute Gerüchte um die Umstände seines Todes ranken. Der Nachfolger Sarney war einer der zivilen Exponenten der Militärparteien. Der Phase der großen Mobilisierung des "Movimento Popular" folgte eine tiefe De-

pression und Demobilisierung. Erst mit dem Verfassungsgebungsprozeß von 1987 wurde das Volk wieder aufgerufen, sich am politischen Prozeß zu beteiligen. Mit sogenannten "Emendas Populares" konnten Verfassungsvorschläge aus dem Volk in den Kongreß eingebracht werden, sofern sie von mindestens 30 000 wahlberechtigten BrasilianerInnen unterzeichnet waren. Das ganze Spektrum der verschiedenen außerparlamentarischen Bewegungen im "Movimento Popular" formulierte die eigenen Forderungen zu "Emendas" und verwandelte die Unterschriftensammlung zu einem Diskussionsprozeß über Themen, die bis dahin in der offiziellen Tagespolitik kaum eine Rolle gespielt hatten. Allein die "Emenda" der Landarbeiterbewegung für die Durchführung einer Agrarreform erhielt mehr als eine Million Unterschriften. Die gesetzliche Verankerung der Forderungen blieb dennoch aus. Die "Emendas" wurden von der konservativen Kongreßmehrheit fast vollständig ignoriert. Mit nur 5% der Abgeordneten hatte die PT zwar nur geringen Einfluß auf die Ausformulierung der neuen Verfassung, nutzte aber die Gelegenheit, sich als politische Alternative zu profilieren.

Die PT auf dem Vormarsch

Korruption, Inflation, sinkende Reallöhne und mehrere gescheiterte Währungsreformen diskreditieren die PMDB-Regierung. Parallel zu ihrem Niedergang konnte die PT sich als Oppositionspartei stabilisieren und bei den Kommunalwahlen 1988 erstmals einen überraschenden Wahlerfolg verzeichnen. Sie wurde landesweit zur stärksten Partei und stellt in wichtigen Städten BürgermeisterInnen, u.a. auch in der 13 Millionen Stadt São Paulo.

Luiza Erundina, seit 1988 Bürgermeisterin von São Paulo, war seither vor allem mit Aufräumarbeiten beschäftigt. Ihr Vorgänger, Jânio Quadros, hatte leere Kassen und einen Berg Schulden hinterlassen. Um die Stadt überhaupt regieren zu können, mußte die Bürgermeisterin zunächst den Haushalt konsolidieren und Schulden abbauen. Die Mittel, die der Stadt aus dem Steueraufkommen der konservativen Zentralregierung in Brasília zustehen, wurden natürlich zurückgehalten. Die knappen Finanzmittel setzt "Erundina" vor allem in den "Favelas" (Slums) am Rand der Stadt ein. Mehr Geld für die Peripherie - Busverbindungen, Kanalisation, Straßenbau und Müllbeseitigung für die arme Bevölkerung bedeutet auch weniger Geld für Prestigeobjekte in der City. Die Medien legen bei der Beurteilung der Stadtverwaltung jedoch nicht die Maßstäbe der Favelas an:

"Früher wurde die Prachtstraße „Avenida Paulista“ 14 mal pro Tag gefegt, jetzt nur noch halb so oft, die Stadt ist dreckig geworden." lamentiert die konservative Presse. Über die Sendungen des TV-Riesen Globo wird das negative Image der PT-Verwaltung in die Bretterbuden am Rand der Stadt transportiert.

Gerade in den Städten, wo die PT die Administration anführt, verlor Lula. Und das, obwohl den PT-Administrationen ein „Korruptionsgrad von Null“⁵ attestiert wird, die BürgermeisterInnen bei Arbeitsniederlegungen an der Seite der Streikenden demonstrieren und auf Erfolge im Bereich des öffentlichen Transportwesens verweisen können.

Jeder Wahlsieg der PT wirkt sich kurzfristig als Schwächung der sozialen Bewegungen aus. „Es wurden viele Gewerkschaftsführer oder führende Köpfe in den sozialen Bewegungen als Kandidaten aufgestellt und teilweise gewählt. Die fehlten dann in den sozialen Bewegungen. Bis sich solche Integrationsfiguren und Persönlichkeiten in sozialen Bewegungen herausbilden, dauert es immer 4-6 Jahre.“⁶

drängt, sich vom „Sozialismus“ zu trennen, dessen Niedergang mit Fernsehbildern und Berichten aus Osteuropa in der monopolartigen organisierten Medienlandschaft auch in Brasilien täglich zelebriert wird. Dort, wo es aktive soziale Bewegungen gibt, hat solche Propaganda nicht verfangen. In den Basisgemeinden und Armenvierteln der „Bai-xada“ stimmten 80% der Bevölkerung für Lula.

Die Anfang der 80er Jahre bei der Parteigründung eröffneten „Nucleos“ haben mittlerweile vielfach ihre Arbeit wieder eingestellt. Das Informationsgefälle zwischen der PT-Zentrale in São Paulo und den anderen Landesverbänden wird immer wieder bemängelt.

Die PT wird sich in den nächsten Jahren um eine enge Abstimmung mit den Gewerk-



Luiza Erundina,
Bürgermeisterin von São Paulo

Mit der Eroberung des Bürgermeisteramtes von São Paulo, war die PT „präsidenten-schaftsfähig“ geworden. Dies bestätigten die Dezemberwahlen auf eindrucksvolle Weise, wenn der Wahlsieg auch knapp verfehlt wurde.

Die in diesem Jahr anstehenden Kongreß- und Gouverneurswahlen lassen der PT kaum Zeit zu einer Reflexion über die Dezemberwahlen. Noch mehr PT-AktivistInnen, die bisher an der Basis gearbeitet haben, werden zu KandidatInnen. Derzeit verhandelt die Parteiführung über ein enges Wahlbündnis mit der PDT - der Brizola Partei⁷ - deren Profil sich einzig aus dem Charisma ihres Führers ableitet. Die völlig unzweideutige und effektive Unterstützung, die Brizola der PT im zweiten Wahlgang geleistet hat, läßt die PT-Basis weniger kritisch sein gegen überkommene linkspopulistische Rezepte. Die Partei wird ge-

schaften, um eine Stärkung der sozialen Bewegungen, sowie um mehr innerparteiliche Demokratie bemühen müssen. Schon jetzt steht jedoch fest, daß die PT unter der Führung von Lula einen wichtigen Faktor im innenpolitischen Prozeß des Landes darstellen wird.

Peter Feldmann

Anmerkungen

- 1) Jaco Bittar, PT-Bürgermeister von Campinas (SP) in Folha de São Paulo 28.1.90
- 2) Documentos Basicos do Partido dos Trabalhadores. São Paulo 1987
- 3) steht für die Industrievororte, Santo André, São Bernardo, São Caetano und Diadema.
- 4) Brasilien Nachrichten Nr. 102, Osnabrück 1989
- 5) Istoc-Senhor 4.10.89
- 6) Frederico Füllgraf in einem Interview mit den Brasilien Nachrichten Nr. 102, Osnabrück 1989
- 7) Die PDT ist eine linkspopulistische Partei, die an den brasilianischen „Trabalhismo“ aus der Zeit vor dem Militärputsch von 1964 anknüpft. Ihr Kandidat Brizola bekleidete einen Ministerposten in der letzten Zivilregierung vor 1964.

Kambodscha und noch keine Lösung . . .

Mit dem offiziellen Abzug der vietnamesischen Truppen, die als Folge der politischen Veränderungen in der Sowjetunion nach zwölfjähriger Besatzungszeit Kambodscha notgedrungen verlassen mußten, ist noch längst keine politische Lösung erreicht, die dem Land den langersehnten Frieden bringen würde. Nach wie vor gilt, daß eine Einigung aller an diesem Konflikt beteiligten Mächte große Probleme aufwirft. Dabei kommt der vietnamesischen Regierung sowie den kambodschanischen Kräften die Schlüsselrolle zu.

Das wesentliche Hindernis für eine Friedensregelung ist nach wie vor das strategische Ziel Vietnams, Laos und Kambodscha im Status einer Einflusssphäre zu erhalten.

DER EVANS – PLAN

Der Evans-Plan, benannt nach dem australischen Außenminister G. Evans, vorgelegt am 24. November 1989, sieht die Schaffung einer Übergangsverwaltung unter Oberhoheit der Vereinten Nationen und die Auflösung der Hun Sen/Heng Samrin-Regierung vor. Gleichzeitig schließt er eine Beteiligung der kambodschanischen Exilregierung Sihanouks an der Verwaltung des Landes aus. Die UNO-Verwaltung überwacht außerdem einen Waffenstillstand, stellt sicher, daß alle vietnamesischen Truppen das Land verlassen haben, und bereitet allgemeine und geheime Wahlen vor. Vor der Bildung einer UN-Administration in Kambodscha wird der Sitz des Landes in der Vollversammlung, bisher von der Exilregierung eingenommen, für vakant erklärt, ehe er von einer aus Wahlen hervorgegangenen Regierung wieder besetzt wird.

Bisher traten zwei Regierungen mit dem Anspruch auf, Kambodscha zu vertreten: eine Exilregierung, die sich das „Demokratische Kambodscha“ nannte und aus Anhängern Pol Pots, Parteigängern Sihanouks sowie einer nationalistischen Fraktion (FNLPK) bestand (sog. Dreierkoalition) und die Regierung in Phnom Penh, die für die „Volksrepublik Kampuchea“ stand. Beide begehen den 17. April als Tag der nationalen Befreiung (1975), beide messen der Landwirtschaft ein besonderes Gewicht zu, und beide räumen dem Khmer-Nationalismus — die einen unter antivietnamesischem, die anderen unter antichinesischem Vorzeichen — einen hohen Stellenwert ein. Die einen fanden vor allem die Unterstützung Chinas und Thailands, die anderen die von Vietnam und der Sowjetunion. Die einen werden von den meisten Staaten des Westens und Asiens, die anderen vor allem von den sozialistischen Ländern und einigen Blockfreien, u.a. Indien, anerkannt.

Die Situation in Kambodscha und die Position Sihanouks

Am 10.1.90, also wenige Tage vor der Sondersitzung des Sicherheitsrats, gab Prinz Sihanouk von Beijing aus eine Erklärung zum Evans-Plan (siehe Kasten) ab, die in handschriftlicher Form veröffentlicht wurde. Darin stellte er die Position der drei in der Exilregierung vertretenen Parteien und der Regierung in Phnom Penh wie folgt dar:

* Die Anhänger Sihanouks seien mit einer ein- bis zweijährigen Treuhandverwaltung der Vereinten Nationen bis zur Durchführung allgemeiner Wahlen einverstanden. Diese solle sowohl die Regierung Hun Sen/Heng Samrin ablösen als auch die Verwaltungen der drei Befreiungsbewegungen in den befreiten Gebieten. Darüber hinaus wird die Notwendigkeit einer Kontrollinstanz (UN-ICM — United Nations International Control Mechanism) und einer Friedenstruppe (UN-IPKF — United Nations International Peace Keeping Force) anerkannt. Ihre Aufgabe bestehe darin, den vollständigen Abzug der vietnamesischen Truppen zu kontrollieren, die Bevölkerung

DER FÜNF – PUNKTE – PLAN

Der Fünf-Punkte-Plan der Dreierkoalition wurde im Dezember 1988 bei einem Treffen mit der Hun-Sen-Regierung von Sihanouk vorgelegt. Darin wird gefordert:

1. Ein definitiver Zeitplan für den Abzug der vietnamesischen Truppen in Kambodscha.
2. Die gleichzeitige Auflösung der „Volksrepublik Kampuchea“ und des „Demokratischen Kambodscha“ vor allgemeinen Wahlen.
3. Die Durchführung allgemeiner Wahlen unter Beobachtung einer internationalen Kontrollkommission, nach Auflösung der Verwaltung der „Volksrepublik Kampuchea“.
4. Die Bildung einer provisorischen Viererregierung und die Errichtung einer nationalen Viererarmee, ohne Ausschluß der Roten Khmer.
5. Die Entsendung internationaler Friedensstreitkräfte (sog. Blauhelme) nach Kambodscha.

zu schützen und die allgemeinen Wahlen zu überwachen. Während eines Zeitraums von fünf bis zehn Jahren sollen sie weiterhin den Frieden und den Wiederaufbau schützen.

Eine Vakanz des Sitzes in der UNO, wie im Evans-Plan gefordert, wird abgelehnt, solange die Hun Sen/Heng Samrin-Regierung sich nicht auflöst.

* Die Anhänger Pol Pots (Rote Khmer) hielten am Fünf-Punkte-Plan (siehe Kasten) der Dreierkoalition fest. Sie fordern eine Übergangsregierung aus allen vier Kampfparteien (Dreierkoalition und Hun Sen/Heng Samrin Regierung).

* Auch die nationalistische Fraktion der Dreierkoalition (FNLPK) unterstütze den Fünf-Punkte Plan nach wie vor, wäre aber mit einer Treuhandverwaltung der Vereinten Nationen einverstanden.

* Die Hun Sen/Heng Samrin-Regierung lehne den Fünf-Punkte-Plan ab. Sie weigere sich, ihre Verwaltung aufzulösen und ihre Armee zu entwaffnen. Außerdem leh-

ne sie eine Beteiligung der Roten Khmer am Friedensprozeß ab. Diese Haltung sei, so Sihanouk, arrogant, egoistisch und verrückt, weil sie eine politische Lösung blockiere.

Westliche Sichtweisen 1

Ebenfalls am 10. Januar berichtete „Le Figaro“ über die Eroberung der Stadt Pailin durch die Roten Khmer. Hun Sen hatte noch kurze Zeit zuvor angekündigt, seine Truppen würden die Stadt halten, koste es, was es wolle. Einige hohe Funktionäre der Phnom Penh Verwaltung konnten nach Paris fliehen. Sie bestätigten dort die Behauptung Sihanouks, daß nicht alle vietnamesischen Truppen aus Kambodscha ab-

rechte. Es Sorge dafür, daß Kambodscha den Status einer vietnamesischen Kolonie habe und dulde, daß Grenzveränderungen zugunsten Vietnams vorgenommen würden. Dies erinnere an das Schicksal Kompong Kroms, das in der französischen Kolonialzeit Vietnam zugeteilt wurde. Im ganzen Land finde eine kulturelle Vietnamisierung statt. Nur wer die vietnamesische Sprache beherrsche, habe überhaupt noch eine gesellschaftliche Aufstiegschance. Weiterhin führte Sihanouk ökologische Gründe gegen Handelsbeziehungen mit Phnom Penh ins Feld. Früher habe Kambodscha Überschüsse produziert, so daß Nahrungsmittel exportiert werden konnten. Die heutige rücksichtslose Ausbeutung von Seen und Wäldern führten bald zum ökologischen Ruin und mache das Land

aber in Wirklichkeit wegen ihres Nationalismus und ihrer proletarischen Ideologie. Ihre 40.000 Kämpfer seien nicht nur gut ausgerüstet, sondern politisch hoch motiviert. Deshalb sei die einzig vernünftige Lösung, sie im Rahmen eines internationalen Friedensplans zu entwerfen. Eine Legalisierung des Hun Sen/Heng Samrin-Regimes sei sinnlos und falsch, denn sie führe nur zu einer Verlängerung der Kämpfe. Wenn der Westen die militärische Ausschaltung der Roten Khmer wolle, müsse man schon internationale Brigaden schicken.

Mit der Legalisierung der Regierung in Phnom Penh durch die Aufnahme von Handelsbeziehungen, so beklagte Sihanouk, verfolge man nur wirtschaftliche Interessen. Gleichzeitig werde aber damit der Verbleib Kambodschas im Machtbereich der Sowjetunion zementiert. Dies sei in einer Zeit, in der die Machtblöcke sich überall auf der Welt auflösten, nicht wünschenswert.



Friedensgespräche: Sihanouk, der französische Außenminister Dumas und Hun Sen

gezogen seien. Außerdem berichteten sie von Menschenrechtsverletzungen und Zwangsarbeit beim Bau des „Bambuswalls“¹⁾, der bis jetzt bereits 5.000 Menschenleben gefordert haben soll. „Le Figaro“ plädiert in einem Kommentar für die Verwirklichung des Fünf-Punkte-Plans der Dreierkoalition. Die Roten Khmer hätten ihm zugestimmt und sollten nun beim Wort genommen werden.

Sihanouks Appell

Am 14. Januar wandte sich Sihanouk mit einem offenen Brief an die „Freie Welt“. Er sei besorgt über die Absicht einiger westlicher Länder, der Regierung in Phnom Penh einseitig Aufbauhilfe zu leisten.

Sihanouk wies nachdrücklich darauf hin, daß die Hun Sen/Heng-Samrin-Regierung aus „Roten Khmer reinsten Wassers“ bestehe, insofern seien moralische Argumente hinfällig. Nur sei diese Fraktion nicht von China (wie Pol Pots Fraktion), sondern von Hanoi bzw. Moskau abhängig. Das Regime sei genauso korrupt wie seinerzeit Lon Nol (1970-1975) und verletze die Menschen-

wirtschaftlich abhängig. Was seine Haltung gegenüber den Roten Khmer betrifft, so wies Sihanouk darauf hin, daß seine eigene Familie viele Opfer zu beklagen habe. Insofern könne er am besten den im Westen verbreiteten Wunsch verstehen, die Roten Khmer politisch zu eliminieren. Andererseits könne man aber nicht leugnen, daß die Roten Khmer entschlossen gegen die Okkupation kämpften. Vor allem in den ländlichen Gebieten seien sie militärisch erfolgreich und hätten Unterstützung in der Bevölkerung. Militärisch, geographisch, ideologisch, politisch und administrativ sei die Hun Sen/Heng Samrin-Regierung auf dem Rückzug. Selbst in den Städten gebe es zunehmend Attentate und Sabotageakte der Roten Khmer. Dies sei ohne die Unterstützung der Bevölkerung bis hinein in Verwaltung, Polizei und Armee nicht möglich.

Die Weltöffentlichkeit habe ein vereinfachtes Bild von den Roten Khmer, so als gingen diese nur mit Terror und Völkermord vor und als würden sie überall gehaßt. Ein Gutteil der Kambodschaner unterstütze sie

Die Pariser Konferenz des Sicherheitsrates

Das Treffen der fünf ständigen Vertreter des Sicherheitsrats (USA, Sowjetunion, Frankreich, Großbritannien und China) zum „Kambodscha-Problem“ fand am 15. und 16. Januar in Paris statt. Auf den „Evans-Plan“ als „Globallösung“ konnten sie sich nicht einigen, Übereinstimmung wurde aber über die folgenden Prinzipien für die Ausarbeitung einer gemeinsamen Resolution erzielt:

1. Mit Waffengewalt kann keine akzeptable Lösung erreicht werden.
2. Dauerhafter Friede kann nur durch eine umfassende politische Regelung erreicht werden, die den Abzug ausländischer Truppen, einen Waffenstillstand und die Einstellung militärischer Hilfe einschließt.
3. Das Ziel sollte die Herstellung des Selbstbestimmungsrechts für das kambodschanische Volk durch freie, faire und demokratische Wahlen sein.
4. Alle erkennen in der Resolution über das Kambodscha-Problem eine verstärkte Rolle der Vereinten Nationen an.
5. Größere diplomatische Anstrengungen sind nötig, um schneller zu einer Einigung zu kommen.
6. Der vollständige Abzug der fremden Truppen muß von den Vereinten Nationen bestätigt werden.
7. Die Fünf würden die baldige Wiederaufnahme eines konstruktiven Dialogs zwischen den kambodschanischen Parteien begrüßen. Damit könnte der Übergangsprozeß erleichtert werden, in dem keine von ihnen dominieren sollte.
8. Während der Übergangsperiode ist eine starke UN-Präsenz erforderlich, um den inneren Frieden zu sichern.
9. Ein Sonderbeauftragter des Generalsekretärs der Vereinten Nationen sollte die UN-Aktivitäten während des Übergangs-



Ausbildungslehrgang für Regierungssoldaten

prozesses bis zur Bildung einer demokratisch gewählten Regierung beaufsichtigen. 10. Die Tätigkeit der Vereinten Nationen sollte vom Umfang her mit der erfolgreichen Umsetzung der Vereinbarungen zwischen den kambodschanischen Parteien in Einklang stehen. Planung und Durchführung sollten die starke finanzielle Belastung der Mitgliedsstaaten berücksichtigen.

11. Freie und faire Wahlen sind unter UNAufsicht durchzuführen.

12. Die Wahlen müssen in einer politisch neutralen Atmosphäre durchgeführt werden. Keine der Parteien darf bevorzugt werden.

13. Die fünf Ständigen Mitglieder (des Sicherheitsrats) verpflichten sich, das Ergebnis freier und fairer Wahlen anzuerkennen.

14. Für alle Kambodschaner sollen die gleichen Rechte, Freiheiten und Möglichkeiten zur Teilnahme an den Wahlen gelten.

15. Während der Übergangsperiode könnte ein Oberster Nationalrat (Supreme National Council) über die Souveränität Kambodschas wachen.

16. Alle die Souveränität Kambodschas betreffenden Fragen sollten mit der Zustimmung der kambodschanischen Parteien entschieden werden.

Die Fünf unterstützten alle verantwortungsbewußten Anstrengungen der regionalen Parteien zu einer umfassenden politischen Regelung und kündigten an, mit ihnen im Hinblick auf eine baldige Fortsetzung der Pariser Konferenz in engem Kontakt zu bleiben.

Westliche Sichtweisen 2

Während die Neue Zürcher Zeitung der Tendenz nach den „Evans-Plan“ befürwortet, weil damit das ominöse Problem einer Beteiligung der Roten Khmer an einer Übergangsregierung umgangen werden sollte (Neue Zürcher Zeitung v. 18.1.90), mehren sich in der deutschen Presse die Stimmen, die eine Stärkung des Regimes in Phnom Penh fordern:

Karl Grobe, (Frankfurter Rundschau vom 10.1.90) stellt fest, Vietnam „installierte eine Regierung, die reformfreudiger, toleran-

ter, menschlicher und moderner war; aber sie war Fremdherrschaft“. Er wirft den Vereinten Nationen vor, sie strebten eine friedliche Lösung ohne die Roten Khmer gar nicht an.

Matthias Naß (Die Zeit, 27.10.89) geht noch weiter. Seiner Meinung nach hätten die Europäer von Sihanouk, dem „nützlichen Idioten Pekings“ fordern müssen, „das schändliche Bündnis mit den Roten Khmer aufzugeben und ernsthaft den Ausgleich mit dem moderaten, wenn auch von Vietnam protegierten Ministerpräsidenten Hun Sen zu suchen. ... Es muß ein Ende haben mit der versteckten Unterstützung für die Roten Khmer. Kambodscha braucht — wie Vietnam — dringend Hilfe. Was es zualletzt braucht, ist die Rückkehr der Mörder an die Macht“.

Larry Jagan wirft in der TAZ vom 8.1. u.a.



Sihanouks Truppen verteilen Hilfsgüter an Flüchtlinge

den Sihanoukisten vor, sie zwingen Kinder und Jugendliche in ihre Befreiungsarmee. Er stützt sich dazu auf die Aussagen kriegsgefangener zwölf- bis fünfzehnjähriger Jungen, die ihm in Phnom Penh offiziell zum Interview präsentiert werden. Mitarbeiter von Hilfsorganisationen bestätigen zwar, „die Aufnahme von Kindern in die Koalitionsarmee sei gang und gäbe“, doch über Zwang wird hier nichts gesagt. Aus lateinamerikanischen und afrikanischen Ländern ist das Phänomen bekannt, daß sich Kinder und Jugendliche durchaus auch freiwillig Befreiungsbewegungen anschließen.

In seinem Artikel „Entwicklungshilfe noch tabu“ (TAZ) stellt Jürgen Kremb bedauernd fest: „Die vom Westen betriebene politische und wirtschaftliche Isolierung der provietnamesischen Regierung von Ministerpräsident Hun Sen in Phnom Penh verhindert jede offizielle entwicklungspolitische Hilfe für das südostasiatische Land. ... Lediglich 28 private Hilfsorganisationen aus Europa, Japan und den USA unterstützen die sieben Millionen Kambodschaner, die das 'Killing Field' überlebt haben.“

Schlußfolgerungen ?

Kein Außenstehender kann sich wohl anmaßen, die Verhältnisse in Kambodscha so gut zu kennen, daß er entscheiden könnte, für welche der vier Kampfparteien eine Hilfe moralisch zu vertreten ist.

Politisch möge ein Vergleich mit Afghanistan erlaubt sein: Die Tatsache, daß sowohl einzelne Mudjahedin-Gruppen als auch das Najibullah-Regime mit ausländischer Unterstützung eine Position halten können, hält den Bürgerkrieg auch ein ganzes Jahr nach dem Abzug der sowjetischen Truppen in Gang und ein Ende ist nicht abzusehen. Eine solche Entwicklung in Kambodscha zu vermeiden, liegt im Interesse aller, vor allem aber im Interesse des kambodschanischen Volkes.

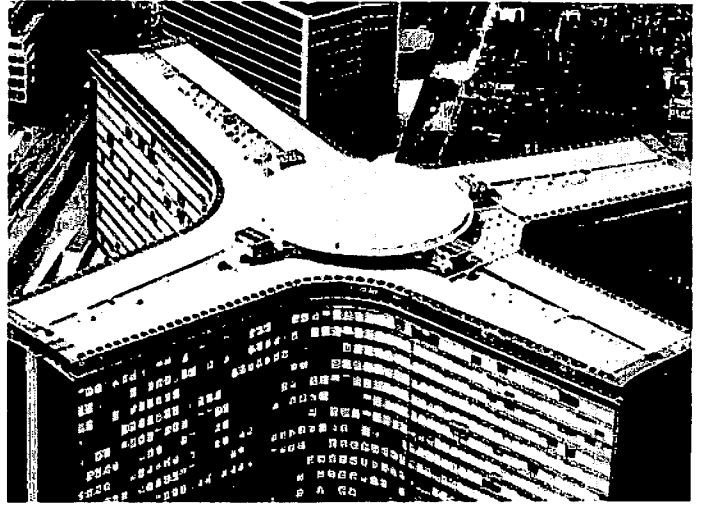
Wenn man überhaupt Stellung beziehen kann, dann doch wohl nur für eine Lösung, die endlich dem kambodschanischen Volk ermöglicht, sich frei für eine Regierung zu entscheiden.

Beate Horlemann

Anmerkung

1) Ein von der Regierung in Phnom Penh errichteter Schutzwall gegen die Truppen der Dreierkoalition.

Europa, die EG und die Dritte Welt



Das Gebäude der Kommission in Brüssel

Europaeuphorie ebenso wie Europapanik erhalten derzeit kräftig Nahrung: ein wirtschaftliches Riesenreich zeichnet sich am Horizont ab, das in seinen möglichen Ausmaßen den 1987 mit der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) projektierten Binnenmarkt der Zwölf in den Schatten stellen würde - ein eurokapitalistischer Großraum von der iberischen Halbinsel bis zur masurischen Seenplatte.

Dabei bereitet das Projekt der vereinten grenzfreien Zwölfergemeinschaft Skeptikern schon Alpträume genug ebenso wie es bei den Befürwortern die Vision eines sich zur führenden Weltwirtschaftsmacht aufschwingenden Europa beflügelt.

Von den vier großen Freiheiten (grenzüberschreitender freier Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr), die 1993 Realität werden sollen, profitieren, so die Kritiker (zu denen auch wir uns zählen), nur die, die etwas zu verschieben, investieren, transferieren haben. Diejenigen, die ganz unten sind, werden die Auswirkungen der großen Freiheit indirekt zu verspüren bekommen. Aber nicht, wie die Befürworter verheißen, in Gestalt einer Zunahme von Arbeitsplätzen oder einer Verbilligung von Konsumgütern, sondern in der Form eines verschärften Sozialabbaus.

Weniger leicht zu prognostizieren sind die handelspolitischen Folgen, die der Binnenmarkt für Drittländer (nicht-europäische Länder) haben wird. In der hiesigen Dritte Welt Szene und bei Kritikern aus der Dritten Welt geistert das Schreckgespenst von der „Festung Europa“ umher. Europa, so wird argumentiert, wird den Wegfall der Binnengrenzen durch einen stärkeren Außenschutz wettmachen, insbesondere gegen international wettbewerbsfähige Waren aus den Entwicklungsländern. Diese Befürchtung klingt pausibel. Es kann aber auch Einzelfälle geben, in denen die Gemeinschaft auf bisherige nationale Schutzmaßnahmen verzichtet und der Außenhandel mit dem betreffenden Produkt liberalisiert wird. Es ist wahrscheinlich, daß einzelne Liberalisierungsmaßnahmen parallel mit einem stärkeren Außenschutz in anderen Bereichen auftreten, es somit zu einer Mischung von Protektionismus und Freihandel kommt.

Aber auch diese Überlegungen bewegen sich im Bereich der Spekulation. Eine sichere Einschätzung der künftigen Außenhandelspolitik der Zwölfergemeinschaft ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich.

Klarere Trends zeichnen sich im Bereich der Kapitalströme ab. Westeuropäische Firmen werden künftig stärker als bislang auf dem Kontinent investieren: in ausgewählten Regionen West- und Südeuropas - und, wie seit kurzem absehbar, mit Vorliebe im Osten. Die Billiglohnländer der Dritten Welt geraten ins Abseits.

Als Rückzug Europas auf sich selbst begriffen einige Kritiker bereits das Binnenmarktpjekt der Zwölf. Mit der Öffnung des Ostens für den Eurokapitalismus hat dieser Rückzug eine neue Dimension erhalten: ein ökonomischer Eurozentrismus ist am entstehen.

Zyniker können diesen Prozeß leicht ausschlagen. Diejenigen, die in den 70er Jahren ihre Plädoyers für eine Abkopplung der Länder der Dritten Welt vom Weltmarkt abgaben, haben nun, so ließe sich argumentieren, endlich das, was sie wollten. Die Dritte Welt wird künftig endlich verschont von den „strukturell deformierenden“ Aktivitäten westlicher Unternehmen, von Direktinvestitionen und der Auslagerung arbeitsintensiver Produktionszweige - und letztlich auch von der schädlichen Entwicklungshilfe, von der ja nun ein Anteil für den Osten abgezweigt werden soll. Diese Argumentation übersieht den Unterschied zwischen einer freiwilligen und einer unfreiwilligen Abkoppelung der Dritten Welt Länder. Das Konzept der Abkoppelung und der autozentrierten Entwicklung, was immer an ihm zu kritisieren ist, sah immerhin eine selbstbestimmte, eigenständige Entwicklung des jeweiligen Entwicklungslandes vor und nicht eine von europäischen Schaltzentralen aus, eurozentristisch diktierte.

Zum Thema Europa und ökonomischer Eurozentrismus haben wir drei einführende Artikel abgedruckt. Sie befinden sich am Anfang unseres Themenblockes. Es folgt ein Beitrag, der sich kritisch mit dem kürzlich unter Dach und Fach gebrachten Lomé IV-Vertrag auseinandersetzt.

Die Beziehungen zwischen der EG und den AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) gelten gemeinhin als beispielhaft - auch in Ländern der Dritten Welt, die nicht der AKP-Gruppe zugehören und diese vielfach um ihren privilegierten Zugang zum europäischen Markt beneiden. Daß die in den Lomé-Verträgen festgeschriebenen besonderen Beziehungen zwischen EG und AKP-Staaten für diese so ihre Haken haben, zeigt unser Artikel.

Als „besonders“ sind auch die Beziehungen zu werten, die die EG zu einigen über den ganzen Globus verteilten kleinen Territorien unterhält. Zu ihnen zählen französische, britische und niederländische Überseegebiete ebenso wie etwa die spanischen Besitzungen in Marokko (Ceuta und Melilla), die portugiesischen Azoren und einige mehr. Diese besonderen Beziehungen der EG werden vielfach als kolonialistisch gewertet und gelten heute, dreißig Jahre nach der großen Welle der Entkolonisierung der Dritten Welt, als Relikte aus einer vergangenen Epoche. Zu diesem Thema ein Bericht von einer Tagung, die von Vertretern aus den europäischen Kolonien bestritten wurde.

Ein weiterer Beitrag in unserem Heft gibt nicht nur die Sichtweise von Dritte Welt-Vertretern wieder, sondern stammt aus der Feder eines Dritte Welt Autors und wurde von uns der in Kuala Lumpur herausgegebenen Zeitschrift „Malaysian Business“ entnommen und übersetzt. Der Autor wirft von einem unternehmerfreundlichen Standort in Malaysia aus einen Blick auf das Projekt des europäischen Binnenmarktes und gelangt zu einer Einschätzung, die wie Wasser auf die Mühlen europäischer Binnenmarktbefürworter ist: Angst vor europäischem Protektionismus ist nicht gerechtfertigt, der europäische Binnenmarkt könnte sogar weltweit von Nutzen sein, indem er nämlich der gesamten Weltökonomie neuen Schwung verleiht. Zum Schluß, aber nicht als Schlußlicht intendiert, noch ein kleiner Beitrag zu den asyl- und sicherheitspolitischen Verschärfungen, die das Projekt Binnenmarkt zur Folge haben wird.

Von den kommenden Segnungen der Europäischen Gemeinschaft

Beinahe genial war es, jedenfalls als ein Akt der Public Relations und der Vermarktung, das Datum des anhebenden europäischen, genauer des 12 europäischen Länder umfassenden Binnenmarktes auf den 31.12.1992 bzw. auf den 1.1.1993 festzusetzen. Dem Brüsseler Kommissionspräsidenten Delors gebührt, so hat es allen publizierten Anschein, der Preis.

Seitdem blickt man gebannt auf dieses Datum; man diskutiert und präpariert und konzentriert und rennt. Das Ob und das Daß werden nicht mehr in Zweifel gezogen. Die Regierungen haben beschlossen. Der Ablaufplan 'steht'. Eine 'von oben gemachte' europäische Aufbruchstimmung ist zu spüren, die gerade durch diesen Festsetzungsakt des Termins erst breiter erzeugt werden soll.

Kritiker und Zweifler? Sie agieren, so man sie vernimmt, merkwürdig begrenzt. Von einer gefährlichen „Festung Europa“ ist die Rede, aber mutmaßlich nur von konkurrenzhaft blickenden US-Amerikanern und Japanern. Von den Gefahren einer sozialpolitischen Deklassierung hört man in Gewerkschaftskreisen, da im großen Europa nur der kleinste soziale Nenner zählen werde; aber die nationalen Gewerkschaften propagieren kein Gegenkonzept. Es gibt auch Kritiker, die die europäische Zukunft umweltverschmutzter sehen denn je ...

Gerade aufmerksame Zeitgenossen aber hätten das Stichdatum längst dazu nutzen sollen, über die EG nachzudenken, ihre Entwicklung zu kritisieren und — so 'man hat', versteht sich — Gegenentwürfe politisierend vorzutragen. Sonst vollzieht sich der weitere Einigungsprozeß teileuropäischer Art nur wie ein Sachzwang, der neue Sachzwänge in sich birgt.

Kritik und Gegenvorstellungen hätten geäußert werden müssen. Verwunderlicherweise aber herrscht Stummheit rundum. Diejenigen, die sich selbst „alternativ“ und „bewegt“ zu nennen pflegen, kümmern sich nicht um die ferne EG, deren heute schon spürbare Nähe sie verkennen (oder ohnmächtig erahnen). Oder sie beteiligen sich „grün“ am Positionen- und Gelder-Verteilungskampf in europäischer Dimension. Von den Sozialdemokraten ist ohnehin in

dieser Hinsicht nichts Phantasievolles zu erwarten. Im „Fortschritt 90“ sind alle Probleme und Konflikte bereits status-quo-nahe versöhnt — zuungunsten des jeweils herrschaftlich nicht Versöhnbaren, versteht sich. Ihre Wahlwerbung im Vorfeld der Juni-Wahlen 1989 zum Europäischen Parlament konnte nur traurig stimmen: „Wir sind Europa“, hieß es da, den 'mündigen Bürger' beiderlei Geschlechts ansprechend: „Auch die Alpen würden SPD wählen.“ Waren Schumachers Worte auch überzogen und allzu wiedervereinigungspolitisch motiviert, so enthält doch seine Warnung vor dem „4 K-Europa“, Anfang der 50er Jahre ausgesprochen, noch heute Bedenkenswertes. Das zu schaffende Westeuropa, wo wetterte er, sei „konservativ und klerikal, kapitalistisch und kartellistisch“.

Faszinosum Europa

Das europäische Faszinosum besteht seit langem. Es hat romantische Anklänge; an Novalis „Christentum und Europa“ sei erinnert.

Das nationalstaatlich geteilte, nationalistisch sich zerstörende Europa fand nach den beiden Weltkriegen zu Europa als einer 'rettenden Idee'. Dieses Europa schien Kriege vermeiden zu können, wenn seine Staaten und Völker sich historisch bewußt würden und sich als geschichtliche Gemeinschaft mit einigendem Kultur-Erbe begriffen. „Vereinigte Staaten von Europa“ lautete deswegen das Schlüsselblumenwort von Victor Hugo bis hin zu Winston Churchill.

Welches Gebiet aber umfaßt Europa? Vom Atlantik bis zum Ural? Westeuropa nur? Oder ein altneues „Mitteleuropa“? Nach dem Zweiten Weltkrieg war Europa vor allem: Westeuropa. Doch bald lud sich „Westeuropa“, das die Bundesdeutschen von ihrer Vergangenheit entlasten und sie zugleich zähmen sollte, antikommunistisch auf. Westeuropa wurde zum nordatlantischen Bollwerk wider den Kommunismus. Neuerdings zeigen sich Risse. Für unmöglich gehaltene Bewegungen sind just im monolithisch unterstellten Anti-Block, dem sog. Ostblock, zu beobachten. Dort werden

neu-alte Europaideen diskutiert und propagiert. Kein Zufall ist es, daß György Konrad den Europagedanken geradezu himmelblau hochhält wie einen Baldachin: „Das europäische Interesse ist empfänglich für den geheimnisvollen Geschmack der Minoritäten, der Völker und Individuen“, formuliert er in einem Artikel unter der Überschrift „Der verbale Kontinent“ (FAZ, 2.7.1988) Kulturelle Vielfalt, Rationalität, vor allem Individualität und persönliche Freiheit — all diese Merkmale werden in Konrads Argumentation als 'ge-nuin' europäisch angemahnt.

99 „Vielfalt“ und „Kultur“ verwandeln sich in Folklore, wenn sie kein ökonomisches und politisches Fundament besitzen, das sie lebendig erhält. Das zentrale Problem also bleibt das institutionelle demokratische Defizit inmitten der Ruinen der nationalen EG-Staaten 66

Kulturelles europäisches Überlegenheitsbewußtsein ist gleichfalls zu beobachten, es äußert sich nicht selten herablassend gegenüber den Nordamerikanern und Japanern, den Hauptkonkurrenten. Die Gedankenstimmungen aber sind politisch nicht irrelevant. Sie bilden eine Art Artikulations- und Organisationsbasis. Und wer aus meiner Generation unterstützte nicht alles, was antinationalistisch, was antinationalstaatlich zu neuen Ufern führen könnte? Gerade wenn man, wie ich, in der Bundesrepublik lebt? Die „zivile Gesellschaft“ ist tatsächlich verlockend.

Das reduzierte Europa

Die EG, ihre schon vorhandene und ihre im sich verdichtenden Binnenmarkt spektakulär vorausgesagte Wirtschaftskraft, wirkt wie ein Magnet. Die Befähigung zum Wettbewerb ist das aktuell treibende Entwicklungsmotiv. Denn die Konkurrenz mit den USA und Japan insbesondere ist „hart“. Es gehe, wie es durchaus freundschaftlich heißt, ums „Überleben“. Wohlstand oder nicht, das sei die Frage. Um in solcher Konkurrenz bestehen zu können, müßten die nationalen Konzerne auch dort, wo sie

längst transnational organisiert sind, durch das Konkurrenzbad der Europäischen Gemeinschaft gestärkt werden und notfalls ökonomisch „mit einer Stimme“ sprechen. Weil solche Motive stark sind, trifft zu, worauf John Hoskyn, ein britischer Unternehmenssprecher, aufmerksam gemacht hat: „Wahrscheinlich ist der Europa-Gedanke so eine Art Religion geworden, an der nicht gerüttelt werden darf“ (Spiegel vom 1.5.1989, S. 128). So will ich dann sogleich die Ketzergeschichte beginnen lassen und einige Hinweise zum Stand der „gemeinschaftlichen“ Dinge geben.

Die EG existiert nicht erst seit der Datumsverkündung des Binnenmarkts. Allerdings soll derselbe einen „qualitativen Sprung“ ermöglichen. Die 1957 geschaffene EG, zunächst noch EWG, wurde vor allem als gemeinsamer Agrarmarkt wirksam (seit 1962). Sie wurde ebenso bedeutsam für die Textilbranche. Zollschränken wurden seit 1968 abgebaut. Andere Länder spüren die EG, vor allem in der Dritten Welt. Die EG, als Exporteur agrarischer Produkte, behindert konkurrierend deren eigene Entwicklungen. Das administrative Regulierungsgeflecht, das in Brüssel geknüpft wird, besitzt schon heute eine beträchtliche Ausdehnung und Dichte. Es reicht bis tief in die „Innere Sicherheit“, hinein, die allerdings als Sicherheit des EG-Binnenraums nach 1993 noch beträchtlich dichter gewoben werden soll. — Institutionell ist die Behauptung, Europa entstehe bürokratisch, nicht falsch. Die Exekutive, der Ministerrat, fungiert als Legislative. Das Büro, die Europäische Kommission, ihre Kommissare und ihr verwaltender Unterbau, bereiten vor und führen aus. Sie wirken in der Tat als Büro-Kratie. Das spät geschaffene Europäische Parlament im schönen Straßburg fungiert, obwohl es seit Mitte der 80er Jahre einige Rechte hinzugewonnen hat, nicht als Legislative, auch nicht als Kontrolleur des Ministerrats oder der Kommission. Seit 1979 direkt gewählt (im Juni 1989 zum drittenmal), stellt es eher eine politische Borse des 12er-Europa dar; vielstimmig, vielinteressenhaft, mit einem Alp von Problemen; nicht irrelevant, zuweilen sogar gegenüber Brüssel streitbar und deswegen auch nicht einfach bürokratisch zu übersehen, aber doch kein auch nur liberal-demokratisches Pendant der doppelköpfigen Exekutive. Es kommt nicht von ungefähr, daß die letzten Wahlen innenpolitisch bei weitem wichtiger gewertet wurden — in der Bundesrepublik als Symptom der Kanzlerstärke und der Attraktivität der Republikaner — denn als eigener „Machtausdruck“ der Wähler oder des europäisch vollends ohnmächtigen „Volkssouveräns“.

Einem lesenden europäischen Gemeinschaftsbürger müßte diese Konstruktion eigentlich sehr seltsam vorkommen. Gehört Gewaltenteilung nicht zu den vielberufenen europäischen Erfindungen? Ist eine nachholende demokratische Entwicklung in der Gemeinschaft ohne weiteres,

nach so langem Vorlauf, noch möglich? Politisch wirkt die EG heute wie ein sich dauernd vergrößernder Verschiebeparkhof. Auf dem Weg über Brüssel als Regulierungskomplex — das EG-Gebäude, ans Pentagon erinnernd, wirkt wie eine architektonische Metapher — erfolgt heute schon die Durchsetzung des anders nicht

99 Gerade aufmerksame Zeitgenossen aber hätten das Stichdatum längst dazu nutzen sollen, über die EG nachzudenken, ihre Entwicklung zu kritisieren und — so man hat, versteht sich — Gegenentwürfe politisierend vorzutragen. 66

ohne weiteres Durchsetzbaren. Die landwirtschaftliche Strukturpolitik, gegen die die süddeutschen Bauern früh und ohnmächtig Sturm liefen (ein Teil wählte deshalb seinerzeit die NPD), wäre ohne Brüsseler Puffer so nicht durchsetzbar gewesen. Die beschlossene Genom-Bank und die Freilandversuche konnten zwar gerade noch angehalten werden; hierbei spielten übrigens auch einige Abgeordnete des Europäischen Parlaments eine wichtige, nicht zuletzt informatorische Rolle. Doch die Umweltstandards wären höher, würde nicht das EG-Argument ziehen. Brüssel ist bürgerweit, d.h. weit vom Bürger und jenseits des demokratischen Horizonts. Nur die kräftigen Interessengruppen haben sich erfolgreich in Brüssel etabliert und umlagern dort angeblich „sachverständig“ die „sachverständige“ Bürokratie.

Waren, der Arbeit und der Dienstleistungen. Diese vier gebündelten Freiheiten — eine Art ökonomische „Menschenrechts-Charta“, für die alle nötigen Bedingungen geschaffen werden, wirken in Richtung auf eine Schlüsselgröße, die der offiziöse Cecchini-Bericht als das Sesam-Öffne-Dich der EG schlechthin vorstellt: in Richtung auf den „Angebotsschock“. Die allseitige Konkurrenz in „bestreitbaren Märkten“ (s. Horst Siebert 1989) erzwingt not-, nämlich konkurrenzgedrungene Rationalisierungen. Der Wettlauf gilt den besten Standorten und der optimalen Größe. Es finde „die Quadratur des ökonomischen Kreislaufes statt“, so faßt Ulli Kulke den Cecchini-Bericht zusammen: „Kosteneinsparungen allerorten mithin, die in Europa flächendeckende Produktionsanreize bieten und somit ... die Chance zu höherer Beschäftigung bei mehr Kaufkraft, höheren Gewinnen und absoluter Transparenz auf allen Märkten. Die totale Grenzfürfreiheit als höchstes Stadium der Marktwirtschaft“ (Kulke 1989). Oder in den Worten des Reports selber:

„Mit der Vollendung des europäischen Binnenmarkts wird nicht nur das leistungshemmende Wirrwarr staatlicher Vorschriften endgültig der Vergangenheit angehören. Weit aus höhere Vorteile sind durch ein neues Wettbewerbsklima zu erwarten, in dem sich für Industrie- und Dienstleistungsunternehmen sowie für die Verbraucher bisher ungeahnte Möglichkeiten eröffnen. Aus dem Abbau innergemeinschaftlicher Schranken und dem dadurch bedingten Wettbewerbsergebnis ergeben sich hauptsächlich vier Folgen für die europäische Wirtschaft:

- Rationalisierte Unternehmens- und Produktionsstrukturen senken Kosten.

DER EUROPÄISCHE GERICHTSHOF / EuGH

Der Europäische Gerichtshof ist seit 1958 das Rechtssprechungsorgan der EG. Er ist zuständig für die Umsetzung der EG-Verträge. Zur Zeit setzt er sich aus 13 Richtern zusammen. Seine große und weitreichende Bedeutung hat er dadurch erlangt, daß das gesprochene Recht des EuGH nationales Recht bricht, von den Mitgliedsstaaten befolgt und angewandt wird. Der deutsche Bundesgerichtshof hat entsprechend seine Kompetenzen eingeschränkt. Somit wird, ohne daß auf nationaler Ebene ein politischer Diskurs in der Bevölkerung geführt würde, nationales Recht — zunehmend innerstaatliches Verfassungsrecht — an die EG-Bürokratie abgegeben.

Vor dem EuGH kann jeder Bürger klagen.

W. Telkämper

Über den gegenwärtigen Zustand hinaus leuchtet wie ein kräftig strahlender Stern der Europäische Binnenmarkt. Europäische Entgrenzung lautet die Devise zum Zweck einer großspürigen Zusammenfassung. Ein Markt der schier unbegrenzten Möglichkeiten soll sich entfesseln. In ihm soll alles besser und effizienter werden, weil die Produktion nun einen Massenmarkt auf höheren Stufen bedienen kann und der Konsum entsprechend expansiver Produktion nachfragt.

Der vergrößerte Markt, dessen 320 Millionen Konsumenten die Industrie in produzierende Begeisterung versetzen, soll seine Leistungen u.a. infolge von vier bekannten, aber nun endlich EG-eigenen „Freiheiten“ erreichen: der Freiheit des Kapitals, der

- Unter dem wachsenden Wettbewerbsdruck nähern sich die Marktpreise den Produktionskosten.

- Im Gegensatz zur heutigen Situation sind in einem echten Binnenmarkt Preisvorteile wettbewerbsentscheidend.

- Die Eigendynamik des Binnenmarkts erfordert Produktinnovation sowie neuartige Methoden des Managements und der Produktionsverfahren.

Diese Entwicklungen werden nicht alle gleichzeitig, sondern nach und nach eintreten. Sie dürften jedoch allesamt dazu beitragen, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und damit allgemein den Wohlstand der Verbraucher zu steigern“ (S. 102).

Es sind segensreiche und subjektlose Mechanismen, die wirksam werden, folgt man den vielen Gutsagern der EG. Fast alle etablierten Wirtschaftswissenschaftler zählen zu ihrer Runde. Der Zentralmechanismus ist stets: der durch die Markterweiterung

ermöglichte hindernis- und hürdenlose Wettbewerb. Aus ihm folgen „Dimensions-effekte“ (Delors im Cecchini-Bericht, S. 10). Indes, damit solche Mechanismen ungehindert Güter produzieren können, ist subsidiäre staatliche Arbeit vonnöten, die erst die entsprechenden abstrakten Voraussetzungen schafft: De-Regulierung ist rundum erforderlich.

Woran aber sollte die EG und ihre binnenmarktähnlich behauptete Entwicklung — für die keine Krise, keine Rezession, sondern nur ein geradezu säkulares Wachstum vorgesehen sind — gemessen werden? Einige Maßkriterien hat Rudolf Hickel genannt: „Um dieses Euro-Großprojekt wenigstens ansatzweise bewerten zu können, müssen drei Fragen beantwortet werden: Was ist der Inhalt dieser 'Vollendung des Binnenmarktes'? Welche Interessen stehen dahinter? Und damit eng verbunden steht die Frage an, wer sind die Nutznießer, wer die Verlierer dieses barrierefreien Wirtschaftsraumes?“ (Hickel 1989).

Diese Kriterien sind unzureichend:

- Die „Verlierer“ und die „Gewinner“ müssen in sich differenziert werden. Es gibt kein schlichtes Entweder-Oder. Neben den regionalen Effekten sind vor allem die Wir-

99 Das zu schaffende Westeuropa sei konservativ und klerikal, kapitalistisch und kartellistisch 66

kungen auf die Länder Osteuropas und die sehr unterschiedlichen Effekte in der Dritten Welt zu „messen“;

- betrachtet man das propagandistische Beiwerk, dann ist vor allem zu bedenken, ob und wie die angeblichen Eigenarten und erstgeburtlichen Leistungen Europas — das selbstbewußte Individuum, die kulturelle und soziale Pluralität, die Menschenrechte insgesamt — in diesem Wirtschaftsraum blühen, gedeihen, Schaden erleiden oder entschwinden werden;

- die „Gretchenfrage“ der EG gilt der demokratischen Qualität. Hierfür sind nicht die normativen Verlautbarungen, sondern die vorhandenen und künftigen Institutionen zu testen. Wie steht es um die soziopolitischen Voraussetzungen der Menschenrechte? Wie steht es um das Menschenrecht auf Beteiligung, nicht zu verwechseln mit Konsum? Welche Bedingungen der Assoziation, der Geselligkeit werden sich ergeben?

Wenn ich im folgenden diesen Kriterien kursorisch folge und die gestellten Fragen 'tendenziell korrekt' zu beantworten versuche (ein genauer Nachweis würde jeweils eine Abhandlung für sich erfordern), unterstelle ich, daß die wirtschaftliche Entwicklung in etwa so verlaufen wird, wie die Europäische Gemeinschaft ihrer Lobpreise sich voraussieht. Diese Annahme ist hochgradig voraussetzungsreich und in mehr als einer Hinsicht unwahrscheinlich. Denn selbst wenn die Behauptung eines säkularen Wachstums zuträfe, dürfte dieses Wachstum weder gleichförmig noch krisenfrei sein, noch ohne Knicke verlaufen. Im Gegenteil, die makroökonomischen

und makropolitischen Knicke und Brüche werden gerade in Groß-Europa erheblich sein. Sie werden mikroökonomisch und mikropolitisch als Kosten und Zusammenbrüche zu Buche schlagen. Da aber nach Hegels bekanntem Rat eine Sache in ihren Stärken, nicht in ihren Schwächen kritisiert werden sollte, setze ich die unwahrscheinliche Annahme eines wundersamen Wachstums voraus. Anzumerken ist zusätzlich, daß die Bewertung nicht ohne spekulative Elemente auskommen kann, da sie sich auf zukünftige Entwicklungen bezieht.

Ob eine „Festung Europa“ entstehen wird, wie vor allem die Nordamerikaner warnend befürchten? In jedem Fall wird der Wirtschaftsblock EG ein Macht- und Herrschaftsfaktor ersten Konkurrenzrangs. Er ist dafür geplant, US- Amerikanern und Japanern, bald auch Süd-Koreanern, ebenbürtig, wenn nicht gar überlegen entgegenzutreten zu können. Die EG will die Import- und damit auch die Exportbedingungen im Welthandels poker machtvoll mitbestimmen. Das EG-Territorium soll als starkes Argument in der Weltmarktexpansion eingesetzt werden. (...)

Hier gilt zu beachten, daß formale Gleichheit von Regeln ungleiche Chancen der ökonomischen Akteure zur Folge haben.

Just in diesem Sinne wird die EG — und sie tut es z.T. heute schon — ihre „Festung“ dann und insoweit verlassen, als sie handelsaggressiv sich zu betätigen vermag. Und dort, wo solches nicht möglich ist, wird sie industriepolitisch subventionieren und europaweite Konzernkooperationen in Gang setzen. Vor allem die schwächeren Länder werden den Effekt spüren. Die EG kann „freiheitlich“ ihre Bedingungen diktieren.

Um diese Art machtvoller Freiheit des Handels und Handelns zu schützen, ist es wahrscheinlich, daß höchsttraditionelle sicherheitspolitische Vorkehrungen — militärische Rüstung und Strategie nach außen, polizeiliche Versicherung nach innen — über das schon vorhandene Maß anwachsen werden.

Unverantwortlich naiv wäre es, die wirtschaftliche Expansion der EG, die angestrebte ökonomisch-politische Herrschaftsrolle, als pazifistisch zu verkennen. Die sportlich-militaristische und existentialistische Sprache bis hin zur „Schicksalsgemeinschaft“ (M. Bangemann) kennzeichnet die Realität und zeigt, was eine nüchterne Analyse der EG berücksichtigen muß. Einem ökonomischen Machtblock von der Größe des sich vergemeinschaftenden Europa ist ein militärisch poli-

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT.

Das Europäische Parlament (EP) ist durch seine mangelnden Rechte im Verhältnis zum RAT und zur KOMMISSION DER EG eher eine VolksvertreterInnen-VERSAMMLUNG als ein Parlament. Es soll Rat und Kommission kontrollieren. Mündliche und schriftliche Anfragen an diese beiden Institutionen, Berichte und Resolutionen sind die Hauptbeschäftigungen des EP. Durch ein Mißtrauensvotum kann es die Kommission stürzen. Dem Rat gegenüber bestehen keine einschneidenden Sanktionsmöglichkeiten. Lediglich durch die Entscheidungen über den EG-Haushalt konnte die EG-Politik bislang punktuell blockiert werden.

Mit dem Inkrafttreten der Einheitlichen Europäischen Akte 1987 (EEA) kamen zum Haushaltsrecht des EP drei neue Rechte hinzu. Das EP muß 1. dem Beitritt neuer Mitgliedsstaaten zustimmen, 2. den Gesetzen zur Umsetzung des Binnenmarktes nach dem Verfahren der EEA mehrheitlich zustimmen, 3. den neuen Außenhandelsverträgen mehrheitlich zustimmen. Ohne diese Zustimmungen des EP können die Gesetze nicht mehr in Kraft treten. Der beratende Einfluß der EG-Organe sowie die Öffentlichkeitsarbeit sind für die Politik des Parlaments bestimmend. Bisher hat es drei nach nationalstaatlichem Wahlrecht durchgeführte Direktwahlen zum EP gegeben (zuletzt: 15.-18.6.1989).

W. Telkämper

Der EG-MINISTERRAT

Die Treffen der jeweiligen Fachressortminister der 12 Mitgliedsstaaten der EG werden als EG-Ministerrat oder kurz als „RAT“ bezeichnet. (Sie sind nicht zu verwechseln mit dem EUROPARAT.) Der Vorsitz wechselt halbjährlich.

Der RAT ist das entscheidende gesetzgebende Organ der EG. Seine Rechtsakte bestehen aus:

- Verordnungen mit unmittelbarem Gesetzescharakter,
- Richtlinien mit Rahmenvorgaben,
- Entscheidungen oder
- unverbindlichen Stellungnahmen.

Die Vorlagen für die Verordnungen und Entscheidungen werden ausschließlich von der KOMMISSION DER EG erarbeitet. Die Vorschläge von der Kommission können vom Rat nur einstimmig verändert werden. Der Rat hat die Möglichkeit, die Kommission zu beauftragen, zu einem bestimmten Thema eine Vorlage zu erarbeiten. Das Initiativrecht wird vom Rat nur selten wahrgenommen.

Als gesetzgebendes Organ bestimmt der Ministerrat alle relevanten Entscheidungen. Er gibt alle politischen Richtlinien im Bereich der Beziehungen zu DRITTLÄNDERN (=Nicht-EG-Ländern) vor. Vor dem Abschluß von Assoziations- und Handelsverträgen werden die zuständigen EP-Ausschüsse vom Rat informiert. Seit Inkrafttreten der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) am 1.7.1987 muß das EP diesen Verträgen zustimmen, ansonsten können sie nicht in Kraft treten.

Zur Schaffung des Binnenmarktes wurde mit dem Luxemburger Beschluß vom 3.12.1985 wieder die Form der Mehrheitsentscheidung im Rat ermöglicht.

W. Telkämper

zeiliches Ferment in jedem Falle beige-mischt. Genauer: In seinem nie exklusiv ökonomisch formulierbaren Interesse ist er immer schon ein sicherheitspolitisch rele-vanter Machtfaktor.

Zwar säuselt selbst Edzard Reuter, daß das „Programm für den Bin-nenmarkt“ „ein gutes Stück Mittel-standspolitik“ darstelle (FR vom 15.7.1989). Aber dann, ohne über die mili-tärisch-zivile Großfusion Mercedes-Benz-MBB speziell zu rasonieren, fährt er fort, nur Argumente vorzutragen, die für Größe und für noch mehr Größe sprechen. „Do-ping für Giganten“ ist deswegen zutreffend ein Artikel des Präsidenten des Bundeskar-tellamtes, Wolfgang Karte, überschrieben (FAZ, 22.4.1989).

99 Die Befähigung zum Wettbewerb ist das aktuell treibende Entwick-lungsmotiv. Denn die Konkurrenz mit den USA und Japan insbesondere ist hart. Es gehe, wie es durchaus freundschaftlich heißt, ums „Überle-ben“. Wohlstand oder nicht, das sei die Frage 66

Fast alles, was im Cecchini-Bericht unter dem Stichwort „Rationalisierung“ verborgen ist, weist unmißverständlich in diese Richtung Größe. Die Großkonzerne wer-den privilegiert, sie werden weiter gestärkt. Reuter fährt nach seiner mittelständischen Schulterklopfeste fort:

„Viele Banken und Versicherungen bauen auf diesem Wege flächendeckende westeuropäische Geschäftskonzerne auf und erweitern sich zu Allfinanzgesellschaften. Bedeutende Konzerne der Elektrotechnik arbeiten an Fusionen, hier und da sieht man sich aus strategischer Notwen-digkeit sogar veranlaßt, den ebenso unpopulä-ren wie aufsehenerregenden Weg der unfreund-lichen Übernahme zu versuchen. Und keines-falls nur ein einziger wichtiger Kraftfahrzeug-hersteller hat sein Tätigkeitsfeld mit energischen Schritten auf die Gebiete der Elektronik oder der Luft- und Raumfahrt erweitert. Hinter vie-len dieser Vorgänge stehen zugleich noch ganz andere Faktoren als nur die Vorbereitung auf größere Märkte. Globalisierung wird auch ange-strebt, um von einzelnen Währungsräumen we-niger abhängig zu werden. Nicht geringere Be-deutung hat die enorme Diffusionswirkung, die inzwischen von den neuen ausgereiften Basi-stechnologien, vor allem der Mikroelektronik, ausgeht ...“ (FR, 15.7.1989)

Reuters Feststellungen, die fast täglich durch ähnliche Meldungen über Fusionen, Übernahmen und engere Kooperationen untermauert werden können, werden EG-offiziell ungeschminkt bestätigt. Der ausge-schiedene EG-Kommissar Narjes be-schrieb den weltmarktähnlichen „Sach-zwang“, wie er ihn sieht, folgendermaßen: „Zweifelloos ist dieser Binnenmarkt ein gewalti-ger Veränderungsprozeß, aber zum Besseren. Die weltweite Entwicklung, die Veränderung der Technologie, die Revolution der Kommuni-kationstechniken, würden uns zu ähnlichen An-passungsschritten zwingen — aber nur auf natio-naler Ebene und dann nur als Objekt der Ent-scheidungen anderer. Die Finanzleute sprechen schon heute von der Welt als „global village“. Es

stellt sich doch nur die Frage, ob wir die damit verbundenen Verluste an nationalem Einfluß dadurch kompensieren, daß wir uns als struktu-rierte europäische Stimme in dieses Weltkonzert einschalten, oder ob jeder einzelne sich von an-deren vorschreiben läßt, was zu tun und zu lassen ist“ (Spiegel-Gespräch vom 2.1.1989). „Fusionen“ als „belebende Markteleme-n-te“ empfiehlt Narjes Nachfolger Bange-mann. Den „Schiedsrichter“ solle keine kleinkarierte Kartellpolitik spielen, son-dern der weltweite Wettbewerb. Es zähle der Kampf der Giganten (und ihre Koope-ration, s. FAZ vom 12.8.1989). Daß diese Vermachtung in großen Kartellen unter di-versen Rechtsformen auch der „Rationali-sierung“ dient, versteht sich. Die einzelnen Betriebe der Unternehmen müssen bis zum letzten Arbeitsplatz hinunter profitabel ge-trimmt werden. Entsprechend ist aus der Arbeitsorganisation die jeweils letzte Unze Effizienz herauszupressen, und sei es durch ein „management by stress“. Je glo-baler die Konkurrenz, desto mehr werden lokal die Reserven mobilisiert: von der inner- und außerbetrieblichen Bildungspoli-tik bis hin zum betriebspolitischen „manu-facturing of consent“ (Buroway). Ulrich Jürgens u.a. haben diesen Zusammenhang am Beispiel der Autoindustrie detailliert nachgewiesen (1989).

Auch regional und sozial soll alles zum Besten gedeihen. Die uner-müdlich wiederholten Botschaf-ten hört man wohl, allein der Glaube kann nicht aufkommen. Daß just das bestehende beträchtliche regionale Gefälle zwischen den EG-Ländern und innerhalb derselben (in der BRD dürfte es vergleichsweise noch am geringsten sein) dadurch eingeebnet werden könnte, daß man das Prinzip der Größe sich auswirken läßt, bedeutet einen nicht auflösbaren Widerspruch. Denn der vielbeschworene „Angebotsschock“ könn-te gar nicht rationalisierungsdynamisch wirken, wenn überall in Europa dieselben ökonomisch-sozialen Bedingungen ge-geben wären. Die Schwächeren müssen sich vielmehr mit den Stärkeren zusammentun oder viele Schwache einen hoffnungsfro-hen Starken bilden. Und diese Starken kön-nen das Gefälle optimal, überall präsent, ausnützen. Mal wird sich Kapital zur Ar-beit, mal Arbeit zum Kapital bewegen.

Nicht umsonst hat heute schon der Wettlauf um die neuen Standorte eingesetzt. Die Städte und Regionen präparieren ihren in-frastrukturellen Sex-Appeal. Der Städte-tagsreferent Lange sagte zu Recht voraus, daß der EG- Binnenmarkt und die neuen Technologien „städtische Zentren“ stärker begünstigen als „ländliche Räume“. Der Hinweis auf den aufgestockten und weiterhin aufstockbaren regionalen Aus-gleichsfond der EG mag vielleicht trösten. Ökonomisch ausgezeichnete oder „unterbe-leuchtete“ Regionen, ja ökonomisch schwa-che Länder, können daraus Hilfgelder be-ziehen; auf solche Weise kann, zumindest solange der Wachstumszug dampft, pure Armut verhindert werden. Doch der öko-nomisch-politische Bedeutungsverlust sol-

cher Räume ist nicht aufzuhalten. Er wird nur sozialpolitisch watiert.

Der vom Binnenmarkt in Gang gesetzte ökonomisch-soziale Darwinismus, das schockartig inszenierte „survival of the fit-test“, könnte nicht greifen und wirksam werden, wenn die „größte Deregulierung in der Geschichte“ (so ein EG-Kommissar, zi-tiert bei Harald Schumann, Spiegel vom 4.7.1988) nicht auch sozial- und mitbestim-mungsrechtliche Folgen hätte. Es mag wohl

99 Über den gegenwärtigen Zustand hinaus leuchtet wie ein kräftig strah-lender Stern der europäische Binnen-markt 66

sein, daß vorübergehend das „Ursprungs-landprinzip“ (H. Siebert) gelten wird, d.h., daß Unternehmen eine Zeitlang so produ-zieren und anbieten werden, wie das bis-lang in ihrem „Ursprungs-Land“ üblich war. Und dieses „Ursprungslandprinzip“ wird in Maßen auch sozialpolitisch prakti-ziert werden. Generell aber wird die sog. „Harmonisierung“ nicht in Richtung der je-weils sozial- und etwa umweltpolitisch höchsten Standards erfolgen. „Die Unter-nehmerseite“, zurückhaltend formuliert, erwartet vom Binnenmarkt eine Senkung, keine Steigerung der Kosten. Zudem erlit-ten die bislang benachteiligten Länder und Regionen weitere Nachteile, wenn sie nicht einmal mehr von ihren vergleichsweise bil-ligen Arbeits- und Grundstückskosten pro-fitieren könnten.



**Informationsbrief
WELTWIRTSCHAFT
&
ENTWICKLUNG**

Seit Mitte 89 gibt es sie regelmäßig, die neue Fachinformation für enga-gierte Menschen in der Dritte-Welt, Entwicklungs- und Umweltpolitik

- Monat für Monat aktuelle Kurz-analysen, dokumentarische Berichte und nützliche Hinweise zu Debatte und Aktion
- Ein Newsletter für Leu-te, die zum Lesen wenig Zeit haben und doch auf dem Laufenden sein müssen
- Herausgegeben von D. Bors, R. Falk, Th. Fues, G. Hiltges, K. Milke, D. Peschke, F. Schmidt, H. Schui, H. Schücking, B. Sommer, A. Sörgel, B. Ummüßig, L. Volmer und P. Wahl
- Jahres-Abo nur 25,- für Individuen und 50,- für Organisationen.

Abo und Probeexemplare bei:
ASK, Hamburger Allee 52
6000 Frankfurt, Tel. 069/709060

Nicht bedacht werden heute erneut die unvermeidlichen Kosten des Entwicklungslandes Europa. Nicht überlegt wird, wie man, wenn man die ökonomische Expansion dieser Art will oder wollen zu müssen meint — oh, heiliger „Sachzwang Weltmarkt“ (Altvater 1987) —, die angeblich gleichfalls gewollten europäischen „Werte“ durch entsprechende institutionelle Arrangements 'hinüberretten' könnte. Dem undifferenzierten „Wachstum, Wachstum über alles, über alles in Europa und der Welt“ — wo ist nur das Gerede vom „qualitativen Wachstum“ geblieben? — korrespondiert nur noch der flachsinnige Imperativ „konsumiert, konsumiert!“ Typischerweise ist im Cecchini-Report nur von Konsumenten die Rede, nicht von Bürgerinnen und Bürgern. Der „Angebotschock“ würde auch schockartig zum Stillstand kommen, wenn die 320 Millionen Konsumenten plötzlich den Konsumdienst

99 Es ist vor allem zu bedenken, ob und wie die angeblichen Eigenarten und erstgeburtlichen Leistungen Europas — das selbstbewußte Individuum, die kulturelle und soziale Pluralität, die Menschenrechte insgesamt — in diesem Wirtschaftsraum blühen, gedeihen, Schaden erleiden oder entschwinden werden. 66

aufkündigten, weil sie bemerkten, daß der produzierte Hirsebrei an Gütern keinen sozialen Zuwachs brächte.

Aber: können das die „späten Menschen des Abendlandes“ (Spengler) überhaupt noch in ihrem hilflosen Subjektivismus bemerken? Tocqueville hat das privatistische Verhalten, das allein ökonomischen Interessen verpflichtet ist, schon früh und verwundert in Amerika beobachtet und auf seine Gefahren hingewiesen. Mir scheint: Die dissoziative Kraft eines vermachteten europäischen Großmarktes — der die Menschen im Dauer-Trim-Dich hält und in der doppelten Qualität von Arbeitern und Konsumenten habituell bis in den innersten Kern prägen wird — schafft zwar nicht das menschengene Bedürfnis nach sozialem Umgang ab, nach gegenseitiger Hilfe und Anerkennung. Aber dieses Bedürfnis ist selbst nicht mehr bindekräftig genug. Der jetzt schon weithin beobachtbare Zustand einer allein asozial wirksamen „ungeselligen Geselligkeit“ (Kant) wird durch den Ausbau der euphemistisch so genannten Europäischen Gemeinschaft bis ins Extrem verstärkt. In ihren individuell formierenden Effekten und der daraus folgenden Pseudologik „kollektiver Aktion“ sehe ich die größten, fast nie erwähnten Kosten dieser Machtkonkurrenz, genannt EG.

Folgende Sequenz ist zu erwarten: Zuerst kommt die Schaffung des Binnenmarkts. Dabei ist unternehmerische Größe angesagt; denn wie anders will man die „Systemführerschaft“ (E. Reuter) erhalten oder gewinnen? Damit Größe

sich auswirken und kräftig „rationalisiert“ werden könne, ist Deregulierung allseitig vonnöten. Diese erfolgt paradoxerweise auf höchst bürokratisch-zentralistische Art. Wenn dann der Binnenmarkt seine unterstellte „Eigendynamik“ gewonnen haben wird, wird man — so heißt es — politisch demokratisch nachziehen. Niemand weiß freilich, wann dies und wie dies geschehen solle. Vom „demokratischen Defizit“ der Europäischen Gemeinschaft war schon zu Zeiten, als sie noch anders hieß und erheblich kleiner war, die Rede (Ralf Dahrendorf 1972). Das Defizit ist jüngst vom „Spiegel“ wieder angemahnt worden: „Demokratische Kontrolle findet in diesem imposanten Verbund der westeuropäischen Demokratien nicht statt“ (Spiegel vom 5.6.1989). Darüber aber, daß und wie diesem Defizit abgeholfen werden könne, hört man nur raunende Behauptungen. Gewiß: Verglichen mit der Zeit um 1972 ist das Europäische Parlament hinzugekommen, das nun zum drittenmal direkt nach den Quoten der Mitgliedsstaaten gewählt worden ist. Dieses Parlament hat auch einige Kompetenzen hinzugewonnen. Aber die „Pinguine von Straßburg“ (so die SZ vom 3.6.1989) verhalten sich gegenüber Brüssel und der unternehmerisch entfesselten Dynamik in den einzelnen Staaten wie ihre Namensvettern gegenüber dem Ozean. Sie können denselben zur Nahrungssuche benutzen; sie können in ihm schwimmen; sie können ihm auch strandwärts entwatscheln, so gravitatisch und seriös, wie dies Pinguine nun einmal tun. Aber sie können ihn nicht „gestalten“, um mit dem Lieblingswort der Politiker zu sprechen. (...)

99 Um diese Art machtvoller Freiheit des Handels und des Handelns zu schützen, ist es wahrscheinlich, daß höchsttraditionelle sicherheitspolitische Vorkehrungen — militärische Rüstung und Strategie nach außen, polizeiliche Versicherung nach innen — über das schon vorhandene Maß anwachsen werden 66

Doch der demokratische Erosionsprozeß, europäisch beschleunigt, geht noch weiter. Die Multiple Sklerose der parlamentarisch-parteienbestimmten Systeme wurde im Verlauf der letzten Jahrzehnte von Bürgerinitiativen — agierend mit variierenden Formen zivilen Ungehorsams — erheblich unter Druck gesetzt, teilweise auch aufgelockert. Das war insbesondere in der Bundesrepublik der Fall, die es mit dem „parlamentarischen Absolutismus“ besonders weit getrieben hat, der schon grundgesetzlich angelegt ist. Gewiß, vielfach laufen sich diese Bürgerinitiativen heute schon tot, weil sie im Instanzenweg von Pontius zu Pilatus geschickt werden — von Frankfurt zur Hessischen Landesregierung in Wiesbaden, von Wiesbaden nach Bonn (von Bonn eventuell auf den Weltmarkt, auf dem nur noch Greenpeace eine punktuelle Chance hat). Doch 1992 werden nicht allein die We-

ge länger und die Probleme des Organisierens über die Grenzen hinweg größer. Nun verändert und verlängert sich der Instanzenzug: Die Brüsseler Behörden sind eine penetrant unpolitische politische Einrichtung. Sie mögen zurück auf die einzelstaatlichen Regierungen und Parlamente verweisen oder auch nicht. Legitimiert sind sie ohnehin von einem exekutivischen Parlament, dessen Erfindung selbst die absolutistischen Fürsten erstaunt und mit Begehren erfüllt hätte. Kurz, die „Logik kollektiven Handelns“ wird nicht allein von innen ausgehöhlt, sie wird mit schier unüberwindlichen neuen Hürden konfrontiert. Und sollte es doch einmal gelingen, diese Hürden zu überspringen, müßten die Bürgerinitiativen sich weitgehend „entbürgern“, sprich der Form nach elitär werden. Denn wer hätte die Zeit und die Kraft (außer vielleicht bei ungewöhnlichen Anlässen), sich in die europäischen Demonstrationsreize zu setzen? Sie werden ohnehin vom europäischen FBI — gegenwärtig schon diskutiert und informationell schon halbwegs realisiert — peinlich genau kontrolliert werden; die „Chance“ Europa darf ja nicht von ewig gestrigen Demokraten gefährdet werden. Diese Dynamik ist zwar ökonomisch und großunternehmerisch, konkurrenzgetrieben und weltmarktorientiert, ganz gewiß aber ist sie nicht auf demokratische Teilnahme ausgerichtet, nicht orientiert am Selbstbewußtsein und Handlungsvermögen von 320 Millionen Bürgern. Suum cuique lautet die formkonservative Parole: jedem das Seine; den Unternehmen das Angebot im Rahmen der Weltmarktkonkurrenz; den Konsumenten der Konsum oder das Fressen, ... und dann kommt erst, in schlechter Brechtscher Dreigroschenoper-Nachahmung, die politisch-demokratische Moral. Anfang Europas oder finis Europae?

Einige unzeitgemäße Nachüberlegungen

(...)

Spekulation ist notwendig in Wissenschaft und Politik, gewiß; gleichzeitig gebieten Neugier und selbstkritische Erfahrung Vorsicht bei Zukunftsprognosen. Wie viele unserer Gedanken erweisen sich im nachhinein als scheinsicheres Vorauswissen, vielleicht gar als konservative Projektion, gerade beim Thema Europa. Wie haben wir uns alle aus diversen Gründen in Fragen der osteuropäischen Länder getäuscht. Es wurde gemutmaßt und behauptet, unter dem stalinistischen Betonblock könne es kein anderes Leben, keine anderen Gedanken, Sehnsüchte und Verhaltensmöglichkeiten, keine andere Sprache geben als die „real existierende“. Wenn die allzu rasch in Mode gekommene Rede von der „Civil Society“ einen realistischen gesellschaftlichen Hintergrund hat, dann in diesen osteuropäischen Ländern. Dort bereitete sich das neu-alte Prinzip Öffentlichkeit gleichsam zwischen den Geheimdiensten vor; es überlebte in den Nischen der Nomenklatura.

Wie also steht es um Spekulation und Phantasie in Richtung Westen?

Der stalinistische Anti-Sozialismus hat zwar seine Wirklichkeitsmacht eingebüßt, nicht aber der bislang größte Gleichmacher der Geschichte, die Herrschaftsvolle (privat-) kapitalistische Ökonomie. Sie vermag sogar mehr und mehr „pluralistisch“ aufzutreten. Die Konsumenten in Taiwan oder Kalifornien, in Mexiko-City und Berlin müssen nicht befürchten, angesichts des von wenigen transnationalen Konzernen dominierten Weltmarkts, demnächst nur noch ein „Welteinheitsauto“ erstehen zu können. Gerade die entwickelte Technologie macht es möglich, „individuelle“ Kundenwünsche „individuell“ zu erfüllen, die Nachfrage vielfältig zu stimulieren und auf ihre Rückmeldungen zu antworten. Aber der politische Bürgerwille jenseits des Reichs des Konsums wird mehr und mehr irrelevant, „antiquiert“, wie Günther Anders sagen würde. Die dominanten Strukturen der krisenträchtigen und kostenhaltigen Weltökonomie entziehen sich fast jedem politischen Zugriff, der ernsthaft ihre Ziele und ihre zentralen Funktionsmechanismen berührt.

99 „Die Unternehmerseite“, zurückhaltend formuliert, erwartet vom Binnenmarkt eine Senkung, keine Steigerung der Kosten 66

Warum nicht — könnte man „achselsukkend“ fragen? Warum überlassen wir nicht das Herrschafts- und Machtspiel den transnationalen Konzernen und führenden Blöcken, die ihrerseits wieder in der weltmarktlichen Definitionsfalle stecken, und konzentrieren uns auf die vielfältigen kulturellen Gestaltungsmöglichkeiten, von Wales bis zur Wachau? Weil, muß man antworten, in dieser Weltmarkt- und Weltmachtstruktur und ihrer Dynamik Katastrophen angelegt sind; weil es an demokratisch vermittelnden Prozeduren und Einrichtungen mangelt, die einen politischen Wechselprozeß erlauben; weil all das, was unter einer „civil society“ im Wertsinne des Worts verstanden werden kann, davon lebt, daß das Prinzip Öffentlichkeit in dieser Gesellschaft tatsächlich Relevanz besitzt.

Denn die „zivile Gesellschaft“ kehrt sich bewußt gegen die bürokratische, administrative und ökonomische Alldefinition der Politik. Eine unpolitische, aber glückliche „civil society“ wäre ein Widerspruch in sich, sie bedeutete nichts anderes als die Fortexistenz von um ihre Selbstbestimmung gebrachten Gesellschaften mit anderen, feineren, nämlich privatkapitalistischen Mitteln. Re- Politisierung steht deswegen nicht allein in Osteuropa auf der Tagesordnung.

Die systematisch revolutionierende und nivellierende Kraft des Kapitalismus, darauf hat Karl Polanyi (und Tocqueville und Weber und Marx und andere) am Beispiel des 19. Jahrhunderts nachdrücklich wieder aufmerksam gemacht, ist viel zu groß, als daß man sich der charmanten Perspektive des klugen Literaten schon überlassen darf. „Vielfalt“ und „Kultur“ verwandeln sich in Folklore, wenn sie kein ökonomisches und politisches Fundament besitzen, das sie lebendig erhält. Das zentrale Problem also bleibt das institutionelle demokratische Defizit inmitten der Ruinen der nationalen EG-Staaten. Sollte der verheißene Pluralismus wirklich möglich werden — und nicht als „realer Pluralismus“ verkümmern wie sein östlicher Namensvetter —, dann müßte Europa, um verändernd Dieter Senghaas aufzugreifen, von sich selbst lernen (Senghaas 1982). Nicht europäische Gigantomanie wäre Trumpf, nicht Einheit und Gemeinsamkeit verkündete die neue Kontinentalhymne. In wechselseitiger Hilfe in Gang gesetzte autonome und autarke Entwicklungen der Regionen und Subregionen bildeten das neue Entwicklungsziel. Der kategorische Imperativ des europäischen Binnenmarkts, die Assoziation der Konzerne und Bürokratien, verlöre seine Gültigkeit.

Wolf-Dieter Narr
(Otto-Suhr-Institut,
Freie Universität Berlin)

Dies ist eine gekürzte Fassung des Aufsatzes von Wolf-Dieter Narr. Der vollständige Text erschien im *Leviathan* 4/89. Wir danken der Redaktion des *Leviathan* für die freundliche Genehmigung zum Abdruck.

99 Der „Angebotsschock“ würde auch schockartig zum Stillstand kommen, wenn die 320 Millionen Konsumenten plötzlich den Konsumdienst aufkündigten, weil sie bemerkten, daß der produzierte Hirsebrei an Gütern keinen sozialen Zuwachs brächte 66

Literatur

- Altwater, Elmar, 1987: Sachzwang Weltmarkt. Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung, ökologische Gefährdung — der Fall Brasilien, Hamburg.
- Bürgerrechte und Polizei, 1988: Vom Interpol zu Trevi. Polizeiliche Zusammenarbeit in Europa, in: CILIP. Informationsdienst Nr. 30, Berlin.
- Cecchini, Paolo, 1988: Europa '92. Der Vorteil des Binnenmarkts, Baden-Baden.
- Dahrendorf, Ralf, 1972: Das demokratische Defizit der Gemeinschaft ist nicht länger erträglich, in: *Wirtschaftswoche*, Nr. 41, 13.10.1972.
- Enzensberger, Hans Magnus, 1987: Ach Europa!, Frankfurt/Main.
- Glötz, Peter, 1989: J. R. Ewing gefährdet europäische Identität, in: *taz*, 21.3.1989.
- Hickel, Rudolf, 1989: Entfesselter Euro-Kapitalismus. Kriterien für eine Bewertung der EG-Integration, in: *taz*, 15.4.1989.
- Hoskyns, John, 1989: Mit dem Kopf nicken und nach Hause gehen, in: *Der Spiegel*, 1.5.1989.
- Jürgens, Ulrich/Malsch, Thomas/Dohse, Knuth, 1989: Moderne Zeiten in der Automobilfabrik. Strategien der Produktionsmodernisierung im Länder- und Konzernvergleich, Heidelberg, New York, London, Paris.
- Konrad, György, 1988: Der verbale Kontinent. Europa — eine Metapher, die zusehends Gestalt annimmt, in: *FAZ*, 2.7.1988.
- Kulke, Ulli, 1989: Quadratur des Wirtschaftskreislaufs. Das offizielle EG- Szenario über Konzentration und Konzernzusammenschlüsse. Der größtenwahnsinnige Cecchini-Bericht, in: *taz*, 21.1.1989.
- Narjes, Karl-Heinz, 1989: Eine Flurbereinigung ist unvermeidlich, Spiegel- Gespräch in: *Der Spiegel*, 2.1.1989.
- Paz, Octavio, 1989: One Earth. Four or Five Worlds. Reflections on Contemporary History, San Diego, New York, London.
- Polanyi, Karl, 1978: *The Great Transformation*. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Frankfurt/Main.
- Reuter, Edzard, 1989: Europa muß den nationalen Alleingängen widerstehen, in: *FR*, 15.7.1989.
- Schumann, Harald, 1988: Europa 1992. Markt ohne Staat, in: *Der Spiegel*, 4.7.1988.
- Senghaas, Dieter, 1982: Von Europa lernen. Entwicklungsgeschichtliche Betrachtungen, Frankfurt/Main.
- Siebert, Horst, 1989: Bestreitbare Märkte in Europa, in: *FAZ*, 8.4.1989.
- Strauß, Franz Josef, 1988: Europa, Faktor in der Weltpolitik, in: Jennings, Philipp (Hrsg.) „Unverdrossen für Europa“, Festschrift für Kai Uwe von Hassel zum 75. Geburtstag, Baden-Baden.
- Vassiltchikov, Marie, 1988: *Berlin Diaries 1940-1945*, New York.
- Weidenfeld, Werner, 1986: Diskussionsbeitrag im Rahmen des Bergedorfer Gesprächskreises zum Thema „Findet Europa wieder die Kraft, eine Rolle in der Weltpolitik zu spielen?“, Protokoll Nr. 79, Hamburg.
- Woyke, Wichard, 1984 (Hrsg.): *Europäische Gemeinschaft*, in: Pipers Wörterbuch zur Politik, Bd. 3, hrsg. von Nohlen, Dieter, München.

DIE KOMMISSION DER EG.

Die Kommission der EG ist die bürokratische supranationale Zentralgewalt der EG. Als überstaatliche, von den Mitgliedsstaaten der EG unabhängige Organisation, soll sie die Gesamtinteressen der drei Gemeinschaften wahren. In ihren verschiedenen Funktionen spiegelt sie zudem das undemokratische System der EG-Bürokratie wieder: sie ist gleichzeitig a) initiativ, b) exekutiv, c) kontrollierend tätig; zu a): sowohl für den Rat als auch für das EP entwirft sie Texte und schlägt Initiativen vor, zu b): sie führt die Ratsbeschlüsse aus, zu c): sie überwacht das EG-Recht.

Die wichtigsten Aufgaben liegen in der Vorbereitung und Ausführung des EG-Haushaltes (inklusive der Fonds -), des Erlassens von Durchführungsbestimmungen in den bisher vier wichtigsten EG-Handlungsbereichen: der Agrar-, der Kohle- und Stahl- sowie der Energiepolitik. Zudem handelt sie (entsprechend a)) internationale Abkommen mit Drittländern aus und leitet (entsprechend b)) Vertragsverletzungsverfahren ein.

Dem EP gegenüber ist sie verpflichtet Auskünfte zu erteilen, was oft aber erst nach bohrendem Nachfragen geschieht und dann vielfach nicht den gesamten Kenntnisstand wiedergibt. Zunehmende institutionelle Auseinandersetzungen zwischen Kommission und Parlament beschreiben ebenfalls das o.g. Demokratiedefizit.

Die KommissarInnen werden von den nationalen Regierungen der Mitgliedsländer ernannt.
W. Teikämper

Ost-West-Kooperation auf Kosten des Südens

Die zunehmende Zusammenarbeit zwischen Ost und West hat auch Auswirkungen auf die Politik gegenüber der Dritten Welt. Trotz der zunehmenden Ost-West-Entspannung zeichnen sich düstere Zukunftsaussichten für die Entwicklungsländer ab, deren Anteil am Welthandel ohnehin seit Jahren zurückgeht. Die wachsende wirtschaftliche Attraktivität Osteuropas droht sie vollständig ins Abseits zu drängen.

Edouard Saouma, der Generaldirektor der FAO, warnte ebenso wie der Vorsitzende der Nord-Süd-Kommission, Willy Brandt, davor, daß die von den Systemveränderungen in Osteuropa ausgelöste Ost-West-Kooperation den Süden noch weiter ins politische und wirtschaftliche Abseits drängen könnte. In allen Teilen der Dritten Welt wächst die Sorge, Opfer der politischen Ost-West-Annäherung, der größeren wirtschaftlichen Attraktivität Osteuropas und eines neuen Eurozentrismus zu werden, der auch Osteuropa in die „Festung Europa“ einbezieht. Dies gilt besonders für Afrika, aber auch für Lateinamerika und die ost- und südostasiatische Wachstumsregion, für die Osteuropa zu einem harten Konkurrenten auf dem EG-Markt und für Auslagerungsinvestitionen zu werden droht.

Der Christian Science Monitor (vom 28.12.1989) bezeichnete Osteuropa und die Sowjetunion als „neue wirtschaftliche El Dorados“ für das westliche Kapital. Andere Schlagzeilen befürchten neben einer Richtungsänderung von Bankkrediten und Direktinvestitionen auch eine Umschichtung der öffentlichen Entwicklungshilfe zugunsten der „Osthilfe“: „Wie das Ost-West-Tauwetter die Nord-Süd-Hilfe einfriert“ (Frankfurter Rundschau vom 16.11.1989) oder: „Tauwetter im Osten — Eiszeit für den Süden?“ (epd-Entwicklungspolitik, Heft 24/89).

Wie berechtigt sind diese Befürchtungen? Gibt es bereits Anzeichen für Umschichtungen des politischen und wirtschaftli-

chen Interesses vom Süden zum Osten und für das Entstehen eines Nord-Süd-Konflikts, in dem der Norden nun wirklich den Westen und Osten umgreift?

Schwindendes wirtschaftliches Interesse am Süden

Es fand bereits eine schleichende Abkoppelung der Dritten Welt aus der wirtschaftlichen Dynamik statt, die vor allem an ihrem abnehmenden Anteil am Welthandel abzulesen ist. Der Anteil der 66 AKP-Staaten am Außenhandel der EG ist trotz aller Handelspräferenzen von rund 7 % in den 70er Jahren auf 4 — 5 % am Ende der 80er Jahre zurückgefallen, wesentlich bedingt durch den Zerfall der Rohstoffpreise. Weil sich die „Rohstoffmacht“ der Dritten Welt und die Drohkraft des OPEC-Kartells verflüchtigten, wurde die UNCTAD als pressure group der „Gruppe der 77“ demonstriert. Nur wenige Schwellenländer konnten sich aufgrund wachsender Exporte von industriellen Halbfertig- und Fertigwaren dieser unfreiwilligen Abkoppelung eines Großteils der Dritten Welt entziehen. Für die übrigen gut 100 Entwicklungsländer bleibt wenig an Geschäft und Interesse übrig, weil sie größtenteils nur etwas anbieten können, was es auf dem Weltmarkt in Hülle und Fülle zu Ramschpreisen gibt.

Im Zeichen des Ost-West-Konflikts waren auch diese Habenichtse in die globale Systemkonkurrenz zwischen Osten und Westen, in geo-strategische Rivalitäten und in die Logik eines Nullsummen-Spiels eingebunden. Sie konnten mit ihrer bloßen Existenz pokern, auch wenn diese — wie beispielsweise im Tschad — buchstäblich auf Sand gebaut war, unter dem keine Rohstoffvorkommen vermutet werden konnten: Sie konnten bei einer einigermaßen geschickten Diplomatie den Ost-West-Konflikt für sich nutzen und sich ihre außenpolitische Orientierung mit Hilfgeldern honorieren lassen. Wenn durch die Ost-West-Entspannung das Gerangel der Weltmächte um jeden Winkel der Welt hin-fällig werden sollte, würden die „Geberländer“ ihr geo-strategisches Interesse und die „Nehmerländer“ eine politische Trumpf-

karte verlieren. Was können die Entwicklungsländer denn noch bieten, wenn sie nicht zufällig über knappe Rohstoffe verfügen? Opfer eines kaltschnäuzigen politischen und wirtschaftlichen Nutzenkalküls droht vor allem Afrika zu werden. Die Weltbank forderte bis zum Jahre 2000 eine Verdoppelung der internationalen Hilfe, um die weitere Verelendung dieses Kontinents zu verhindern. Die Weigerung der EG-Staaten, die Finanzhilfe im Rahmen von Lomé IV deutlicher zu erhöhen, signalisierte eher eine abnehmende denn zunehmende Hilfsbereitschaft für einen Kontinent, der auf Überlebenshilfe von außen angewiesen ist.

Wer schließt die Lücken, wenn das geo-strategische Interesse des Westens an den Krisenregionen nach dem schrittweisen Rückzug der Sowjetunion aus Afrika nachläßt und nicht mehr ausreicht, das geringe ökonomische Interesse an den afrikanischen Habenichtsen auszugleichen? Wer ersetzt die Ärzte und Ingenieure aus den RGW-Staaten in Angola, Mosambik oder Äthiopien? Nach einem afrikanischen Sprichwort leidet das Gras, wenn die Elefanten miteinander kämpfen. Es leidet auch, wenn sie sich lieben.

Die Hoffnungen, daß die Ost-West-Entspannung zu einer Verringerung der weltweiten Rüstungsausgaben und zu einer Umschichtung der eingesparten Gelder zugunsten der „Entwicklungsetats“ führen könnte, sind trügerisch. Die Rüstungsetats steigen trotz der laufenden Abrüstungsverhandlungen. Selbst wenn die Wiener Abrüstungsverhandlungen erfolgreich sein sollten, sind Zweifel angebracht, daß ein einziger Pfennig, Dollar oder Franc dazu verwendet wird, „Schwerter zu Pflugscharen“ umzuschmieden. Die „Friedensdividende“ läßt auf sich warten. Die Dritte Welt wird an ihrer Ausschüttung nicht beteiligt werden.

Richtungsänderung des Privatkapitals gen Osten

Die Entwicklungspolitik verliert ihre wirkksamsten Schubkräfte, wenn neben dem ökonomischen Interesse auch das geo-strategische Interesse schwindet. Es gibt einen zuverlässigen Gradmesser für das ökonomische

mische Interesse: den Zufluß von Bankkredit und Direktinvestitionen. Es gibt nur noch wenige Inseln in der hochverschuldeten und von politischen Krisen heimgesuchten Dritten Welt, die noch Neukredite erhalten und Anreize für Privatinvestoren bieten. Die osteuropäischen „Reformstaaten“ haben nicht unter diesem Desinteresse zu leiden. Die westlichen Staaten überbieten sich geradezu in Kredit- und Hilfsangeboten.

Den großen Einbruch sagen Experten nicht für die staatliche Entwicklungshilfe, sondern für Bankkredite und Privatinvestitionen voraus. Otto Wolff von Amerongen, der Vorsitzende des Ost-Ausschusses der Deutschen Industrie, erklärte zu Beginn des Jahres 1990, daß Unterstützung für Osteuropa für die deutsche Wirtschaft wichtiger sei als Bemühungen um die Dritte Welt; vor allem stehe ihr die DDR politisch, geographisch und menschlich näher als das Nord-Süd-Problem. Bei Geschäften geht es aber nicht um nationale Sentimentalitäten. Osteuropa ist wirtschaftlich attraktiver als der Großteil der Dritten Welt, hat einen großen Nachholbedarf an Investitions- und Konsumgütern und durch die Kombination von Marktnähe, billigen Löhnen und einem großen Potential an qualifiziertem manpower Standortvorteile.

Die westeuropäischen Gewerkschaften befürchten, daß die osteuropäischen Volkswirtschaften die Funktion von „Billiglohnländern“ erhalten, zumal im verschärften Wettbewerb innerhalb des EG-Binnenmarktes. Sie befürchten ebenso einen Abbau von Arbeitsplätzen und eine Verlagerung von Teilproduktionen nach Osteuropa wie bisher in die „Billiglohnländer“ in Asien. Kritiker warnen bereits vor einer „Peripherisierung“ Osteuropas, d. h. vor seiner Funktion als Hinterhof der EG.

„Osthilfe“ auf Kosten der „Südhilfe“?

Obwohl einige westliche Länder (USA, Holland, Schweden) die Absicht bekundet haben, zumindest Teile der „Osthilfe“ aus dem Etat für Entwicklungshilfe abzugewinnen, ist keine wesentliche Kürzung der staatlichen Entwicklungshilfe für den Süden zu befürchten. Aber es ist auch nicht zu erwarten, daß sie erhöht wird. Vielmehr wird sich die bereits in den 80er Jahren erkennbare Stagnation fortsetzen: Ihr Anteil am wachsenden Bruttosozialprodukt der OECD-Länder ist rückläufig, so daß die Differenz zur internationalen Zielgröße von 0,7 % des BSP größer wurde. Nur Japan macht eine Ausnahme.

In der Bundesrepublik hat der zuständige Minister die im Parlament und in der Öffentlichkeit vorgetragenen Befürchtungen, daß die „Südhilfe“ zugunsten der „Osthilfe“ umgeschichtet werden könnte, zunächst noch als unbegründet abgetan: „Es gibt kein Entweder-Oder, sondern nur ein Sowohl als Auch“. Aber was geschieht, wenn neben Polen auch andere osteuropäische Staaten den Status eines Entwicklungsland-

des erhalten und Ansprüche auf zinsvergünstigte Kredite stellen sollten? Wo sollen die Gelder für die von der EG-Kommission geplanten Hilfsaktionen für Osteuropa und für die geplante „Europäische Entwicklungsbank“ herkommen? Auch die Weltbank wird Abstriche bei Krediten für die Dritte Welt machen müssen, um die hohe Kreditnachfrage der osteuropäischen Staaten befriedigen zu können.

Bob Dole, der einflußreiche republikanische US-Senator, plädierte für eine 5 %ige Kürzung der Auslandshilfe an die „fünf großen“ Empfängerländer (Israel, Ägypten, Philippinen, Türkei und Pakistan) zugunsten der „neuen Demokratien und freien Marktwirtschaften“ in Osteuropa: „Wenn sie erfolgreich sind, bedeutet dies, daß sich die Vereinigten Staaten erhöht

- daß die Politiker ohne diesen Druck von unten und von außen keine entwicklungs-politischen Initiativen, z.B. in der Verschuldungsfrage, ergreifen;
- daß die europaweite Aktion „Global denken — lokal Handeln“, die zum Aufbau zahlreicher Städtepartnerschaften führte, in einem Wettlauf um Partnerschaften mit Städten in Osteuropa erstickt;
- daß die „selbstverständliche Solidarität mit den deutschen Landsleuten“ (so Bundeskanzler Kohl), also mit den Übersiedlern aus der DDR und den deutschstämmigen Aussiedlern aus Osteuropa (Sowjetunion, Rumänien, Polen), dazu führt, daß Asylbewerber aus der Dritten Welt trotz des grundgesetzlich garantierten Asylanspruchs noch mehr als bisher ausgegrenzt und größtenteils abgeschoben wer-



Europa: Im Liebesrausch mit sich selbst

Oswaldo, Excelsior, Mexiko, C&W Syndicate

Sicherheit, verringerter Verteidigungsbudgets und Rüstungsniveaus sowie expandierender Märkte für ihre Exporte erfreuen können“ (International Herald Tribune vom 17.1.1990). Da der Etat für Auslandshilfe stagniert und die USA in den 80er Jahren im OECD-Leistungsvergleich mit einem Anteil der als „Entwicklungshilfe“ anerkannten Leistungen von 0,20 % am BSP auf den letzten Platz zurückfielen und in absoluten Summen von Japan überholt wurden, würde eine solche Umschichtung die „Südhilfe“ noch weiter verringern.

Es geht nicht nur um Geld

Bei drohenden oder schon erfolgten Kürzungen der staatlichen oder privaten Entwicklungshilfe — es gab in der spendenfreudigen Weihnachtszeit einen Einbruch bei Spenden für Dritte-Welt-Hilfsaktionen — geht es nicht in erster Linie um Geld, sondern um Haltungen und Entscheidungen, die dahinter stecken: um die Gefahr einer Entsolidarisierung mit der Dritten Welt. Es besteht die Gefahr,

- daß die mühsame und engagierte Arbeit der „Dritte Welt-Solidaritätsbewegung“ erlahmt, weil die Öffentlichkeit noch mehr das Interesse an den Problemen der Dritten Welt verliert und eine deutsch-deutsche Heimatkunde mit einer nationalen Blickverengung bevorzugt;

den. Im Jahre 1989 fiel die Annerkennungsquote auf den bisherigen Tiefststand von 5 %.

Der Eurozentrismus des „gemeinsamen Hauses Europa“ und die deutsch-deutsche Nabelschau sind nicht förderlich für internationale Solidarität und eine Globalethik, die für eine Bewältigung globaler Probleme notwendig sind.

Friedensforscher gingen bisher davon aus, daß eine Überwindung des militärischen und ideologischen Ost-West-Konflikts quasi zwangsläufig auch den als Nebenschauplatz verstandenen Nord-Süd-Konflikt überwinden könnte. Diese Annahme und Hoffnung ist trügerisch, weil die Interessen der westlichen und östlichen Industrieländer gegenüber dem Süden mehr kongruieren als divergieren.

Che Guevara hatte 1966 auf einer Trikontinental-Konferenz in Algier vor einer „imperialistischen“ Ost-West-Komplicität gewarnt, wenn es um Forderungen des Südens nach Veränderungen der Spielregeln des Welthandels gehe. Hatten nicht auch die RGW-Länder hinter aller Imperialismuskritik diese Spielregeln zu ihrem eigenen Vorteil genutzt? Könnte eine engere Ost-West-Kooperation nicht die ohnehin geringe Verhandlungsmacht des Südens noch mehr schwächen? Wenn der Westen und Osten gemeinsame Interessen ent-

decken, bedeutet dies noch nicht, daß sie die vom Brandt-Bericht betonten „gemeinsamen Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer“ entdecken.

Ost-West-Entspannung zu Lasten des Südens?

Die Sowjetunion hat ihr militärisches Engagement in der Dritten Welt aus ökonomischen und politischen Kostengründen abgebaut. Die Kriege in der Dritten Welt können deshalb immer weniger als Ost-West-Stellvertreterkriege gedeutet und zur Rechtfertigung von Waffenexporten oder Truppeneinsätzen benutzt werden, weil sie größtenteils aus inneren Konflikten hervorgehen. Die Ost-West-Entspannung schuf die Chance, daß sie nicht mehr nach der alten Nullsummen Logik des globalen Ost-West-Konflikts durch äußere Einmischung internationalisiert und verschärft werden. Aber auch Absprachen zwischen Supermächten werden nicht verhindern können, daß die „Chaos-Macht“ der Dritten Welt wächst, wenn die Ursachen der Konflikte nicht überwunden werden. Zu diesen Ursachen gehört auch die wachsende Verelendung, der nicht mit Waffen oder hegemonialen Diktaten beizukommen ist. Der Abbau der geo-strategischen Rivalität

könnte zwar den Druck verringern, auch Despoten mit „Entwicklungshilfe“ zu füttern, wenn sie sich als Bauern in das Schachspiel der globalen Sicherheitspolitik einfügen lassen. Er könnte auch die Lösung von Regional-Konflikten erleichtern. Sollte er aber den Willen zu Entwicklungspolitik verringern, könnte die Dritte Welt keinen Gewinn aus der Ost-West-Entspannung erwarten. Der Zugewinn an Sicherheit im Ost-West-Verhältnis würde durch einen Verlust an Sicherheit im Süden konterkariert werden.

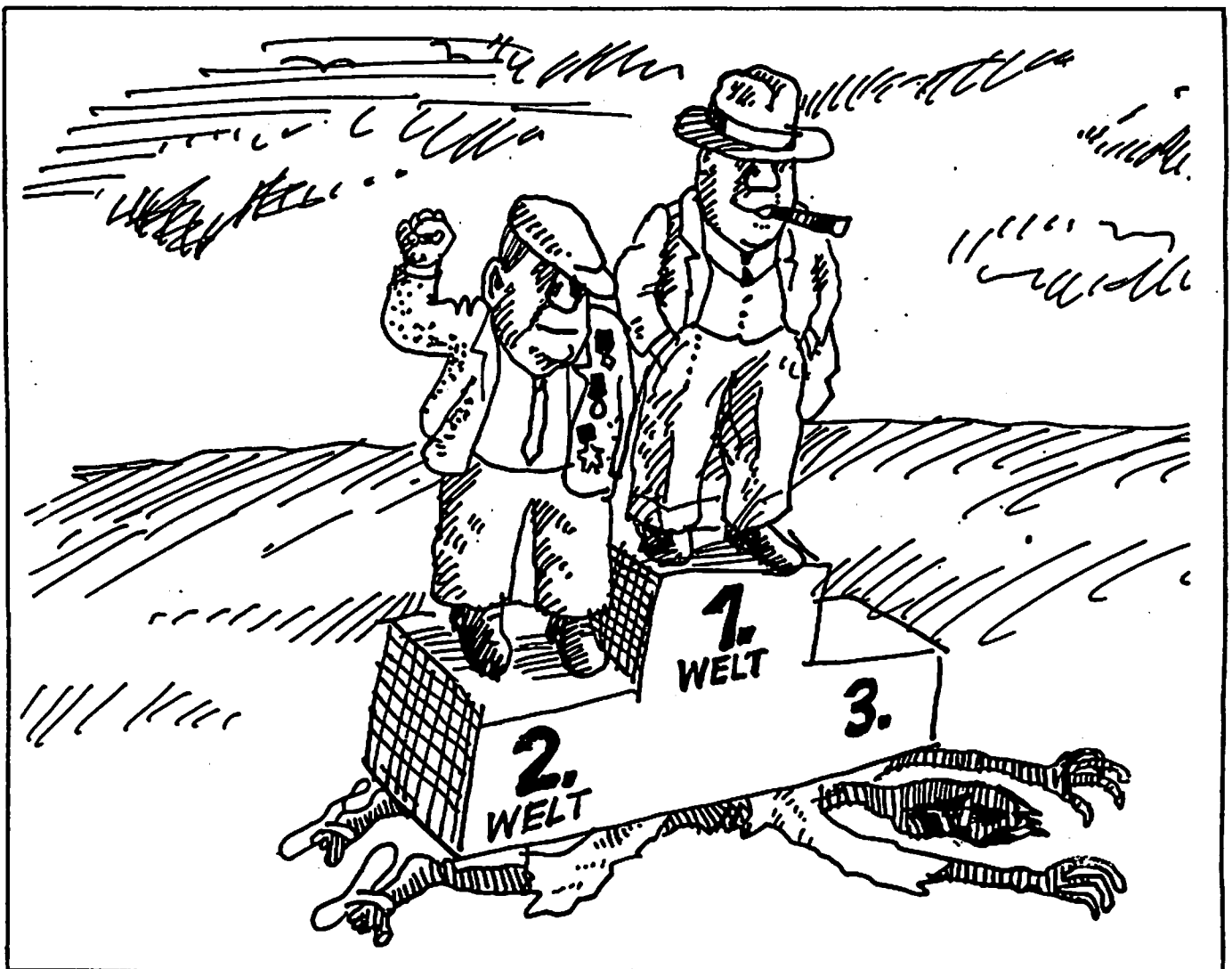
Plädoyer für Solidarität mit dem Süden und Osten

Wenn das politische und ökonomische Interessenkalkül den Süden noch weiter zu vernachlässigen droht, dann bleibt nur der Appell an die politische Vernunft und an das aufgeklärte Selbstinteresse, das über den Tellerrand kurzfristiger Interessen hinausweist. Es kann nicht vernünftig sein, die krisengeschüttelten Regionen, die keinen ökonomischen Gewinn versprechen, sich selbst zu überlassen: Die „Eine Welt“, die inzwischen viele internationale Berichte und Solidaritätsaktionen beschwören, kann nur gemeinsam überleben. Solidarität

mit Osteuropa darf nicht auf eine Entsolidarisierung mit zwei Dritteln der Menschheit hinauslaufen. Der Nord-Süd-Konflikt erhalte eine neue und friedensgefährdende Qualität.

Die Veränderungen in Osteuropa und die Ost-West-Entspannung liefern auch Chancen für den Süden. Wenn es seit dem II. Weltkrieg jemals eine Chance gab, Friedens- und Entwicklungspolitik zu verknüpfen, dann jetzt. Das Ende des Kalten Krieges schafft die Möglichkeit, die Verschleuderung von Ressourcen für den „organisierten Wahnsinn“ (Willy Brandt) zumindest zu verringern. Aber es sieht nicht so aus, als würden die verantwortlichen Politiker in Ost und West diese Chance nutzen. Die Friedensbewegung und „Entwicklungslobby“ sind erneut gefordert, damit auch die Dritte Welt an der Ausschüttung der „Friedensdividende“ beteiligt wird.

Franz Nuscheler
Institut für Entwicklung und Frieden-Uni
Gesamthochschule Duisburg



Der Binnenmarkt aus der Sicht der Entwicklungsländer

Die Vollendung des Binnenmarktes der Europäischen Gemeinschaft 1992/1993 und damit der Fortfall nationaler Beschränkungen des Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehrs zwischen den EG-Ländern wird weitreichende Auswirkungen auf die Außenwirtschaft der Europäischen Gemeinschaft haben.

Erstens wird der Wegfall materiell-rechtlicher und administrativer Beschränkungen des Marktzuganges innerhalb der Gemeinschaft und damit auch der nationalen Grenzkontrollen von Importen der Gemeinschaft Regelungen der außenwirtschaftlichen Beziehungen von gemeinschaftsweiter Wirkung nach sich ziehen. Bisher ist allerdings noch unklar, wie eine gemeinsame Regelung des EG-Außenhandels nach 1992 aussehen wird. Drei Optionen sind formal denkbar:

- Die bisherigen nationalen Regelungen, Schutzmaßnahmen etc. werden weitgehend beibehalten und gemeinschaftsweit ausgedehnt, was stark protektionistische Wirkungen hätte;

- Auf die bisherigen einzelstaatlichen Schutzmaßnahmen wird weitgehend verzichtet, was auf eine Liberalisierung der Außenwirtschaftsbeziehungen hinausläufe;

- Es werden Misch- oder Kompromißformen gefunden, die Elemente der beiden erstgenannten Optionen enthalten.

Die EG-Kommission scheint die letzte Option zu bevorzugen.

Zweitens ist die Vollendung des Binnenmarktes mit Strukturveränderungen und Anpassungsprozessen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft verbunden, die sich auch ganz unabhängig von der Art der schließlich vereinbarten gemeinschaftsweiten außenwirtschaftlichen Regelungen auf die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der übrigen Welt auswirken werden.

Die (Regierungen der) Entwicklungsländer befürchten, daß vor allem sie zum Opfer dieser Entwicklung werden und daß ihre Stellung in der Weltwirtschaft aufgrund der Vollendung des EG-Binnenmarktes und der Präventivmaßnahmen der übrigen Industrieländer noch weiter geschwächt werden wird.

Bei allen möglichen Gelegenheiten hat in jüngster Zeit eine Reihe von Entwicklungsländern diese Sorge artikuliert, so Brasilien und Indien, die SADCC-Länder (SADCC = Southern African Development Coordination Conference), aber auch die Golfstaaten und die relativ fortgeschritten industrialisierten Entwicklungsländer Südostasiens.

Insbesondere gaben sie den folgenden Befürchtungen Ausdruck:

- Die Vollendung des Binnenmarktes und analoge Entwicklungen in anderen Teilen der industrialisierten Welt (z.B. die Errichtung der Freihandelszone USA/Kanada)

würden die ökonomischen Ungleichgewichte weltweit zugunsten der Industrieländer und zuungunsten der Entwicklungsländer verschieben. Die Peripherisierung der Dritten Welt werde sich verstärken; die Probleme der internationalen Verschuldung mit ihren verheerenden sozialen Auswirkungen würden noch weiter zunehmen. Die Entwicklungen in der Europäischen Gemeinschaft würden weltweit eine Zunahme des Protektionismus und der Bildung von Handelsblöcken und damit eine weitere Regionalisierung bewirken.

- Den verstärkten Aktivitäten von US-amerikanischen und japanischen Unternehmen aus den EFTA-Ländern in der Europäischen Gemeinschaft hätten die Entwicklungsländer nichts Vergleichbares entgegenzusetzen, was ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem gemeinsamen Markt weiter schwächen würde.

- Es sei zu befürchten, daß die bisherigen nationalen Handelshemmnisse der einzelnen EG-Länder, soweit sie Importe aus Entwicklungsländern betreffen, gemeinschaftsweit ausgedehnt werden. Tarifäre und nichttarifäre protektionistische Maßnahmen der Europäischen Gemeinschaft zielten insbesondere auf international wettbewerbsfähige Waren und Dienstleistungen der Entwicklungsländer, so zum Beispiel der Landwirtschaft, der Textil- und Bekleidungsindustrie und einiger sonstiger Bereiche der Produktion von Halbfabrikaten.

- Die beabsichtigte Einführung gemeinschaftsweiter neuer industrieller Standards würde sich für eine Reihe traditioneller Exportgüter der Entwicklungsländer praktisch als Importverbot auswirken.

- Die drohende Festlegung von hohen Intra-EG-Wertschöpfungsquoten würde sich auf die Ausfuhren der Entwicklungsländer indirekt negativ auswirken, da solche Quoten es den Produzenten an Standorten in der EG zukünftig verbieten würden, Zulieferungen, Bauelemente und Halbfabrikate in bisherigem oder erweitertem Umfang aus Entwicklungsländern zu beziehen.

- Die Durchsetzung des Prinzips der Reziprozität bei den Handelserleichterungen auch gegenüber Entwicklungsländern würde dazu führen, daß den Entwicklungsländern entweder Handelserleichterungen der Europäischen Gemeinschaft verweigert oder der Abbau berechtigter außenwirtschaftlicher Schutzmaßnahmen aufgezogen würden.

- Die Verwirklichung der Absicht, den relativ fortgeschritten industrialisierten Entwicklungsländern Südostasiens in Zukunft die Teilhabe an Präferenzsystemen zu verweigern, würde die Überwindung der nach wie vor bestehenden strukturellen Ungleichgewichte auch zwischen dieser Ländergruppe und den Industrieländern erschweren.

- Die Erfahrung, die die Kuwait Investment Organization machen mußte, als die britische Regierung sie zwang, ihre Kapitalanteile an British Petrol zu verkaufen, lassen befürchten, daß den Entwicklungsländern — anders als Investoren in Industrieländern — selbst die Möglichkeit der Direktinvestition in der EG, sofern sie dazu in der Lage seien, nicht uneingeschränkt offenstehe.

- Die Kommission der Europäischen Gemeinschaft beabsichtige, noch mehr als bisher auf das Instrument „freiwilliger“ Selbstbeschränkungen zu setzen, womit in geradezu beliebiger Weise Exportbeschränkungen der Entwicklungsländer durchgesetzt werden könnten, ohne daß GATT-Regeln (GATT = General Agreement on Tariffs and Trade — Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen) formell verletzt würden.

- Schließlich sei zu befürchten, daß die EG ihren durch den Binnenmarkt gestärkten ökonomischen und politischen Handlungsspielraum nutzen werde, um in den laufenden GATT-Verhandlungen (Uruguay-Runde) ihre Interessen einmal mehr zu Lasten der Entwicklungsländer durchzusetzen.

Es bleibt zu untersuchen, inwieweit solche Befürchtungen der Entwicklungsländer begründet sind. Die in einigen Punkten unterstellte Perspektive, eine Ausweitung der wirtschaftlichen Beziehungen (beispielsweise des Außenhandels) zwischen der EG und den Entwicklungsländern sei von vornherein für die Dritte Welt im allgemeinen und für die Mehrheit ihrer Bevölkerung im besonderen vorteilhaft, bedarf dabei einer speziellen kritischen Analyse.

Otto Kreye

gekürzte Fassung: der Überblick 3/89, S. 63 f.

Lomé IV unter Dach und Fach Kein Grund zum Feiern



Mit einigen Tagen Verzögerung wurde am 15. Dezember das Lomé IV-Vertragswerk in der togolesischen Hauptstadt unterzeichnet, um das im Februar 1990 ausgelaufene Lomé III-Abkommen zu ersetzen. Der Unterzeichnung waren komplizierte und teilweise chaotische Verhandlungen zwischen den 66 AKP (Afrika, Karibik, Pazifik)-Staaten und der EG vorausgegangen. Harte Auseinandersetzungen gab es aber nicht nur zwischen beiden Verhandlungsparteien, sondern auch innerhalb dieser Gruppen wurden zahlreiche Kontroversen ausgetragen. Der AKP-Gruppe wurde vorgeworfen, sie sei bei den Lomé-Verhandlungen noch nie so schlecht vorbereitet gewesen. Zahlreiche Meinungsverschiedenheiten trugen auch die zwölf EG-Mitglieder während der über ein Jahr dauernden Verhandlungen aus.

Durch die Ereignisse in Mittel- und Osteuropa erhielten die letzten Ministerrunden zusätzliche Brisanz. Die Entwicklungsländer befürchten nun eine neue Ostpriorität der EG, die sich erheblich zu ihren Lasten auswirken könnte.

Streit um die finanzielle Ausstattung

Erst am Schluß der Verhandlungen wurden die Auseinandersetzungen über die finanzielle Ausstattung von Lomé IV geführt. Angesichts der Schuldenlast und der niedrigen Rohstoffpreise hoffte die AKP-Seite auf eine substantielle Aufstockung gegenüber dem abgelaufenen Lomé-Abkommen; sie forderte ein Finanzvolumen von 15,5 Mrd. ECU (1 ECU = 2.07 DM). Die EG-Kommission und das Europaparlament schlugen jeweils einen Beitrag von mehr als zwölf Mrd. ECU für den Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) vor. Zu

den EG-Institutionen und ihren Kompetenzen siehe Kasten.

Demgegenüber fiel das Angebot der EG wesentlich niedriger aus: 10,8 Mrd. ECU sind für den EEF vorgesehen, verglichen mit 7,4 Mrd. ECU unter Lomé III. Aus diesem Fonds werden die wichtigsten Instrumente der "Lomé-Politik" - wie z. B. das STABEX-System - finanziert (siehe Tabelle). Hinzu kommen 1,2 Mrd. ECU für zinsvergünstigte Kredite der Europäischen Investitionsbank (Lomé III: 1,1 Mrd. ECU), die zur Finanzierung einzelner Projekte verwendet werden. Während das Finanzvolumen wie bisher für einen fünfjährigen Zeitraum vorgesehen ist, hat das neue Lomé-Vertragswerk insgesamt erstmals eine Laufzeit von zehn Jahren und gilt bis zum Jahre 2000.

Die AKP-Gruppe bezeichnete die finanzielle Ausstattung als völlig unzureichend und verwies auf die umfangreichen Hilfen für die Staaten Mittel- und Osteuropas. Das Finanzvolumen ist aber de facto nicht verhandelbar, da es den AKP-Staaten an ausreichenden Druckmitteln mangelt. Sie konnten deshalb nur eine sehr geringe Erhöhung (0,1 Mrd. ECU) des ursprünglichen "Angebots" der Gemeinschaft und diese erst nach zähen Verhandlungen erreichen. Die Bundesrepublik (mit einem Anteil von 26 Prozent am EEF), den Niederlanden und Großbritannien erschien lange Zeit auch das jetzige Volumen zu hoch. Sie wollten stattdessen einigen Handelserleichterungen zustimmen, während sich vor allem die südlichen EG-Länder dafür stark machten, die Verhinderung von Handelszugeständnissen durch eine höhere Aufstockung des EEF zu erkaufen.

Obwohl das Volumen von Lomé IV um rund 41 Prozent gegenüber dem vorangegangenen Abkommen gestiegen ist, kann keinesfalls von einer substantiellen Auf-

stockung gesprochen werden. Allein die Preissteigerungen, die während des noch laufenden Abkommens eingetreten sind, machten eine etwa 20prozentige Erhöhung notwendig, um das bisherige Niveau zu halten. Außerdem ist die Vergrößerung der AKP-Gruppe von Bedeutung. Sie hat zur Folge, daß die finanzielle Ausstattung von Lomé IV auf mehr Staaten verteilt werden muß.

Streit um Aufnahmeanträge

Schon seit Beginn der Verhandlungen hatte sich die Diskussion um die geographische Ausweitung der neuen Konventionen als problematisch erwiesen. Neben dem Aufnahmeantrag Haitis, der schon seit Juni kaum noch umstritten war, lag auch der Antrag der Dominikanischen Republik vor. Trotz der zu erwartenden Probleme hatte sich Madrid für die Aufnahme der Dominikanischen Republik stark gemacht, um die AKP-Gruppe um ein spanischsprachiges Land zu erweitern. Die karibischen AKP-Staaten befürchteten für sich enorme Nachteile durch die großen Mengen Zucker, die das Land produziert. Die Gemeinschaft hatte erklärt, daß sie die im Zuckerprotokoll vereinbarte Menge von jährlich ca. 1,3 Mio. Tonnen, die faktisch an die Garantiepreise der EG-Erzeuger gebunden ist, nicht erhöhen werde. Die Aufnahme der Dominikanischen Republik, die mehr Zucker als alle karibischen AKP-Staaten zusammen produziert, hätte somit eine drastische Reduzierung der Länderquoten zur Folge gehabt.

Die Kompromißformel lautet nun, daß das Land in die AKP-Gruppe aufgenommen wird, aber die Dominikanische Republik keinen Antrag auf Beitritt zum Zuckerprotokoll stellt. Eine weitere Ausdehnung der Konvention auf Lateinamerika soll es darüber hinaus nicht geben. Zusammen mit dem erwarteten Aufnahmeantrag Nami-

bias, der befürwortet wurde, wird die AKP-Gruppe künftig aus 69 Staaten bestehen.

Strukturanpassung à la EG

Die entscheidend Neuausrichtung erhält Lomé IV durch die Unterstützung und Durchführung von Strukturanpassungsprogrammen (SAP). Schon unter Lomé III fand eine Umorientierung unter den Stichworten "Politikdialog" und "Sektorprogramme" in diese Richtung statt. Daneben arbeitet die EG in den vergangenen Jahren verstärkt mit der Weltbank und fallweise mit dem IWF zusammen.

Unter Lomé IV wird die Struktur Anpassung zu einem herausragenden Element der EG-Entwicklungspolitik. Die Gemeinschaft argumentiert, daß diese Neuausrichtung notwendig wurde, um der Verschuldungskrise und der allgemeinen wirtschaftlichen Misere insbesondere im subsaharischen Afrika zu begegnen. Fast 1,2 Mrd. ECU sind zu diesem Zweck eingeplant, die in Form von Zahlungsbilanz- bzw. Importhilfen abfließen sollen. Vorgesehen ist, daß die Mittel für die einzelnen Länder dann zur Verfügung gestellt werden können, wenn Anpassungsprogramme, die die bekannten Auflagen zur wirtschaftlichen Umstrukturierung (Kürzung des öffentlichen Budgets, Privatisierung staatlicher Unternehmen, Exportorientierung usw.) enthalten, bereits mit den Bretton Woods-Institutionen ausgehandelt wurden. Damit wird deren Führungsrolle in der Anpassungspolitik auch weiterhin anerkannt. Im Einzelfall soll aber auch ein unabhängiges Vorgehen möglich sein. Um der Kritik zu entgehen, die EG werde zur Erfüllungsgelhilfin von Weltbank und IWF, erklärte die Gemeinschaft mehrfach, man wolle weder blind die übliche "Anpassungsdoktrin" und die darin enthaltenen Fehler übernehmen noch die "soziale Feuerwehr" spielen. Mit dem ausdrücklichen Verweis auf die entsprechenden Analysen des Kinderhilfswerkes (UNICEF) und der Wirtschaftskommission für Afrika (ECA) der Vereinten Nationen ist vorgesehen, daß

- die SAP soweit wie möglich von den betreffenden Ländern entworfen und formuliert werden;
- die "case-by-case"-Methode nicht nur in der Verschuldungsfrage, sondern auch bei den SAP Gültigkeit hat;
- langfristige Entwicklungsziele nicht der kurzfristigen Stabilität geopfert werden (besonders Nahrungsmittelsicherung und regionale Integration);
- SAP schrittweise und über einen längeren Zeitraum durchgeführt werden;
- die soziale und politische Dimension der Anpassung von Anfang an berücksichtigt wird
- und eine stärkere Geberkoordination durchgeführt wird.

Aber gerade die Koordinierung zwischen EG, Weltbank und IWF ruft bei der AKP-

Gruppe massive Kritik hervor ("bureaucratic nightmare"). Sie befürchten, daß letztlich die SAP der EG den Auflagen der Bretton Woods-Institutionen entsprechen werden und sich der Auflagendruck erhöht. Statt nur interne Faktoren der Krise zu benennen, sollten vor allem die externen beachtet werden. Außerdem würde nun die Lomé-Konvention die AKP-Staaten diskriminieren, die keine SAP durchführen. In ähnlicher Weise kritisieren zahlreiche europäische und AKP-NGOs die Neuausrichtung der Lomé-Politik. Langfristige Entwicklungsziele würden geopfert, damit kurzfristig Finanzdisziplin erzielt und der Schuldendienst gesichert werde.

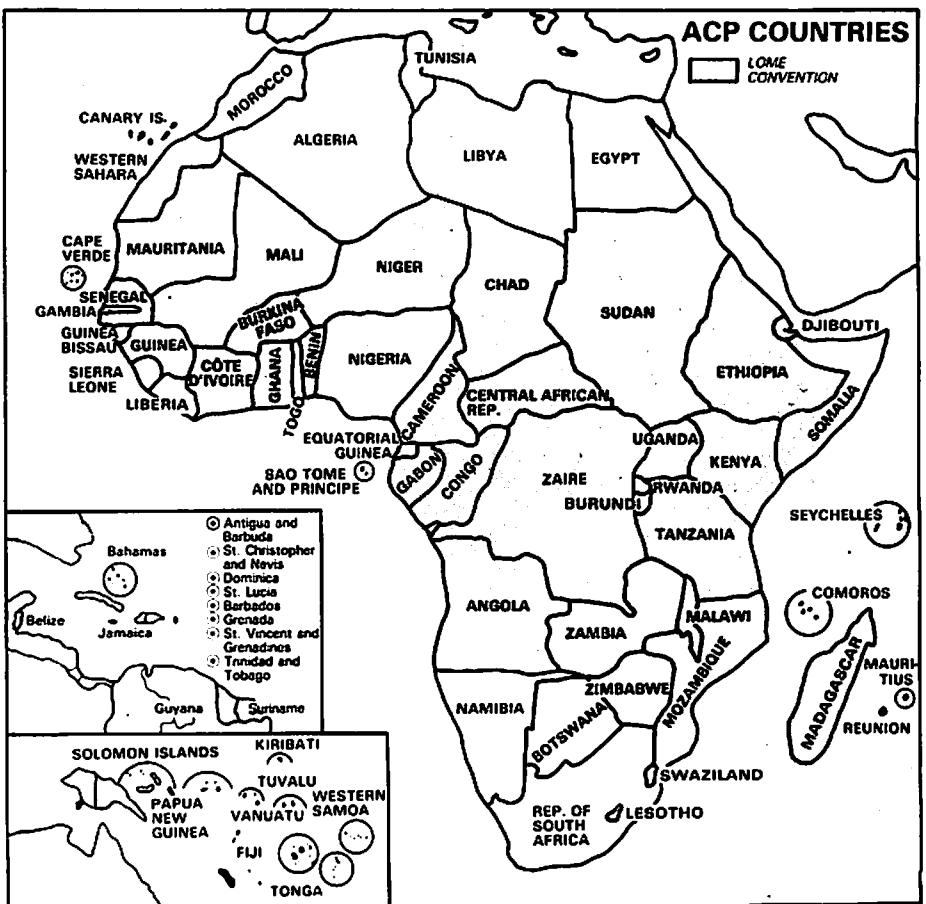
Noch ist nicht eindeutig erkennbar, wie sich die Programme der EG auswirken werden. Eine wirkliche Distanz zu den Anpassungsprogrammen von Fonds und Weltbank ist aber weder ersichtlich noch von Seiten der EG gewollt (zumal die Staaten der Gemeinschaft erhebliches Gewicht bei den Bretton Woods-Institutionen besitzen und sie gegen die von ihnen getragene Politik operieren würden). Auch die administrative Kapazität, die erforderlich wäre, um ein "alternatives Konzept" umsetzen zu können, fehlt. Folglich ist die EG auf das Know-how der Weltbank- und IWF-Spezialisten angewiesen. Die EG-Beamten, die zur Umsetzung der SAP vorgesehen sind, werden bereits seit anderthalb Jahren in Crash-Kursen von denselben Ausbildern unterrichtet, die ansonsten diese Kurse für

die Mitarbeiter von Fonds und Weltbank durchführen.

Handel statt Hilfe

Beide Verhandlungsparteien betonten einmal mehr den Stellenwert des Handels für die zukünftigen Entwicklungsperspektiven. Dennoch sind die Kompromisse, die für diesen Bereich gefunden wurden, in ihren Auswirkungen gering. Trotz der bisherigen Abkommen nahmen die Exporte der AKP-Länder in die EG in den vergangenen Jahren ab. Für den gemeinsamen Markt ab 1993 befürchtet die AKP-Gruppe eine "Festung Europa" und eine nochmalige Schwächung ihrer Position.

Die EG wird künftig Erleichterungen für einige weiterverarbeitete Produkte (Marmelade, Säfte, Konserven) gewähren. Die Zollbefreiung für landwirtschaftliche Erzeugnisse betrifft bis auf Bananen (Sonderregelung) alle tropischen Produkte. Für zahlreiche Obst- und Gemüsearten gelten aber weiterhin mengenmäßige und jahreszeitliche Begrenzungen, die vor allem die südlichen EG-Mitglieder durchsetzten, um die unliebsame AKP-Konkurrenz fernzuhalten. Nur minimale zusätzliche Mengen an Erdbeeren, Eisbergsalat usw. dürfen zollfrei eingeführt werden. Eine Verbesserung stellt die Lockerung der Ursprungsregelung dar. Künftig muß der AKP-Anteil an einem verarbeiteten Produkt 45 statt wie bisher 55 Prozent betragen, damit es freien Zugang zum EG-Markt erhält.



Die AKP-Staaten ohne die neuen Mitglieder: Namibia, Dominikanische Republik und Haiti

Die Änderungen, die für das STABEX-System ausgehandelt wurden, dienen in erster Linie der besseren technischen Durchführung und der gerechteren Verteilung der Mittel (Berechnungsgrundlage etc.). Besonders für die afrikanischen und pazifischen Staaten ist dieses System zur Exporterlösstabilisierung von landwirtschaftlichen Rohstoffen von Bedeutung. Zentrales Anliegen der AKP-Gruppe war die Ausweitung der Rohstoffpalette und eine beträchtliche finanzielle Aufstockung. In der Vergangenheit hat sich mehrfach gezeigt, daß STABEX gerade bei massiven Preisstürzen auf den Weltrohstoffmärkten nicht in der Lage ist, eine wirkliche Stabilisierung herbeizuführen. Zur Eröffnung der Verhandlungen wies der Sprecher der AKP-Gruppe auf den Zeitraum von 1980-84 hin, als den Ausgleichsanträgen in Höhe von 5,3 Mrd. ECU eine verfügbare Summe von nur 0,5 Mrd. ECU gegenüberstanden. Aufgrund der in den letzten Monaten gesunkenen Kaffee- und Kakaopreise wird wiederum mit Engpässen gerechnet. Auch mit 1,5 Mrd. ECU unter Lomé IV (Lomé III: 0,9 Mrd. ECU) werden Exporterlösausfälle vermutlich nicht genügend ausgeglichen werden können.

Als Entgegenkommen in der Verschuldungsfrage wertet die EG, daß die bisherige Rückzahlungspflicht im Rahmen von STABEX entfällt, die — abgesehen von den am wenigsten entwickelten Ländern — für die AKP-Staaten unter bestimmten Voraussetzungen galt. Das Ziel der AKP-Gruppe, in das Lomé IV-Abkommen grundsätzliche Aussagen zum Abbau der Verschuldung aufzunehmen, wurde nicht erreicht. Die EG verwies auf ihre geringe Bedeutung als Gläubiger. Ansonsten seien der Pariser Club, IWF und andere die entsprechenden Institutionen, die die Verschuldungsfrage behandeln sollten.

Ende des Giftmüllhandels?

Schon im Juni hatten sich die Verhandlungsparteien auf einen Kompromiß zum Giftmüllhandel geeinigt. Das Ergebnis, das weiter geht als die Baseler Konvention vom März 1989, sieht ein Verbot von Giftmüll-Exporten aus der EG in die AKP-Länder vor. Darüber hinaus dürfen AKP-Staaten keine Giftabfälle aus anderen Staaten einführen. Auf Druck der EG blieb aber eine Hintertür offen, die besagt, daß von der Regelung abgewichen werden kann, wenn die technischen Möglichkeiten zur Behandlung der Abfälle vorhanden sind. Die AKP-Gruppe befürchtet, die Ausnahmeregelung könnte dazu benutzt werden, um Nuklearmüll in ihre Länder zu exportieren.

Perspektiven

Der Abschluß der Lomé-Verhandlungen bedeutet nicht, daß die AKP-Staaten mehr Sicherheit über die künftige Entwicklung der Beziehungen zur EG besitzen. Dafür sind zwei Elemente von besonderer Bedeutung:

1. Trotz zahlreicher Prognosen sind die ge-

nauen Auswirkungen des gemeinsamen Binnenmarktes für die AKP-Gruppe und die Entwicklungsländer insgesamt nur schwer zu erfassen. Die EG verweist auf den erweiterten Wachstumsschub, bei dem auch etwas für die AKP-Staaten abfallen werde. Dennoch sprechen viele Anzeichen dafür, daß diese Länder selbst dann Nachteile haben werden, wenn es keine "Festung Europa" geben wird.

2. Unsicher ist, welchen Stellenwert die EG der Entwicklungspolitik künftig prinzipiell einräumen wird. Die neue Ostpriorität wird aber zweifellos gravierende Rückwirkungen auf die Beziehungen zur AKP-Gruppe

haben. Konflikte bei der Gewährung von Handelspräferenzen und der Bereitstellung von Finanzmitteln sind schon jetzt sichtbar.

Sicher ist, daß die Lomé-Konvention durch die Verankerung der Strukturanpassung eine neue Qualität erhält, oder wie es der ehemalige EG-Kommissar Pisani ausdrückte: "Lomé wird nicht mehr Lomé sein, wenn man den Kurs in Richtung auf die Anpassung ändert. Lomé ist für die Entwicklung bestimmt".

Stephan Klingebiel

Lomé IV: Finanzielle Ausstattung
(in Mio. ECU)

	Lomé III	Lomé IV
EEF	7.400	10.800
davon:	5.460 (1)	7.995 (2)
-Zuschüsse	925	1.500
-Stabex	415	480
-Sysmin	600	825
-Risikokapital	1.100	1.200
EIB	8.500	12.000
Gesamtmittel		

(1) davon Sonderdarlehen in Höhe von 600 Mio. ECU
(2) nur Zuschüsse, davon: Sofort- und Flüchtlingshilfen (350), Zinsverbilligung (280) und Strukturanpassung (1150).
(Quelle: EG-Kommission)



Plakatwerbung Anfang des 20. Jahrhunderts
(Quelle: Ausstellungskatalog „Das exotische Plakat“, Stuttgart 1987)

Die Öffnung der Binnengrenzen innerhalb der EG ist spätestens seit dem Gipfel in Rhodos 1988 beschlossene Sache, wenn auch der Termin noch einmal verschoben werden mag. Die Vorstellung aber, Grenzöffnungen brächten mehr Freizügigkeit, erweist sich leider als Fehlschluß. Der einheitliche Binnenmarkt nützt nur der Freiheit des Kapital-, Dienstleistungs- und Warenverkehrs, die Freizügigkeit für Personen ist den Machern der EG suspekt. Die Gefahr geht von den Menschen aus, so heißt auch hier das Motto. Die Aufhebung der Grenzkontrollen mache Ausgleichsmaßnahmen für den angeblich hieraus entstehenden Sicherheitsverlust notwendig. Im Klartext: mehr polizeiliche und geheimdienstliche Kooperation, Verschärfungen im Asyl- und Ausländerrecht.

Wie diese Maßnahmen auf EG-Ebene aussehen werden, zeigt schon jetzt der Entwurf eines Schengener Zusatzabkommens, das die Innenminister der BRD, Frankreichs und der Benelux-Staaten am 15. Dezember 1989 unterzeichnet hätten, wenn die Öffnung der Grenze zur DDR und damit letztendlich zu Osteuropa insgesamt nicht weitere Schwierigkeiten aufgeworfen hätte. Der ausgearbeitete Entwurf ist aber nichtsdestoweniger ein Pilotprojekt für das Europa des Binnenmarktes. Und das nicht nur wegen seines Inhalts, sondern auch in der Form, wie das Abkommen ausgehandelt wurde. Nicht einmal die Innenausschüsse der nationalen Parlamente hatten die Chance, auf die vierjährigen Verhandlungen Einfluß zu nehmen. Hier entschieden wie so oft, wenn es um Polizei und Geheimdienste geht, die Exekutiven und die Polizeien unter sich. Die Parlamente sollen nur noch dem fertigen Vertragswerk zustimmen — Vogel friß oder stirb.

Beschlossene Sache ist ein Ausbau der polizeilichen Zusammenarbeit. Nachteile und Observation über die Grenzen hinweg, kontrollierte Lieferung von Drogen — das ist der Einstieg für ein Agieren von Polizeibeamten außerhalb des eigenen Hoheitsgebiets. Erleichtert werden Rechtshilfe und Auslieferung. Verstärkt wird die informationelle Zusammenarbeit zwischen den Polizeien und Geheimdiensten der beteiligten Staaten, und zwar nicht nur im Bereich der Strafverfolgung, wo noch Gerichte zwischengeschaltet sind, sondern auch im Bereich der sogenannten „vorbeugenden Verbrechensbekämpfung“. D.h.: Weitergabe von ungesicherten Daten, von Daten auch über Unverdächtige. Beschlossene Sache ist auch der Aufbau eines Schengen Informationssystems SIS, das der Personenfahndung dienen soll. Personenfahndung heißt aber nicht nur Suche nach Personen, gegen die ein Haftbefehl vorliegt und die ausgeliefert werden sollen. Personenfahndung heißt auch „Beobachtende Fahndung“, also die Registrierung von Personen beim Passieren einer polizeilichen Kontrolle mitsamt der Begleitpersonen, des Fahrzeuges und der gesamten Umstände der Kontrolle — mit dem Ziel, daß sich aus einer Vielzahl von Notierungen ein Bewegungsbild der betroffenen Personen ergibt. Personenfahndung heißt weiter die Einspeicherung von Daten unerwünschter Ausländer, denen die Einreise verweigert wird oder die abgeschoben werden sollen. Platz haben soll dieses System für insgesamt 5,5 Mio. Datensätze verteilt auf fünf Länder.

„Die Gefahr geht von den Menschen aus“

Die EG und die „Drittausländer“

Ausländer scheinen aber über das übliche Maß hinaus eine Gefahr zu sein. Für sie soll es in allen beteiligten Staaten eine Hotelmeldepflicht geben. Eingeführt werden soll ferner ein gemeinsames Visum für alle beteiligten Staaten. Was für sog. Drittausländer (Ausländer aus nicht EG-Staaten) zunächst als vorteilhaft erscheint, daß nämlich auch sie, sind sie in einem der EG-Staaten ansässig, Freizügigkeit genießen werden, erweist sich beim näheren Hinsehen als etwas ganz anderes: Gemeinsames Visum heißt nämlich auch, daß die beteiligten EG-Staaten gemeinsam die Länder bestimmen, deren Bürger einem Visumszwang unterliegen. Und die Zahl dieser Länder wird bei einer Vereinheitlichung nicht geringer werden.

Im bezug auf das Asylrecht haben sich die Beteiligten ebenfalls auf eine gemeinsame Linie geeinigt. Man hat sich hier nicht die Mühe gemacht, die Asylverfahren der einzelnen Länder anzugleichen und die möglichen Asylgründe neu abzustimmen. Da es in erster Linie um die Reduktion der „Asylanströme“ geht, ist ein einfacheres Mittel recht. Ausgeschlossen werden sollen Parallel- und Nachfolgeanträge. Die beteiligten Staaten verpflichten sich, die Entscheidungen der anderen Staaten anzuerkennen. D.h.: ein Flüchtling, der in den Niederlanden abgelehnt wurde, hat kein Recht, einen erneuten Asylantrag in der BRD zu stellen. Die gerichtliche Überprüfung seines Antrages, die ihm aufgrund des Art. 16 des Grundgesetzes zusteht, entfällt. Damit ist das verfassungsmäßige Grundrecht de facto erledigt, auch ohne daß die CSU mit ihren beharrlichen Versuchen, den Artikel

ganz zu streichen, zum Ziel gelangt ist. Damit die Kooperation funktioniert, sollen auch hier wieder Informationen ausgetauscht werden. Ein Gremium, in dem die Exekutiven-Vertreter aller beteiligten Staaten vertreten sein sollen, erhält die Aufgabe, für eine gewisse Einheitlichkeit zu sorgen.

Auch auf der Ebene des Europas der Zwölf sind die Verhandlungen vorangegangen, insbesondere während der EG-Präsidentschaften Spaniens und Frankreichs im vergangenen Jahr. Nicht nur die einzelnen Länder verschärfen die Zugangsbestimmungen zu ihren Territorien, erhöhen die Mindestsumme, die ein Ausländer mitbringen muß, um in das jeweilige Land hineinzukommen, stoppen oder begrenzen den Familiennachzug und bereiten sich jetzt schon auf die härteren Bestimmungen der neuen EG vor (siehe den Entwurf eines Ausländergesetzes hierzulande).

SCHMÜCKERVERFAHREN • LOCKSPITZSYSTEM-
VOM »CELLER LOCH« ZUR METHODE MAUSS •
ZUNAHME GEWALTÄTIGER DEMONSTRATIONEN? •
GESETZGEBUNG: AUSLÄNDER- & AUSLÄNDERZEN-
TRALREGISTER-G • KATASTROPHENSCHUTZ-G •
SÜDO-ÄNDERUNGS-G '89 • DDR: POLIZEI &
PROTEST • »DROGENKRIEG« IN HANNOVER •

34
**Bürgerrechte
& Polizei**
Cilip 34
Nr. 3/1989
Preis 9,- DM

Bestellungen des Buchhandels
an die Redaktion:

Bürgerrechte & Polizei
c/o FU Berlin

Malteserstraße 74-100, 1000 Berlin 46
Tel.: 030/7792-378/-462

Einzelbestellungen/Abos:

Kirschkeim Buchversand
Hohenzollerndamm 199 · 1000 Berlin 31

Auch gemeinsam bemüht man sich um „Ausgleichsmaßnahmen“ und ist letztendlich auf dem gleichen Wege wie in Schengen: mehr polizeiliche Zusammenarbeit, gemeinsames Visum, keine Nachfolgeanträge in einem zweiten Land der EG. Bereits im vergangenen Mai waren sich die Zwölf darüber einig, daß es für Bürger von 59 Staaten außerhalb der Gemeinschaft einen Visumszwang geben solle. Über die Lateinamerikaner, die zumindest in Spanien und in der BRD bisher kein Visum brauchen, hatte man noch nicht verhandelt. Mit ziemlicher Sicherheit kann aber davon ausgegangen werden, daß zumindest Bürger der drei Koka-Anbauländer Bolivien, Kolumbien und Peru ein Visum für die Binnenmarkt-EG brauchen werden. Dies bringt zwar nichts ein für die Bekämpfung der vielbeschworenen organisierten Kriminalität, zeigt aber „Handlungsbereitschaft“. Verhandelt wird auch hier im stillen Kämmerlein. Zuständig sind ein Ad hoc-Ausschuß für Einwanderungsfragen und eine eigens neugegründete vierte Unterarbeitsgruppe von TREVI. TREVI — für terrorisme, radicalisme, extremismisme, violence internationale — wurde 1976 mit der Begründung gebildet, ein wirksames Instrument für den Kampf gegen den Terrorismus auf EG-Ebene schaffen zu wollen, entwickelte sich aber bald zu einem polizeipolitischen Planungsgremium der EG-Staaten. Die oberste Ebene dieses merkwürdigen Geheimbundes bilden die Innenminister der EG-Staaten, unter ihnen befinden sich die Hohen Beamten aus diesen Ministerien und auf der unteren Ebene die Vertreter der Polizei. Trotz der Tatsache, daß alle EG-Staaten hier Mitglied sind, ist TREVI keine EG-Institution, sondern ein multilaterales Gremium der beteiligten Staaten. Der Effekt: Weder das Europaparlament noch die EG-Kommission haben hier etwas zu melden. Die nationalen Parlamente bleiben genauso aus den Verhandlungen ausgeschlossen. Sie werden nur alle Nase lang und auch nur oberflächlich und unvollständig informiert. Weitgehende Entscheidungen für die zukünftige Gestalt der EG werden hier bewußt ohne jede Kontrolle getroffen.

Damit das auch so bleibt, hat man sich für den Bereich des Asyl- und Ausländerrechts einen besonderen Kniff ausgedacht: Ausgearbeitet wird nicht eine EG-Richtlinie, sondern ein Völkerrechtsvertrag. Zuständig sind damit die einzelnen Staaten und auch weiterhin nicht die EG-Institutionen Parlament und Kommission. Dem so ausgearbeiteten Vertrag können die nationalen Parlamente mit einfacher Mehrheit (der Regierungsparteien) zustimmen. Beitreten können ihm auch Länder, die nicht Mitglied der EG sind, wie etwa Österreich, die Schweiz, Schweden und Norwegen.

Dem Versuch, Europa dicht zu machen für Bürger aus den Ländern der Dritten Welt, dürfte so kaum mehr etwas im Wege stehen. Die EG der offenen Binnengrenzen wird nach außen mit Festungsmauern umgeben.

Heiner Busch

Malaysia - Ein gelassener Blick in Richtung Europa

„Unbekannte Schreckgespenster lassen einen stärker erzittern als bekannte Ängste“ So beginnt Patrick Pillai seinen Vorspann zu dem im folgenden abgedruckten Artikel, der in der ersten Aprilhälfte 1989 in „Malaysian Business“ erschienen ist. Er meint, daß die in Unternehmerkreisen in Malaysia weitverbreiteten Ängste vor dem europäischen Binnenmarkt auf Unkenntnis beruhen und übertrieben sind. In einem Dritte-Welt Land, das sich in der Weltmarkthierarchie weiter unten befindet als Malaysia, würde man eine solche Position nicht antreffen. Ein AKP-Vertreter würde völlig anders argumentieren.

Die malaysischen Hersteller und Exporteure können es sich nicht leisten, die weitreichenden Auswirkungen des Wandels in Europa zu ignorieren — auch wenn die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft als Exportmarkt für Malaysia nur an vierter Stelle rangiert, nach Japan, Singapur und den Vereinigten Staaten.

Der Anteil der EG an Malaysias Gesamtexporten belief sich 1987 auf etwas über 14% bei einer Steigerung von 23% gegenüber dem Vorjahr. Diese Steigerung verdankte sich im wesentlichen der wachsenden Ausfuhr von Gummi, Sperrholz, Elektronikprodukten und weiterverarbeiteten Lebensmitteln. Die Importe aus der EG, die sich vor allem aus chemischen Produkten, Maschinen und Transportausrüstungsgegenständen zusammensetzten, machten etwa 13% unserer Gesamtimporte aus.

Der Wirtschaftsexperte Steven Wong ist der Auffassung, daß Malaysia sich trotz der vergleichsweise geringen Bedeutung der EG als Handelspartnerin sämtliche Optionen ihr gegenüber offenhalten sollte. „Wir sollten uns keine Möglichkeiten verbauen“, sagt er.

„Wir sollten (aber auch) danach streben, nicht nur unsere bestehenden Verbindungen mit den Europäern zu pflegen und auszubauen, sondern auch mit den anderen Ländern außerhalb der EG zusammenarbeiten, um unseren Handlungsspielraum zu erweitern. Japan ist der am schnellsten wachsende Markt der Welt, und mit oder ohne EG werden wir stark auf Japan und andere ostasiatische Länder angewiesen sein.“ Professor Mohamad Ariff von der „Universiti Malaya“ sieht mit dem Binnenmarkt verschiedene Gefahren für Länder wie Malaysia entstehen. Die Gretchenfrage ist die nach der Offenheit des EG-Marktes. „Falls die jetzigen Zollregelungen weiterhin gelten, dann ist das unproblematisch. Falls es zu einer Liberalisierung kommt und mit dem binnenmarktbedingten Wachstumsschub der Wohlstand und die Nachfrage nach Rohstoffen wächst, dann umso besser. Falls jedoch eine uneinnehmbare „Festung Europa“ entsteht, dann werden Länder wie Malaysia nach Alternativen suchen müssen.“

Die Mitgliedschaft von Spanien, Portugal und Griechenland in der EG hat „das Gleichgewicht völlig verändert“, wie er sagt. Anders als die Gründungsmitglieder der EG, deren Erzeugnisse zu denen Malaysias im allgemeinen komplementär waren, treten die neuen EG-Mitglieder in direkte Konkurrenz mit Malaysia. Sie können kostengünstig produzieren und drängen mit ähnlichen Produkten auf die Märkte wie Malaysia — mit Textilien, Elektronikprodukten, Fisch und Meeresfrüchten. Ariff, ein Spezialist für internationale Wirtschaftsbeziehungen, meint, daß diese jüngeren EG-Mitglieder Malaysia einen harten Wettbewerb liefern könnten, weil ihre Ausfuhren anders als die malaysischen ohne Zollaufschläge auf den Binnenmarkt gelangen.

In der Tat ist die Angst vor dem Protektionismus berechtigt. Man erwartet, daß die EG-Mitglieder auf eine strenge Handelspolitik der Gesamtgemeinschaft drängen werden, um den Wegfall des Schutzes der nationalen Wirtschaften nach der vollen Integration 1992 wettzumachen.

Schon heute ist Malaysia von den Handelsbeschränkungen der EG betroffen. Gemäß

dem allgemeinen Präferenzabkommen (GSP) gesteht die Gemeinschaft, die ein bedeutender Markt für unser Sperrholz ist, Malaysia die zollfreie Einfuhr von 86.000 Kubikmetern zu. Jedoch gehen Malaysias Exporte in die EG über diese Quote hinaus, wie am 1986er Exportvolumen von 168.685 Kubikmetern deutlich wird.

Nach dem Wirtschaftsbericht des Finanzministeriums von 1987-1988 wird auf die Ausfuhrmenge, die über die zollfreie Quote hinausgeht, eine Abgabe von 11% erhoben. Dadurch wird die Wettbewerbsfähigkeit von Malaysias Sperrholz gegenüber Ländern mit höheren zollfreien Quoten beeinträchtigt.

Zudem benachteiligt das EG-Zollsystem weiterverarbeitetes Palmöl mit einem 12 prozentigen Zoll, während die Abgabe bei Palmöl im Rohzustand bei 2,5 bis 4% liegt. Dadurch besteht für Palmöl ein Nachteil gegenüber anderen Speiseölen wie Olivenöl, das in der Regel nicht raffiniert zu werden braucht. Aufgrund dieser schon jetzt existierenden Einschränkungen blicken einige Fachleute mit Mißtrauen dem kommenden Binnenmarkt entgegen. Sie erwarten für die asiatischen Entwicklungsländer mehr Nach- als Vorteile. Eines der Probleme ist, daß asiatische Länder wie Malaysia wenig Verbündete in Europa haben — anders als die afrikanischen, karibischen, pazifischen und lateinamerikanischen Länder, die aufgrund der Geschichte besondere Beziehungen zu Europa haben. Als Großbritannien der EG beitrug, wurden für Asien keine Sonderbedingungen vereinbart und damit auch nicht für Malaysia (...)

Ein weiteres Problem ist, daß es die asiatischen NICs (Newly Industrialised Countries) sind, die die Europäer nach Japan am meisten fürchten. Gegenwärtig machen die Europäer keinem asiatischen Land besondere Handelszugeständnisse.

(...) Es gibt noch viele andere Beschränkungen, aber es ist schwierig sie genau auszumachen, weil sie in einem Wust von Handels- und Zollregelungen verborgen sind. „Der Teufel steckt im Detail“, wie unser Europakorrespondent sich ausdrückt.

Für jeden einzelnen Industriesektor existieren irgendwelche Exporterschwernisse. Wenn es keine Einfuhrquoten sind, dann sind es nichttarifäre Handelshemmnisse (...).

Theoretisch betreibt die EG eine einheitliche Handelspolitik gegenüber den Ländern jenseits ihrer Grenzen, in der Praxis jedoch erlaubt es Artikel 115 des Vertrags von Rom (...) (1957) den Mitgliedsstaaten, ihre eigenen Schutzmaßnahmen gegen Dumping zu treffen. Bislang hat die EG diese Klausel nicht beseitigt. Einige europäische Länder

haben sie dazu benutzt, den Import ausländischer Autos zu begrenzen und die Menge von Textilien, die nach Europa gemäß dem Multi-Faser-Abkommen eingeführt werden, nach Ländern aufzuteilen. Diese Regel hat außerdem Frankreich und Großbritannien in die Lage versetzt, besondere Handelsabkommen mit einigen ihrer ehemaligen Kolonien abzuschließen.

Es existieren etliche Unstimmigkeiten... Das Mißtrauen, das daraus resultiert, wurde in den letzten Monaten durch die häufige Anwendung des Artikels 115 gegen eine ganze Palette asiatischer Erzeugnisse verstärkt.

„Die an sich legitime Bekämpfung von Dumpingmaßnahmen dient anscheinend protektionistischen Zwecken“, bemerkt William Purves, der Vorsitzende der Hongkong und Shanghai Bank Corporation. „Die Europäische Gemeinschaft ist nicht minder protektionistisch als sie es vor zehn Jahren war, nur die Formen der Protektion sind diskreter und undurchsichtiger geworden. In den Handelsbeziehungen der EG scheint Diskriminierung die Norm geworden zu sein, und ihre protektionistischen Vereinbarungen sind mit einem liberalen multilateralen Handelssystem nicht vereinbar“, teilte er der neunten Generalversammlung des Asian-Pacific Bankers Club in Kuala Lumpur vor kurzem mit. Trotz dieser Diskriminierungspraxis der Gemeinschaft sind Purves zufolge die Ängste vor ihrem Protektionismus übertrieben.

„Der Diskurs über den einheitlichen Europäischen Markt ist in Asien bislang vornehmlich von Sorge bestimmt gewesen, insbesondere von Befürchtungen über eine „Festung Europa“, sagt er.

Purves fügt hinzu, daß es schwierig sei, zu allgemeinen Urteilen über den Binnenmarkt zu gelangen, weil es sich um eine langfristige Entwicklung handle, und die Auswirkungen je nach Land, Sektor, Industriebranche und Firma unterschiedlich sein werden.

Robert Atkins, parlamentarischer Unterstaatssekretär für Industrie, teilte der British-Malaysischen Industrie- und Handelskammer vor kurzem mit, daß „viele dieser sorgenvollen Bekundungen übertrieben seien und auf einem ungenügenden Verständnis der Tatsachen beruhten“.

Die Tatsache, daß die Gemeinschaft einer der drei größten Handelsblöcke der Welt sei, „übertrage ihr eine Verantwortung, der sie sich gewachsen zeigen müsse.“ Er zitiert die britische Premierministerin, derzufolge es ein Vertrauensbruch sei, wenn die Gemeinschaft die außenwirtschaftlichen Schutzzölle erhöhe, während sie die Hindernisse für den Handel in ihrem Inneren abschaffe...

Atkins meint: „Die Gemeinschaft wird nur dann den vollen Vorteil der Abschaffung

interner Restriktionen verspüren, wenn sie für den Handel mit der ganzen Welt offen bleibt“.

Ariff hält es ebenfalls für unwahrscheinlich, daß Europa sich in eine Handelsfestung verwandeln wird. „Es gibt geeignete internationale Institutionen, die dies verhindern können. Die gegenwärtige Uruguay-Runde des GATT könnte durchaus Ergebnisse zeitigen, die den europäischen Bestrebungen nach einer strengeren Abschottung entgegenwirken. Darüber hinaus spielen die Länder der Dritten Welt anders als bei vorangegangenen Treffen eine aktivere Rolle und ihre aktive Partizipation wird die Rücksichtnahme auf ihre Interessen sicherstellen.“ Der Wirtschaftswissenschaftler Wong verpflichtet ihm bei: „Obwohl die Europäer dafür bekannt sind, daß sie sich in einigen Bereichen, die die Entwicklungsländer betreffen, nicht kooperativ verhalten, ist ihnen klar, daß sie auf lange Sicht von geringerem Protektionismus profitieren werden, und daß ihnen höhere Zolltarife schaden.“

In dem Maße, in dem die europäische Industrie durch strukturelle Anpassungsmaßnahmen ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessert, wird sich der Zwang zu einem protektionistischen Verhalten abschwächen.

Ein weiteres Hindernis für Protektionismus, sagt er, sei die Konsenssuche unter den europäischen Ländern. Sie stelle ein natürliches Regulativ gegen den Extremismus irgendeines einzelnen Landes dar.

„Solange die europäischen Länder nicht die volle Verantwortung und Entscheidungskompetenz an die Europäische Kommission und das Europäische Parlament delegieren, sondern sich wie autonome, unabhängige Einheiten verhalten (...), wird es nicht in ihrem Interesse sein, die Weltwirtschaft durch exzessiv-protektionistische Maßnahmen zu destabilisieren.“ Ein wirtschaftlich vereinigtes Europa wird einen bedeutenden Einfluß auf den Weltmarkt haben und Europas Stellung als größte Handelseinheit der Welt konsolidieren (...).

1987 betrug der Außenhandel der EG-Länder — ohne den Handel innerhalb der Gemeinschaft — 780 Mrd. US\$ im Vergleich zu 680 Mrd. US\$ der USA und 380 Mrd. US\$ Japans.

Angesichts der lebenswichtigen Rolle Europas im Welthandel ist es unwahrscheinlich, daß die führenden Politiker Europas die Interessen und Meinungen so vieler anderer Länder, von denen auch der europäische Wohlstand abhängt, ignorieren werden.

Patrick Pillai

Übersetzung: Thomas Rolirad

Die letzten Kolonien der EG

Ein nicht-alltägliches Kolloquium

Daß nicht alle Gelder in den Wind geschossen sind, die in die Institution Europaparlament fließen, stellte am 7/8. Februar die Abgeordnete der Regenbogenfraktion Dorothee Piermont unter Beweis. Dank der ihr zur Verfügung stehenden Mittel konnte an diesen beiden Tagen in Brüssel ein recht kostspieliges, sechssprachig simultanübersetztes Kolloquium zum Thema „Die letzten Kolonien der EG“ stattfinden, zu dem ca. 50 Vertreter von europäischen und außereuropäischen Unabhängigkeitsorganisationen angereist waren, 25 allein aus den beiden französischen Überseedepartements Guadeloupe und Martinique.

Die Initiative zu der Veranstaltung war nicht von der Europaabgeordneten selbst ausgegangen, sondern von einem Kreis von Organisationen aus der Karibik (Union Populaire pour la Liberation de la Guadeloupe, UPLG, und Mouvement Independentiste Martiniquais, MIM), von den Azoren (Movimento Nacional Azoriano, MNA) und von den Kanarischen Inseln (Congreso Nacional Canarias, CNC), die sich erstmals im Juli 1989 in Las Palmas zu einem Austausch getroffen hatten.

Was diese vier Organisationen aus so weit voneinander entfernten Erdenregionen damals zusammenführte, der Kampf um die Unabhängigkeit von der „Kolonialmacht Europa“, war auch der Dreh- und Angelpunkt des Brüsseler Kolloquiums, das einen in kultureller und ethnischer Hinsicht recht bunten Teilnehmerkreis in den großen Fraktionsraum des Regenbogens gelockt hatte. Europa, genauer die Länder Frankreich, Großbritannien, Niederlande, Spanien und Portugal verweigern Gebieten die Selbstbestimmung, die vorzugsweise im Pazifik und in der Karibik liegen, aber auch im Atlantik (z.B. Azoren, Kanaren), in Afrika (Ceuta, Melilla, Saba), in Südamerika (Guyana), im Indischen Ozean (Reunion, Mayotte) und im geographischen Raum Europas (Nordirland, Korsika, Baskenland). Und gemessen an der regionalen Verteilung der abhängigen Territorien war der Ausschnitt, der auf dem Kolloquium vertreten war, recht repräsentativ. Zahlenmäßig an erster Stelle standen die Vertreter von Unabhängigkeitsorganisationen, Ge-



werkschaften und linken Parteien aus der Karibik (4 Organisationen aus Guadeloupe, 4 aus Martinique und eine aus dem französischen Teil von St. Martin), gefolgt von denen aus dem Pazifik (FLNKS und USTKE aus Kanaky und Front de Liberation Polynésien). Die Azoren, das Baskenland, die Kanaren, Ceuta und Melilla, Korsika und Guyana waren jeweils mit einer Organisation vertreten. Nichtrepräsentativ war der Teilnehmerkreis in zweifacher Hinsicht: Es fehlten Vertreter der vielen noch von Großbritannien beherrschten Territorien — bis auf einen verspätet eingetroffenen Falkländer. Und weibliche Gesichter suchte man/frau völlig vergeblich: Keine einzige Organisation hatte es für nötig befunden, wenigstens die übliche Alibifrau mitzubringen.

Daß so erstaunlich viele Gruppen gerade aus den entlegenen Winkeln des „europäischen Kolonialreiches“ der Einladung folgten und die beachtlichen Reisekosten auf sich nahmen (nur ein geringer Anteil konnte von den VeranstalterInnen zugesprochen werden), läßt auf recht hohe Erwartungen auf ihrer Seite schließen. Welche das sind und ob sie befriedigt werden konnten/können — darüber läßt sich nur spekulieren. Ohne Zweifel jedenfalls bot das Kolloquium Organisationen, die den gleichen Kampf kämpfen, bedauerlicherweise aber durch ganze Ozeane voneinander getrennt sind, eine einzigartige Chance des Austauschs. Und es bot die Gelegenheit, Präsenz zu zeigen — sinnigerweise gerade in der Stadt, die auch die Schaltzentrale der EG beherbergt, und von dort aus das eigene Anliegen ins Bewußtsein einiger europäischer Multiplikatoren und in die Medien zu katapultieren. Zu befürchten ist aber, daß die Veranstaltung unfreiwillig ihren Beitrag leistete zur Pflege der in außereuropäischen Ländern weitverbreiteten Illusionen über Kompetenzen und Bedeutung des Europaparlaments.

Der Kolonialismus der Europäischen Gemeinschaft hat verschiedene Gesichter und bedeutet für die betroffenen Gebiete, wie den Berichten ihrer Vertreter zu entnehmen war, durchaus Unterschiedliches — abgesehen von dem Grundfaktum der Fremdbeherrschung. Das Baskenland etwa besitzt keine koloniale Ökonomie, wie ein Vertreter einer linken Separatistenorganisation zugestand. Ganz im Gegenteil ist es gerade in wirtschaftlicher Hinsicht eine relativ hochentwickelte Region. Der Skandal liegt für die Separatisten zum einen in dem nur halbherzigen Autonomiezugeständnis der Madrider Zentrale und in ihrer fortwährenden polizeilichen und militärischen Präsenz im Baskenland — die auch noch durch die spanische Verfassung gedeckt ist: diese enthält — darin einzigartig im europäischen Vergleich, einen Artikel, der den Schutz der Verfassung und die Wahrung der Einheit der Nation dem Militär überantwortet. Der Skandal besteht zum anderen darin, daß Kultur und Sprache der Basken nicht

zu ihrem Recht gelangen: Immerhin, so fuhr der Separatist fort, „leben die Basken seit prähistorischer Zeit in Euskadi und sprechen eine der ältesten Sprachen“ ...

Ganz anders die Situation in Korsika: Korsika ist im wirtschaftlichen Sinne europäische Peripherie und droht immer mehr zu einem Freizeitpark für bade- und wandlustige Festländer zu verkommen. Da es außerhalb des Tourismussektors kaum Arbeitsplätze gibt, sehen sich viele junge Leute zur Abwanderung gezwungen und lassen eine kaum entwicklungsfähige Gesellschaft zurück: Sie ist heute noch in Clans organisiert, deren mächtigste auch die Wirtschaft dominieren. Ein Bürgertum gibt es nicht.

che, daß Paris so großzügig Gelder in seine tropischen Departements pumpt, wird dadurch etwas zurechtgerückt, daß deren Importe zum wesentlichen Teil aus Frankreich stammen. Paris leistet somit durchaus auch Entwicklungshilfe für seine Festlandsökonomie.

Obwohl die meisten Tagungsteilnehmer aus französischen Territorien kamen, gelangte nicht die alte Kolonialmacht Frankreich auf die Anklagebank. Dieser Platz war für die Europäische Gemeinschaft reserviert — in ihrer jetzigen Gestalt und mehr noch in der künftigen, die sie nach dem Fortfall der Binnengrenzen ab 1993 annehmen wird. Die Vertreter Martiniques, Guadeloupes und Guyanas waren gut darüber informiert, was

mächtige Frankreich und Großbritannien an erster Stelle, gewährten ihnen wie auch den AKP-Bananenproduzenten bislang Zugangspräferenzen zu ihren Märkten. Sind jedoch erst einmal die Binnengrenzen gefallen, dann werden die sehr viel konkurrenzfähigeren Dollarbananen aus Latein- und Mittelamerika, die z.B. den bundesrepublikanischen Markt schon längst erobert haben, ungehindert auch nach Frankreich, Großbritannien und die anderen präferenzgewährenden Staaten strömen. Die teure Konkurrenz aus den DOMs, aus den AKP-Staaten und übrigens auch von den Kanarischen Inseln wird dann wohl das Feld räumen müssen.

Aber die Damen und Herren in der Brüsseler Kommission sind durchaus weit- und umsichtig. Schon im November 1988 haben sie in Abstimmung mit dem Ministerrat die Erarbeitung eines Programms für das tropische Frankreich beschlossen. Es trägt den wohlklingenden Namen POSEIDOM und sieht für die DOMs vorläufige Ausnahmeregelungen vor, die die ökonomischen Auswirkungen ihrer Integration in den Binnenmarkt „abfedern“ sollen.

Daß man in den Gebieten, für die POSEIDOM vorgesehen ist, nichts von dem Programm hält, war in Brüssel unüberhörbar. POSEIDOM wurde an den zwei Tagen zum Synonym für die Kolonialpolitik der Europäer. Sie verabreichen den Gebieten ein kleines Trostpflaster dafür, daß sie weiterhin in den Dienst ihrer ehrgeizigen Raumfahrtprojekte stellen dürfen (Guyana; Raumfahrtzentrum mit Abschußbasis in der Stadt Kourou, deren Bewohner kürzlich durch den Absturz einer Ariane-Rakete eine ungesunde Treibstoffdusche abbekamen), oder sie künftig (Karibik) in verstärktem Maße als Exportsprungbrett in Richtung USA nutzen.

Kurzum: Auf der Tagung war niemand vertreten, der der Integration seines Territoriums in die Gemeinschaft auch nur irgendwas Erfreuliches abgewinnen konnte. Und diese klare Ablehnung ging auch in die beiden Resolutionen ein, die in den letzten beiden Stunden des Kolloquiums zusammengezoomt wurden. Der Plan, eine einzige Resolution zu verfassen, wurde fallengelassen, weil die Belange der tropischen „Kolonien“ und derjenigen, die sich nahe oder in Europa befinden, doch zu unterschiedlich sind. Zu hoffen ist, daß die Forderungen der Resolution, die in einen Entschließungsantrag der Abgeordneten P. eingehen werden, nicht im Europaparlament verhallen, sondern an ihre Adressaten gelangen: an die Gemeinschaftseinrichtungen und an die europäische Öffentlichkeit.

isar



G. Negouai und G. Orsinet von der Umweltorganisation CORDEM, Martinique

Züge von klassischer Plantagenwirtschaft finden sich in den beiden französischen Überseedepartements (Departement d'Outre-Mer, DOM) Guadeloupe und Martinique, ungeachtet des im karibischen Maßstab hohen Lohnniveaus und der guten sozialen Infrastruktur. Die Landwirtschaft ist seit dem 17. Jahrhundert auf die Monoproduktion von Zucker ausgerichtet, seit dem Preisverfall für Zucker in den 70er Jahren ist die Banane auf dem Vormarsch. Demgegenüber wird der Anbau von Grundnahrungsmitteln vernachlässigt — sie und industrielle Konsumgüter müssen importiert werden. Dazu kommen landwirtschaftliche Besitzverhältnisse, die für das moderne Europa untypisch sind: In Martinique besitzen — so Georges Negouai von der Umweltbewegung CORDEM — 3 Großgrundbesitzer 65 % der Fläche, und diese drei Herren gehören darüberhinaus der weißen Elite an. Das ökonomische Gefälle zwischen dem europäischen und dem tropischen Frankreich ist somit erheblich — daran rütteln auch die hohen Beamtengehälter und einige blendende statistische Details nicht — wie der hohe Champagnerverbrauch in Martinique, die Tatsache, daß es im Verhältnis zur Bevölkerungszahl mehr Kfz-Zulassungen gibt als in Japan und pro Kopf eine größere Verkaufsfläche als in Paris (so G. Negouai). Und die Tatsa-

mit der europäischen Integration auf sie zukommt: Ihre Gebiete sollen in den 90er Jahren fest in den Binnenmarkt der Gemeinschaft einbezogen werden — und das, obwohl die Bevölkerung dieser drei Departements d'Outre-Mer (DOMs) ihre Ablehnung Europas durch ein ca. 90 prozentiges Fernbleiben von den letzten Wahlen zum Europaparlament (EP) zum Ausdruck gebracht hat. Und obwohl, zum zweiten, absehbar ist, daß ökonomisch für die DOMs dabei nichts herauspringt. Im Gegenteil. Bislang hatten sie das Privileg, eine lokale Importsteuer zu erheben („octroi de mer“) — auf europäische Güter ebenso wie auf nichteuropäische. Diese Importsteuern werden 1993 wie sämtliche Binnenzölle wegfallen und damit auch die wichtigste Einnahmequelle der DOM-Kommunen. Und mit dem Wegfall der Binnengrenzen wird das ohnehin schwach entwickelte Gewerbe in diesen Gebieten mit dem Andrang expansionsfreudiger Festlandsfirmen konfrontiert, dem es vermutlich nicht standhalten kann.

Aber das ist noch längst nicht alles. Guadeloupe und Martinique werden ab 1993 nicht mehr wissen, wohin mit ihren Bananen, die seit dem Verfall der Zuckerpreise in beiden Gebieten zum wichtigsten Agrargut geworden sind. Einige europäische Staaten, die ehemaligen großen Kolonial-

Wer sich für den Text der Resolutionen interessiert oder für die Texte der zahlreichen Referate, in denen die Kolloquiumsteilnehmer die jeweilige Situation in ihrem Gebiet darstellten, die/der wende sich an das Bonner Büro von Dorothee Piermont. Dort wird ab Mitte April ein Tagungsreader erhältlich sein. Adresse: Bundeshaus, HT 220, 5300 Bonn, Tel.: 0228/169198.

Prozeß gegen die PKK

Im größten „Terroristenprozeß“ in der Geschichte der Bundesrepublik, wie Generalbundesanwalt Rebmann das Verfahren gegen die 18 Kurdinnen und Kurden nannte, fielen erste Entscheidungen. In dem Verfahren vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf wurde, nachdem bereits 2 Kurden Haftverschonung erhalten hatten, am 30. Verhandlungstag das Verfahren gegen einen der Angeklagten eingestellt, sieben weitere erhielten Haftverschonung. Auch der Plexiglaskäfig, der die Angeklagten bisher im Gerichtssaal von den übrigen Prozeßbeteiligten trennte, wurde abgebaut.

Zweifellos ist das ein Erfolg der öffentlichen Bewegung gegen diesen Prozeß. Vor allem sorgten tausende von Kurdinnen und Kurden aus der gesamten BRD mit ihrem Engagement und ihrer ständigen Präsenz vor dem Düsseldorfer Sicherheitstrakt und im Gerichtssaal für Öffentlichkeit. Auch die zunehmende Zahl der kritischen westdeutschen Beobachter bis hinein in die liberalen Medien und massive Proteste aus anderen Staaten nahmen Einfluß auf den Prozeßverlauf. Doch dieser Erfolg ändert nichts an der Tatsache, daß die Verteidigungsrechte weiterhin stark eingeschränkt sind und nach wie vor gravierende Übersetzungsprobleme bestehen. Noch immer sind acht Angeklagte unter extremen Bedingungen in Untersuchungshaft (Isolation, Zeitungsverbote). Offensichtlich spekuliert man darauf, daß der internationale Protest durch wenige Zugeständnisse im Verfahrensbereich abgeschwächt werden kann. Das eigentliche Ziel, eine ausländische Befreiungsorganisation nach Paragraph 129a zu kriminali-

sieren, besteht weiter. Daher halten Bundesanwaltschaft und Gericht hartnäckig an dem Anklagekonstrukt fest, mit dem die Durchführung dieses Prozesses vor einem bundesdeutschen Gericht steht und fällt.

Das Anklagekonstrukt

Nur vordergründig geht es im PKK (kurdische Arbeiterpartei) -Prozeß um angebliche Freiheitsberaubungen und Morde aus den Reihen der PKK gegen „Abtrünnige“ in der BRD. Selbst die Bundesanwaltschaft bringt nur vier der Angeklagten in unmittelbaren Zusammenhang mit den Mordvorwürfen. Die meisten müssen sich neben dem Vorwurf der „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“ (§ 129a StGB) wegen geringen Einzeltatvorwürfen verantworten, wie z.B. Urkundenfälschung durch Verwendung eines falschen PASSES. Noch 1985 verurteilte das Landgericht Darmstadt einen der heute in Düsseldorf Angeklagten wegen eines Mordes als Einzeltäter ohne politischen Zusammenhang. Die Bundesanwaltschaft versucht nun, diesen Mord nach § 129a zur Anklage zu bringen.

Was zwischen '85 und heute geschehen ist, daß es zur Konstruktion einer „terroristischen Vereinigung“ kommen konnte, verdeutlicht die Chronologie der Ereignisse: Im Oktober '86 traf sich Generalbundesanwalt Rebmann mit dem türkischen Botschafter. Beide erklärten, man wolle den „gemeinsamen Kampf gegen den Terrorismus“ verstärken. Zu diesem Zeitpunkt war das türkische Regime durch den Befreiungskampf in Nordwestkurdistan (Südosttürkei) in erhebliche Bedrängnis geraten und wurde auch mit Hinrichtungen, Folter und Massenprozessen nicht mehr Herr der Lage. Am 01.01.1987 trat das neue, von Rebmann maßgeblich forcierte „Terrorismusegesetz“ in Kraft. Es sieht erhebliche Ausweitungen des § 129a StGB bis hin zur Möglichkeit der Kriminalisierung von Streiks als „terroristisch“ vor. Weiter stellt der § 120 Gerichtsverfassungsgesetz erstmals eine Ausweitung der Zuständigkeit des Generalbundesanwalts (und damit auch des BKAs) auf Katalogtaten dar, die geeignet sind die „äußere Sicherheit“ der

Bundesrepublik bzw. der Nato-Truppen zu beeinträchtigen. Vier Tage später erstellte das BKA den ersten Vermerk zur Einleitung des Ermittlungsverfahrens wegen Verdachts von „terroristischen Straftaten“ aus der PKK in der BRD. Seit diesem Tag sind Razzien in Wohnungen von Kurdinnen und Kurden in der BRD, Beschlagnahme von Materialien und Geld sowie Festnahmen an der Tagesordnung. Kontakt- und Zeitungsverbote, selbst Hausarrest nach dem Ausländergesetz wurden verhängt. Ab diesem Zeitpunkt läßt sich Generalbundesanwalt Rebmann auf jeder seiner „Pressekonferenzen über die terroristische“ PKK aus, ohne daß auch nur die Ermittlungen über geringe Ansätze hinausgekommen sind. Die Verfassungsschutzämter widmen sich der PKK als „verfassungsfeindlicher Ausländerorganisation“. Allgemein wird in den bürgerlichen Medien von zunehmender terroristischer Gefahr durch Ausländerorganisationen gewarnt. Das Bundesinnenministerium nützt die ausländerfeindliche Stimmung, um die aus ihrer Sicht notwendigen Verschärfungen im Ausländergesetz voranzutreiben.

Bereits im Februar 1988 begannen die Planungen für einen umfangreichen Umbau des Sondertrakts im Polizeikaserengelände in Düsseldorf. Die acht Millionen DM teure Gerichtsfestung sollte sogar gegen Luftangriffe geschützt werden. Im Oktober 1988 mündete die schon vorhergegangene Stigmatisierung der PKK als „terroristische Vereinigung“ in einer Anklage. Diese erschien trotz großer Mengen beschlagnahmter Schriften und drei Kronzeugenaussagen juristisch konfus und fadenscheinig. Die BAW (Bundesanwaltschaft) bemühte sich, im Rahmen der bisherigen Bundesgerichtshofs-Rechtsprechung, eine „terroristische“ Inlandteilvereinigung in der PKK zu konstruieren. Als Beweis für die geheime Teilvereinigung innerhalb der PKK mußte ein Sammelsurium von ca. 20 angeblichen oder tatsächlichen Gremien und Gruppen herhalten. Ein Zusammenhang mit der angeblichen Liquidierungslinie der PKK konnte allerdings nicht nachgewiesen werden. Laut BAW hatten diese Anstrengungen mit außenpolitischen Interessen der BRD nichts zu tun, sie dienten

dem Schutz ausländischer „Mitbürger“. Ende Dezember 1988 erhob die BAW gegen zwei der Kurden eine weitere Anklage. Ihnen werden zwei Morde im Guerilla-Camp der ARGK (dem bewaffneten Arm der PKK) im Libanon zur Last gelegt. Eine Erklärung, die den Versuch unternommen hätte, die Anwendung deutschen Strafrechts auf Vorgänge im Ausland und im Rahmen eines Befreiungskampfes zu rechtfertigen, blieb aus. Die Verteidigung wies in einer Einwendungsschrift darauf hin, daß laut Zusatzprotokoll I von 1977 zu den Genfer Abkommen von 1949 Kriegsvölkerrecht, auch auf antikoniale Befreiungskämpfe angewendet werden muß. Dies schließt die Beurteilung von Vorgängen auch in Zusammenhang nach deutschem Strafrecht aus. In ihrer Reaktion auf diese Einwendungsschrift ließ die BAW vollends ihre Maske fallen: Sie behaupteten im Stil der gängigen türkischen Regierungspropaganda, daß auch die Guerillaaktionen der ARGK in Nordwestkurdistan durchweg „terroristisch“ seien und Kriegsvölkerrecht deshalb nicht gelten könne. Unter diesem Gesichtspunkt ist es nur noch eine Frage der politischen Opportunität, ob auch die Guerillaaktionen in Kurdistan selbst in der BRD angeklagt werden.

Die umfangreiche Einwendungsschrift der Verteidigung, die die juristische Unhaltbarkeit der § 129a-Anklage vom Oktober 1988 darlegt, veranlaßte die BAW im Juni 1989 zu einer Flucht nach vorn: Kurzerhand wurde die gesamte PKK in der BRD, später sogar die ganze PKK in Europa zur „terroristischen Vereinigung“ erklärt. Der 5. Strafsenat des Oberlandesgerichts Düsseldorf, hatte trotz dem offenkundigen hin und her der Bundesanwaltschaft keine Skrupel, das Verfahren am 31.8.89 mit einer 3. Varianten der „terroristischen Vereinigung“ zu eröffnen: Er behauptet, es sei innerhalb der PKK zur Durchsetzung des Alleinvertretungsanspruches und zur Disziplinierung der Parteimitglieder eine mit Parteisicherheit, Kontrolle, Nachrichtendienst bezeichnete eigene Organisation entwickelt worden. Diese reiche vom Generalsekretär der PKK Öcalan über das Zentralsekretariat der Gesamtpartei, das Europäische Zentralkomitee in Köln, das Europäische Exekutivkomitee in Köln, das Komitee für Parteisicherheit, Kontrolle und Nachrichtendienst beim ZK in Köln, nach Bedarf einberufenen Untersuchungsausschüssen und Parteigerichten, Leitern der Parteigebiete bis zu speziellen Arbeitsgruppen. Der 5. Strafsenat macht damit erstmals in der Geschichte der BRD unmittelbar eine angeblich „terroristische“ Auslandsvereinigung zum Gegenstand eines Strafverfahrens. Noch 1982 lehnte dagegen der Bundesgerichtshof sogar hinsichtlich der ausschließlich aus Deutschen bestehenden, neofaschistischen „Wehrsportgruppe Hoffmann“ die Anwendung des § 129a StGB „aus Rechtsgründen“ ab, weil es sich um eine Auslandsorganisation mit Sitz in Frankreich handle. Damit ist über die erwähnte ausgeweitete Verfolgungszustän-

digkeit von BKA und BAW hinaus nun auch der § 129a StGB selbst so zugeschnitten worden, daß er prinzipiell gegen jegliche ausländische, angeblich „terroristische“ Befreiungsorganisation Anwendung finden kann. Und wie zu vernehmen ist, hat die BAW auch schon die Aufstockung ihrer Mittel und ihres Personals verlangt, unter Berufung auf weitere Ermittlungsverfahren gegen ausländische Organisationen.

Hintergründe und politische Dimension

Das Vorgehen von Bundesanwaltschaft und 5. Strafsenat ist nicht Folge irgendeiner verschrobenen Festungsmentalität. Es entspricht vielmehr der sicherheitspolitischen Linie, die die BRD seit Jahren verfolgt, ausbaut und international durchzusetzen sucht. Das konkrete Interesse im Fall der Türkei und Kurdistan ist greifbar: Der Befreiungskampf in Kurdistan, bei dem nach allen vorliegenden Informationen die PKK die wichtigste politische Kraft ist, ist inzwischen für BRD-Kapital und NATO-Interessen unerträglich geworden. So wurde über die kaum noch verdeckte militärisch-polizeiliche Unterstützung des türkischen Regimes im Kampf gegen die kurdische Guerilla und gegen die kurdische Bevölkerung eine westeuropäische Propaganda- und Repressionskampagne eröffnet. Spätestens damit wurde aus Strafverfahren gegen Einzeltäter ein § 129a-StGB-Verfahren gegen die PKK.

Zugleich konnte die BRD ihre Führungsrolle in Sachen Sicherheitspolitik der EG- und Europaratsstaaten nun voll zur Geltung bringen. Nach der Bombardierung von Tripolis durch die US-Air Force hatten sich insbesondere Genscher und andere bundesdeutsche Politiker damit hervorgetan, angesichts der Kritik an der offen völkerrechtswidrigen militärischen Interventionspolitik der USA, klarzustellen, daß die EG-Staaten subtilere Vorgehensweisen vorziehen. Das heißt konkret, Befreiungsbewegungen unter dem Terrorismus-Vorwurf zu kriminalisieren und die Strafverfolgungsbehörden einzuschalten. Die schon vor 1986 in diesem Sinne betriebenen Bemühungen, die PKK in anderen europäischen Staaten (Schweden, Frankreich, Schweiz) zu kriminalisieren, zeigte nur geringe Erfolge. So der Versuch, für den Mord an Olaf Palme die PKK verantwortlich zu machen. Es bot sich daher die Zentralisierung des Vorgehens in der BRD an: In keinem anderen westeuropäischen Staat gibt es — gewachsen aus den Wurzeln preußischer-polizeistaatlicher und faschistischer Erfahrungen — ein solch ausgefeiltes Instrumentarium der politischen Kriminalisierung wie in der BRD. Nirgendwo sonst in Westeuropa läßt sich eine solche Bereitschaft einer Sonderjustiz in der Anwendung von sog. Organisationsdelikten finden. Also bei Straftatbeständen, bei denen keine fremdschädigende Handlung, sondern die bloße Mitgliedschaft in einer (politische) Organisation verfolgt wird.

Nicht zu unterschätzen ist, daß eine breite öffentliche Kriminalisierung einer großen kurdischen Organisation mit zahlreichen Anhängern in der BRD (hier leben ca. 400.000 Kurden), die Verschärfung des Ausländer- und Asylrechts erleichtert. Generalbundesanwalt Rebmann hat in einem NRD-Interview angesichts der großen Schwierigkeiten seiner Behörde und des Gerichts mit diesem Prozeß den abenteuerlichen Gesetzesänderung vorgetragen. Danach sollen in Zukunft allein aufgrund einer Anklageerhebung nach § 129 a StGB die betroffenen Ausländer abgeschoben werden können. Dies würde eine Beseitigung der bis zur rechtskräftigen Verurteilung geltenden Umschuldungsvermutung und eine Liquidierung des Auslieferungsschutzes für politische Angeklagte und Gefangene bedeuten: Im Fall der angeklagten KurdInnen wäre dies die Abschiebung in die Türkei. Die Anerkennungsquote für Asylanttragsteller in der BRD, die zu einem großen Teil Kurden sind, ist mittlerweile auf 3,2 Prozent gesunken. Und in den Paragraphen 35,36 des neuen Ausländergesetzes soll praktisch jede oppositionelle und antiimperialistische Betätigung verboten und mit Maßnahmen bis hin zur Abschiebung geahndet werden können.

Auf dieser Linie liegt auch die neueste Bundesverfassungsgerichtsentscheidung vom 22.2.90. Sie betraf einen Kurden. Danach hat dieser keinen Asylanspruch, da er terroristische Aktivitäten im Heimatstaat unterstützt habe und diese Unterstützung in der BRD fortsetze.

Es liegt auf der Hand, daß die Bedeutung des gegenwärtigen PKK-Verfahrens weit über sein unmittelbares Bezugsfeld hinausgeht.

Gelingt es Regierung, BKA, BAW und der Sondergerichtsbarkeit mit dem § 129 a-Konstrukt und mit der „Libanonanklage“ durchzukommen, wäre ein entscheidender Schritt beim Ausbau der westeuropäischen Linie gegen Befreiungsbewegung getan. Aus diesem Grund greift eine — sicherlich begrüßenswerte — liberale Kritik an den rechtswidrigen Verfahrensbedingungen zu kurz. Ein inhaltlicher Angriff und damit auch eine umfassend wirksame Mobilisierung gegen den PKK-Prozeß in Düsseldorf wird nur durch Verstärkung der öffentlichen Kritik an der imperialistischen Agitation der BRD in Kurdistan und anderswo sowie durch massiven Widerstand gegen die Kriminalisierung von Befreiungsbewegungen möglich sein.

Michael Schubert

"Wir werden immer Kritiker haben.

Manche leben von der Kritik.

Sie werden sich mit keiner Antwort zufriedengeben."

Giuseppe Vita, Vorstandsvorsitzender des Chemiekonzerns SCHERING am 11.6.89 in der Berliner Zeitung "Der Tagesspiegel" zu verschiedenen Vorwürfen des Schering-Aktions-Netzwerkes bezüglich von SCHERING ausgehender Gesundheitsgefahren

Richtig Herr Vita!

Wir werden uns nie mit Antworten zufriedengeben

- nur mit Lösungen!

Leben können wir allerdings nicht von der Kritik an den Umweltverseuchungen, den Gesundheitsgefährdungen und den Arbeitnehmer-rechts-Verletzungen des Schering-Konzerns.

Deshalb können wir unseren regelmäßigen Informationsdienst nicht kostenlos versenden sondern müssen Interessenten um Spenden bitten.

Die Kontakte zu Betroffenen rund um den Globus kosten uns zusätzlich mehr, als wir nach den zwei Jahren, die seit der Gründung unseres Netzwerkes vergangen sind, noch selbst aufbringen können.

SchAN SCHERING AKTIONS- NETZWERK
c/o Henry Mathews, Tel. 06403-87639
Grüninger Straße 15, 6301 Pohlheim 1

Sonderkonto SchAN, Nr. 114 000 5886,
Sparkasse Berlin (West), BLZ 100 500 00

„Warten bis die Züge wieder fahren“ - eine Ghetto-Reportage

Nach zwei erfolgreichen Büchern ("Bruder, muß zusammen Zwiebel und Wasser essen" und "Wie Mutlu Öztürk schwimmen lernen muß") liegt nun von Paul Geiersbach eine dritte Arbeit vor. Der erste Band einer Reportage über ein türkisches Wohnviertel im Ruhrgebiet, ein Türkenghetto, wie er es nennt, in dem der Autor fast eineinhalb Jahre gelebt und gearbeitet hat. Das Ergebnis eines mutigen und wie Günter Wallraff in seinem Vorwort anmerkt, "ein längst fälliges Unternehmen". Das Problem der "Türkenviertel" oder "Ghettos", wie sie im Zuge der türkischen Arbeitsmigration in der Bundesrepublik vielerorts entstanden sind, ist in der Forschung ein weitgehend unbeachtetes Thema geblieben.

In "Warten bis die Züge wieder fahren" handelt es sich nicht um eine Reportage im üblichen Sinne. Paul Geiersbach ist Soziologe mit einer mehr als zehnjährigen Erfahrung in der praktischen und theoretischen Ausländerarbeit. Er spricht die türkische Sprache und hat durch längere Aufenthalte in der Türkei einen breiten Einblick in Gesellschaft und Kultur des Landes gewonnen.

Paul Geiersbachs Reportage ist, so würde ich sagen, eine durch teilnehmende Beobachtung erweiterte Interaktionsanalyse, die aber auf mehr abzielt, als auf die Erhebung wissenschaftlicher Daten zu wissenschaftlichem Selbstzweck. Beabsichtigt war vielmehr eine breitere Leserschaft anzusprechen - ein Anliegen, das man angesichts der Brisanz des Themas nur begrüßen kann, "denn die so zahlreichen Türkenviertel ... könnten schon bald die neuen 'Juden'-Ghettos in Deutschland sein - die 'Reservate' für eine sozial verachtete und ausgegliederte ethnisch-religiöse Minderheit - und als solche dann nach privatem und öffentlichem Bedarf die neuen Zielscheiben für gesellschaftliche Aggressionen, spricht 'Volkswut'..." (Wallraff im Vorwort).

Geiersbach begegnete seinen Forschungs-"Objekten" nicht in "neutraler Affektivität" unter Ausklammerung seiner eigenen Person und Lebenswelt, sondern brachte sich selber als Nachbar und Mitmensch ein und handelte, wie Wallraff es nennt, in "agierender Teilnahme".

Es handelt sich um einen Bericht, der den Leser tief in die Ghetto-Welt hineinführt, ihn "durch alle Ecken und Winkel des Ghettos bis hin ins Hinterzimmer der Moschee, wo Geiersbach allmorgendlich mit dem Geistlichen der Gemeinde, dem Hodscha frühstückt" (Wallraff), der ihn mit den sozialen Strukturen und Institutionen des Ghettos, mit den Sitten und Gewohnheiten seiner Bewohner, ihren Denk- und Handlungsmustern, ihren Nöten und Hoffnungen vertraut macht. Aber auch von Dumm-

heit und Engstirnigkeit, von Betrug und Gewalt ist die Rede. Ja, Geiersbach ging kritisch und unsentimental an die Sache heran. Er präsentiert uns die Ghetto-Welt ohne Vorhang.

Geiersbach zählt nicht auf, gliedert, erörtert, diskutiert nicht, er erzählt all dies in bester Erzähltradition, spannend in der Abwicklung des Handlungsfadens, geschmeidig und bildhaft in der Sprache.

Und dennoch ist "Warten bis die Züge wieder fahren" kein Roman. Es ist die prosaische Vermittlung eines Stücks harter bundesrepublikanischer Wirklichkeit - authentisch, weil soziologisch sorgfältig ausgeleuchtet, und dadurch auch, wie Heinrich Popi urteilt, "ein Stück bester Sozialforschung".

Anzumerken ist noch: Geiersbachs Nachbarn oder Mitbewohner in besagtem Viertel waren überwiegend gläubige bis strenggläubige Muslime. So läßt sich "Warten bis die Züge wieder fahren" auch als ein Buch über die in Deutschland lebenden türkischen Muslime und den hier von ihnen praktizierten Islam lesen. Für mich, der mir vergleichbare Publikationen auf dem deutschen Büchermarkt unbekannt sind, war "Warten bis ..." auch von dieser Seite her eine hochinteressante Lektüre. Gottesdienst, Gebet, Ramadan, Fasten, Moschee, Moscheebetrieb, Gemeindeleben, in all diese Bereiche bietet Geiersbach auf breitem Raum intimen Einblick.

Kurzum ein, wie das schon für Geiersbachs vorausgegangene Bücher galt, ebenso ungewöhnliches wie bemerkenswertes Buch, über das gewiß noch viel gesprochen werden wird. Man darf auf den 2. Band der Reportage gespannt sein, der nach Auskunft des Verlages im Frühjahr unter dem Titel "Gott auch in der Fremde dienen - Ein Türkenghetto in Deutschland Bd II" erscheinen wird.

Emil Zimmermann

Paul Geiersbach

Warten bis die Züge wieder fahren - Ein Türkenghetto in Deutschland; Vorwort Günter Wallraff; Berlin 1989; Mink Verlag, 1000 Berlin 62, Belzigerstraße 15; 415 S. u. 1. Glossar; DM 25,-

Frauenhandel in Deutschland: kein Randproblem

Wut hat die Frauen der Projektgruppe an der Tübinger Universität veranlaßt, das Thema Frauenhandel aufzuarbeiten; Wut auf die Machenschaften der Heiratshändler, auf die unverblühte Werbung für Prostitutionstourismus in den Reisekatalogen, auf die sensationsgeilen Journalisten und nicht zuletzt Wut auf die Bundesregierung, die in dieser Sache keinen Handlungsbedarf sehen will. Aber das Ergebnis dieser sich über zwei Jahre erstreckenden Arbeit ist keine Schimpftirade, wie nun einige vermuten könnten. Im Gegenteil, die MitarbeiterInnen der Projektgruppe haben eine fundierte und umfassende Abhandlung über die Bedingungen dieses frauenverachtenden Geschäfts vorgelegt. Es ist ihnen überzeugend gelungen - und so lautete auch ihr selbst gestecktes Ziel - aufzuzeigen, wie der Frauenhandel in seiner Gesamtheit „bestens in der bundesdeutschen Alltagskultur abgedeckt ist.“

Die Stärke der Aufsatzsammlung ist zum einen die Aufarbeitung der verschiedenen Dimensionen des Frauenhandels: der Mädchenhandel seit der Jahrhundertwende, die Ursachen und Formen des Heiratsmarktes und des Prostitutionstourismus, die Bedingungen und Probleme in den Beratungsstellen, Prostitutionstourismus unter Travellern, rechtliche Diskriminierung der vom Frauenhandel betroffenen Frauen. Zum anderen setzen sich die Autorinnen mit der Norm der heutigen, eindeutig männlichen Sexualität und mit der gesellschaftstragenden Eheideologie, die dieses Geschäft ermöglicht, auseinander.

Die Autorinnen stimmen in ihrer feministischen Argumentation nicht immer überein, was die Aussage des Buches nicht schwächt. Doch ein Hinweis im Vorwort auf die zum Teil voneinander abweichenden Standpunkte hätte Klarheit schaffen können. Die Mitglieder der Projektgruppe bemängeln, daß die Entrüstung über Frauenhandel und Prostitutionstourismus meist aus moralisch-sittlichen Gründen oder wegen der Ausbeutung der Dritten Welt erfolgt. „Die Normalität der dabei praktizierten Sexualität bleibt unhinterfragt“. Sie verurteilen Prostitution, die Frauen stets diskriminiert und zum Objekt männlicher Sexualität macht. Die über Händler in die BRD gekommenen Frauen und die im Sexbusiness tätigen Frauen in und aus der Dritten Welt wollen die Autorinnen als handelnde Subjekte sehen. Doch kritisieren Prostituierte, daß sie durch die Verurteilung ihrer Arbeit, auch von Feministinnen, immer als Opfer, als Objekt abgestempelt werden. Eine Arbeit, die für sie, wie andere Tätigkeiten mit unannehmbaren und verbesserungswürdigen Arbeitsbedingungen verbunden ist. Schade, daß

die Autorinnen hier nicht die Auseinandersetzung mit Prostituiertenorganisationen in der Dritten Welt wie z.B. mit Empowerin Bangkok gesucht haben.

Während laut Vorwort den Motiven der Männer für ihre Teilnahme am Frauenhandel oder am Prostitutionstourismus bewußt nicht nachgegangen wird, weil das Problem nicht mit einer Einteilung in gute oder schlechte Männer erfaßt werden kann, begeben sich zwei Frauen in den Kapiteln „Verschiedene Wege - verschiedene Ansprüche“ und „(Alternativer)-Prostitutions-Tourismus“ auf die Suche nach der männlichen Motivation. Sie haben Männer zu Interviews eingeladen, die offen und teilweise unbeabsichtigt entlarvend erzählen. Gerade die Traveller schaffen es, sich mit einem Mäntelchen der Abgeklärtheit und Emanzipiertheit zu umgeben, indem sie Prostitution mit dem Flair eines auch sonst üblichen Urlaubsflirts verkaufen. Obwohl die Frauen die diskriminierenden Einstellungen klar herausarbeiten, sind die Ausreden amüsant zu lesen. Eine Crux für die Männer dürfte das Resümee der Autorinnen sein. Die Mitarbeiterinnen der Projektgruppe sehen in der „Enthaltensamkeit“ keine alternative Verhaltensweise: wenn sich Männer „in einer bestimmten Situation oder während der gesamten Reise gegen den Sexualkontakt entscheiden, ...“ dann ändert dies „nichts an der Tatsache, daß der Kauf von Sex für sie immer und überall möglich ist“. Leider wird weder an dieser Stelle noch im Vorwort diese Problematik weiter ausgeführt. Hier hätte ein entsprechendes Vorwort die Klammer bilden müssen. Die Autorin des Vorwortes verliert sich dafür lieber unter dem Titel „Dem Thema auf der Spur“ in ausschweifenden literarischen Exkursen.

Eine wertvolle Hilfe für diejenigen, die sich aktiv gegen den Frauenhandel einsetzen wollen, bietet die Darstellung der rechtlichen und politischen Dimension inklusive der im Anhang zusammengestellten Liste aller gegen Frauenhandel aktiven Gruppen und Einrichtungen. Dabei belegt der „Forderungskatalog gegen Sextourismus und Frauenhandel“ der Arbeitsgemeinschaft gegen internationale sexuelle und rassistische Ausbeutung (AGISRA) das geringe Interesse der Bundesregierung am Schutz der betroffenen Frauen. So werden im geplanten Ausländergesetz diese Frauen weiter diskriminiert, während die im Frauenhandel und im Sexbusiness involvierten Männer auch zukünftig vom Vater Staat beschützt und geschont werden.

Spannend zu lesen sind die drei Aufsätze über die Geschichte des Frauenhandels. Das bisher nur schwer zugängliche Material zeigt anschaulich, wie sich der Frauenhandel um die Jahrhundertwende dort aus-

gebreitet hat, wo wirtschaftliche Krisen Frauen leicht zu Opfern von Händlererringen machten. Damals wie heute bestritten die Regierungen, daß von staatlicher Seite Maßnahmen gegen die international organisierten Machenschaften notwendig seien. Die historische Betrachtung bricht mit dem zweiten Weltkrieg ab. Die Autorinnen scheinen den Handel mit deutschen Frauen nach 1945 vor allem in die USA nicht erwähnenswert zu finden.

Vermißt habe ich eine fundierte Kritik an den historischen Bewegungen gegen den Frauenhandel, am „Deutschen Nationalkomitee zur Bekämpfung des internationalen Mädchenhandels“ und an der sog. Abolitionistische Bewegung (sie strebt die Abschaffung der Prostitution an, da sie diese für anstößig hält). Die Autorinnen verharren in einer deskriptiven Haltung und vergeben damit die Chance, sich mit den noch heute gültigen Zielen der Abolitionistischen Bewegung auseinanderzusetzen. Eine solche Auseinandersetzung ist notwendig, da sich bei den heute noch aktiven Abolitionisten konservative Kräfte gesammelt haben, die in der Prostitution Sittenverfall und in Prostituierten gefallene Engel sehen, die von ihren Sünden befreit werden müssen. Bei der Beschreibung des „Deutschen Nationalkomitees gegen internationalen Mädchenhandel“, das sich in seiner Arbeit immer wieder mit nationalsozialistischem Gedankengut hervorgetan hat, hätte ich größere Distanz erwartet.

Trotzdem gibt dieses Buch, auch für diejenigen, die sich nicht erst seit heute mit Frauenhandel und Sextourismus auseinandersetzen, wichtige Anstöße. Für 19.80 DM ist es außerdem recht günstig zu erste-

mm

Tübinger Projektgruppe Frauenhandel (Hrsg), Frauenhandel Deutschland, Bonn 1989, 351 Seiten, Dietz Verlag.

Eine neue Afrika-Zeitschrift aus Österreich

Zeitschriften, die sich mit Afrika beschäftigen, sind im deutschsprachigen Raum nach wie vor Mangelware. Von daher ist jede Neuerscheinung grundsätzlich erst einmal zu begrüßen. Das gilt auch für die ZAST — "Zeitschrift für Afrikastudien" — die seit 1987 halbjährlich in Wien herauskommt. Wie der Name schon andeutet, wendet sich die ZAST in erster Linie an ein interessiertes Fachpublikum und weniger an die breite Öffentlichkeit. Entsprechend sind relativ viele Artikel auf Englisch oder Französisch abgefaßt. Die Palette der behandelten Themen ist breit. Dort wo es um Geschichte und Philosophie geht, aber auch um Literatur oder die Situation der afrikanischen Frau — der sogar ein ganzes Heft gewidmet ist (4/89) — können Leser und Leserin durchaus manche interessante Einsicht gewinnen. Etwa wenn Carola Donner-Reichle die offizielle Frauenpolitik Tansanias einer kritischen Prüfung unterzieht (4/89). Wenig Neues bringen hingegen die Beiträge, die sich mit dem beschäftigen, was man früher allgemein als Politische Ökonomie bezeichnete. Überspitzt formuliert: Daß IWF, Weltbank und "die" kapitalistische Weltwirtschaft an allem Elend Afrikas schuld sind, dürfte inzwischen eigentlich hinlänglich bekannt sein. Da wäre es vielleicht interessanter, auch einmal die internen Ursachen der afrikanischen Krise auszuleuchten: Die Korruption der Eliten, die Ineffizienz der staatlichen Verwaltung oder die katastrophale Landwirtschaftspolitik. Das sind Fragen, die anderswo schon längst diskutiert werden. Beispielsweise in dem von Emmanuel Terray herausgegebenen — und in Heft 5/89 übrigens positiv besprochenen — Sammelband »L'Etat contemporain en Afrique«.

In der Tat stellt der Rezensionsteil der ZAST einen ihrer weiteren Pluspunkte dar. Nicht nur wegen seines Umfangs, sondern auch, weil die übliche akademische Zurückhaltung hier nicht anzutreffen ist. Bisweilen schießt die Kritik allerdings über das Ziel hinaus. So kann man über Walter Michlers "Weißbuch Afrika" zwar geteilter Meinung sein, aber ihm eine "Biertisch-Argumentation" zu bescheinigen und ihn als "antidemokratischen Kollaborateur des Apartheidregimes" zu bezeichnen (5/89), hat nichts mehr mit konstruktiver Provokation zu tun, sondern ist schlicht und einfach ein Schlag unter die Gürtellinie. Das sollte eine Zeitschrift mit dem Anspruch der ZAST nicht nötig haben. Hoffen wir, daß es sich bei derlei Attacken nur um Kinderkrankheiten beziehungsweise -unarten handelt und wünschen wir der ZAST ansonsten eine produktive Zukunft. fbt

ZAST, Haydngasse 14,8, A-1010 Wien

Spendet Patenschaftsabos für die DDR!

Seit der „Öffnung“ erhalten wir immer wieder Abo-Anfragen aus der DDR. Inzwischen übersteigt es unsere finanziellen Möglichkeiten, all diese Abos selbst zu finanzieren. Deshalb bitten wir um Übernahme von Patenschaftsabos für Menschen aus der DDR. Zwei Möglichkeiten bieten wir an:

- 1.) Ihr kennt persönlich jemanden in der DDR, die/der die „blätter“ beziehen möchte, teilt uns deren/dessen Anschrift mit und bezahlt das Abo per Scheck oder nach Rechnung.
- 2.) Ihr spendet einen Abobetrag mit dem Stichwort „blätter für die DDR“ als Verwendungshinweis.

Bei beiden Möglichkeiten gehen wir davon aus, daß das Abo erstmal für ein Jahr übernommen wird. Danach fragen wir an, ob's weiterlaufen soll.

Ich spende ein DDR-Patenschaftsabo

☐ an eine/n vom iz3w ausgewählte/n Leser/In

☐ an folgende Adresse

Name _____

Vorname _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

Datum _____

Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von sieben Tagen schriftlich widerrufen kann.

Datum _____

☐ Rechnung an meine Adresse

Name _____

Vorname _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

Abo-Nr. _____

Unterschrift _____

Unterschrift _____

neu * neu * neu * neu * neu

Basisbroschüre:

Gesetzliche Bestimmungen
Politische Grundsätze
Rüstungsexport und 3. Welt
Chile/Türkei

28 Seiten, Preis: 5,00 DM
plus Porto Bestelladresse:

BUKO, Koordinationsstelle
Bremen, Buchtstr. 14/15

2800 Bremen 1 o421/326o45
oder beim iz3w, Pf 5328, 78 FR



Argumentationshilfe
gegen bundesdeutsche
Rüstungsexporte



**RÜSTUNGSEXPORTE
POLITISCHE VERANTWORTUNG**

Kinder des Sturms

Das Thema dieses Buches ist ein sehr Spezielles. Aber es wendet sich an alle, die sich für die menschliche Seite einer konkreten Situation auf den Philippinen interessieren. Das kleine 120 Seiten umfassende Buch schildert die Arbeit eines Kinderrehabilitationszentrums in Manila. Dort werden hauptsächlich Kinder behandelt, die Opfer der umherziehenden militärischen und paramilitärischen Gruppen wurden: Kinder, die in einem Klima massiver Verunsicherung der Eltern aufwuchsen, die selbst Opfer von militärischen Angriffen und Folter oder zu Zeugen solcher werden mußten und Kinder, die auf grausamste Weise einen Elternteil oder andere Familienmitglieder verloren.

Ein Verdienst dieses Buches ist es, daß es die schwierige Arbeit mit diesen Kindern öffentlich darstellt, obwohl das psychologische Wissen über Therapie und Rehabilitation von Opfern von Folter, Verhaftung oder Vertreibung noch viele Lücken aufweist.

Behandlungszentren für Folteropfer gibt es in Kopenhagen, in Brüssel und Köln aber auch in Chile und in der Türkei. Projekte, in denen Kinder behandelt werden gibt es jedoch nur vereinzelt. Ausgangslage für die Einrichtung des Zentrums 1985 war eine Untersuchung von Frau Dr. Marcelino, Psychologieprofessorin, über die Kinder von politischen Häftlingen. Die MitarbeiterInnen des Projekts waren für dieses Klientel nicht speziell ausgebildet: „Wir mußten auf unsere Intuition und Beobachtungen mit unseren eigenen Kindern (des Zentrums) zurückgreifen, um zu lernen, wie wir sie erreichen können, und sie lehrten uns, mit ihnen zu arbeiten.“ (S. 14) Die ersten fünf Jahre Arbeit mit den Kindern des Rehabilitationszentrums sind in diesem Buch dargestellt. Folgende drei Themen bilden die Gliederung:

- 1) Die Bedeutung des Todes naher Familienangehöriger für Kinder (II. Kapitel)
 - 2) Über die Auswirkungen gesellschaftlicher Aggressionen auf die nächste Generation (III. Kapitel)
 - 3) Auswirkungen von Zwangsumsiedlungen auf Familien (IV. Kapitel)
- Fallbeispiele belegen die Aussagen der einzelnen Themen.

Im anschließend abgedruckten Tätigkeitsbericht des Kinderrehabilitationszentrums werden dessen verschiedene Aktivitäten im Einzelnen aufgelistet und kurz beschrieben.

Die Stärken des Buches liegen in der anschaulichen Darstellung der konkreten Auswirkungen des Krieges auf die Menschen und speziell auf die Kinder und in der Beschreibung der Behandlungsweisen und Erfahrungen im Rehabilitationszentrum.

Wer am psychologischen Hintergrund dieser Erfahrungen interessiert ist, sieht sich enttäuscht. Hauptsächlich im dritten Kapitel wird versucht, einen theoretischen Überbau zu liefern. Antworten auf wichtige Fragen werden jedoch in Theorien erstickt. Unnötig erscheint mir auch, daß Gesprächsdialoge im Original abgedruckt wurden, denn wieviele LeserInnen sprechen philippinisch?

Für die LeserInnen, die ein inhaltliches Interesse an der Arbeit des Kinderrehabilitationszentrums haben, ist dieses Buch zu empfehlen. Da durch dieses Bändchen auch Nicht-Fachleute erreicht werden können, und die Aufarbeitung der Theoriedefizite noch einige Jahre Arbeit brauchen wird, kann man getrost über einige sprachliche und formale Mängel hinwegsehen.

Angelika Rees

(Psychosoziale Beratungsstelle für AusländerInnen Freiburg)

Kinder des Sturms

Jasmin Espiritu Acuna

Hrg.: Stiftung für Kinder / terre des hommes

Wurf Verlag, 1989, 120 Seiten, 12,80 DM



südostasien informationen

Chinesen in Südostasien

Heft Nr. 4/89

- Auslandschinesen in Südostasien
- Vietnam: Die Vertreibung der Chinesen
- Malaysia: Das "Chinesen-Problem"
- Die Entstehung des "Chinesen Problems" in Indonesien
- Sozialer Wandel der chinesischen Bevölkerung in den Philippinen

Außerdem:

Kirche in Asien - Kambodscha: ... zurück zum Schlachtfeld - 8 Buchbesprechungen - 3 Tagungsberichte; aktuelle Nachrichten zu Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, Osttimor, Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam; Termine; Literaturhinweise.

Schwerpunkt des nächsten Hefts:

Das Bild Südasiens in der BRD

südostasien informationen

erscheint vierteljährlich
Umfang: 64 Seiten
Einzelpreis: DM 8,-

Jahresabonnement:
DM 24,- für Einzelpersonen
DM 48,- für Institutionen

Konten: Sparkasse Bochum (BLZ 430 500 01) Nr. 30302481,
Postgippsamt Dortmund (BLZ 440 100 48) Nr. 1748-480

Südostasien
Informationsstelle
Josephinenstraße 71
D- 4630 Bochum 1
Tel.: 0234 / 50 27 48
Electronic-Mailing:
Geonet GEO3:SEAINFO

NEU

Bücher zu LATEINAMERIKA II

Herausgeber: Der andere Buchladen, Köln
Informationsstelle lateinamerika, Bonn

Über 400 Kurzrezensionen von Neuerscheinungen zu lateinamerika der letzten beiden Jahre. Ein Autorenregister und eine übersichtliche Gliederung (nach Ländern und Sachthemen) erleichtern das Nachschlagen. Besprochen werden:

- Sachbücher zu Lateinamerika
- lateinamerikanische Belletristik in deutschen Übersetzungen
- eine Auswahl von Büchern, die sich mit dem Nord-Süd-Verhältnis beschäftigen

140 Seiten für nur DM 2,- (+ DM 2,- Versandkosten, ab 10 Expl. versandkostenfrei) Vorauskasse in Briefmarken oder Verrechnungsscheck.

Weiterhin erhältlich Bücher zu Lateinamerika (I) mit Besprechungen der bis Anfang 1988 lieferbaren Titel zu lateinamerika (236 S., DM 5,- + 2,- Porto, Bücherliste I und II zus. DM 9,- incl. Porto), Bücherliste Spanien (40 S., 1,- DM + Porto) und Bücherliste Portugal (ca. 100 S., ca. 3,- DM + Porto).

Bestellungen an

Der andere Buchladen
Zülpicherstr. 197
5000 Köln 41

oder

Informationsstelle Lateinamerika
Oscar-Romero-Haus
Heerstr. 205
5300 Bonn 1
(nur: Bücher zu Lateinamerika)

Vertrag zur Ausbeutung der Timor Spalte unterzeichnet

Nach 14 Jahren Annexion Ost-Timors durch die indonesische Armee will sich nun auch Australien an der Ausbeutung des besetzten Landes beteiligen. Ein entsprechender Vertrag über die Nutzung der Erdöl- und Erdgasvorkommen in der zwischen Australien und Indonesien liegenden Timorspalte wurde Ende letzten Jahres von den beiden Ländern unterzeichnet. Damit wurde, trotz jahrelanger Sympathiebekundungen für die Unabhängigkeitsbestrebungen der Ost-TimoreInnen, von der australischen Regierung ein weiterer Schritt unternommen, den Anschluß Ost-Timors durch das Suharto-Regime in Indonesien anzuerkennen.

Die ehemalige portugiesische Kolonie wurde 1975 völkerrechtswidrig von indonesischen Truppen besetzt. Seitdem sind bei militärischen Auseinandersetzungen mit der Unabhängigkeitsbewegung FRETELIN (Frente Revolucionario do Timor Leste Independente), durch Repressionen gegen die Zivilbevölkerung und durch eine lange Hungersnot ca. ein Viertel bis ein Drittel der OsttimoresInnen ums Leben gekommen. Dennoch konnte der Widerstand gegen die Annexion nicht gebrochen werden. Die katholische Kirche — etwa 80 % der 700.000 Einheimischen sind katholischen Glaubens — bietet den Widerstand leistenden Gruppen organisatorischen Schutz.

Im Frühjahr des vergangenen Jahres forderte das Oberhaupt der katholischen Kirche in Ost-Timor, Bischof Belo, in einem Brief an den UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar ein Referendum über die Zukunft Ost-Timors. Die Reaktion des Vatikans war sehr zurückhaltend. Bischof Belo gilt im Vatikan als zu engagiert für die Unabhängigkeit Ost-Timors.

Anläßlich des Papstbesuches kam es im Oktober zu Ausschreitungen und einer verstärkten Verfolgungswelle gegen jene, die für die Unabhängigkeit demonstriert hatten. Im Vorfeld dieses Besuches war es zu Auseinandersetzungen darüber gekommen, ob das Auftreten des Papstes nicht ein stillschweigendes Einverständnis mit der Okkupationspolitik Indonesiens bedeute. Die Sprache und Kultur der Ost-TimoreInnen werden von Indonesien unterdrückt. Staatliche Geburtenkontrolle soll die ursprüngliche Bevölkerung reduzieren und eine aktive Einwanderungspolitik die Zahl indonesischer Siedlungen in Ost-Timor vermehren. Doch das Projekt scheitert an den Unabhängigkeitsbestrebungen, allen voran der FRETELIN und ihrem bewaffneten Arm, der FALINTIL. Auf diplomatischer Ebene ist die Ost-Timor-Frage in letzter Zeit wieder etwas in den Vordergrund gerückt: Völkerrechtlich gilt Ost-Timor noch immer als Teil Portugals und damit der EG. Diese hat 1988 die indonesische Okkupation ausdrücklich verurteilt. Dennoch spricht vieles dafür, daß der internationale Protest gegen die Annexion eher ab- als zunehmen wird.

So gilt das seit 25 Jahren in Indonesien am-

tierende Suharto-Regime in den Augen der westeuropäischen Länder und der USA als „Garant für ökonomische und politische Stabilität“, wie es der amerikanische Vize-Präsident Quale bei einem Besuch im vergangenen Jahr ausdrückte. Zumal sich Indonesien als zuverlässiger Verbündeter im Kampf gegen den Kommunismus erwiesen hat. Nach der Machtübernahme General Suhartos 1965 wurde praktisch die gesamte kommunistische Partei Indonesiens liquidiert, und auch der Kampf gegen die osttimorische Befreiungsbewegung wird, ebenso wie die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen, mit dem Hinweis auf die marxistische Infiltration gerechtfertigt. Auch als Handelspartner für Waffengeschäfte spielt Indonesien eine wichtige Rolle. Noch immer werden Waffen aus der Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien und den USA nach Indonesien geliefert; die Strategie der Aufstandsbekämpfung, wie sie seit 1984 betrieben wird, stammt ebenfalls aus den USA.

Der jüngst zustande gekommene indonesisch-australische Vertrag über die Timorspalte soll im März/April dieses Jahres vom australischen Parlament ratifiziert werden, wodurch die indonesische Annexion Ost-Timors einmal mehr de-facto anerkannt und damit das Recht Ost-Timors auf Selbstbestimmung bestritten wird.

Matthias Bertsch

Kontaktadresse in der Bundesrepublik:
Gesellschaft für bedrohte Völker
Postfach 2024
3400 Göttingen

Hoffnung für den Libanon?

Knapp 500 Tote und 1.700 Verletzte hat der unvermindert andauernde Konflikt zwischen den Truppen General Aouns und christlichen Milizen in Ost-Beirut bereits gekostet. Seit 15 Jahren tobt Bürgerkrieg im Libanon. Ist ein Ende in Sicht? Auf einer Tagung der Evang. Akademie Tutzing überraschten libanesische Vertreter mit einer relativ hoffnungsvollen Einschätzung der Lage ihres Landes. 95 % der libanesischen Bevölkerung tritt, kriegsmüde, für einen sofortigen Frieden ein. Zwei Gründe für den begrenzten Optimismus wurden angeführt: Die integrierende Wirkung des Kampfes von General Aoun zur Klärung innerer Verhältnisse und zur Vertreibung der syrischen Besatzer und das im vergangenen Jahr zustande gekommene Abkommen von Taif. Die Unvollkommenheit des Abkommens charakterisierte G. Rubeiz vom ökonomischen Rat der Kirchen mit dem Beispiel einer Schußwunde, die genäht wird, obwohl die Kugel noch im Fleisch steckt. Nichtsdestoweniger sei es aber ein wichtiger Ausgangspunkt für weitere Schritte. Wie sollen sie aussehen? Christen wie Moslems forderten auf der Tagung ein Fortbestehen des Staates Libanon. R. Chimelli von der Süddeutschen Zeitung wies darauf hin, daß es für die libanesischen Christen inakzeptabel sei, in den Status von Schutzbefohlenen islamischer Herrschaft zurückzufallen. Moslems wiederum bereite es große Probleme unter der Herrschaft einer christlichen Minderheit zu leben. Die Bandbreite angesprochener Entwicklungsmöglichkeiten bewegt sich zwischen Teilung, bereits vollzogener Autonomisierung einzelner Regionen und Säkularisierung. Vorschläge einer bundesstaatlichen oder kantonalen Verfassung wurden gemacht, sowie auch die Rotation von Spitzenpositionen diskutiert. Ohne den Rückzug syrischer und israelischer Truppen aus dem Libanon und der Entwaffnung der Milizen ist kein Frieden möglich. Nur durch den Druck der Supermächte auf ihre Partner in der Region kann dies geschehen. Botschafter Eitel vom Auswärtigen Amt schätzte deren Bereitschaft, sich in dieser Region „die Finger zu verbrennen“, äußerst gering ein. Libanon 1990: Licht am Ende des Tunnels? — Hoffentlich keine Fata Morgana!

Hans-Christian Rößler

'Libanon — Leiden ohne Ende?'

Tagung der Ev. Akademie Tutzing
vom 9.-11.2.90

**SANDINO
DRÖHNUNG**

KAFFEE

AUS NICARAGUA

OHNE
ZWISCHENHANDELSPROFITE
INCL. 10 % SPENDE
ZUM SELBSTKOSTENPREIS
100 DM FÜR 10 X 1 PFUND
Vorfinanziert durch
ABO statt Banken bei:

Bärlicher Kaffee
— Genossenschaft e.G.
Crellestraße 22
1000 Berlin 62
☎ 030 / 781 40 18
OI 12-15 Uhr, DO 16-20 Uhr
INFOBLATT ANFORDERN!



Flugblattaktion gegen Frauenhändler in Südbaden

Im südbadischen Gündlingen/Breisach betreibt seit letztem Jahr wieder ein Heirats-händler seine Geschäfte. Er schaltet in der Badischen Zeitung regelmäßig Anzeigen, in denen er Frauen aus der Dritten Welt anpreist: „Brasilianerinnen wünschen deutschen Lebenspartner in jeder Altersgruppe und mit jedem Bildungsstand.“ Wenn die Herren sich dann an die „Tropical“-Partnervermittlung von Waldemar Watzko wenden, werden ihnen die bekannten Lügen aufgetischt — über Frauen, die nur darauf warten, daß ein Deutscher sie einkauft, denn „eine Brasilianerin ist auf die Welt gekommen, um für die Zweisamkeit zu leben und für einen liebenswerten Mann immer da zu sein“. So das Anschreiben der „Tropical“. Terre des Femmes reagierte auf dieses frauenverachtende Geschäft mit einer Flugblattaktion, um die Gündlinger Bevölkerung über die Machenschaften ihres Mitbürgers aufzuklären. Während die Gündlinger mit der Sache nichts zu tun haben wollen: „Was der für ein Hobby hat, interessiert mich nicht“ und darauf verweisen, daß die Watzkos im Gemeindeblättchen die Seriosität ihrer „Tropical“-Partnervermittlung schriftlich beteuert hätten, zeigte Watzko Terre des Femmes wegen Beleidigung an.

Die Vermittlung von ausländischen Frauen als Ehefrauen ist legal, im Gegensatz zum illegalen Handel mit Frauen, die zur Prostitution gezwungen werden. Von vielen Gruppen, vor allem Frauenorganisationen, werden diese Praktiken seit Jahren bekämpft (s. blätter des iz3w Nr. 148/1988). Sie fordern ein Verbot solcher Heiratsvermittlungsinstitute, da die Armut der Frauen ausgenutzt wird, um Profite zu erzielen. Die Händler machen sich die Klischeevorstellungen deutscher Männer von einer unterwürfigen, dienenden Hausfrau zu nutze und bieten die Frauen wie Ware an. Deshalb hat in diesem Fall das Stuttgarter Fraueninformationszentrum bei der Staatsanwaltschaft den Antrag eingereicht, Watzko wegen Sittenwidrigkeit sein Gewerbe zu versagen.

Leider ist es bisher äußerst schwierig, solchen Agenturen illegalen Frauenhandel nachzuweisen. Doch in Freiburg hatten Frauen mit ihren Aktionen schon einmal Erfolg. Als vor ca. zwei Jahren ein Heirats-händler in Freiburg auftauchte, sorgte ein gemeinsamer öffentlicher Protest verschiedener Freiburger Frauen- und Dritte-Welt-Gruppen, u.a. gegen den Abdruck solcher Anzeigen in der Badischen Zeitung dafür, daß der „Geschäftsmann“ sich schnell wieder aus der Heiratsvermittlung von Frauen aus der Dritten Welt zurückzog.

mm

Menschenrechtsverletzungen in Liberia

500 Zivilisten ermordet, mehr als 20.000 Menschen auf der Flucht in die Elfenbeinküste. Diese Schreckensmeldung im Guardian (London) vom 17.1.1990 brachte die liberianische innenpolitische Situation für kurze Zeit ans Licht der Weltöffentlichkeit.

Auf den gescheiterten Putschversuch gegen Militärdiktator Doe am 24.12.1989 antwortete Doe mit dem Einsatz der Armee gegen die Zivilbevölkerung. Die Militärregierung nutzte die Niederschlagung des Putsches als Vorwand, um — wie schon mehrfach in der Vergangenheit — mit brutaler Gewalt ihr korruptes Regime zu verteidigen, Oppositionelle einzuschüchtern und die in den Augen des Regimes aufrührerischen Volksgruppen der Dan und der Mano zu unterdrücken.

Von 1980 bis 1986 wurde mit Militärdiktaten regiert. Seit 1986 eine Verfassung etabliert wurde, setzt sich die Regierung ständig über diese hinweg. Oppositionelle im Militär, im Staatsapparat und in der politischen Öffentlichkeit wurden eingeschüchtert, verfolgt, außer Landes gejagt und ermordet. Die nicht-regierungstreue Presse leidet vielfach unter Verboten. Koalitionsrechte, Versammlungs- und Meinungsfreiheit existieren nicht. Journalisten, Kirchenvertreter, Wissenschaftler und sich regimekritisch äussernde Intellektuelle leben ständig in der Gefahr, kriminalisiert und an ihrer Arbeit gehindert zu werden.

Das repressive innenpolitische Klima schlägt sich auch auf die Anzahl der ExilliberianerInnen nieder. Lebten 1979 nur rund 1000 LiberianerInnen im Ausland, so wird ihre Zahl heute auf 30.000 bis 50.000 geschätzt.

Das Informationszentrum Bremen und die Liberia Arbeitsgruppe haben in der Bundesrepublik eine europa- und USA-weite Kampagne mitgetragen, welche die Regierung Doe zum Rücktritt aufforderte und von der US-amerikanischen Regierung verlangte, die Unterstützung des brutalen Regimes einzustellen. Man wandte sich an die US-Regierung, weil diese eine Reihe von strategisch wichtigen Militär- und Propagandaeinrichtungen in Liberia stationiert hat. Gleichzeitig versorgte die USA Liberia seit 1980 mit Militär- und Entwicklungshilfe in Höhe von 500 Millionen US-Dollar. Kein afrikanisches Land erhielt mehr amerikanische Unterstützung.

Im Übersee-Museum Bremen wird in einer Ausstellung „Liberia - Leben wo der Pfeffer wächst“ (voraussichtlich bis April 1990) auf die unmenschlichen Lebensbedingungen in Liberia aufmerksam gemacht. Der Ausstellungskatalog ist für 15,- DM bei der Liberia Arbeitsgruppe (Grubenbacherstr. 40 in 6315 Mücke) oder beim Überseemu-

seum (Bahnhofplatz 13 in 2800 Bremen 1) zu bestellen.

Weitergehende Informationen über Liberia erteilt die Liberia Arbeitsgruppe in Mücke. Sie bereitet zur Zeit eine Dokumentation zur Menschenrechtslage in Liberia vor.

Robert Kappel

EPN

ENTWICKLUNGSPOLITISCHE NACHRICHTEN

„IHR HABT DIE WELT, LASST UNS DEN WALD!“

WALDVÖLKER BORNEOS

GRATIS-PROBEHEFT ANFORDERN!



ABONNEMENT
ÖS 320,- PRO JAHR
(AUSLAND ÖS 370,-).
ÖS 200,- ERMÄSSIGT
(BEGRÜNDUNG BEILEGEN).
ÖIE, TUCHLAUBEN 8/16, 1010 WIEN.
TEL.: 533 37 55-0

EPN

**ÖSTERREICHS
DRITTE WELT-MAGAZIN**
ZEITSCHRIFT DES ÖIE.
MONAT FÜR MONAT

EIRENE —

Internationaler Christlicher Friedensdienst e.V.

Demnächst wird in der internationalen Geschäftsstelle Neuwied voraussichtlich die Stelle

einer Afrikareferentin/ eines Afrikareferenten

neu zu besetzen sein. Darum geht es:
- inhaltliche und organisatorische Betreuung von Projekten der Entwicklungszusammenarbeit sowie Begleitung von Entwicklungshelfer(innen) im Niger und im Tschad
- enge Kooperation mit den Eirene-Koordinator(inn)en im Niger und im Tschad sowie mit den Kolleg(inn)en im 12 Personen umfassenden Team der Eirene-Geschäftsstelle und den ehrenamtlichen Eirene-Mitarbeiter(inne)n in der BRD, Schweiz, in Frankreich und den Niederlanden
- Begleitung von Freiwilligen im "Solidarischen Lerndienst" in afrikanischen Ländern
- Kontakte zu Institutionen und Gruppen der entwicklungsbezogenen Arbeit (Ministerien, Kirchen, Verbände, Aktionsgruppen, Unterstützungsgruppen)

Wir erwarten:

- Entwicklungsländererfahrung, möglichst in Westafrika
- Fähigkeiten in der Planung und Durchführung von Entwicklungsprojekten mit komplizierten Organisations- und Finanzstrukturen
- pädagogische Erfahrungen und sensibler Umgang mit Projektpartnern und -mitarbeiter(inne)n
- sehr gute Französischkenntnisse
- engagierte Mitarbeit in einem ökumenischen Friedensdienst, der sich für die gewaltfreie Änderung ungerechter Lebensverhältnisse einsetzt.

Wir bieten:

- eine unbefristete Vollzeitstelle im Team der Geschäftsstelle Neuwied. Wir versuchen im Rahmen der Möglichkeiten jeder/jedes einzelnen, ganzheitlich zu begreifen: Einzelne Mitarbeiter(innen) wohnen in der Geschäftsstelle; es ist Platz für Gäste, Seminare, gemeinsames Essen usw.
- eine Vergütung in Anlehnung an BAT V a im Rahmen des Eirene-Einstufungsstarfs. Diese Bezahlung ist niedriger als bei den meisten vergleichbaren Stellen anderswo. Sie ist der Ausdruck des Versuchs eines solidarischen Lebens und Ergebnis einer Entscheidung, die aus unserer langjährigen Friedens- und Entwicklungsarbeit erwachsen ist.

Die Bewerbung erbitten wir mit den üblichen Unterlagen bis spätestens 01.04.90 an: Eirene, z. H. Dr. J. Freise, Engerser Str. 74 b, D-5450 Neuwied, Tel. 02631/22011.

Collor de Mello in West-Ost-Berlin -

Ein durchschlagender Medien- erfolg für die Gegendemonstra- tion

Obwohl das brasilianische Konsulat in Westberlin keinerlei Auskunft zu geben vermochte über das geplante Programm des zukünftigen brasilianischen Präsidenten in Berlin — die Berliner Brasilien-Szene war dennoch pünktlich zur Stelle, als er das Reichstagsgebäude über den vor dem Haupteingang ausgerollten roten Teppich betrat. Schon beim obligatorischen Blick vom Reichstagsbalkon über die löchrige Mauer schallten ihm von unten Sprechchöre entgegen: „Der Nordosten hungert“, „Sozialreformen sofort“, „Die Schulden dürfen nicht mit dem Hunger des Volkes bezahlt werden“. Sein Kommentar: „Que emoção, que emoção!“ („Wie emotional!“)

Damit hatte er wohl wirklich nicht gerechnet. Statt wie erhofft — die „Mauer der Scham“ (muro da vergonha) und das Brandenburger Tor als Kulisse — vor laufenden TV-Globo-Kameras über den Zusammenbruch des Sozialismus zu räsonieren, sah sich der frischgewählte Präsident Brasiliens hautnah und lautstark an zu Hause erinnert. Die begehrten Bilder vor dem Brandenburger Tor zeigten Collor umrahmt von Transparenten. Etwa 200 in Berlin lebende BrasilianerInnen und FreundInnen aus der Brasilien-Solidaritätsarbeit waren gekommen, um der Nummer 1 von TV-Globo einen unfreundlichen Empfang zu bereiten. „Reforma Agrária“, „Amazônia morre colorada“, „Amazônia quer viver“, „Marajá“, „Corrupto“ wurde ihm entgegengeschleudert. („Agrarreform“, „Amazonien stirbt nach dem Rezept von Collor“, „Amazonien will leben“, „Maharadscha“, „Bestechlicher“).

„Herr Präsident, suchen sie nicht die Mauer der Scham in Berlin. Sie verläuft quer durch Brasilien.“

Das war die Überschrift des Flugblattes, mit dem die Brasilien-Initiative Berlin (BIB) die über das laute Treiben verwunderten „Mauerpicker“ über den Gast aus Brasilien informierte.


Während die Tageszeitungen in Berlin — „die tageszeitung“ eingeschlossen — den bunten und lautstarken Protest überhaupt nicht verzeichneten, rauschte es im brasilianischen Blätterwald ordentlich. Der „Folha de São Paulo“ (4.2.90) war das Ereignis sogar ein Aufmacher auf der ersten Seite wert: „Collor in Berlin von Lula Anhängern attackiert“. Dazu ein Foto des Genarrten, einmal nicht von Globo-TV komponiert, sondern den Medienkonzern selbst auf die Schippe nehmend: „Primeiro colocado no ouro da globo“ (Wahlsieger von Globos Gnaden). Auch die Entgleisungen gegenüber einer Aktivistin wurden vom Folha-Reporter sorgfältig registriert: „Fora você filha da puta“ (Weg mit Dir, Hurentochter). Wohl um den Ursachen des Protestes noch-

mal auf den Grund zu gehen, hat er nachgeschaut, wie die in Berlin und in der Bundesrepublik lebenden Landsleute im zweiten Wahlgang im Dezember gewählt haben: nur 41 Stimmen für Collor und 174 für den Sozialisten Lula. Den konservativen Zeitungen „Jornal do Brasil“ und „Correio Braziliense“ genügten die Proteste, um den sowieso „privilegierten“ Landsleuten undemokratisches Verhalten und mangelnden Respekt gegenüber ihrem gewählten Präsidenten vorzuwerfen.

Beim Empfang im Schloß Charlottenburg vor geladenen Gästen konnte Collor dann — etwas gerupft zwar — ohne Zwischenrufe sein Talent entfalten. Den Regenwald wird er schützen, die Inflation beseitigen und die Schulden zurückzahlen.

Vor dem Schloß Charlottenburg warteten schon wieder ungeladene Gäste mit Transparenten auf ihn und mahnten zum Aufbruch: „Fora corrupto, vá trabalhar“ („Weg mit Dir, Korrupter, geh arbeiten!“).

Peter Feldmann



Mujeres

Frauen in Nicaragua

Rundbrief aus Nicaragua
Zur aktuellen Situation der Frauen
von Hilla Munnemann-Oelrich
Oficina de Eirene
Managua

Ercheinungsweise: 2x jährlich
für 4 Ausgaben 12,00 DM im Abo

Bestellung an:
Kath. Hochschulgemeinde
Kardinal-von-Galen-Ring 45
4400 Münster
Tel.: 0251/82871

Materialien zu Rwanda

ISOKO e.V. hat für den Einsatz in Schulen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung fünf Diaserien zu Lebens- und Arbeitsbedingungen in Rwanda (Zentralafrika) erarbeitet. Es handelt sich um folgende Themen:

- Gesundheitsversorgung, 35 Dias
- Ländliche Entwicklung, 35 Dias
- Familie, 35 Dias
- Landwirtschaft, 35 Dias
- Schulwesen, 30 Dias

Zu jeder Serie gehört ein Begleittext, der zu allen Dias kurze Erläuterungen gibt. Die Serien können gegen eine geringe Gebühr für drei Wochen ausgeliehen werden.

Nach wie vor verleihen wir auch unsere Fotoausstellung „Rwanda — Ein Tag auf dem Lande“. Sie beschreibt das Leben einer rwandischen Bauernfamilie. Auf 40 Farbfotos wird ein Tagesablauf vom frühen Morgen bis zum Abend gezeigt. Wir wollen mit dieser Ausstellung keine Katastrophen zeigen, sondern das „normale“ Leben einer Familie beschreiben, eine Realität, die hier so gut wie unbekannt ist. Interessenten möchten sich bitte in Verbindung setzen mit

ISOKO e.V., Glückstraße 3, 6000 Frankfurt/M 1, Telefon 069-5961963 oder 0228-652562.

Betr. Artikel über Sendero Luminoso in Nr. 162

Die Veröffentlichung des Artikels über Sendero Luminoso als „das letzte Aufgebot der Revolution“ hat uns aus folgenden Gründen bestürzt:

1. Der Artikel nimmt einseitig Stellung für Sendero Luminoso. Die Sichtweisen der peruanischen Volksorganisationen, der Kirche der Befreiung und der linken Parteien werden nicht dargestellt, deren Vertreter von SL hemmungslos und massiv ermordet werden. Das Verschweigen der Greuelthaten des SL ist für uns eine Manipulation der verfügbaren Informationen. Damit fallen wir von der Solidaritätsbewegung in der BRD unseren peruanischen Partnern in den Rücken.

2. Die Perugruppen in der BRD haben sich schon mehrmals öffentlich gegen den Terror des SL ausgesprochen. Daher verstehen wir die Veröffentlichung des Artikels als eine Mißachtung der Arbeit der bundesdeutschen Perugruppen. Warum habt Ihr nicht rechtzeitig mit Vertretern der Perugruppen Kontakt aufgenommen?

3. Es wundert uns, daß in dem Artikel die Sprache des SL direkt übernommen wird, z.B. wird Mord als Hinrichtung bezeichnet. Wir sind zwar dafür, daß die Sichtweise des SL auch bei uns dargestellt wird, aber die blutrünstige Sprache und Denkweise, sowie die Sucht nach Macht sollten eindeutiger zitiert werden, damit sich der Leser distanzieren kann.

4. Wieso steht der Artikel in der Sektion „Befreiungsbewegung“, wenn im gleichen Artikel schon deutlich wird, daß SL nicht die „Befreiung des Volkes“ zum Ziel hat, sondern einzig die Erhaltung der Macht zum Aufbau einer „Neuen Ordnung, eines Neuen Staates, eines Neuen Zeitalters“ (sic)? Die Volksbewegungen Perus organisieren sich immer mehr gegen Sendero, um die Unterdrückung, den Zwang und die Gewalttaten von SL abzuwehren. Der Erfolg der peruanischen Volksbewegung zur Demokratisierung und Befreiung des Landes wird dadurch behindert. Sendero arbeitet damit gegen die Interessen des Volkes. Und, für wen?

5. Seit wann gibt es in der Solibewegung die Mode, den Namen hinter einem Pseudonym zu verbergen? Welche Interessen verstecken sich hinter der anonymen oder einseitigen Darstellung des SL? Steckt hier nicht Werbung dahinter?

6. Das iz3w sollte zu SL auch die negative Seite darstellen und verurteilen, um einen klaren Standpunkt zu zeigen:

SL rekrutiert Kinder unter Zwang gegen den Willen der Eltern.

SL agiert gegen die Zivilbevölkerung, die sich nicht auf seine Seite stellen will.

SL ermordet Personen auf sogenannten Volksgerichten, ist aber gleichzeitig Richter und Kläger.

SL hat Gefangene gefoltert und verstümmelt (18.6.86 in Ayaviri).

SL hat ausländische Entwicklungshelfer/innen erschlagen, ebenso wie einige Touristen erschossen.

Das alles stellt eine Verletzung sowohl der

Menschenrechte als auch der Genfer Konvention dar, was von uns auch entsprechend verurteilt werden muß.

7. Wann nehmt Ihr Kontakt mit den wirklichen Befreiungsbewegungen in Peru auf und berichtet ebenso detailfreudig über ihren Kampf?

Walter Schwenninger/H.J. Tillmann

Betr. die beiden Namibia-Artikel von M. Vesper in Nr. 161 und 162

Den begrüßenswerten Versuch von M. Vesper, den Wahlkampf und die Wahlen in Namibia mit zwei Artikeln (Nr. 161 und 162) zu würdigen, möchte ich mit einer Bemerkung und einer Richtigstellung ergänzen.

Es ist M. Vesper zuzustimmen, daß die Solidaritätsbewegung „nach erreichter Unabhängigkeit Namibias nicht abtauchen“ sollte. Den drei genannten Punkten (Aufklärung der politischen Hintergründe des Mordes an A. Lubowski, Aufklärung der Hintergründe um die Menschenrechtsverletzungen in den SWAPO-Lagern im Exil und eine „sinnvolle“ Entwicklungshilfe — was immer das heißen kann) möchte ich einen vierten hinzufügen: Angesichts des hohen Gewaltpotentials insbesondere nach der Demobilisierung von Koevoet in Ovambo- und Kavangoland sollte ein wachsames Auge auf mögliche Destabilisierungsbemühungen seitens Südafrika geworfen werden. Im Ost-Capri haben ehemalige Soldaten des 701 Bataillons der South West Africa Territorial Force eine Organisation mit dem Namen Kopano Ya Tou gegründet. Gemäß ihrer Satzung verfolgt sie kulturelle Ziele, tatsächlich waren Mitglieder von Kopano Ya Tou für die DTA im Wahlkampf aktiv. Kenner der Situation in Ost-Capri vermuten, daß die Exsoldaten für eine schnelle Mobilisierung zusammengehalten werden sollen. Entsprechende Organisationen gibt es im Ovamboland (Etango) und in Katango (Ezuva). Sollte Südafrika Destabilisierungspläne hegen, die in Richtung einer Renamo á la Mocambique gehen, in diesen Organisationen wären wohl die Mitglieder zu finden.

Gerade weil die Parteienlandschaft in Namibia mit mehr als 40 Parteien kaum überschaubar ist, sollte auf eine korrekte Darstellung geachtet werden. So gehörte die Namibia Independence Party nicht zur United Democratic Front, sondern hat sich 1988 der Namibia National Front (NNF) angeschlossen. Außerdem hat M. Vesper die SWANU-Frakturen nicht korrekt dargestellt. In Kürze: als 1984 M.K. Katjuongua die SWANU-Delegation für die Multi-Party Conference anführte, kam es in der Partei zum Konflikt. Eine Abspaltung schloß sich 1989 der NNF an (SWANU-NNF). Ihr Vorsitzender V. Rukoro ist Mitglied in der Verfassungsgebenden Versammlung. 1988 gründete die Katjuongua-Fraktion zusammen mit anderen Parteien die Allianz der NPF (SWANU-NPF). Auch Katjuongua sitzt für die NPF in der Verfassungsgebenden Versammlung. Mehr Sorgfalt in der Berichterstattung erscheint angebracht.

Rüdiger Blumör

Frauenbewegungen in der Welt

Frauenbewegungen in der Welt / Band 2



»Dritte Welt«

Argument

Band 2: Dritte Welt

Hrsg.: Autonome Frauenredaktion
AS 170, 245 S., DM 18,50

Im zweiten Band der vierbändigen Anthologie kommen Autorinnen aus 14 Ländern zu Wort. Sie berichten vor dem Hintergrund der jeweiligen ökonomischen, kulturellen und politischen Situation über Anfänge, Kontinuitäten und Brüche, theoretische und politische Brennpunkte der feministischen Kämpfe, ergänzt um Daten über die soziale Lage der Frauen im jeweiligen Land. Die Bestandsaufnahmen der aktuellen Situationen der Frauenbewegungen zeigen, wie unterschiedlich Politik und Perspektiven sein müssen, um die Frauenunterdrückung überall zu überwinden.

Gemäß dem Konzept der Reihe »Frauenbewegungen in der Welt« ist eine Vielfalt von feministischen Positionen vertreten. Diese Bandbreite erstreckt sich über die verschiedenen Länderberichte, mit einer Ausnahme: Am Beispiel Mexikos wird anhand von fünf Beiträgen verdeutlicht, wie unterschiedlich die Schwerpunkte von verschiedenen Frauenorganisationen eines Landes sein können.

Mit Aufsätzen aus folgenden Ländern: Arabische Länder, Argentinien, Bangladesch, Brasilien, Chile, Ghana, Indien, Iran, Mexiko, Pakistan, Südafrika, Südkorea, Türkei, Uruguay

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

30 Jahre Argument

Bonasso, Brandscheid, Chomski u.a., **Das fünfhundertjährige Reich**, medico international, Frankfurt 1990, 284 S., 19,80 DM

Andreas Hofbauer, **Afro-Brasilien — vom „Quilombo“ zum „Quilombismo“**, Verlag für interkulturelle Kommunikation, Frankfurt 1989, 79 S., 20 DM, Bezug: Postfach 900 965, 6000 Frankfurt/M.

Koordinationskreis El Salvador Erlangen, **Gewerkschaften in El Salvador**, 56 S., 5 DM, Bezug: Koordinationskreis El Salvador, c/o Dritte Welt Laden, Neustädter Kirchenplatz 7, 8520 Erlangen

Michael Löwy, **Herausforderung der Theologie der Befreiung**, isp-Verlag, Frankfurt 1990, 109 S., 15,80 DM

Ingeborg Lukschanderl, **Die Kunst zu überleben. Die ethnische Identität der Amuesha-Frauen im peruanischen Amazonasgebiet**, Renner Verlag, Hohenschäftlarn 1990, 255 S.

Dieter Mahr, **Schwarzer Student — Weißer Professor. Erziehung und Gesellschaft im internationalen Vergleich Bd. 6**, Verlag für interkulturelle Kommunikation, Frankfurt 1989, 231 S., 38 DM, Bezug: Postfach 900 965, 6000 Frankfurt/M.

Regula Strobel, Odilo Noti, **Lateinamerika: Schulden und kein Ende**, Exodus Verlag, Fribourg (CH) 1990, 48 S., 6,80 Sfr.

Kuba und Jamaica — zwei karibische Inseln im Vergleich, vom 2.4.-6.4. in Hustedt. Als Bildungsurlaub anerkannt, Kosten 135 DM incl. Unterkunft und Verpflegung, Anmeldung: Heimvolkshochschule Hustedt, Zur Jägerei 81, 3100 Celle, 05086/301

500 Jahre Kolonialismus, vom 20.-22.4. in Hohenunkel
Anmeldung: BUKO-Geschäftsstelle, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, 040/393156

Westpapua und Osttimor — Zwei Völker kämpfen ums Überleben, Seminar vom 20.-22.4. in Neuendettelsau. Anmeldung: Pazifik-Infostelle, Missionskolleg, Postfach 68, 8806 Neuendettelsau

10. Bundeskongress der Flüchtlinge und ImmigrantInnen, vom 20.-22.4. in Hannover, Motto: Europa '92. Verleugneter Rassismus — Verharmloster Nationalismus. Anmeldung: Flüchtlingsrat Niedersachsen, c/o U. Groeber, Nordorster Str. 20, 2900 Oldenburg

Im Land des Lächelns vergeht den Frauen das Lachen, Tourismus als Entwicklungskonzept zur Unterwerfung der Frau, vom 16.-18.5. in Dortmund. Anmeldung: Forum Eltern und Schule, Huckarder Str. 12, 4600 Dortmund 1, 0231/148011

Die Rolle der Kultur im Widerstand in Südafrika und Namibia, vom 4.-6.5. in Stolberg. Anmeldung: Forum Eltern und Schule, Huckarder Str. 12, 4600 Dortmund 1, 0231/148011

Fernseworkshop Entwicklungspolitik, Tage des entwicklungspolitischen Films, vom 26.-30.3. Anmeldung: Evangelische Akademie Arnoldshain, M. Nienöller-Haus, 6384 Schmitten 1, 06084/300

Tropenwald in Afrika, Seminar vom 6.-8.4. in Köln. Anmeldung: BUND, Friedrich-Breuerstr. 86, 5300 Bonn 3, 0228/467005

Namibia in der Stunde der Unabhängigkeit, Tagung vom 27.-29. April in Hofgeismar. Anmeldung: Ev. Akademie, Postfach 1205, 3520 Hofgeismar, 05671/881179

Seminare des BUKO:
Frauenbewegung in Süd und Nord, vom 23.-25.3. in 5303 Bornheim-Roisdorf
Kurdistan-Seminar, vom 27.-29.4. in 5461 Hohenunkel bei Bonn

NEU ERSCHEINUNG



Ein unverzichtbares Buch für jeden, der informiert sein will über die Bedeutung des 500. Jahrestages der „Entdeckung“.

Beiträge von:

Bonasso / Brandscheidt / Chomsky / Guzmán / Dieterich / Egaña / Gottwald / Reemtsma / Roth / Schmidt.

(Auszugsweiser Vorabdruck in der Mai-Ausgabe von „konkret“)

280 S., DM 19.80 + 3.- Porto
Bestellungen an:

medico
international SERVICE

Obermainanlage 7 · 6000 Frankfurt 1
Telefon: 0 69 / 4 99 00 41/2/3

Brasilien - Initiative Freiburg e.V.

Vierteljahreszeitschrift
Brasilien - Rundbrief
Fotoausstellung
Bilder bras. Wirklichkeit
40 Rahmen 50x70 cm
Informationsveranstaltungen auf Anfrage

**INFORMIEREN
UNTERSTÜTZEN**

Direkte
Kontakte zu
Basisinitiativen:
Indianerbewegungen
Strassenkinderprojekten
Bewegung der Landlosen
Alphabetisierungsprojekten
Landarbeitergewerkschaften

☐ Ich möchte die Arbeit der Brasilien Initiative näher kennenlernen und bestelle das Informationspaket zum Preis von 5.- DM in Briefmarken.

Bras.- Initiative Freiburg e.V.
7800 Freiburg i. Br.
In den Weihermatten 27
Telefon 0761 / 53 674

Bücher von **CON**

Gruppe feministischer Internationalismus (Hg.)
Zwischen Staatshaushalt und Haushaltskasse
Frauen in der Weltwirtschaft
332 Seiten, 26,00 DM

Zwischen STAATSHAUSHALT und HAUSHALTSKASSE

Ansätze zu einer fern. Theorie des internationalen Wirtschafts- und Finanzsystems; Länderfallbeispiele aus Afrika, Asien und Lateinamerika; Auswirkungen der Schuldenkrise auf Frauen in der 3. Welt; die BRD und ihre Weltmarkt eingebundenheit aus Frauensicht; Ansätze zu Alternativen; Forderungen und Lösungsvorschläge. Adressen von nationalen und internationalen Frauenorganisationen und Netzwerken, kommentierte Literaturliste

edition CON · Postfach 10 65 45 · 28 Bremen

ami (antimilitarismus information) 1/1990

Berichte: Militärbündnisse NATO-Herbsttagungen: „Modernisierung“ as usual/ NATO und die Wiedervereinigung / Zivilverteidigung: „Katastrophenschutzergänzungsgesetz“ verabschiedet / Militärausgaben: BRD-Militärausgaben nähern sich der 70-Milliarden-Grenze / Rüstungswirtschaft: Daimler-MBB: Fusion gelaufen — Was wird aus Haussmanns Auflagen? / Rüstungsexport: UNO-Vollversammlung verurteilt bundesdeutsches U-Boot-Geschäft / Parteien: Die „Deutsche Frage“ und die Grünen / Recht: Doppelbestrafung von Totalterverweigerern — Bemerkungen zum Urteil des OLG Karlsruhe (Teil 2) / Im Vordergrund: Johannes Böttz: Sind Soldaten „potentielle Mörder?“ oder: Wie ein Gericht versucht, Recht zu sprechen / Friedensarbeit: 36 % der SchweizerInnen für die Abschaffung der Armee
Einzelpreis: 2,50 DM; Abo: 32,25 DM Bezug: ami, Elßholzstr. 11, 1 Berlin 30

DRITTE WELT Nr. 1-2/Januar-Februar 1990

Panama: Invasion „gerechte Sache“ / Drogen: Die Marktgesetze fördern den Drogenhandel / Der Heroinschmuggel und die US-Afghanistan-Lobby / Mit Kokaindollars gegen die Sandinisten / El Salvador: Die Isolation des Cristiani-Regimes wächst / Erklärung des Mittelamerika-Gipfels / Kurskorrekturen der FMLN / Brasilien: Neuer Präsident mit wenig Chancen / Uruguay: Blancos lösen Colorados / Chile: Die Demokratie in der Zwangsjacke / Namibia: Ein Sieg für die gesamte Nation / Palästina: Interview mit N. Hawatmeh (DFLP) / Indien: Die Gratwanderung V.P. Singhs / Kommentar: Schwarzmalerei mit tödlichen Folgen / Nicaragua: Wahl-Info Nr. 2 / Solidarität: 500 Jahre Eroberung Lateinamerikas und die Solidaritätsbewegung / Kultur: Interview mit dem südafrikanischen Schriftsteller André Brink / Stichwort: Uran
Einzelpreis: 4,50 DM; Abo 42,50 DM Bezug: DRITTE WELT, Liebigstr. 46, 3550 Marburg

Gen-ethischer Informationsdienst (GID) 51 Januar 1990

Aktuelles: Gesetz zum genetischen Fingerabdruck geplant / Gengesetz in der öffentlichen Alibiveranstaltung / Petunienexperiment zum zweiten Mal zugelassen / Mehr Geld für Bio-Tech im Bundeshaushalt 1990 / Pestizidfusion von Schering und Sandoz. Berichte: Auf den Weg ins Gehirn nutzen Neurowissenschaften die Molekularbiologie / Tausendtonnenweise werden Pestizide jährlich ausgebracht / Kartoffelanbau und Sortenerhaltung in Ecuador / Die Verwaltung der Wälder und ihre genetische Erosion. Außerdem: Aktionsgruppe „Vorsicht Gentechnik!!!“ mobilisiert in Wahlkreisen von Politikern, die am Gengesetz arbeiten.
Einzelpreis: 5,- DM; Jahresabo 60,- DM. Abo: GID-Redaktion, Winterfeldtstr. 3, 1000 Berlin 30.

BRASILIEN NACHRICHTEN 103/89:

Themen: Das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen — Bundesrepublikanische Konzerne in Brasilien — Arbeiter helfen sich selbst: Sacolão Comunitária in São Bernado — Lage der Strassenkinder — Neuere Entwicklungen in Amazonien.
Einzelheft 7 DM, Abo 28 DM Bezug: BRASILIEN NACHRICHTEN, An der Illoshöhe 30, 4500 Osnabrück

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen Nr. 142, Februar 1990

Schwerpunkt: Kolonialismus: „Die Integration der Frauen in den Entwicklungsprozeß — femi-

nistische Politik oder die Fortsetzung des Kolonialismus mit anderen Mitteln?“ / Kolonialismus am Beispiel Elfenbeinküste / Schlechte Arbeitsbedingungen von Frauen in Freihandelszonen am Beispiel Sri Lanka + Philippinen * Konferenzbericht aus Tansania: Alternative Entwicklungsstrategien für Afrika * EG-Binnenmarkt 92 und Konzerne: Chemieriese Bayer * Buchbesprechung * Notizen aus der Szene * Termine * Zeitschriftenschau.

Abo 36,- DM, Einzelpreis 3,- DM, Bezug: FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Buchstr. 14/15, 2800 Bremen 1

ila Nr. 132, Febr. 90

Schwerpunktthema: PANAMA — Stellungnahmen aus einem besetzten Land / Zur Geschichte des Kanals. / Die Bedeutung des Southern Command / Des Weiteren: Ausverkauf Chiles nun mehr demokratisch/Kontroverse um die FMLN-Offensive in El Salvador / Wahlkampfformen in Brasilien / Privatisierungen in Argentinien / Missionszentrale der Franziskaner legt sich mit dem Bayer-Konzern an / Länderberichte zu Argentinien, Guatemala und Nicaragua / Und natürlich auch zur BRrrrrrD und ihrer versagenden Linken in Sachen Tötärrä / Außerdem viele Notizen aus der erstarrten Bewegung / Erstmals beiliegend: ila-latina, eine spanisch-portugiesische Ausgabe von und für Latinos/as.
Einzelpreis: 4,- DM, Jahresabo 40,- DM. Bezug: ila, Heerstr. 205, 5300 Bonn 1

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen Nr. 143, März/April 90

Welche Auswirkungen haben die Veränderungen in Osteuropa (Teil 1) für Kuba / — für Zentralamerika / — für südliches Afrika * EG-Binnenmarkt 92 und Konzerne: Pillenkonzern Schering * Solibewegung in Spanien * BUKO-Politik * Buchbesprechungen * Notizen aus der Szene * Termine * Zeitschriftenschau.
Abo 36,- DM, Einzelpreis 3,- DM, Bezug: FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Buchstr. 14/15, 2800 Bremen 1

Südostasien Informationen, Nr. 4/89 (Dezember) „Chinesen und Südostasien“ Artikel: Auslandschinesen in Südostasien / Vietnam: Die Vertreibung der Chinesen / Malaysia: Das „Chinesen Problem“ / Pogrome gegen die Ausbeuter? Die Entstehung des „Chinesen-Problems“ in Indonesien / Sozialer Wandel der chinesischen Bevölkerung in den Philippinen / außerdem: Kirche in Asien / Kambodscha: ... zurück zum Schlachtfeld / Buchbesprechungen / Tagungsberichte

Entzugspreis DM 6,-, Abo DM 24,- (Institutionen DM 48,-) Bezug: Südostasien Informationsstelle, Josephinenstr. 71, 4630 Bochum 1

epd-Entwicklungspolitik 2/90

Analyse: Wahlen in Nicaragua / Soja: Säuen vorgeworfen und zu Cash gemacht / Tropenwaldschutz auf Madagaskar / Blumen und Bohnen — Zukunft für Kenias Exportlandwirtschaft? Information: Deutsche Kirchen: An den Süden denken / UN-Konvention: Rechte des Kindes / Nord-Süd-Gipfel in Vorbereitung / Kubaner wollen US-Sender stören / Nord-Süd-Forum bieten Perspektiven ihrer Arbeit / Hilfs- und Entwicklungsprogramm in Äthiopien / Publizistisch-Initiativ: Vehement / Dokumentation: Der Treibhauseffekt und die Ausbeutung des Südens / Umweltkrise und Sicherheit in Lateinamerika / Trends der bundesdeutschen Direktinvestitionen / Wirtschaftspolitik in Uruguay
Bezug: epd, PF 170 361, 6000 Frankfurt/M. 17

Informationszentrum Dritte Welt
Freiburg (Hrsg.)
Betsy Hartmann/James Boyes

Hunger in einem fruchtbaren Land

Bauern in Bangladesch erzählen

Bangladesch ist ein Land, das mit über die fruchtbaren Böden der Welt verfügt. Zugleich gilt es als eines der ärmsten Länder der Welt, in dem jährlich tausende von Menschen an Hunger sterben. In diesem Buch werden in anschaulicher Weise die Hintergründe dieses scheinbaren Widerspruchs aufgezeigt. Dabei kommen die Männer und Frauen aus dem bengalischen Dorf Katni selbst zu Wort und schildern eindrücklich ihr Schicksal.

Das Buch ist eine gute Einführung in die Probleme eines Entwicklungslandes. Es setzt sich auch kritisch mit den zum Teil fatalen Folgen unserer Entwicklungshilfe auseinander.

Juli 1989, 88 Seiten, DM 12.80

ISBN: 3-922263-09-7

Bestellung bei: iz3w, Postfach 5328 · 7800 Freiburg



791/ 1/164/56412

ARCHIV für Soz-Beweg
Spechtpassage
Wilhelmstr. 15

D-7800 Freiburg

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

M 3477 F

iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg
ISSN 0933-7733

Zusätzliches Material von
Tony Gross
Übersetzt von Edgar Peinelt

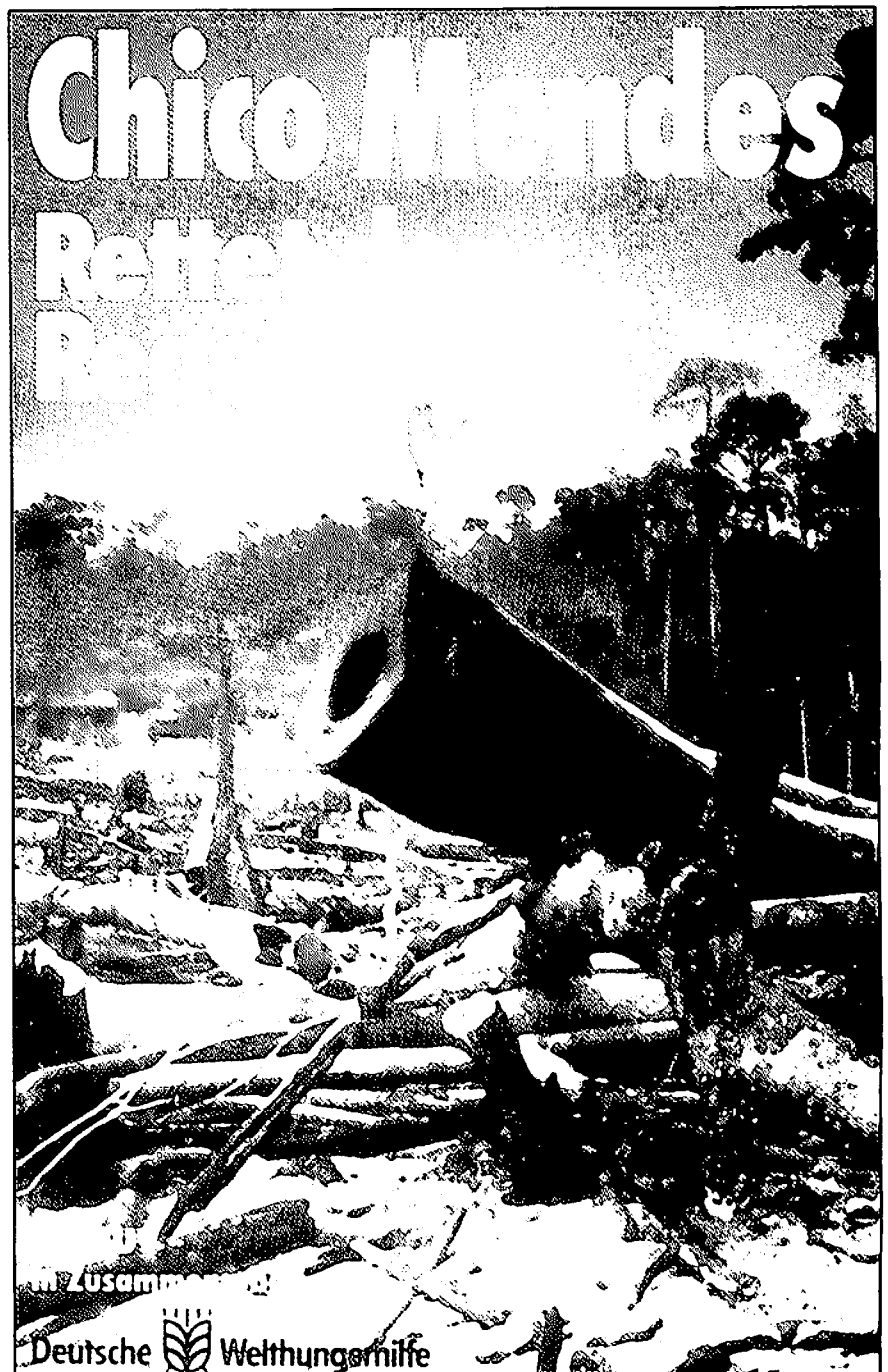
In Zusammenarbeit mit der
Deutschen Welthungerhilfe

Broschur, 18,00 DM
ISBN 3-88977-223-4

Der Brasilianer Chico Mendes
ist weltweit bekannt gewor-
den durch seinen Kampf für
die Rettung des Regenwal-
des. Er wurde am 22. Dezem-
ber 1988 ermordet.

Dies ist das einzige Buch von
Chico Mendes. Es basiert auf
mehreren Gesprächen, die
Cândido Grzybowski wenige
Wochen vor seinem Tod mit
ihm geführt hat.

Chico Mendes erzählt die Ge-
schichte seines Lebens. Er
berichtet von der Arbeit der
Gummizapfer und dem
Kampf für die Erhaltung des
Amazonasgebietes. Was er
sagt, ist zu seinem politischen
Testament geworden.



Lamuv Verlag · 3400 Göttingen · Düstere Straße 3
Telefon (05 51) 4 40 24 · Fax (05 51) 4 13 92